



**University of
Zurich^{UZH}**

Die Rückkehr der europäischen Rüstungspolitik

GEO 511 Master's Thesis

Author

Linus Joos
15-712-870

Supervised by

Prof. Dr. Benedikt Korf

Faculty representative

Prof. Dr. Benedikt Korf

31.01.2023

Department of Geography, University of Zurich



**Universität
Zürich** ^{UZH}

Die Rückkehr der europäischen Rüstungspolitik

Eine diskursanalytische Untersuchung zu
Waffenlieferungen, Aufrüstung und Neutralität
in Deutschland, Österreich und der Schweiz
seit Kriegsbeginn in der Ukraine
(24. Februar 2022 bis Ende August 2022)

GEO 511 Master's Thesis

Author

Linus Ruben Joos
15-712-870

Supervised by

Prof. Dr. Benedikt Korf

Faculty representative

Prof. Dr. Benedikt Korf

31. Januar 2023

Department of Geography, University of Zurich

Als Erstes bedanke ich mich herzlich bei allen, die mich während der Erstellung dieser Masterarbeit unterstützt und motiviert haben. Ein besonderes Danke geht an meinen Betreuer Benedikt Korf, für die enge Begleitung seit der Konkretisierung der ersten Ideen und der Themenfindung. Er unterstützte mich während des gesamten Forschungsprozesses bis hin zur Finalisierung der Arbeit mit Hinweisen, Ratschlägen und aufschlussreichen Rückmeldungen. Ich danke Lara Landolt für die relevanten Inputs zur Ausarbeitung der Diskursanalyse und die Einführung in MAXQDA. Ein grosses Dankeschön geht an meine Familie, Renate und Johannes für die anregenden und intensiven Diskussionen und die Auseinandersetzung mit meiner Arbeit. Sie haben dazu beigetragen, dass diese Masterarbeit in dieser Form vorliegt. Während der ganzen Zeit waren mein Bruder Dimitri und meine Freunde eine wichtige Stütze, ihre Sichtweisen, ihre Meinungen und die ausführlichen Gespräche regten mich zum Weiterdenken an.

Zusammenfassung

Diese Masterarbeit beinhaltet eine genealogische Diskursanalyse zu Artikeln aus deutschsprachigen Tageszeitungen aus Deutschland (Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine), Österreich (Der Standard, Wiener Zeitung) und der Schweiz (Tages Anzeiger, Neue Zürcher Zeitung) zum Thema Rüstungspolitik seit Kriegsbeginn in der Ukraine (24. Februar 2022 bis Ende August 2022), mit dem Fokus auf der diskursiven Reproduktion der Rüstungspolitik, der Aufrüstung und den daraus entstandenen Handlungsfolgen. In den Diskurslogiken sind mehrere Wendepunkte erkennbar: erster Wendepunkt (seit Kriegsbeginn 24. Februar bis Ende März 2022), zweiter Wendepunkt (Anfang April bis Mitte Juli 2022), dritter Wendepunkt (Ende Juli bis einschliesslich August 2022). Die Narrative über den betrachteten Zeitraum beschreiben vor allem folgende Diskursstränge: Sanktionen, Flüchtende, Unterstützung, Neutralität, Waffenlieferungen, Verhandlungen, schwere Waffen, Nahrungsmittel- und Energienotstand, atomare Bedrohung. Die Berichterstattung des ersten Wendepunktes war geprägt durch die Verurteilung des russischen Angriffskriegs, die ‹Zeitenwende› und die Durchsetzung strikter Sanktionen. Die von Olaf Scholz erwähnte ‹Zeitenwende› spiegelte sich in der nationalen Aufrüstung, dem Wiedererstarken der Nato und dem geeinten Auftritt der EU-Staaten wider. Neben der Aufrüstung prägten die europäische Energieabhängigkeit, die drohende Nahrungsmittelkrise, die ukrainischen Anfragen nach Waffenlieferungen sowie die Kritik an der österreichischen und schweizerischen Neutralität den Diskurs über die Rüstungspolitik. Seit dem zweiten Wendepunkt, nach Bekanntwerden des Massakers von Butscha und der Besatzung von Mariupol, erkannten die Europäische Union (EU) und die Staaten der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO), dass sie ihrer Verantwortung gegenüber der Ukraine nicht gerecht wurden. Als Folge der Kriegsverbrechen unterstützten die USA und die EU die Ukraine gezielt mit Rüstungsmaterial, auch Deutschland sprach sich für die Lieferung schwerer Waffen aus. Die Exporte schwerer Waffen sowie die Kriegsverbrechen waren die dominierenden Narrative und prägten den medialen Diskurs. Der dritte Wendepunkt begann mit der ukrainischen Gegenoffensive und der Rückeroberung von Charkiw. Bisher geführte Verhandlungsbemühungen verliefen erfolglos und alles deutete auf einen länger andauernden Zermübrungskrieg hin. Russland stand davor, die Teilmobilmachung auszurufen, und die ukrainische Armee stellte sich vehement gegen die russische Übermacht. Ein halbes Jahr nach Beginn des Angriffskriegs war noch kein Ende in Sicht.

Summary

This master's thesis comprises a genealogical discourse analysis of articles from German-language newspapers from Germany (Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine), Austria (Der Standard, Wiener Zeitung) and Switzerland (Tagesanzeiger, Neue Zürcher Zeitung) on the subject of armaments policies since the beginning of the war in Ukraine (February 24, 2022 to the end of August 2022) with a focus on the discursive reproduction of armaments policies, rearmament, and the resulting consequences. Several turning points can be identified in the discourse logic: first, since the beginning of the war on February 24 until the end of March 2022, second, from the beginning of April until mid-July 2022, and third, from the end of July until August 2022. The narratives over the period under consideration primarily describe the following strands of discourse: sanctions, refugees, support, neutrality, arms deliveries, negotiations, heavy weapons, food and energy shortages, as well as the nuclear threat. The reports of the first turning point were characterized by the condemnation of Russia's aggression, the *Zeitenwende* and the enforcement of strict sanctions. The *Zeitenwende* mentioned by Olaf Scholz was reflected in the national armament, the resurgence of Nato and the united appearance of the EU states. The discourse also included the European energy dependency, the looming food crisis, the Ukrainian requests for arms deliveries and criticism of Austrian and Swiss neutrality. Since the second turning point, after the massacre in Butcha and the occupation of Mariupol became known, the European Union (EU) and the states of the North Atlantic Treaty Organization (NATO) realized that they were not living up to their responsibilities toward Ukraine. As a result of the war crimes, the United States and the EU supported Ukraine with armaments and Germany also granted the delivery of heavy weapons. The exports of heavy weapons and war crimes were the dominant narratives that shaped the media discourse. The third turning point began with the Ukrainian counter-offensive and the recapture of Kharkiv. Efforts to negotiate have been unsuccessful and all signs point to a prolonged war of attrition. In August, Russia was about to declare partial mobilization and the Ukrainian army vehemently opposed the Russian superiority. Half a year after the beginning of the war, there was still no end in sight.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungen und Tabellen	7
Abkürzungen	8
1. Einleitung	9
1.1 Inhalt der Forschungsarbeit.....	9
1.2 Forschungsstand	10
1.3 Ziele der Forschung	11
1.4 Forschungsfragen.....	11
2. Historischer Hintergrund des Angriffskriegs	12
2.1 «Ukraina» - Grenzland zwischen Grossmächten.....	12
2.1.1 Die Ukraine unter russischem Einfluss.....	12
2.1.2 Angriffskrieg auf die Ukraine	13
2.2 Geopolitik und Ost-West-Dualismen	14
2.2.1 Waffenexporte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz	17
2.2.2 Sanktionen als aussenpolitisches Instrument	18
2.2.3 Vereinte Nationen und Transatlantische Politik	20
2.3 Rüstungspolitik nach Ende des Ost-West-Konflikts	22
2.3.1 Eine kernwaffenfreie Welt.....	23
2.3.2 Frieden durch Abschreckung oder durch Abrüstung.....	25
2.4 Deutschlands Sonderstatus zwischen Ost und West.....	27
2.5 Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik	29
2.5.1 Die Schweizer Neutralität.....	29
2.5.2 Österreichische Neutralität	31
3. Methodik.....	33
3.1 Diskurs	33
3.1.1 Diskursanalyse	33
3.1.2 Genealogische Diskursanalyse.....	34
3.1.3 Kritik an der Diskursanalyse	37
3.1.4 Argumentationsanalyse nach Toulmin.....	37

3.2 Datenerhebung und Auswahl der Medien	39
3.2.1 Forschungsprozess und Datenanalyse.....	41
3.2.2 Positionalität	42
4. Forschungsergebnisse.....	44
4.1 Chronologische Entwicklung des Kriegsverlaufs.....	44
4.1.1 Vor Kriegsbeginn - Politik der offenen Tür	47
4.1.2 Erster Wendepunkt - 24. Februar bis Ende März 2022.....	50
4.1.3 Zweiter Wendepunkt - April bis Mitte Juli 2022	55
4.1.4 Dritter Wendepunkt - Juli bis Ende August 2022.....	64
4.2 Diskursanalyse zum Wandel der Rüstungspolitik.....	67
4.2.1 Vor Kriegsbeginn - Restriktive Waffenlieferungen	69
4.2.2 Erster Wendepunkt - Kriegsbeginn und Zeitenwende	71
4.2.3 Zweiter Wendepunkt - Rückzug aus Kiew	86
4.2.4 Dritter Wendepunkt - Zermürbungskrieg im Osten.....	101
5. Diskussion.....	109
5.1 Länderspezifische Unterschiede im Diskurs	110
6. Fazit	113
6.1 Die Rüstungspolitik im Wandel	113
6.2 Europäische Rüstungspolitik der Zukunft	115
7. Literaturverzeichnis	117
7.1 Quellenverzeichnis der Tageszeitungen.....	121
7.2 Abbildungsverzeichnis.....	132

Abbildungen

Abb. 1: Militärausgaben in US-Dollar, 16.03.2022 (Quelle: SIPRI, 2022, Grafik: Linus Joos) ..	22
Abb. 2: Toulmin-Argumentationsschema (Eigene Darstellung in Anlehnung an Toulmin 1997, S. 97).....	38
Abb. 3: Mindmap, Krieg in der Ukraine (Linus Joos, 2022).....	42
Abb. 4: Zeitstrahl (Darstellung: Linus Joos).....	46
Abb. 5: Karte der Ukraine am 1. März 2022 (Quelle: Tagesspiegel.de, Darstellung: Linus Joos)	50
Abb. 6: Vergleich der Militärstärke zwischen der Ukraine und Russland bei Kriegsbeginn (Daten: Global Firepower, Grafik: Linus Joos).....	52
Abb. 7: Karte der Ukraine 7. April 2022 (Quelle: Tagesspiegel.de, Darstellung: Linus Joos)	55
Abb. 8: Vergleich Hilfgelder für Ukraine (Quelle: Antezza et al. 2022, Grafik: Linus Joos).....	63
Abb. 9: Karte der Ukraine am 7. Juli 2022 (Quelle: Tagesspiegel.de, Darstellung: Linus Joos)	64
Abb. 10: Vergleich Militärstärke Nato - Russland (Quelle: Global Firepower, SIPRI, Darstellung: Linus Joos).....	79
Abb. 11: Umfrage zu Sanktionen gegen Russland (Quelle: Das österreichische Gallup-Institut, Grafik: Linus Joos)	83
Abb. 12: Vereinbarkeit der Russland-Sanktionen mit der Neutralität der Schweiz (Quelle: LINK Institut, Blick, Grafik: Linus Joos).....	84
Abb. 13: Umfragen zu Waffenlieferungen im März 2022 (Quelle: ZDF-Politbarometer, Grafik: Linus Joos)	100

Abkürzungen

ABM	Anti-Ballistic Missile Treaty
ACLED	The Armed Conflict Location & Event Data Project
AfD	Alternative für Deutschland
APA	Austria Presse Agentur
BIP	Brutto Inland Produkt
BPB	Bundeszentrale für politische Bildung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DPA	Deutsche Presse Agentur
EAPR	Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat
EU	Europäische Union
ETH	Eidgenössisch Technische Hochschule
FAZ	Die Frankfurter Allgemeine Zeitung
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
HIMARS	High Mobility Artillery Rocket System
IAEA	International Atomic Energy Agency
ICRC	Internationale Komitee des Roten Kreuzes
IFE	Institut für Weltwirtschaft
INF	Intermediate Range Nuclear Forces Treaty
IstGH	Internationaler Strafgerichtshof
LBB-BW	Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NPT	Non-Proliferation Treaty
NZZ	Die Neue Zürcher Zeitung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfP	Partnerschaft für den Frieden
SDA	Schweizerische Depeschenagentur
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
STAND	Der Standard
SVP	Schweizerische Volkspartei
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
SZ	Die Süddeutsche Zeitung
TA	Der Tagesanzeiger
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USSR	Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik
WEF	World Economic Forum
WZ	Die Wiener Zeitung

1. Einleitung

Frühmorgens am 24. Februar 2022 verkündete der russische Präsident Wladimir Putin den Beginn der ‹militärischen Sonderoperation› in der Ukraine. Diese Ankündigung bedeutete die Kriegserklärung für die Ukraine und war ein Schock für die internationale Staatengemeinschaft. Die ersten Reaktionen in den deutschsprachigen Tageszeitungen und aus der transatlantischen Politik auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine waren geeint. Einheitlich wurde der Krieg kritisiert sowie Putin als Invasor und Gegner aller demokratischen Staaten verurteilt. Geopolitische Rahmenbedingungen, die seit dem Fall des ‹Eisernen Vorhangs› 1989 bestanden, wurden grundlegend verändert und machten eine ‹Zeitenwende› in der europäischen Rüstungspolitik sichtbar. (Carstens, P. FAZ, 27.04.2022) Der Diskurs um den Angriffskrieg in der Ukraine und dessen Folgen beeinflusste nicht nur die europäische Politik, sondern auch die Energieimporte sowie die Wirtschaft fundamental.

In meiner Arbeit analysierte ich die Reaktionen in ausgewählten deutschsprachigen Tageszeitungen aus dem Mitte-links-Spektrum sowie dem liberalen Spektrum und beleuchtete den politischen Wandel während der ersten sechs Monate in diesem Krieg. Auf Grundlage von Zeitungsartikeln aus Deutschland, Österreich und der Schweiz erarbeitete ich Gemeinsamkeiten und Unterschiede im politischen Diskurs sowie in der Repräsentation der Rüstungspolitik. Mithilfe der Genealogie untersuchte ich, wie sich die öffentliche Diskussion in ausgewählten Tageszeitungen seit der russischen Invasion in die Ukraine wandelte. In der Diskursanalyse reflektierte ich die Artikel und betrachtete Argumentationen zu den Themen Rüstungspolitik und Waffenlieferungen kurz vor sowie nach Kriegsausbruch.

1.1 Inhalt der Forschungsarbeit

Nach Beginn des Angriffskriegs in der Ukraine veränderte sich die Rüstungspolitik in den deutschsprachigen Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz grundlegend. In der vorliegenden Forschungsarbeit beschreibe ich zuerst den historischen Hintergrund des Krieges in der Ukraine sowie die Diskurse um die europäische Rüstungspolitik seit dem Kalten Krieg. In den Medien bedienten sich zahlreiche Expert:innen und Journalist:innen historischer Allegorien, um den aktuellen Konflikt zu erklären. Daher spielten Argumente des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs wieder eine grosse Rolle in der Debatte um Waffenlieferungen. Nach Jahren der Abrüstung wurde nun wieder in grossem Umfang in die nationale Aufrüstung investiert. Im zweiten Kapitel werden die Geschichte der Ukraine sowie der historische Hintergrund und die Beziehung zu Russland, die zur Eskalation des Konfliktes führten, erläutert. Dazu werden der historische Hintergrund des aktuellen Kriegsgeschehens und die Diskurse im deutschsprachigen Raum rund um die Geo-

und Rüstungspolitik, die Neutralität, die Sanktionen sowie die deutsche Sonderstellung umschrieben.

In der Methodik (drittes Kapitel) erkläre ich die genealogische Diskursanalyse und den Forschungsprozess. Hierbei reflektiere ich die Auswahl der Zeitungen und die kodierten Artikel (Abs. 3.2.1), welche zur Datenerhebung relevant waren. Danach stelle ich meine Positionalität (Abs. 3.2.2) dar und erörtere meine persönliche Einstellung zum Forschungsbestand. In den Forschungsergebnissen (viertes Kapitel) stelle ich die Geschehnisse als Zeitstrahl visuell dar (Abs. 4.1) und führe die entscheidenden Diskursstränge sowie die aktuelle Lage chronologisch auf. Anschließend werden anhand der genealogischen Diskursanalyse (Abs. 4.2) die Argumente und die Brüche der Rüstungspolitik im deutschsprachigen Raum in drei Wendepunkten erforscht. Zum Schluss folgen die Diskussion (fünftes Kapitel) sowie das Fazit (sechstes Kapitel), in denen ich die Forschungsfrage nochmals aufgreife, die Ergebnisse zusammenfasse und die gewonnen Erkenntnisse reflektiere.

1.2 Forschungsstand

Aufgrund der Aktualität waren zu Beginn kaum Forschungsarbeiten zu den Themen Aufrüstung und Waffenlieferungen in Kriegsgebiete vorhanden. Eine quantitative Studie zur medialen Repräsentation des Ukraine-Krieges wurde von der Universität Zürich durchgeführt. (Udris, L. et al. 2022) Noch 2021 wurde in einer Forschungsarbeit der ETH zur schweizerischen Neutralität und Rüstungspolitik der Trend zur Abrüstung beschrieben. (Szvircsev T. et al. 2021) Für eine fundierte Analyse der Diskurse stützte ich die Arbeit auf sechs renommierte Zeitungen im deutschsprachigen Raum. Die Redaktionen berichteten regelmässig über das Kriegsgeschehen und stellten die relevanten Ereignisse im Newsticker dar. Expert:innen gaben in Interviews ihre Einschätzungen, Hintergrundinformationen und Meinungen zum aktuellen Geschehen wieder. In den Medien wurde der historische Hintergrund zur Rüstungspolitik in Europa aufgearbeitet sowie erklärt. Die Reden und Aussagen von Politiker:innen wurden heftig diskutiert sowie kritisiert. Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Robert Habeck waren speziell im Fokus der Medien und prägten den Diskurs um Waffenlieferungen in die Ukraine. In der Schweiz stand Ignatio Cassis und die schweizerische Neutralität im Zentrum des Diskurses.

Mein Schwerpunkt lag auf den Diskursen zur Rüstungspolitik und beinhaltete ebenfalls die Geopolitik sowie die atomare Bedrohung seit dem Kalten Krieg. Die Forschung stellte die Friedensproteste nach dem Kalten Krieg als bedeutende Opposition zum hegemonialen Diskurs dar. (Creutziger, C. und Reuber, P. 2021) Die geopolitische Perspektive versteht die sicherheitspolitischen Veränderungen als Resultat diskursiver Praktiken. In dieser Arbeit bediene mich der

genealogischen Diskursanalyse, die bereits von Foucault und Matissek beschrieben wurde. Ihre Forschung erklärt, wie Diskurse die Realität beeinflussen und die gesellschaftlichen Normen verändern. Die vorliegende genealogische Diskursanalyse muss in ihrem bestimmten Kontext verstanden werden und ist nicht auf andere Ereignisse und Kontexte übertragbar. Mithilfe dieser Methode erarbeitete ich Brüche und Veränderungen in der Kontroverse um die Rückkehr der Rüstungspolitik und der Waffenlieferungen.

1.3 Ziele der Forschung

Diese Masterarbeit soll einen Beitrag dazu leisten, die Diskussion sowie die Wendepunkte im deutschsprachigen Raum in Bezug auf die Rüstungspolitik und insbesondere die Waffenlieferungen aus Deutschland in die Ukraine zu erläutern. Um diese Entwicklung aufzuzeigen, analysierte ich mehrere deutschsprachige Tageszeitungen, die den politischen Diskurs seit Kriegsausbruch am 24. Februar 2022 mitverfolgten und repräsentierten. Dazu dekonstruierte ich den Diskurs nach dem Ausbruch des Kriegs über ein halbes Jahr nach Wendepunkten und Brüchen. Waffenlieferungen in die Ukraine polarisierten den Diskurs im deutschsprachigen Raum stark. In der europäischen Politik entstanden durch die von Scholz erwähnte ‹Zeitenwende› neue Diskurse und es brachen bestehende Normen auf. Erstmals seit Jahrzehnten standen der Nutzen sowie der Zweck der Neutralität der Schweiz und von Österreich in Frage. Aufrüstung, Sanktionen und Waffenlieferungen in Konfliktgebiete wurden seit den 1980er-Jahren in deutschsprachigen Ländern negativ bewertet. Daher werde ich den Diskurs auf internationaler Ebene führen und die unterschiedlichen Perspektiven konzeptualisieren – mit dem Ziel, die zugrunde liegenden Spannungen und Strukturen der Debatte zu erfassen sowie in einen übergeordneten Diskurs über internationale Sicherheit und Verantwortung zu stellen. Inspiriert von der Genealogie nach Foucault werde ich Machtstrukturen und Argumente darlegen, die den hegemonialen Diskurs beeinflussten. Der internationale Konflikt veränderte die politische Praxis sowie die rechtliche Ordnung nachhaltig. Sanktionen, Rüstungsabkommen, Aufrüstungsfonds und weitere sicherheitspolitische Gesetze werden nicht nur die europäische Zukunft massgeblich prägen.

1.4 Forschungsfragen

Wie veränderte sich der Diskurs in deutschsprachigen Tageszeitungen zur Rüstungspolitik seit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine?

Inwiefern veränderte sich der Diskurs in Tageszeitungen im deutschsprachigen Raum zu den Waffenlieferungen in die Ukraine seit Kriegsbeginn?

2. Historischer Hintergrund des Angriffskriegs

2.1 «Ukraina» – Grenzland zwischen Grossmächten

Zahlreiche Konflikte zwischen unterschiedlichen Grossmächten prägten die Geschichte der Ukraine. Mithilfe polnisch-litauischer Unterstützung befreite sich das Land im 12. Jahrhundert von den mongolischen Invasoren. Im 16. Jahrhundert wurde das Gebiet der Ukraine zwischen dem Grossfürstentum Moskau im Osten sowie dem polnisch-litauischen Reich im Westen geteilt und als «Ukrania» bezeichnet, was Grenzland bedeutet. Seit dem 18. Jahrhundert wird die Ukraine von Russland als «Kleinrussland» benannt und wurde Teil der Dreieinigkeit von Gross-, Klein- und Belarussen. Im 19. Jahrhundert wurden die Unabhängigkeitsbewegungen der Ukraine von der prorussischen Regierung strikt unterdrückt und der ukrainische Dialekt verboten. Während des Ersten Weltkriegs wurde der Westen der Ukraine von Polen besetzt, aber von der «Roten Armee» der russischen Sowjetrepublik schnell zurückerobert. In der Ukraine gilt seit 1919 das Frauenwahlrecht. Im Jahr 1922, mit der Gründung der Sowjetunion, wurde die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) ausgerufen. Während des Zweiten Weltkriegs annektierte die Sowjetunion mehrere ostukrainische Gebiete und bekämpfte die deutsche Armee. Beide Seiten benutzten die Taktik der «verbrannten Erde» und zerstörten weite Teile des Landes auf ihrem Rückzug. Nach dem Krieg wurden die polnische sowie die ukrainische Bevölkerung entlang der Westgrenze von Polen und der Ukraine zwangsumgesiedelt, wodurch eine grosse Migrationsbewegung entfacht wurde. 1991 wurde die Ukraine unabhängig und übergab Russland im Gegenzug ihre Atomwaffen. (Mackow, J. 2016)

2.1.1 Die Ukraine unter russischem Einfluss

Einerseits beabsichtigte die Ukraine, sich gegenüber dem Westen zu öffnen und Teil der EU werden, andererseits war der russische Einfluss mächtig und bestimmte das politische Geschehen sowie die Wahlen. Nach der «Orangen Revolution»¹ wurde Wiktor Juschtschenko in der Neuwahl im Januar 2005 zum Präsidenten der Ukraine gewählt, doch der westlich orientierte Politiker wurde von Russland nicht gutgeheissen. Mit Unterstützung Russlands wurde Juschtschenko 2010 von Wiktor Janukowytsch abgelöst. Dieser vertrat russische Interessen und Anliegen und begünstigte damit die russische Annexion der Krim. (Ostaptschuk, M. 2019) Im Jahr 2014 führten die «Maidan-Proteste»² zum Abgang des prorussischen Präsidenten Janukowytsch sowie zu einer

¹ Mit «Orange Revolution» werden Massenproteste rund um die Präsidentschaftswahlen von 2004 bezeichnet, als der pro-westliche Kandidat Wiktor Juschtschenko gemäss der Zentralen Wahlkommission die Wahl verlor. Die Opposition vermutete Wahlfälschungen und erreichten, dass die Stichwahl wiederholt wurde. (Klein, E. 2022)

² Maidan-Proteste oder Euromaidan-Demonstrationen wird die Revolution von 2014 auf dem Maidan-Platz in Kiew bezeichnet. Ukrainer:innen forderten einen Regierungswechsel, weil der Präsident Janukowytsch das EU-Assoziationsabkommen nicht unterzeichnete. Diese Proteste führten zu unzähligen Todesopfern und dienten Russland als Vorwand für die Annexion der Krim. (Sasse, G. 2018)

kurzen Übergangsregierung von Oleksandr Turtschynow. Danach wurde Petro Poroschenko im Juni 2014 offiziell zum neuen Präsidenten gewählt und gründete die Partei «Europäische Solidarität» – doch Kremlchef Putin erkannte die neue ukrainische Regierung nicht an, worauf russische Separatisten im Frühjahr 2014 die Halbinsel Krim annektierten. Auf Initiative von Deutschland und Frankreich kam ein Jahr später das zweite Minsker Abkommen zustande, welches einen Waffenstillstand erreichen sollte. Die vereinbarte Waffenruhe wurde nie eingehalten und der Konflikt dauerte im Hintergrund weiterhin an. Russland verfolgte seit den «Maidan-Protesten» gegenüber der Ukraine eine feindliche Aussenpolitik. Im Jahr 2018 kam es zu einer Eskalation der russischen Marine im Schwarzen Meer, woraufhin die Ukraine den Ausnahmezustand ausrief. Schliesslich wurde 2019 Wolodymyr Selenskyj zum Präsidenten der Ukraine gewählt und bildete mit seiner Partei «Diener des Volkes» eine neue Regierung. (Klein, E. und Burkhardt, F. 2022)

2.1.2 Angriffskrieg auf die Ukraine

Kurz nach den Präsidentschaftswahlen im April 2019, in denen 73,22 Prozent (Klein, E. und Burkhardt, F. 2022) für Selenskyj stimmten, unterzeichnete der russische Präsident Putin ein Dekret. Dieses ermöglichte es Ukrainerinnen und Ukrainern, mit einem Eilantrag die russische Staatsbürgerschaft zu erlangen, weil die Menschen in der Ukraine keine Bürgerrechte besässen. Selenskyj bot daraufhin allen Personen, die unter autoritären und korrupten Regimes leiden, beispielsweise in Russland, die ukrainische Staatsbürgerschaft an. Was neue Spannungen zwischen Russland und der Ukraine auslöste, war ein russisches Embargo gegen die Ukraine. Auf dieses reagierte Selenskyj im Mai 2019 ebenfalls mit einem Handelsembargo gegen russische Waren, wie Zement, Mineraldünger und Fahrzeuge. Am 5. Juni 2019 trafen sich die Ukraine, Russland sowie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu Friedensgesprächen der trilateralen Kontaktgruppe in Minsk³, doch trotz der vereinbarten Waffenruhe kam es zu wiederholten Gefechten entlang der Kontaktlinie. Daraufhin besprachen Selenskyj und Putin die Situation in den Gebieten Donbass und Luhansk sowie den Austausch von Gefangenen in Telefongesprächen. In Paris trafen sich am 9. Dezember 2019 Selenskyj, Putin, Macron und Merkel zu Gesprächen im Normandie-Format⁴, um den Waffenstillstand sowie den Truppenrückzug entlang der Grenze zu bewirken und einen neuen Transitvertrag für Erdgas auszuhandeln. (Klein, E. und Burkhardt, F. 2022)

³ Die Trilaterale Kontaktgruppe in Minsk bestand aus der Ukraine, Russland und der EU. Die Gruppe sollte die Minsker Abkommen unter dem Normandie-Format aufnehmen und politische Massnahmen für die Sicherheits- und humanitäre Fragen in der Ukraine erörtern. Russland hat die Minsker Abkommen nicht eingehalten und verhinderte die Arbeit von humanitären Organisationen, wie das Rote Kreuz. Das neue Format sollte daher die Zusammenarbeit für Verbesserungen im Donbass fördern. (Solkina, M. 2020)

⁴ Das Normandie-Format wurde 2014 zwischen Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine eingerichtet, um Fragen des Ukraine-Konflikts zu besprechen. Die Gruppe bezieht sich auf die Alliierten-Landung in der Normandie, anlässlich der 70-jährigen Geschichte. Mit der Unterstützung von Deutschland und Frankreich sollte ein Waffenstillstand im Donbass erreicht werden. (AFP, Zeit Online, 29.12.14)

Bereits Anfang Januar 2022 warnte der US-Präsident Joe Biden vor einem möglichen russischen Angriff auf die Ukraine. Entlang der Grenzen zur Ukraine seien in den vergangenen Tagen die Anzahl russischer Streitkräfte deutlich erhöht worden. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde geheim gehalten, dass die USA die Ukraine bereits aktiv mit Finanz- und Militärhilfen unterstützten. Der umfangreiche Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze wurde international stark verurteilt und die Nato-Staaten drohten Russland mit Sanktionen. (dpa, AFP, AP, ale, mp, Zeit Online, 28.01.2022)

Rückblickend war die Annexion der Krim 2014 durch russische Separatisten bis hin zum massiven Truppenaufmarsch Ende 2021 entlang der ukrainischen Grenzen ein erstes Anzeichen des bevorstehenden Angriffskriegs. Der Giftanschlag auf Aleksej Naval'nyj, die Hackerangriffe auf den Deutschen Bundestag und die Falschmeldungen der russischen Propaganda waren Teile der russischen Strategie, die westlichen Staaten zu destabilisieren. Obwohl es warnende Stimmen aus den USA und der EU gab, wollte bis zum Tag vor dem Krieg niemand wahrhaben, dass ein russischer Einmarsch möglich sei. (Bönker, K. 2022)

2.2 Geopolitik und Ost-West-Dualismen

Die geopolitische Perspektive auf einzelne Konfliktparteien stellt Solidaritäten und Distinktionsachsen her und führt durch unterschiedliche räumliche Repräsentationen zu verschiedenen innen- sowie aussenpolitischen Reaktionen. Freund- und Feindbilder werden oft räumlich konstruiert und verknüpfen die räumliche Differenzierung mit der sozialen Welt. Grenzziehungen sowie Territorialisierungen sind Gegenstand politischer Aushandlungen und beeinflussen zwischenstaatliche Beziehungen sowie die Identifikation von Individuen. (Glasze, G. und Matissek, A. 2021).

Eine provokante Diskussion war die Rhetorik vom erneuten Kalten Krieg, die das Denken in Ost-West-Dualismen und in politische Gegner unterteilte. Obwohl der Kontext gänzlich verschieden war, waren diese geopolitischen Leitbilder und Diskurse nach wie vor präsent. Die Argumentationsfigur der Geopolitik zur Erklärung internationaler Konflikte in Europa war ein historisches Muster für die Verortung der militärischen Auseinandersetzung. Bereits 2016 kündigte Dmitri Medwedjew, damals Ministerpräsident der Russischen Föderation, an, sich in einem neuen Kalten Krieg zu befinden. Das Wiederaufleben der Konflikte zwischen Russland und den Nachbarstaaten, der Ukraine, Georgien und Tschetschenien, tangierte gleichzeitig das Verhältnis zu den Staaten der EU und der Nato. (Creutziger, C. und Reuber, P. 2021) Zudem stellen Creutziger und Reuber fest, dass sich der geopolitische Diskurs rekonfiguriert hat. Alte Deutungsformen wie ‹Russland gegen den Westen›, Stellvertreterkriege, Steigerung der Militärausgaben oder Aufrüstung zur internationalen Sicherheit existieren nach wie vor, allerdings ohne eine politisch-ideologische,

ökonomische, kulturell-soziale Auseinandersetzung aus dem Kalten Krieg. Aktuell gehe es um das regionale Spannungsfeld zwischen der räumlichen Ausdehnung von Russland, seinen westlichen Nachbarländern und der EU anstelle der globalen Interessensphären zwischen den Supermächten. Der neue Kalte Krieg bezieht sich nur auf Russland, die Ukraine und Georgien, die im postsowjetischen Raum sind. Die Länder dazwischen spielen eine grosse Rolle in Bezug auf die Aussenpolitik mit Russland und der EU. (Creutziger, C. und Reuber, P. 2021)

Creutziger und Reuber analysierten die Worthäufigkeit von ‹Geopolitik› in Verbindung mit ‹Kalter Krieg› in deutschen Zeitungen seit 1948 und erkannten, dass der Diskurs um 1978 entstand und 2014 erstarkte. Ursprünglich wurde der Begriff Geopolitik von Nationalismus, Imperialismus und Kolonialismus geprägt und entwickelte sich mit aktuellen Konflikten weiter. Der geopolitische Diskurs wurde durch die beiden Weltkriege sowie deren Begründungsnarrative verändert. Im ‹Dritten Reich›⁵ diente Geopolitik als Schlüsselbegriff, der geodeterministischen Denkweise⁶ und der nationalsozialistischen Ideologie. Daher trug der geopolitische Diskurs entscheidend dazu bei, dieser menschenverachtenden Weltanschauung einen rationalen Grund zu liefern. In den 1960er-Jahren wurde die Geopolitik von den geostrategischen Überlegungen und mit dem ‹Blockdenken›⁷ des Kalten Kriegs geprägt. Die Bundesrepublik Deutschland nutzte das Blockdenken als zentrales Element ihrer Aussenpolitik und beeinflusste den Diskurs stark. Die Bedeutung der Geopolitik veränderte sich ab 1980 erneut, als erste Auflösungserscheinungen und Umwälzungen der Staaten des Warschauer Paktes⁸ ein Umdenken erforderten. Durch den Krieg in Afghanistan und die Reaktionen des Westens darauf sowie mit dem Berliner Mauerfall 1989 erfuhr die Geopolitik eine semantische Entkoppelung des Diskurses des Kalten Kriegs. Fukuyamas These vom ‹Ende der Geschichte›⁹ 1992 verstärkte die Neudefinierung der Geopolitik. Im Jahr 2001 wurde der Diskurs des Ost-West-Dualismus durch den ‹Kampf gegen den Terror› abgelöst.¹⁰ Seit den

5 Das ‹Dritte Reich› diente als Bezeichnung des nationalsozialistischen Deutschlands, das sich in die Tradition des ‹Heiligen Römischen Reichs› stellte. Der Begriff wurde von den Nationalsozialisten propagandistisch eingesetzt, um den Krieg und die Diktatur zu legitimieren. (Butzer, H. 2003)

6 Der Geodeterminismus besagte, dass der Raum die Kultur und Gesellschaft der Menschen bestimmt. Der Nationalsozialismus bediente sich dieser Sichtweise, indem die Räume ausserhalb Deutschlands kriminalisiert wurden. (Belina, B. 2008)

7 Das Blockdenken des Kalten Kriegs entstand aus den Unterschieden des Ost-West-Dualismus, der die Welt in kapitalistische oder kommunistische Länder einteilte. Der kommunistische Ost-Block kämpfte gegen den kapitalistischen West-Block und versuchten strategisch wichtige Länder für sich zu gewinnen, um Druck auszuüben. (Schmid, U. 2018)

8 Der Warschauer Pakt war ein Vertrag der kommunistischen Staaten Europas. 1955 schlossen sich mehrere osteuropäischen Staaten der Sowjetunion an, als Reaktion auf den Beitritt der BRD zur Nato und dessen Wiederbewaffnung. (Schubert, K. und Klein, M. 2020)

9 Fukuyamas These besagte, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Prinzipien des Liberalismus, also der Demokratie und der Marktwirtschaft, überall durchsetzen würde. Die globale Verbreitung der Demokratie, Menschenrechten und Freiheit würde alle nicht-westlichen Ordnungsmodelle integrieren und der Antrieb der Geschichte entfälle. (Fukuyama, F. 1989)

¹⁰ Der ‹Kampf gegen den Terror› beschreibt die Bestrebungen der US-Aussenpolitik nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001, den islamischen Terrorismus zu bekämpfen. Die militärischen Operationen in Afghanistan von 2001 bis 2021 und der Irak-Krieg läuteten ein Paradigmenwechsel der Weltpolitik ein, denn die Anschläge verdeutlichten, dass es überall geschehen kann. Der Diskurs über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit wandelte sich rasant. Die Antiterror-Gesetzgebung und insbesondere der ‹Patriot Act› brachten Einschränkungen der Bürgerrechte und erweiterte die Befugnisse für Geheimdienste weltweit. (Kaim, M. 2011)

Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA und der Rhetorik vom «Clash of Civilization»¹¹ erlangte ein neuer Diskurs ein hegemoniales Deutungsmodell. Creutziger und Reuber bemerkten 2008 eine Verschiebung des Diskurses um Geopolitik mit dem Krieg im Kaukasus von Russland mit Georgien. Zuvor wurde zunehmend über eine Annäherung sowie eine Entspannung zwischen Russland und der Nato berichtet, mit der Öffnung des Luftraumes, der Koalition zwischen ehemaligen Ländern des Warschauer Paktes und den USA oder der wirtschaftlichen Vernetzung, speziell in der Energieproduktion. Die Autoren beschreiben eine Renaissance des Diskurses um Geopolitik und eine Wiederauferstehung der Formel vom Kalten Krieg, als 2014 die Annexion der Krim den Konflikt erneut aufflammen liess. Ein weiteres Mal handelten geopolitische Diskurse um die Ukraine von russischen Einflusszonen, Nachbarschaftspolitik, Sicherheitskorridoren, Sicherung von Meereszugängen und wirtschaftlichen Sanktionen. Dreissig Jahre nach dem Fall des «Eisernen Vorhangs»¹² wurde das Narrativ von Ost-West-Unterschieden in zahlreichen sprachlichen Verknüpfungen wieder aufgegriffen und trotz aller Unterschiede in den Diskurs einbezogen. Die Vorstellung vom Westen als «freier Welt» und Russland als Verkörperung des unfreien, moralisch unterlegenen Ostens sei eine alte geopolitische Denkfigur. (Creutziger, C. und Reuber, P. 2021)

Michail Gorbatschow, der letzte Generalsekretär der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), erwähnte «unser gemeinsames europäisches Haus» 1986 in einer Rede am Gipfeltreffen mit Ronald Reagan. Das gemeinsame europäische Haus wurde als Leitbild der russischen Aussenpolitik nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems in den 1990er-Jahren intensiv vorangetrieben. Europa diene als Vorbild für Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Demokratie. Allerdings konkurrierte eine weitere Perspektive in der Debatte um eine gemeinsame Zukunft mit Europa, welche die eurasische Qualität von Russland hervorhob, und das westlich geprägte Europa ablehnte. Im Jahr 1999, nach der Wahl von Wladimir Putin zum Präsidenten der Russischen Föderation, wurde der versöhnliche Kurs mit den Nachbarstaaten bald aufgegeben. Der Liberalismus wurde als schädlich wahrgenommen und Russland suchte nach einer alternativen Wirtschaftsform. Putin verankerte das Ziel zur «Erhaltung eines einheitlichen Kulturraums» in den Grundlagen der russischen Kulturpolitik aus Ablehnung der europäischen Kultur. (Schmid, U. 2018)

11 Huntingtons Abhandlung über den «Clash of Civilization» beschrieb, dass es zu Konflikten zwischen verschiedenen Kulturräumen kommen werde. Insbesondere zwischen den westlichen Zivilisationen mit dem asiatischen und islamischen Kulturraum. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes würden Kulturen die Weltordnung bestimmen und nicht mehr Ideologien. Die Vorherrschaft des Westens würde mit der Zeit verblasen. (Huntington, S. P. 1997)

12 Der «Eiserne Vorhang» wurde 1946 von Winston Churchill angesprochen, damit meinte er, dass es in Europa eine Grenze zwischen den kommunistischen und demokratischen Ländern gab. Die Fronten waren stark bewacht und wurden streng kontrolliert, in Deutschland trennte sich die DDR im Osten von der BRD im Westen mit hohen Mauern, Stacheldraht und Wachtürmen ab. Die östliche Seite gehörte zum Einflussbereich der Sowjetunion, während sich die westlichen Länder eher an den USA orientierten. (Schneider, G. und Toyka-Seid, C. 2022)

2.2.1 Waffenexporte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz

Ein wesentlicher Faktor der europäischen Wirtschaft sind Waffenexporte, der Handel mit Waffen generiert für die Produktionsländer grosse Gewinne. Sicherheit, Stabilität und Wohlstand sollen durch die Waffenproduktion gewährleistet werden, Militärbündnisse profitieren durch spezielle Abkommen über Waffenlieferungen voneinander. Generell werden Waffenexporte in Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, international kritisch gesehen. Als zweitgrösster Kleinwaffenexporteur der Welt (Klasen, R. und Hoffmann, C. 2016) gehört Deutschland zu den bedeutendsten internationalen Akteuren – und die zunehmende Präsenz auf der internationalen Ebene setzt ein stärkeres Engagement in der Weltpolitik voraus. Die Bundesregierung wollte mehr Verantwortung in der Aussenpolitik übernehmen und keine Waffen in Spannungsgebiete liefern. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, musste sie ihr aussenpolitisches Spektrum erweitern. Altkanzlerin Merkel agierte im Ukraine-Konflikt ab 2014 als Moderatorin und setzte sich für eine gerechtere Flüchtlingspolitik ein. In der Kritik standen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Waffenlieferungen und militärische Interventionen. (Stahl, B. 2017) Nach der Annexion der Krim sah sich Deutschland tendenziell in der Vermittlerrolle zwischen Nato und Russland – statt als fester Bestandteil des Westens. Die «Ertüchtigungsinitiative»¹³ von 2011 verfolgte das Ziel, Regierungen und Organisationen durch Ausstattung und Training in die Lage zu versetzen, aus eigener Kraft Stabilität, Frieden und Sicherheit herzustellen. (Major, C. et al. 2014)

Bisher wurde der weltweite Waffenhandel nur ungenügend reguliert, Kontroll- und Überwachungsmechanismen waren unzureichend. Verstösse gegen Lizenzvergaben oder Nichtweitergabe können durch Lizenznummern zurückverfolgt werden. Trotzdem werden weiterhin Waffen in umstrittene Importländer verkauft. Fotiadis und Bhriain konnten nachweisen, dass europäische Waffen für Militäroperationen in Krisengebieten verwendet wurden, die zur Destabilisierung von gesellschaftlichen Strukturen und zur Vertreibung führten. Die Länder der EU gehören zu den führenden Lieferanten tödlicher Waffen, 2015 wurden 26 Prozent der weltweiten Waffenexporte aus der EU getätigt. (Fotiadis, A. und Bhriain, N. N. 2022) Bereits 2014 übte die Linke harsche Kritik an der deutschen Regierung wegen Waffenlieferungen an Russland, denn obwohl die Bundesregierung argumentierte, Waffenlieferungen nach Russland seien aufgrund der Annexion der Krim nicht mehr tragbar, wurden weiterhin mit der Genehmigung der Behörden militärische Güter exportiert. (Friederichs, H. Zeit Online, 17.04.2022) Das deutsche Krisenmanagement sollte klarere Ziele formulieren sowie regionale Partnerschaften in die Entscheidung und die Planung

¹³ Die «Ertüchtigungsinitiative» der deutschen Bundesregierung von 2016 bietet Staaten Hilfe zur Selbsthilfe, um die eigene oder regionale Sicherheit zu sichern. Dabei stehen Beratung, Ausbildung und Unterstützung mit militärischer Ausstattung an oberster Stelle. (Bundesministerium der Verteidigung, 2019)

einbeziehen, denn Waffenlieferungen und Ausstattung seien kein Allheilmittel für Stabilität und Frieden, kritisierten Major, et al. (Major, C. et al. 2014)

Österreich zählt gegenwärtig zu den grössten Exporteuren von Handfeuerwaffen weltweit, obwohl dem Land nach 1945 die Waffenherstellung für zehn Jahre verboten war. Nach Einführung des Kriegsmaterialgesetzes 1977 wurde in Österreich der Export von militärischen Gütern an kriegsführende Staaten erschwert, der Handel lief jedoch weiter. Nach Russlands Engagement in der Ukraine wurde 2014 der Export von Scharfschützengewehren an den russischen Rüstungskonzern Rostec verhindert. Bereits in der Vergangenheit beschäftigte die Bevölkerung die Frage bezüglich der moralischen Auswirkungen der Waffenproduktion in einem neutralen Staat und die Waffenindustrie stand in Verruf. (Lutz, J. 2019)

Die Schweiz regelt Kriegsmaterialausfuhren über das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Dieses prüft die Bewilligungsgesuche entsprechend dem Bundesgesetz der Kriegsmaterialausfuhr und der Kriegsmaterialverordnung – doch politisch umstrittene Kriegsmaterialexporte standen im Konflikt mit der Förderung von Sicherheit und Frieden der neutralen Aussenpolitik, denn auch zahlreiche Kontrollmechanismen konnten nicht gewährleisten, dass Waffen in Konfliktgebieten Anwendung fanden. Die Waffenexporte der Schweiz beliefen sich 2021 gemäss SECO auf 742,8 Millionen Franken, 39,9 Prozent davon betrafen Panzerfahrzeuge, 24,9 Prozent entfielen auf Munition und Munitionsbestandteile. (SECO, 2022)

Im aktuellen Ukrainekrieg bezogen sich die Diskussionen auf die Unterscheidung zwischen leichten und schweren Waffen, die nicht eindeutig ist. Der «Arms-Trade-Treaty»¹⁴-Vertrag beschrieb Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe, Flugkörper und Angriffshubschrauber als schwere Waffen – doch für das humanitäre Völkerrecht ist diese Klassifizierung von militärischem Material unerheblich und könnte somit auch einem angegriffenen Staat wie der Ukraine geliefert werden. (UN, 2014)

2.2.2 Sanktionen als aussenpolitisches Instrument

Seit Ende des Kalten Kriegs wurden restriktive Wirtschaftsmassnahmen und Sanktionen in der internationalen Politik als bevorzugtes aussenpolitisches Instrument eingesetzt. Damit werden Optionen zur Beeinflussung des politischen Prozesses im betroffenen Land offengehalten, beispielsweise Friedensverhandlungen, und dem Zielland bleibt Zeit für wirtschaftliche Anpassung. Erst wenn alle nichtmilitärischen Mittel sowie die Möglichkeiten ökonomischer Sanktionen

¹⁴ Das «Arms-Trade-Treaty» wurde 2014 von 112 Staaten unterschrieben und regelt den internationalen Handel mit konventionellen Waffen. Die UN engagierte sich für das Abkommen, um die globale Verbreitung von Waffen einzudämmen und den Frieden durch ethische Standards bei Waffenlieferungen zu fördern. (UN, 2014)

ausgeschöpft wurden und die Glaubwürdigkeit der eigenen Politik Bestand haben soll, rechtfertigt dies den Einsatz des Militärs. Um humanitäre Nebenwirkungen und negative Folgen zu minimieren, bemüht sich die Europäische Union, möglichst zielgerichtet zu sanktionieren. Grundsätzlich setzen Sanktionen als Element des Verhandlungsprozesses ein rationales Verhalten der betroffenen Staaten voraus. Sie sind oft der erste Zwischenschritt zwischen diplomatischen Verhandlungen und dem Einsatz militärischer Macht. Eine graduelle Steigerung der Sanktionen ist von Vorteil, weil die anfänglichen Kosten geringer sind und negative Effekte von restriktiven Massnahmen reduziert werden. Handels- und Finanzsanktionen stellen ein bedeutendes Instrument der europäischen Aussenpolitik dar, um politischen Druck auszuüben. «Smart Sanctions»¹⁵ versprechen eine individuelle Form strikter Repressionen und infolgedessen eine schnelle Rückkehr zum Normalzustand. (Rudolf, P. 2006)

Als Reaktion auf die Annexion der Krim verhängte die Europäische Union 2014 Sanktionen gegen Russland. Angesichts der ungelösten Lage in der Ostukraine und nach dem Abschuss der Passagiermaschine MH17 verabschiedete der Europäische Rat strenge Massnahmen gegen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland. Weitreichende Wirtschafts- und Handelssanktionen traten in Kraft, das Einfuhrverbot für Waren von der Krim oder aus Sewastopol galt als Nichtanerkennung der Annexion der Krim. Im Jahr 2015 unterzeichneten die EU-Staatschefs vier konkrete Schritte zur Deeskalation sowie das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine. Das Minsker Abkommen¹⁶ für den Waffenstillstand in der Ostukraine wurde an weitere Sanktionen geknüpft, doch die Waffenruhe wurde von Russland gebrochen, woraufhin die EU zusätzliche Sanktionen beschloss und mehrere Personen und Unternehmen in die Sanktionsliste aufnahm. Bis 2021 belegte die EU insgesamt 185 Personen und 48 Organisationen mit Beschränkungen, verhängte Einreiseverbote und frof Vermögen ein. Die sanktionierten Öllieferungen sowie die Abwertung des Rubels trafen nicht nur Russlands Wirtschaft hart, sondern tangierten auch einen grossen Teil der deutschen und europäischen Exporte. Aufgrund der Einschränkungen exportierte Deutschland 2015 insgesamt 727 Mio. US-Dollar (Hinz, J. 2017) weniger pro Monat als in den Vorjahren. Weil die Auswirkungen der Massnahmen und des Konfliktes die politische, die rechtliche sowie die finanzielle Stabilität verringerten, waren auch nicht sanktionierte Produkte von dem Embargo betroffen. (Hinz, J. 2017)

¹⁵ «Smart Sanctions» sind gezielte restriktive Massnahmen gegen ein Land, mit dem Ziel die negativen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung zu minimieren. Die Sanktionen richten sich gegen Einzelpersonen, Unternehmen oder Organisationen und beschränken deren Handel mit bestimmten Gütern, Finanzsanktionen, Reiserestriktionen, Finanzsanktionen oder diplomatische Einschränkungen. (SECO, 2017)

¹⁶ Die Minsker Vereinbarungen 1 und 2 wurden nach dem bewaffneten Konflikt in der Ostukraine 2014 von der Ukraine, Russland, Deutschland und Frankreich unterzeichnet. Die Abkommen vereinbarten einen Waffenstillstand zwischen der Ukraine und den pro-russischen Separatisten auf der Krim. (Pleines, H. 2022)

2.2.3 Vereinte Nationen und Transatlantische Politik

Aus der Frontenstellung im Zweiten Weltkrieg bildeten sich 1941 die Vereinten Nationen, um die «Achsenmächte»¹⁷ Deutschland, Italien und Japan zu bekämpfen. Während der Weiterentwicklung der Nachkriegsordnung wurde daraus die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) geschaffen. In diesem System war die Vormachtstellung der USA offensichtlich. Zudem gingen die Vereinigten Staaten davon aus, dass die meisten europäischen Länder zu schwach wären, um gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Im Jahr 1945, nach Ende des totalen Kriegs, zeigte sich durch die Ost-West-Nachkriegsspannungen bald die weltpolitische Kräfteverteilung. Nahtlos gingen die Kämpfe gegen die deutsche und die japanische Besatzungsmacht in Auseinandersetzungen des Ost-West-Gegensatzes¹⁸ über. Beispielsweise entstanden regionale Konflikte der kommunistischen Partisanen gegen die prowestlichen Regierungen in Indonesien, Griechenland oder China. (Schmidl, E. 1998) Dennoch versuchten die Vereinten Nationen ein System der kollektiven Sicherheit zu erstellen, doch unter den Umständen des «Kalten Kriegs» fanden lediglich Beobachtereinsätze von «Friedenstruppen» oder «Blauhelmen»¹⁹ statt. Die Truman-Doktrin²⁰ von 1947 sowie der Marshall-Plan²¹ leiteten ein verstärktes amerikanisches Engagement in Europa ein, um die Ausbreitung des Kommunismus einzudämmen. In Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei übernahmen die Kommunisten 1947/48 die Macht, 1949 folgten die Gründungen der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Im Jahr 1952 initiierte die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft»²² eine erste Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten. Frankreich befürchtete jedoch ein Übergewicht der westdeutschen Militärmacht, woraufhin sich die militärische Einigung Europas auf die transatlantische Partnerschaft unter der Führung der

¹⁷ Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939, als Polen von den deutschen Truppen besetzt wurde. Deutschland verbündete sich mit Italien und Japan, diese Allianz nannte man «Achsenmächte». (Toyka-Seid, C. und Schneider, G. 2022)

¹⁸ Der Ost-West-Konflikt war eine ideologische Auseinandersetzung zwischen dem liberal-pluralistischen Demokratiemodell und dem Sozialismus nach den sowjetischen Vorstellungen. Die Grundlagen des Konflikts lagen ebenso in gegensätzlichen Vorstellungen des parlamentarischen Rechtsstaats im Westen und dem totalitären Mobilisierungsstaat im Osten. Die westliche Zivilisation als Vertreter der kapitalistischen Produktionsweise stand im Gegensatz zu der sozialistischen Verwaltungswirtschaft der Sowjetunion. Der Ost-West-Konflikt wurde mit zahlreichen Stellvertreterkriegen geführt, während ein offener Waffeneinsatz gegeneinander durch die Abschreckungsdoktrin der Atomwaffen vermieden wurde. 1947 bis 1989-90 wurde der Ost-West-Gegensatz im «Kalten Krieg» ausgetragen und umfasste Bereiche der Ökonomie, Gesellschaft, Kultur und auch Sport. (Woyke_1, W. 2016)

¹⁹ Die friedenssichernden Operationen der Vereinten Nationen werden durch die «Friedenstruppen» oder «Blauhelme» unterstützt. Die Truppen wurden seit 1949 in verschiedenen Konfliktgebieten eingesetzt, wie beispielsweise in Zypern, Korea, Namibia oder im Nahen Osten. Der UN-Sicherheitsrat entscheidet über die Art und Dauer der Einsätze. Man unterscheidet zwischen unbewaffneten Beobachtermissionen und bewaffneten Friedenserzwingung, die nur unter Zustimmung der jeweiligen Regierung stattfinden. (Fleck, D. 1979)

²⁰ Die Truman-Doktrin sicherte den europäischen Ländern wirtschaftliche, finanzielle und militärische Hilfe von den USA zu. Sie wurde 1947 vom US-Präsidenten Harry S. Truman verkündet. Die europäische Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr eine schwere Rezession und die USA unterstützte die geschädigten Länder, um der Expansion der Sowjetunion Einhalt zu gebieten. Die Truman-Doktrin markierte den Beginn des Kalten Kriegs und der Containment-Politik, durch das finanzielle Engagement der USA. (Woyke_2, W. 2016)

²¹ Der Marshall-Plan war ein Hilfsprogramm für den Wiederaufbau der europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Rohstoffen, Lebensmitteln, Waren und Krediten sollte die Kriegsgebeutelte Bevölkerung vor dem Hungertod bewahrt werden. Von 1948 bis 1952 unterstützte die USA viele westeuropäische Staaten unter der Bedingung Handelshemmnisse abzubauen, zwischenstaatliche Kooperation zu fördern und die eigene Währung zu stabilisieren. Daraufhin wurde die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) gegründet. (Woyke_2, W. 2016)

²² Die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» war ein politisches Projekt und setzte sich für eine supranationale Armee ein. Dadurch sollte ein weiterer Krieg in Europa verhindert und die westeuropäische Einigung gefördert werden. Allerdings scheiterte der Vertrag wegen Widerstands der französischen Nationalversammlung. Anstelle der «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» wurde die Westeuropäische Union 1953 zwischen Frankreich, Italien, Deutschland und den Benelux-Staaten, gegründet. (Munzing, E. 1997)

USA stützte. Es formierte die Nordatlantische Allianz (Nato), die Gründung der Nato stärkte die wirtschaftliche und die politische Allianz des Westens. Europa wollte eine festere Einbindung von Washington mit Grossbritannien, Frankreich und den Benelux-Staaten. 1948 beschlossen die Mitgliedstaaten als Grundlage des Nordatlantikvertrages, dass ein Angriff auf ein Mitglied zugleich als Angriff auf alle gewertet werden würde. Allerdings stimmte der US-Kongress der militärischen Beistandspflicht nicht zu. Der russische Aussenminister Molotow verhinderte 1955 die Aufnahme Österreichs in die Nato, indem die Sowjetunion dessen Unabhängigkeit und eine immerwährende Neutralität anerkannte. (Schmidl, E. 1998)

Im Jahr 1990 stand die Nato vor einem Anpassungsprozess und verkündete den Mitgliedern des Warschauer Pakts, dass sie sich gegenseitig nicht mehr als Gegner betrachteten. Im neuen Konzept fokussierte sich die Nato auf Abrüstungsverträge und Friedenserhaltung. Weil Europa eine strategisch ruhige Region geworden war und die USA ihre Prioritäten zum eigenen Schutz anders setzten, wurde der Nato attestiert, keinen Wert mehr zu haben. Der Zerfall Jugoslawiens zeigte militärische Konflikte innerhalb Europas auf, worauf der Diskurs um eine stärkere Verantwortung der europäischen Mitglieder der Nato aufgenommen wurde. Als sie mit Luftangriffen im Kosovo-Krieg eingriff, folgten heftige Reaktionen gegen die Kriegsführung. Die Nato sollte keine Kriegsmaschinerie mehr sein, sondern friedenssichernde Massnahmen und die Interoperabilität der europäischen Streitkräfte fokussieren. (Heisbourg, F. 2005) Im Vorfeld der transatlantischen Krise des Irak-Kriegs veränderte sich die europäische Aussenpolitik massgeblich und das Verhältnis zu den USA wurde kritischer betrachtet. Mittlerweile wurde der EU nicht nur eine geostrategische Rolle beigemessen, sondern sie verkörperte auch einen Ordnungsfaktor auf dem Kontinent und entwickelte sich zu einer globalen Macht auf der Grundlage von Demokratie, Recht und Freiheit. Gleichzeitig wuchs das politische Gewicht Deutschlands innerhalb Europas. Die Bundesrepublik hatte ein besonderes Interesse daran, Europa durch Integration und Erweiterung zu stabilisieren, und gewann mit finanziellen Anreizen grosses Vertrauen innerhalb der Mitgliedstaaten. (Knelangen, W. 2005) Die deutsche Politik unterstützte die Fortentwicklung des Integrationsprozesses, festigte die eigene Sonderstellung und profitierte ökonomisch sowie politisch stark vom gemeinsamen Markt – doch die institutionellen, politischen und finanziellen Voraussetzungen für die Erweiterung der Union waren schwach ausgeprägt, wesentliche Strukturfragen blieben unbeantwortet und die Einführung von Mehrheitsentscheidungen liess sich nicht durchsetzen. Versäumnisse der 1990er-Jahre, die EU zu reformieren, verhinderten eine Flexibilisierung der Integration und eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Vermehrt wurde die EU als Arena wahrgenommen, in der hartnäckig um wirtschaftliche Einflussnahme gerungen wurde: Steuern,

Asylpolitik, Aussenpolitik, soziale Fragen, Agrar- sowie Regionalpolitik blieben weitgehend unvereinbar. (Knelangen, W. 2005)

2.3 Rüstungspolitik nach Ende des Ost-West-Konflikts

Allgemein umfasst die Rüstungspolitik alle staatlichen Massnahmen zu Produktion, Beschaffung, Bereitstellung, Einsatz und Veräusserung von militärischen Mitteln und Rüstungsgütern. Hauptsächlich ist dies ein national organisierter Bereich, denn die rüstungspolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU-Mitgliedstaaten ist gering. Die Fragmentierung der europäischen Rüstungspolitik stammt aus der Souveränität europarechtlicher Vorgaben der Produktion oder des Handels von Kriegsmaterial. Zahlreiche europäische Staaten entwickelten für die gleichen militärischen Zwecke unterschiedliche Waffensysteme, diese Parallelentwicklungen erschweren die militärische Zusammenarbeit in Europa zusätzlich. Die nationale Abschottung der Rüstungspolitik führte zu einer Verschlechterung der technischen Interoperabilität europäischer Streitkräfte und zu teureren Preisen. (Wörner, J. 2013) Nach Ende des Ost-West-Konfliktes wurde die Rüstungspolitik zunehmend unwirtschaftlicher. Allmählich wurde etabliert, dass eine geringere militärische Kapazität ausreichend war, und das nationale Wettrüsten zwischen den politischen Blöcken ging zu Ende. Mit den Kürzungen der Rüstungsausgaben sollte die Friedensdividende zugunsten friedlicher Zwecke eingesetzt werden. Deutschland finanzierte einen wesentlichen Teil der öffentlichen Haushaltsdefizite durch Einsparungen an militärischen Ressourcen. Damit sollte der Ausbau öffentlicher Bildungseinrichtungen und der Umweltschutz vorangetrieben werden. (Wörner, J.2013)

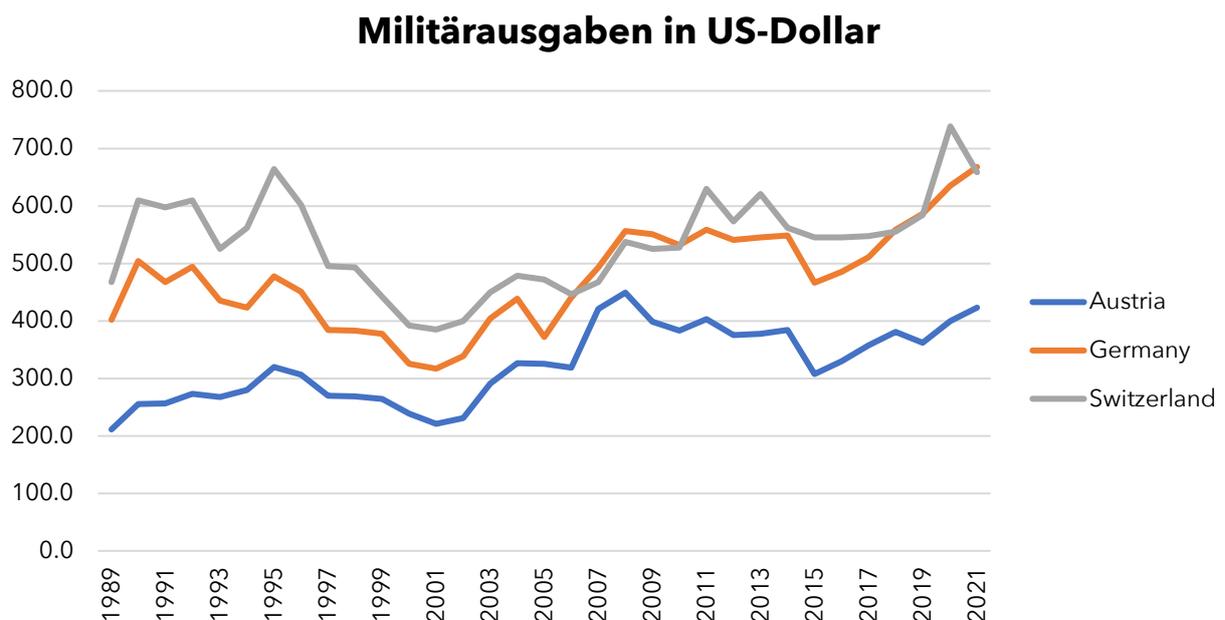


Abb. 1: Militärausgaben in US-Dollar, 16.03.2022, (Quelle: SIPRI, 2022, Grafik: Linus Joos)

Während Deutschland in den vergangenen 30 Jahren die Militärausgaben reduzierte und ungefähr 1,5 Prozent des BIP einsetzte, rüsteten andere europäische Staaten weiterhin auf. Stetes Streben nach technologischer Überlegenheit, so der technologische Imperativ, bedingte moderne Systeme und somit entsprechende höhere Forschungs- und Entwicklungskosten. Die Stückkosten von europäischen Kampfflugzeugen, Artilleriesystemen, Fregatten oder U-Booten verteuerten sich deutlich, aufgrund der kleinen Stückzahlen sowie den Forschungs- und Entwicklungskosten. Nach wie vor stellte die industrielle Abhängigkeit von Waffenimporten eine grosse Herausforderung in der europäischen Rüstungspolitik dar, die es zu überwinden gilt. Eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik existierte nicht und die steigenden Ausrüstungskosten verschärften die anhaltende Staatsschuldenkrise. (Wörner, J. 2013)

Gemäss Nato-Vorgaben sollten zwei Prozent des Bruttosozialprodukts für die Aufrüstung aufgewendet und 20 Prozent der Mittel für die Aufrüstung eingesetzt werden. Während die Sowjetunion zerfiel, rüsteten die Nato-Mitgliedstaaten auf, die Nationen mit den weltweit höchsten Militärausgaben – USA, Frankreich, Deutschland, Italien, Grossbritannien und Kanada – gaben 2019 fast die Hälfte der Weltmilitärausgaben aus, 929,1 Milliarden US-Dollar, während Russland mit 65,1 Milliarden US-Dollar abfiel. Seit 2000 stiegen die weltweiten Militärausgaben weiter an, insbesondere Europa und Deutschland rüsteten stark auf. (Thielicke, H. 2021)

2.3.1 Eine kernwaffenfreie Welt

Als Folge der ersten Atombomben-Einsätze 1945 der USA auf Hiroshima und Nagasaki entstand im Kalten Krieg ein Wettlauf der nuklearen Arsenale. Wegen der freigesetzten Strahlung einigten sich beide Blöcke auf Testverbote und den ABM-Vertrag²³ als Reaktion auf die atomare Bedrohung im Kalten Krieg. 1979 marschierte Russland in Afghanistan ein und liess SALT II²⁴ scheitern. Der US-Präsident Ronald Reagan setzte mit dem Nato-Doppelbeschluss und dem Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion auf Konfrontationskurs mit Moskau. Reagan und Michael Gorbatschow hielten 1985 in einer Erklärung fest, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden dürfe. Erst als Gorbatschow 1990 Staatspräsident der Sowjetunion wurde, entstand ein Impuls für die Annäherung an den Westen. Mit der neuen Doktrin von Glasnost und

²³ Der ABM-Vertrag regelte 1972 die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen und erhöhte die Verwundbarkeit der Grossmächte. Dadurch stieg die Hemmschwelle eines nuklearen Erstschlags, weil sich das Land nicht gegen einen Gegenschlag schützen konnte und die Angst vor der eigenen Vernichtung sollte einen nuklearen Krieg verhindern. Das «Gleichgewicht des Schreckens», sicherte die internationale Sicherheit durch eine Balance von Defensivwaffen der Supermächten USA und Sowjetunion wurde in diesem Vertrag festgeschrieben. (Heinegg, W. H. 2001)

²⁴ SALT II sollte den Besitz von nuklearen Trägersystemen begrenzen, um das Wettrüsten zwischen den USA und der Sowjetunion zu reduzieren. Der Vertrag setzte eine Höchstgrenze für atomwaffenfähige Raketen und Sprengköpfen fest und galt als Meilenstein der Entspannungspolitik. Nach dem russischen Einmarsch in Afghanistan, weigerte sich der US-Senat den Vertrag zu verabschieden und wurde deshalb nie rechtlich bindend. (bpb, 2019)

Perestroika²⁵ versuchte der sowjetische Generalsekretär den Staat zu reformieren. Zum Abbau von Mittelstreckenraketen bestätigte die Unterzeichnung des INF-Vertrags²⁶ das Anliegen zur nuklearen Abrüstung beider Blöcke. Gorbatschow liess die politischen Protestbewegungen in den Satellitenstaaten gewähren und ermöglichte einen friedlichen Zerfallsprozess der UdSSR. Als globales Problem blieb die Gefahr von Atomwaffen über den Kalten Krieg hinaus bestehen. Mit der Aufkündigung des INF-Vertrages und der Verlängerung von «New Start»²⁷ zeigten sich zwar Bemühungen zur nuklearen Abrüstung, allerdings ist die Bedrohung durch Nuklearwaffen bis jetzt ungelöst. (Mühlbauer, T. 2021)

In den 1990er-Jahren verringerten zahlreiche europäische Staaten ihre Militärausgaben. (Wörner, J. 2013) Durch den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, den Non-Proliferation Treaty (NPT) wurde die nukleare Abrüstung weiterverfolgt. Deutschland war aufgrund seiner Vergangenheit an den Vertrag über die abschliessende Regelung vom 12. September 1990 gebunden, der den Besitz von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen verbot, die Reduzierung der Streitkräfte forderte und anmerkte, dass das Gebiet der ehemaligen DDR atomwaffenfrei blieb. Daher setzte sich Deutschland aktiv für die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die nukleare Abrüstung ein. Der NPT wurde 1968 in Genf von der UN-Generalversammlung verabschiedet und von 191 Teilnehmerstaaten unterzeichnet, jedoch nicht von Nordkorea, Indien, Pakistan und Israel. Seither verringerte sich zwar die Anzahl nuklearer Sprengköpfe, doch der Bestand würde ausreichen, um die Welt mehrfach zu zerstören. Trotzdem schritt die Modernisierung der Atomstreitkräfte weiter voran, die USA planten mehr als eine Billion US-Dollar für kleinere «einsetzbare» nukleare Optionen. (Thielicke, H. 2021)

Die Stockholm-Initiative für nukleare Abrüstung engagiert sich seit 2019 für Fortschritte der Reduzierung der Nukleararsenale. Keine der neun Nuklearmächte war jedoch bereit, ihre Atomwaffen aufzugeben und den UN-Vertrag zum Verbot von Kernwaffen von 2020 zu unterschreiben. Auch Deutschland stimmte gegen den Vertrag, obwohl sich die Mehrheit der Bundesregierung für eine kernwaffenfreie Welt aussprach. Dies lag daran, dass in Deutschland einige US-Atombomben stationiert sind und der rasche Abzug der Atomwaffen, die Nuklearstrategie der Nato und veraltete Abschreckungskategorien des Kalten Kriegs immer noch präsent sind. Daher steckte die

²⁵ Michael Gorbatschow reformierte die Sowjetunion mit den Maximen Glasnost und Perestroika. Glasnost beschrieb die politische Reform des Landes, indem die Transparenz und Freiheit der Medien und grössere Partizipation im politischen Prozess gefördert wurde. Perestroika war der Überbegriff für die wirtschaftliche Umstrukturierung des Staats, um die zentralisierte Planung und Entscheidungsfindung zu verbessern und die freie Marktwirtschaft und Möglichkeiten privater Investoren zu fördern. (Mason, D. S. 1988)

²⁶ Das INF-Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion verbot nukleare Flugkörper mit mittlerer und grosser Reichweite. 1987 unterzeichnete Gorbatschow und Reagan den Vertrag und vernichteten daraufhin hunderte nukleare Sprengköpfe, um die Überwindung der Ost-West-Konfrontation voranzutreiben. (Holik, J. 2020)

²⁷ «New Start» ist ein Vertrag für die Verminderung strategischer Kernwaffen der USA und Russland. 2010 unterzeichnete Präsident Obama und Dimitri Medwedew das Abkommen. (Mühlbauer, T. 2021)

Regierung in der Klemme zwischen der nuklearen Teilhabe mit US-Atombomben und der nuklearen Abrüstung. (Thielicke, H. 2021)

2.3.2 Frieden durch Abschreckung oder durch Abrüstung

Die Angst vor der nuklearen Vernichtung der Welt stellte die Argumente der deutschen Nachrüstungspolitik, den Fortschrittsglauben und die Modernitätspolitik in Frage. Geprägt von geschichtspolitischen Diskursen, die beiden Blöcken den Weg aus der Krise zeigen sollten, waren Argumente zur Aufrüstung nur schwer zu entkräften. Deutschland diskutierte die militärische Friedenssicherung kritisch, die veränderten Voraussetzungen des Kalten Kriegs und der Entspannungspolitik in den Siebzigerjahren liessen den Diskurs um die Supermächte und deren assoziierte Zerstörungswirkung mit der Atombombe als das dringendste Problem erscheinen. Es war unklar, ob der Frieden mit Abschreckung oder Abrüstung gesichert werden könne.

In den 1950er-Jahren sprach sich Bundeskanzler Willy Brandt für die atomare Bewaffnung aus und förderte gleichzeitig die Opposition mit Friedensinitiativen gegen die Atomtechnologie. Die Kampagne «Kampf dem Atomtod», der Bewegung gegen Atomwaffen auf deutschem Boden, erlitt einen starken Rückschlag, als die Nato entschied, nukleare Raketen in Deutschland zu stationieren. Mit dem Nato-Doppelbeschluss von 1979 zur Begrenzung der atomaren Mittelstreckenraketen zwischen den Grossmächten USA und Sowjetunion sowie der Option zur Stationierung neuer Atomraketen in Westeuropa, falls die Verhandlungen scheiterten, verstärkte sich die Furcht vor der Kerntechnologie und dem «Atomtod». Die Jugendbewegung der 1970er-Jahre und die Friedensbewegung kritisierten das Gleichgewichtskonzept und die Abschreckungspolitik durch den Rüstungswettlauf. In den 1980er-Jahren wich der Kalte Krieg einer Welt, die von Interdependenz, Globalisierung und Netzwerken geprägt war. Die etablierte Sicherheitspolitik wurde abgelöst von der Überzeugung, dass West und Ost nur gemeinsam überleben konnten. Mithilfe einer Sicherheitspartnerschaft wollte Deutschland den Vereinten Nationen zur Abrüstung eine Alternative zum «Abschreckungsfrieden»²⁸ stellen. Sicherheit war militärisch nicht zu gewinnen, sondern nur politisch zu erreichen, so dürften die Angst vor einem Atomkrieg und die ideologischen Unterschiede gemeinsame Sicherheitsbestreben sowie die Abrüstungsbemühungen nicht überwiegen. Zwischen den verfeindeten Blöcken sollte eine atomfreie Zone eingerichtet werden, was international auf vehemente Kritik stiess. Daraufhin engagierte sich Deutschland für die Entspannungspolitik und beschloss 1983 eine Vereinbarung über eine atomwaffenfreie Zone mit der DDR. Es wurde erkannt, dass die Welt interdependent war, und die Kritik an der Abgrenzung vom kommunistischen

²⁸ Der Abschreckungsfrieden beruhte darauf, dass die Staaten das Risiko einer militärischen Auseinandersetzung scheuen und durch Verhandlungen zu einem Kompromiss kommen würden. (Hasenclever, A. und Weiffen, B. 2007)

Ostblock wurde stärker. In den kommenden Jahren veränderte sich der Fokus auf globale Probleme, wie die sozialen und die ökonomischen Ungleichheiten im globalen Süden. (Hansen, J. 2016)

In der Bundesrepublik Deutschland wurde in den 1980er-Jahren die Abrüstungsdebatte vehement geführt und die Bundeswehr mit Atomwaffen sowie Krieg assoziiert. Grosse Teile der Bevölkerung nahmen das Militär mit der Aufrüstung von Nuklearwaffen und der drohenden Vernichtung Mitteleuropas negativ wahr. Ängste vor einer atomaren Zukunft sowie Formen politischer und kultureller Partizipation der Friedensbewegung forderten die soziale Gerechtigkeit und stellten den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr infrage. Allmählich wurde die Sicherheitspolitik durch die Friedenskultur verdrängt. (Dörfler-Dierken, A. und Kümmel, G. 2016)

Obwohl das Überwinden der Blockkonfrontation von einer Mehrheit der Bevölkerung gewünscht wurde, verharrten die Supermächte weiterhin in ihrer binären Ordnungslogik. In der Bundesrepublik protestierten die Gegner:innen der stationierten Atomraketen in Westeuropa. Treibende Kraft der Nachrüstungsgegner:innen war die Furcht vor der eigenen Auslöschung. Als Garant für politische Stabilität galt das Gleichgewichtskonzept zwischen den Supermächten, auch die Nato unterstützte die Nachrüstung Deutschlands. Dennoch wurde der erhoffte Verhandlungsfrieden durch Aggressionen beider Blöcke getrübt und die Abschreckungspolitik von den Demonstrierenden kritisiert. Die Frage, ob Frieden mit militärischen Mitteln erzwungen werden durfte oder nicht und die sicherheitspolitischen Konzepte spalteten die Gesellschaft. Einerseits argumentierten Politiker:innen, dass Deutschland mit der Erfahrung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft den sowjetischen Totalitarismus eindämmen müsse. Andererseits betonte die Friedensbewegung, dass ein Atomkrieg nicht zu gewinnen sei und die Stationierung der Atomraketen einen vorbeugenden Erstschlag der Sowjetunion herausfordere. 1982 suchten die Sozialdemokraten (SPD) das Gespräch mit den Machthabern in Ost-Berlin und Moskau und erreichten eine chemie- und atomwaffenfreie Zone in Europa. Nun löste die Diskussion über eine gemeinsame Sicherheitspolitik die Abschreckungsdoktrin der Nato ab, die Entspannungspolitik der 1970er-Jahre wurde wiederaufgenommen. Die Welt sollte nicht mehr länger in Freund und Feind unterteilt werden, stattdessen wurden die Verflochtenheit und die Interdependenz globaler Probleme betont. Ein verändertes Bewusstsein zahlreicher Menschen, durch die sozialen Auswirkungen der 1970er-Jahre, die Pluralisierung der westdeutschen Parteienlandschaft und die Sicherheitspolitik überzeugten nicht mehr, vielmehr sollten die Atomwaffen beseitigt werden und ein kooperatives Verhältnis zur Sowjetunion sollte erreicht werden. Friedensinitiativen und Proteste gegen die Atomwaffen brachten zahlreiche unterschiedliche Menschen zusammen – so entstanden 1980 «Die Grünen» die drei Jahre danach als vierte parlamentarische Kraft in den Bundestag einzogen. (Hansen, J. 2016)

2.4 Deutschlands Sonderstatus zwischen Ost und West

Die Politik der deutschsprachigen Länder mit Russland war geprägt von einer Mentalität, die Russland gegenüber den ehemaligen Satellitenstaaten und osteuropäischen Ländern bevorzugte. (Mackow, J. 2016) Gemäss dieser Denkweise wurden auch nach der Aufspaltung der Sowjetunion 1991 die osteuropäischen Staaten und insbesondere die Ukraine zur russischen Einflusszone gezählt. Russische Militärinterventionen sowie die Annexionen von Georgien, Tschetschenien oder der Krim wurden international kritisiert, allerdings wagte niemand, Russland zur Rechenschaft zu ziehen, um weitere Eskalationen zu verhindern. Stattdessen wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland weiter ausgebaut. Die Strategie basierte auf der Annahme, der ‹Wandel durch Handel› gewähre eine Garantie für Frieden und Sicherheit und fördere die Demokratisierung Russlands. (Mackow, J. 2016)

Historisch bedingt nahm die deutsche Rüstungspolitik eine Sonderrolle ein, so orientierte sich Deutschland an militärischer Zurückhaltung. Im Fokus der deutschen Aussenpolitik stand, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehe und die Verantwortung in der Welt wahrzunehmen sei. Stark verknüpft mit den Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg war die Diskussion um die deutsche Aussenpolitik und der Debatte um ‹nie wieder Auschwitz›, wonach ein Völkermord mit allen Mitteln verhindert werden sollte. Grundsätzlich hatte die deutsche Aussenpolitik Interesse an einer wertegebundenen Weltordnung sowie dem Bekenntnis zu Menschenrechten – und deren Bedeutung prägte die Friedenspolitik in Deutschland. (Stahl, B. 2017)

Nach 1990 orientierte sich die deutsche Aussenpolitik an einer internationalen Ordnung aufgrund universaler Normen wie Menschenwürde, Freiheit, rechtsstaatlicher Ordnung und Demokratie. Nach dem Fall der Mauer, der Auflösung des Warschauer Pakts und dem europäischen Integrationsprozess veränderte sich die Aussenpolitik grundlegend. Die überwundene Vergangenheit sowie die erwünschte Zukunft erforderten eine Aussöhnung mit dem Westen und eine Neuorientierung. Durch die verstärkte Globalisierung eröffneten sich neue Freiheits- und Entwicklungsräume und es offenbarten sich Abhängigkeiten und Verwundbarkeit staatlicher Politik. Plötzlich standen die internationale Nachkriegsordnung, die Nato und die Vereinten Nationen im Umbruch, insbesondere die europäische Einigung befand sich in der Krise. Mit einem Alleingang war die deutsche Aussenpolitik kaum mehr in der Lage, auf die Herausforderungen der Globalisierung zu reagieren und sich für eine freie Weltordnung einzusetzen. Die drohenden Gefahren und globalen Risiken in Europa konnten nicht von einem Staat allein gelöst werden. Daher wurden die globalen Ordnungsstrukturen mit anderen Nationen sowie die politischen, ökonomischen und sozialen Netzwerke gefördert. Beziehungen zu autoritären Staaten waren unvermeidbar und machten Konflikte in der deutschen Aussenpolitik sichtbar, die gleichzeitig demokratische Werte vertrat und

ökonomische Interessen befriedigen wollte. Die europäische Sicherheitspolitik erkannte den Klimawandel, Ressourcenknappheit, Wirtschaftskrisen und soziale Ungleichheit als neue Paradigmen des Risikomanagements, die gemeinsam gelöst werden müssen. (Bald, D. et al. 2013)

Die Maxime der deutschen Aussenpolitik von 1990 war, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen sollte. Der Einsatz der Bundeswehr für Frieden und Freiheit weltweit lässt der Bundesregierung grosse Handlungs- und Entscheidungsspielräume. Bald argumentierte, dass die Einhegung der militärischen Macht mit verbindlichen Vorgaben notwendig sei, wie die deutsche Geschichte gezeigt habe. Weiter kritisierte er die gegenwärtige Globalisierungsstrategie, die den eigenen Wohlstand und die Sicherung der Rohstoffversorgung zu gewährleisten versuche. Globale Interventionen würden mit Ressourcenmangel sowie ökonomischer Schwächung legitimiert, anstatt Demokratie und Frieden, Menschenrechte und Humanismus global zu fördern. Die deutsche Aussen- und Sicherheitspolitik scheue sich vor präzisen Rechtfertigungen und klaren Leitlinien der Militärpolitik. (Bald, D. et al. 2013)

Ausnahmen bildeten die Legitimation des Nato-Eingreifens im Kosovo 1999 und der Auslandseinsatz der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan von 2001 bis 2010, welche die Sinnhaftigkeit militärischer Interventionen in Frage stellten und umfangreiche Kritik erfuhren. (Stahl, B. 2017) Die Vereinten Nationen und die Nato betonten die Verantwortung Deutschlands, sich an gemeinsamen Missionen zu beteiligen. Deutsche Rüstungsexporte standen in der Kritik, an Mächte in Konfliktsituationen zu verkaufen, oder sollten die Konsequenzen tragen, wenn deutsche Waffen von autokratischen Regimes oder über Umwegen in militärische Konflikte gelangten. Zur Sicherstellung, dass Waffenlieferungen nicht in falsche Hände gelangten, wurde schliesslich ein Gesetz zu Markierung und Verortung von exportierten Waffen eingeführt. Bis 2014 galt in Deutschland das Credo, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Erst die Debatte um Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga-Einheiten, die den IS zurückdrängten, veränderte die deutsche Sicherheitspolitik sowie die aussenpolitische Identität. Damals entschied sich die Bundesregierung für die Übernahme von mehr Verantwortung in der Aussenpolitik. Um der deutschen Verantwortung gerecht zu werden und realistische Bedrohungen und Massenverbrechen zu verhindern, waren seither Waffenlieferungen möglich. (Stahl, B. 2017) Ziel der deutschen Russlandpolitik seit 2012 war es, die Situation in der Ukraine zu stabilisieren und die Anerkennung internationalen Rechts gegenüber Moskau durchzusetzen. Nach der Besetzung der Krim 2014 nahm Deutschland eine vermittelnde Rolle zwischen Nato und Russland ein. Die ökonomische und energiepolitische Verzahnung mit Russland wurden stets als Vertrauensbildung gefördert und sollten bei Konflikten durch restriktive Massnahmen als <Waffe> eingesetzt werden können. (Meister, S. 2015) Mit den Sanktionen als zentrales Mittel, wie

gegenüber der russischen Annexion der Krim, sollte eine rote Linie aufgezeigt und die Glaubwürdigkeit der europäischen Aussenpolitik bewahrt werden. Falls die Zustimmungsraten innerhalb der russischen Bevölkerung sinken würden, könnte Putin Interesse an Kooperation mit der EU gewinnen. Für den Kremlchef wurde der Konflikt mit dem Westen systemerhaltend, denn dieser verschaffte ihm Legitimation. Daher war er nicht daran interessiert, die Auseinandersetzung zu beenden. Die russische Führung nutzte die Sanktionen, um von den Schwächen der eigenen Wirtschaftspolitik abzulenken. Kritiker der restriktiven Massnahmen gegen Russland argumentierten, Deutschland solle neben Sanktionen eine positivere Agenda gegenüber der russischen Gesellschaft verfolgen. (Meister, S. 2015)

2.5 Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik

Das Neutralitätsrecht wurde 1907 in Den Haag definiert und ist ein Teil des Völkergewohnheitsrechts. Zu den Rechten und Pflichten eines neutralen Staates gehört es, sich der Teilnahme an Kriegen zu enthalten, die eigene Selbstverteidigung sicherzustellen, Lieferungen von Rüstungsgütern an alle Kriegsparteien gleichzubehandeln, keine Söldner zu stellen und sein Staatsgebiet für Kriegsparteien nicht zu öffnen. Das Neutralitätsrecht gilt nicht für interne Konflikte, sondern ist nur auf zwischenstaatliche Konflikte anwendbar. Militärische Einsätze der UNO, die der Sicherheitsrat genehmigte, um den Weltfrieden sowie die internationale Sicherheit zu wahren, sind davon ausgenommen. Gemäss dieser Definition könnten neutrale Staaten auch internationale Einsätze der Vereinten Nationen unterstützen. (EDA, 2022)

Anders als das Neutralitätsrecht ist die Neutralitätspolitik nicht an Rechtsnormen gebunden. Darunter werden Massnahmen eines neutralen Staates, um dessen Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit zu gewährleisten, verstanden. Die Neutralitätspolitik hängt von den aktuellen internationalen Gegebenheiten ab. (EDA, 2022) Bei globalen Problemen ist die Schutzfunktion der Neutralität gering – bei Pandemien, Klimawandel, Wirtschaftskrisen oder Massenvernichtungswaffen stellt sie kaum eine Schutzwirkung dar. Zunehmend verlieren die «guten Dienste» nationaler Staaten im Sinne der Vermittlung und Vertretung der Interessen von Staaten an Einfluss. Diese Dienstleistungen werden vermehrt von internationalen Organisationen und Grossmächten übernommen. (Riklin, A. 2006)

2.5.1 Die Schweizer Neutralität

Seit dem 15. Jahrhundert besteht die schweizerische Neutralität und diente als Selbstschutz. (Riklin, A. 2006) Während des Dreissigjährigen Kriegs schloss die Schweiz Defensivbündnisse mit Frankreich, Österreich, Savoyen und Spanien, stellte Söldnertruppen und gewährte den militärischen Durchmarsch. Gegen Ende des Dreissigjährigen Kriegs entstand als Reaktion auf

Grenzverletzungen die bewaffnete Neutralität. Auch in Kriegszeiten wollte die Eidgenossenschaft das Freihandelsrecht, verbot allerdings die Belieferung kriegsführender Parteien mit Waffen und Munition. Die Neutralität erfüllte eine einheitsstiftende Rolle, ohne die die Eidgenossenschaft wahrscheinlich nicht überlebt hätte. Im Jahr 1815, mit der inneren Revolution und dem Einmarsch der Franzosen, die die Eidgenossenschaft stürzten, wurde die Schweiz zum Kriegsschauplatz. Napoleon bemerkte, dass wahre Neutralität ohne wahre Unabhängigkeit nicht bestehen konnte. Der Wiener Kongress 1815 anerkannte die schweizerische Neutralität, um das europäische Gleichgewicht zu wahren, und verordnete eine «immerwährende Neutralität». Als Hüterin der Alpenpässe kontrollierte die Schweiz geostrategisch bedeutsame Nord-Süd-Verbindungen und Handelsrouten, und seit der Eröffnung des Gotthardtunnels 1882 gewann sie mit der Zentrumslage an Bedeutung. (Riklin, A. 2006)

Während des Ersten Weltkriegs 1914 wurde die schweizerische Neutralität geprüft, als die Schweiz von Deutschland und Frankreich in geostrategische sowie wirtschaftliche Kriegsstrategien hineingezogen wurde. Mit den «guten Diensten» wurde versucht, zwischen den Staaten über diplomatische Interessen und die Internierung fremder Truppen zu vermitteln. Im Zweiten Weltkrieg war die Schweiz in ihrer Existenz bedroht und verletzte die Neutralität mehrmals durch Staatskredite für Kriegsmaterial an Deutschland und Italien. Klare Neutralitätsbrüche stellten die Rückweisung von Flüchtenden nach Deutschland, die moralisch verwerflichen Goldkäufe der Nationalbank sowie die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit dar. Riklin anerkannte den Nutzen der «guten Dienste», mit denen sich die Schweiz durch eine Mischung aus Anpassung, Widerstand und internationalen Dienstleistungen aus dem Krieg heraushalten konnte. Als sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausstellte, dass die Schweiz Waffen an die Achsenmächte exportierte und die Alliierten negativ darauf reagierten, gerieten diese «guten Dienste» in die Kritik. Dennoch galten die Neutralität und die Unabhängigkeit weiterhin als wichtigstes aussenpolitisches Mittel. Ideologisch stand die Schweiz den westlichen Demokratien nahe und war wirtschaftlich von seinen Nachbarn abhängig. Deshalb beteiligte sie sich an den Embargo-Massnahmen gegenüber den kommunistischen Staaten und unterstützte 1947 den Marshallplan²⁹. (Riklin, A. 2006)

Trotz der grossen Bedeutung wurde die Neutralität gebrochen, beispielsweise 1951, als das Hotz-Linder-Agreement zwischen Washington und Bern ein Embargo von «strategischen Gütern» in den Ostblock beschloss. Bereits im Kalten Krieg arbeitete die Schweizer Armee mit der Nato zusammen und übte militärische Zusammenarbeit mit den umliegenden Staaten. Schweizer Geheimdienste liessen mit manipulierten Chiffriergeräten aus schweizerischen Behörden Botschaften

²⁹ Der Marshallplan war das Wiederaufbauprogramm für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, als Hilfslieferungen von den USA nach Europa transportiert wurden. (bpb_2, 2022)

jenseits des Eisernen Vorhangs abhören. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelte sich die schweizerische Neutralität weiter, indem sich die Aussenpolitik stärker für die internationale Kooperation in der Sicherheitspolitik einsetzte, an Wirtschaftssanktionen und friedenserhaltenden Operationen der UNO teilnahm und Abstimmungen zum Beitritt zu den UN durchführte. Seit 1996 ist die Schweiz im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) ein Nato-Partnerland und sitzt im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR). (Riklin, A. 2006)

Einen kritischen Aspekt in der Schweizer Neutralität stellten Geschäfte mit Paria-Staaten dar, welche weitergeführt wurden, als sich die meisten Konkurrenten längst zurückgezogen hatten, beispielsweise mit dem Apartheidregime in Südafrika. Die Freihandelsfunktion der Neutralität wurde 2005, als der Bundesrat beschloss, Kriegsmateriallieferungen in bisher gemiedene Konfliktgebiete zuzulassen, weiter aufgeweicht. Auch das Bankgeheimnis wurde mit der Neutralität legitimiert, obwohl die Finanzneutralität international beanstandet wurde, für die globale Steuerhinterziehungsindustrie einzustehen. (Szvircsev, T. et al. 2021)

Die Debatte um die «aktive» oder «umfassende» Neutralität schwankte zwischen internationaler Zusammenarbeit und dem aussenpolitischen Alleingang. Riklin erwähnte, dass die Schweiz als Initiatorin der Genfer Konventionen eine besondere Verantwortung für den Einsatz für das humanitäre Völkerrecht habe. (Riklin, A. 2006) Die Schweiz verzichtete bis 2002 auf einen UN-Beitritt, musste jedoch Zugeständnisse bei der Taktik «Neutralität und Solidarität» oder als Mediatorin mit Vermittlungstätigkeiten in Konflikten machen. Als Mitglied der Vereinten Nationen hatte sich die Schweiz verpflichtet, deren Wirtschaftssanktionen mitzutragen und militärische Sanktionen nicht zu behindern. (Daum, M. und Jäggi, S. Zeit Online, 28.05.2022) Für eine Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung ist die Neutralität ein identitätsstiftendes Merkmal. Weiterhin besteht der Glaube, die Schweiz könne dank ihrer Neutralität bei Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten. (Szvircsev, T. et al. 2021)

2.5.2 Österreichische Neutralität

Im Jahr 1954 verhandelte der russische Chefdiplomat Molotow Staatsverträge zu Souveränität und Neutralität von Österreich in der sowjetischen Botschaft in Ostberlin. Nach erstem Zögern unterzeichnete Österreich den Staatsvertrag mit dem festgeschriebenen Verfassungsgesetz und erklärte sich 1955 bereit, die «immerwährende Neutralität» des Moskauer Memorandum zu übernehmen. Dieser Staatsvertrag stellte das zentrale Gründungsdokument der Zweiten Republik dar. Die Bundesregierung orientierte sich bei der Ausarbeitung der Aussen- und Sicherheitspolitik am Schweizer Vorbild. Allerdings musste sich Österreich fragen, ob die Neutralität den Herausforderungen der postmodernen Welt mit transparenter Sicherheitspolitik und gegenseitiger Einmischung in

innenpolitischen Angelegenheiten gerecht werden könne. Die Auflösung der Ost-West-Blöcke beeinflusste den Neutralitätsdiskurs in Europa. Die Nato oder die EU schien den geänderten Anforderungen besser zu entsprechen. So ermöglichte die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975 allen Teilnehmerstaaten das Recht auf Neutralität. Im Rahmen der Entspannungspolitik erfüllten die neutralen und blockfreien Staaten eine vermittelnde Rolle. Die Neutralität wurde zum zentralen Identitätsmerkmal der Aussenpolitik mit Dialog statt Gewalt. Österreich agierte als Vermittler in Konflikten zwischen der freiheitlichen demokratischen Lebensweise und autoritären Despoten. Bereits der EU-Beitritt 1995 bedeutete einen Bedeutungsverlust dieser Neutralität und wurde damit gleichgestellt, dass die EU-Länder bei einem Angriff füreinander eintreten. (Brunner, S. Zeit Online, 27.05.2022) Doch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union brachte 1995 neue aussen- und sicherheitspolitische Zielsetzungen mit sich. Als immerwährend neutral musste sich Österreich zwar verteidigen können, durfte jedoch weiterhin keinen Militärbündnissen beitreten und stand dafür, in Friedenszeiten zwischen Staaten zu vermitteln. Dementsprechend sollte Österreich auch künftig die Pflichten unparteiischer Staaten wahren und sich für militärische, wirtschaftliche sowie politische Massnahmen für den Frieden, die Neutralität und das Völkerrecht einzusetzen. (Meingast, S. 2003)

Seit den 1980er-Jahren legte Österreich die Neutralität als «aktive Neutralitätspolitik» aus. Der Autor Robert Misik kritisierte die Selbstinfantilisierung der Neutralität, weil es sich so aus den grossen geopolitischen Fragen herausgehalten würde. Österreich könne sich diese sicherheitspolitische Ignoranz nur leisten, weil sie von Nato-Staaten umzingelt sei und unter ihrem komfortablen Schutz stehe. Weiter argumentierte Misik, dass die Friedenspolitik und der Antimilitarismus einer Grossmacht mit imperialen Gelüsten nichts entgegensetzen könnten. Verhandlungen würden nur funktionieren, wenn das Land selbst bewaffnet ist, und schlug vor, die EU solle parallel zur Nato eine gemeinsame Sicherheitspolitik aufbauen – bis hin zur «Euroarmee». Eine ehrliche Debatte um die Verteidigungspolitik und Neutralität benötige eine aktivere Aussenpolitik sowie eine gemeinsame EU-Aussenpolitik, ohne dass einzelne Mitgliedstaaten ihren eigenen Spezialweg suchen würden. Statt eines feigen Neutralismus und eines passiven Provinzialismus bedürfe es Aktivismus und moralischer Klarheit in der Aussenpolitik, die Menschenrechte, globale Gerechtigkeit, Demokratie, Pluralismus, Recht und Gewaltfreiheit einschliesse. (Misik, R. 2022) Österreichs Sicherheitspolitik bestehe weiterhin auf die Neutralität und ein Nato-Beitritt sei nicht geplant. Die Verteidigungsministerin strebt eine Erhöhung des Heeresbudgets um das Dreifache innerhalb von fünf Jahren an. Angesichts der jahrzehntelangen Abrüstung von Österreichs Militär besteht in diesem Bestreben breiter Konsens. Allerdings wurde nicht spezifiziert, welche Mittel konkret aufgewendet werden sollten. (Baumann, M. NZZ, 19.05.22)

3. Methodik

Im folgenden Kapitel werden zunächst die Geschichte und der theoretische Hintergrund der Diskursanalyse im Allgemeinen, die Genealogie sowie die genealogische Diskursanalyse im Speziellen vorgestellt. Die genealogische Diskursanalyse und deren zugrundeliegende Annahmen werden eingeführt, um zu verstehen, wie der Diskurs die aktuelle Rüstungspolitik beeinflusste. Der zweite Teil (Abs. 3.2) stellt die wichtigsten theoretischen Grundlagen dieser Forschungsarbeit vor und beschreibt den Prozess der Datenerhebung. Die praktische Umsetzung der Forschungsarbeit wird im Abschnitt Forschungsprozess und Datenanalyse (Abs. 3.2.1) erläutert sowie reflektiert.

3.1 Diskurs

Es gibt keine klare Definition des Begriffs Diskurs, stattdessen beinhaltet der Diskurs eine Vielzahl von Interpretationsformen. Im Allgemeinen geht es darum, die verschiedenen Perspektiven zu einem Thema zu untersuchen und zu verstehen. Einerseits umschreibt der Diskurs Aussagen, Diskussionen oder sprachliche Auseinandersetzungen in gesprochener oder schriftlicher Form, andererseits auch gesellschaftliche Regeln und Normen. Michael Foucault argumentierte, dass die Sprache Bedeutungen konstruiert und Wissenssysteme die Betrachtungsweise der Welt beeinflussen würden – somit sei die Grenze zwischen Kultur und Natur fließend. (Glasze, G. und Mattisek, A. 2021) Diskurse sind auch überindividuelle Muster des Denkens, des Sprechens und des Handelns. Habermas erklärte, dass Diskurse argumentative Dialoge sind, bei denen über die Wahrheit von Behauptungen und die Legitimität von Normen gesprochen wird. (Habermas, J. 1981, Diskursethik) Diese Deutungsweise versteht Diskurse als Prozesse, in denen bestimmte Vorstellungen und Handlungslogiken hergestellt sowie verändert werden. Demnach ist die Verbindung von symbolischen Praktiken (Sprach- und Zeichengebrauch), materiellen Gegebenheiten und sozialen Institutionen Kern des Diskurses. Kollektiv gültige Wissensordnungen und Vorstellungen werden durch wiederholte Verknüpfungen auf sprachlicher Ebene zwischen Bedeutungen, Praktiken und Identitätsmustern hergestellt. Diskurse sind sozial konstruiert und produzieren vermeintlich objektive Wahrheiten, die anhand von Diskursanalysen aufgebrochen und verändert werden können. (Mattisek, A. et al. 2013)

3.1.1 Diskursanalyse

Die Diskursanalyse beschäftigt sich mit der gesellschaftlichen Produktion von Bedeutungen und Wahrheiten sowie den damit verbundenen Machteffekten. Überindividuelle Muster des Denkens, des Sprechens, des Schreibens oder des Handelns geben Aufschluss über bestimmte Vorstellungen und Logiken der Gesellschaft. Hegemoniale Diskurse überschatten marginalisierte Wahrheiten und erschaffen ungleiche Machtverhältnisse. Diskurse können sowohl als produktive als auch als

repressive Kraft auftreten. Die Überprüfung bestehender sozialen Wirklichkeiten und Normen ermöglicht es, aufzuzeigen, dass auch andere Wahrheiten ebenfalls gedacht und gelebt werden können. Die Diskursanalyse hilft dabei, diese Praktiken zu reflektieren und die bestehenden Normen und Wahrheiten zu hinterfragen. (Glasze, G. und Mattissek, A. 2021) Diese Untersuchungsmethode bietet Werkzeuge, um zwischen verschiedenen Strategien und Wahrheitsansprüchen zu unterscheiden. Das heisst nicht, dass alle Wahrheitsansprüche oder sozialen Wirklichkeiten gleichwertig sind, sondern um einen Beitrag zu leisten, die Prozesse sowie die Strategien des Diskurses zu verstehen und eine Grundlage zu bieten, eine Kritik aufgrund der Wahrheitsansprüche zu formulieren. Dabei stärkt die Diskursforschung die Qualitätsstandards der Wissensproduktion und lenkt den Blick auf den Prozess der Erkenntnisproduktion. Der Anspruch der Diskursforschung ist es, Kategorien und Wahrheiten als menschlich hergestellt sowie deren Konsequenzen zu fassen. (Glasze, G. und Mattissek, A. 2021)

In vorliegender Forschungsarbeit untersucht der Verfasser Diskursstränge, die zugrundeliegenden Logiken und deren Verschränkungen. Merkmale wie Diskursstränge, diskursive Ereignisse oder Diskursebenen lassen erkennen, wie und wann ein Diskurs entstanden oder reproduziert wurde. Diskursebenen wie Politik, Medien oder Wissenschaft wirken aufeinander ein und müssen für die Untersuchung geprüft werden. Die Diskursanalyse bezieht sich auf die reflexive Kopplung von Dekonstruktion und Rekonstruktion des Diskurses in den Medien. Sie versteht das Verhältnis von abstrakter sprachlicher Form und gesellschaftlicher Form durch die sozialen und sprachlichen Praktiken, die tagtäglich diese Praktiken reproduzieren. Es wird deutlich, dass gesellschaftliche und diskursive Regeln durch die Dynamik sozialer und sprachlicher Praxis verändert werden können und keine fixen Strukturen sind. (Glasze, G. und Mattissek, A. 2021)

3.1.2 Genealogische Diskursanalyse

Foucault und Nietzsche waren die Urheber des Verfahrens der Genealogie. Ihre Intention war es, aufgrund historischer Ereignisse eine neue Sichtweise auf Gegenwärtiges zu entwickeln. Das Verfahren soll die heterogenen und kontingenten Prozesse hervorbringen, die den Geschichtsverlauf prägten. Die Genealogie analysiert aktuelle gesellschaftliche Lebensformen, Diskurse und Praktiken anhand historischer Faktoren, zeigt Nachteile der gegenwärtigen Ansichten auf und versucht, einen Ausweg darzulegen. Die Machtformen und die Kräfte, die hinter den Ereignissen sowie dem Diskurs stehen, werden sichtbar gemacht. Indem die Geschichte als machtgeprägt verstanden wird, lassen sich die Werte einer Praxis hinterfragen, wodurch eine Neubeschreibung der Gegenwart ermöglicht wird. Zentral für die genealogische Diskursanalyse ist die nichtnormative Kritik der Gegenwart. (Bieri, T. 2013) Die Genealogie nach Foucault beschreibt die Bedeutungs-

verschiebungen, die auf gesellschaftliche Veränderungen verweisen. Sprachliche und gesellschaftliche Veränderungen lassen sich mit der Diskursanalyse auf soziale Verhältnisse sowie gesellschaftlichen Praktiken zurückführen. Glasze und Matissek weisen auf die These Derridas hin, dass die Dekonstruktion natürlich erscheinender Diskurse die unterliegenden Regeln zum Vorschein bringt. Die Dekonstruktion zielt auf eine Verschiebung diskursiver Grenzen und damit auf die hegemoniale Ordnung. Die Veränderung sowie das Aufbrechen der verfestigten hegemonialen und sozialen Praktiken tragen dazu bei, die Verhältnisse auf einem höheren Niveau zu reproduzieren. (Glasze, G. und Matissek, A. 2021)

Die Genealogie ist eine kritische Methode, um angeeignete Gewohnheiten und Praktiken historisch zu reflektieren und die Gegenwart kritisch zu hinterfragen. Ordnungsstrukturen geben das Sag- und Handelbare vor, die Menschen eigenen sich Überzeugungen und Handlungsweisen an, die als normal wahrgenommen werden. Die sozialen sowie die institutionellen Zwänge und deren Verbindung mit Ordnungsstrukturen sollen aufgezeigt werden, um Nichtsagbares und Nichthandelbares aufzubrechen. Dieser blinde Fleck – bei Nietzsche ist vom Verborgenen und bei Foucault vom Unsichtbaren die Rede – steht mit den Machtstrukturen in Verbindung. Diskurse und Institutionen werden davon getragen, was bewirkt wird oder wem sie nützen. Deshalb beeinflusst die gesellschaftliche Ordnung die Möglichkeiten der Aussagen oder der Handlungen. Die Genealogie analysiert die Diskurse nicht nach dem Sinn, sondern nach dem, was mit ihnen angestellt wird oder wodurch sie bestehen. Die Herausarbeitung der Machtstrukturen sowie die Neubeschreibung der Gegenwart durch die historische Perspektive sind das Ziel der Genealogie. (Bieri, T. 2013)

Ungleiche gesellschaftliche Verhältnisse werden in Räumen und Diskursen manifestiert und gleichzeitig durch alltägliche soziale Praktiken reproduziert. Die hegemonialen Raumstrukturen und gesellschaftliche Machtverhältnisse stehen in einer Wechselwirkung gegenseitiger Stützung. Die moderne Nation als Form der Herrschaft über ein klar begrenztes Territorium ist ein Produkt sozialer und diskursiver Praktiken. Beispielsweise wird der Diskurs um Nationen mit Geschichten, Mythen, Traditionen und Symbolen aufgeladen, sodass vergessen wird, dass nationale Diskurse erst seit der Neuzeit existieren. Die Diskurse um den Nationalstaat, die nationale Geschichte oder einheitlicher Nationalkultur wurden konstruiert, um die Herrschaftsverhältnisse im Nationalstaat ideologisch zu stützen, indem Unterschiede zu anderen Staaten aufrechterhalten werden und innere Differenzen seltener diskutiert werden. (Glasze, G. und Matissek, A. 2021)

Die Genealogie sucht nach Diskontinuität und Brüchen von Ereignissen, statt nach Einheit und einer linearen Aufzählung von Vergangenen. Die Einzigartigkeit von Ereignissen, die vom Zufall geprägt sind, muss berücksichtigt werden, um zu erkennen, dass es weder Vorsehung noch

Endursache gibt. Foucault verstand die Genealogie als Kampf zwischen Herrscher und Beherrschten um die Bemächtigung der Regeln sowie der Deutungen. Mithilfe der Genealogie lässt sich der Ursprung eines Diskurses erkennen, ebenso die hegemoniale Ordnung, welche alternative diskursive Formationen ausgeschlossen hat. Wahrheiten und Wissensordnungen entstanden zu einer bestimmten Zeit und galten als obligatorisch. Diese können nur durch eine kritische Perspektive aufgedeckt werden. (Glasze, G. und Matissek, A. 2021)

Die genealogische Diskursanalyse setzt den Fokus auf Brüche und Wendepunkte im Diskurs über eine gewisse Zeit hinweg. Foucault erklärte, dass Diskurse ihre Wirkkraft und Deutungsmacht aus ihrem historischen Kontext beziehen. Deshalb sind die gegenwärtigen Diskurse um Konflikte aufgeladen mit historischer Bedeutung. Die genealogische Untersuchung des Diskurses hilft dabei, zu verstehen, wie sich aktuell die Geopolitik und das Leitbild des Kalten Kriegs verändern sowie entwickeln. Historische Leitbilder passen sich der gegenwärtigen Lage an und verändern sich mit einer Neukombination von vergangenen Elementen zu aktuellen geopolitischen Geschehnissen. Die poststrukturalistischen Ansätze der Diskursanalyse greifen die Veränderung und den politischen Charakter der vorherrschenden Leitbilder auf. (Creutziger, C. und Reuber, P. 2021)

Die genealogischen und die gesellschaftlichen Bedeutungen der Leitbilder der internationalen Geopolitik haben einen grossen Einfluss auf Wissens- und Wahrheitsordnungen. Durch die genealogische Diskursanalyse lassen sich Formen der geopolitischen Rahmung des Eigenen sowie des Fremden erkennen, die so mächtig wurden, dass sie als globale Ordnungen angesehen wurden. (Matissek, A. et al. 2013)

Die Veränderung der diskursiven Formation über die Zeit herauszuarbeiten ist das Ziel der genealogischen Perspektive nach Matissek. Dabei werden historische Momente untersucht, in denen bestehende Diskurse ihre Deutungsmacht verlieren und sich neue diskursive Formationen durchsetzen. (Matissek et al. 2013) Die neue diskursive Ordnung geht mit gesellschaftlichen Prozessen und dominanten Logiken einher, die verstanden sowie hinterfragt werden müssen. Die genealogische Analyse ermöglicht es, die Veränderlichkeit der Machtstrukturen zu verdeutlichen. Die veränderte diskursive Ordnung führt zu anderen Herrschaftsmustern und Formen der Geopolitik und territorialer Konflikte. Die internationale Politik richtete sich jahrzehntelang nach geopolitischen Leitbildern, inklusive der sich daraus ergebenden Krisen und Konflikte. Es formierten sich zahlreiche Ordnungen, die sich bis in den Alltag der Menschen fortsetzten. Die geopolitischen Ordnungsvorstellungen des Kolonialismus, des Imperialismus oder des Nationalismus veränderten die Identifikationskonzepte sowie die diskursive Ordnung vor dem Zweiten Weltkrieg. Danach dominierte das Leitbild des Kalten Kriegs die Geopolitik, das bis in die 1980er-Jahre die Welt in Ost-

West-Blöcke unterteilte. (Mattissek, A. et al. 2013) Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine erneuerte kollektive Identitäten mit räumlichen Grenzziehungen durch Abgrenzung nach aussen und Homogenisierung nach innen.

3.1.3 Kritik an der Diskursanalyse

Die diskurstheoretischen Ansätze kritisierten die Idee, dass Wahrheit konstruiert ist, und bereiteten damit eine Relativierung jeglicher Wahrheitsansprüche vor. Allerdings muss erwähnt werden, dass «postfaktische» Argumente und (rechts-)populistische Strömungen an Bedeutung gewinnen und die Abkehr von dem universellen Wahrheitspostulat der Wissenschaften problematisch ist. Daraufhin forderten Wissenschaftler, dass Politik und Gesellschaft die Autorität wissenschaftlicher Erkenntnisse anerkennen sowie beachten sollen. Doch die Diskursforschung ist lediglich daran interessiert, zu untersuchen, wie bestimmte Wahrheiten etabliert werden, indem Regeln der Wahrheitsproduktion hergeausarbeitet, werden. Im Blick auf politische Auseinandersetzungen lässt sich ein «radikaler Feind» als ein «legitimer Gegner» darstellen und in einer offenen, veränderbaren Auseinandersetzung bewältigen. (Glasze, G. und Mattissek, A. 2021)

Die Gefahr von Zirkelschlüssen tritt auf, wenn empirische Forschungen zum Belegstellensammeln verkommen und nur diejenigen Aspekte einbezogen werden, die zur präferierten Erzählung passen. Deshalb sollte die diskurstheoretische Perspektive vom konsistenten Einsatz methodischer Verfahren Gebrauch machen. Dadurch erhöhen sich unerwartete Ergebnisse und Reibungen mit den eigenen Interpretationen und Annahmen. (Glasze, G. und Mattissek, A. 2021)

Schon 2021 argumentieren Creutziger und Reuber, dass die Repräsentation von Russland einseitig sei. (Creutziger, C. und Reuber, P. 2021) Die deutschen Medien fokussierten die Figur des russischen Präsidenten Wladimir Putin und bezogen die meisten Artikel auf Geopolitik. Seit Ausbruch des Kriegs verstärkte sich diese Entwicklung erneut. Die Autoren argumentieren, dass sich die Medien nicht hinter historisch-geopolitischen Repräsentationen verstecken dürfen und präziser über Konflikte berichten sollten. Nur so lasse sich wir aus der Containerlogik ausbrechen und eine Diskussion um politische Verantwortung führen.

3.1.4 Argumentationsanalyse nach Toulmin

Stephen Toulmin entwickelte 1958 ein Schema für die Argumentationsanalyse. Das Schema Toulmins setzt sich aus einer Behauptung und einem Argument, auf dem die Behauptung aufbaut, zusammen. Die Schlussregel gewährleistet die Verbindung zwischen dem Argument und der Behauptung. Die Schlussregel stützt sich auf als obligatorisch vorausgesetzte Wissens- und Wahrheitsordnungen, die auf einem hegemonialen Anspruch basieren. Die Stützung der Schlussregel

führt die Behauptung weiter aus und erklärt die zugrundeliegenden Annahmen. Die Argumentationsanalyse kann unterstützend für die Diskursanalyse gebraucht werden, um die diskursiven Strukturen sowie das Sagbare und das Nichtsagbare aufzuzeigen. Die Argumente sind ein Werkzeug, um das Publikum von der Schlussfolgerung zu überzeugen. Die Schlussfolgerungen der Argumente basieren auf Annahmen und Hintergrundwissen, die durch die Argumentationsanalyse aufgearbeitet werden. Die Art und Weise, wie die Argumente eingesetzt werden, und die Konklusion untermauern, lassen auf gesellschaftliche Normen sowie dominante Diskurse schliessen. Die Bereiche des Sagbaren und des Nichtsagbaren veränderten sich seit dem Kriegsausbruch stark.

Die Argumentationsanalyse ist ein interpretatives Verfahren, das sich mit grossen Textkorpora befasst. Sie dient zur Herausarbeitung von Konflikten und Widersprüchen. Dabei werden verborgene und strategische Interessen der Akteure beleuchtet sowie innerdiskursive Machtphänomene hervorgehoben. Die Ausführungen der Argumente auf Mikroebene von Texten machen deutlich, dass es zahlreiche Hinweise auf grössere Strukturen gibt. Damit lassen sich die spezifischen Logiken und Wahrheitsregime aufdecken. (Mattisek, A. et al. 2013) In dieser Arbeit analysierte ich mehrere Artikel und Zitate anhand der Argumentationsanalyse. Die Erkenntnisse liess ich in den Text einfliessen und sie werden nicht explizit nach dem Schema von Toulmin hervorgehoben. Die Argumentationsanalyse unterstützt die genealogische Diskursanalyse und ist ein integraler Bestandteil der Arbeit.

Argumentationsanalyse nach Toulmin

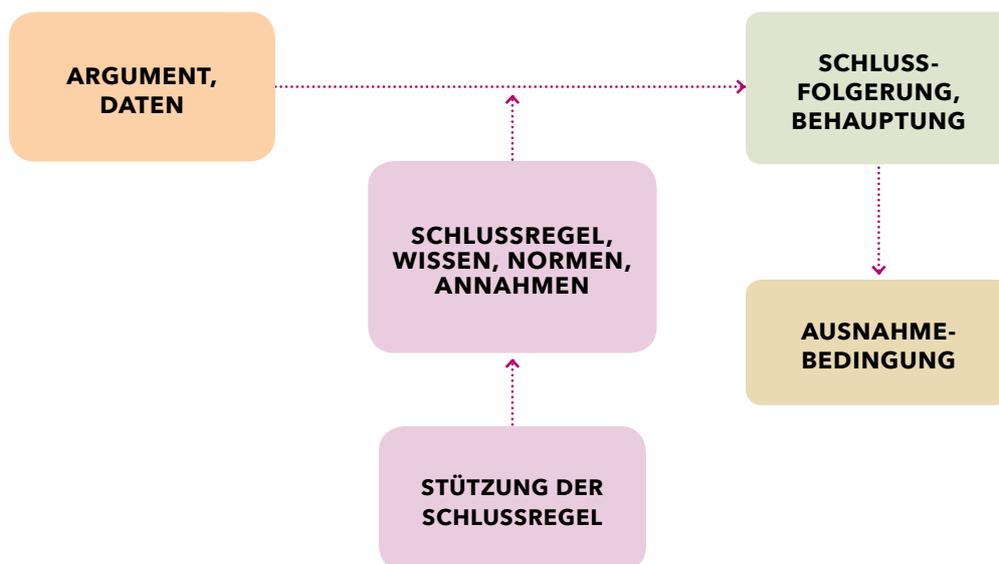


Abb. 2: Toulmin-Argumentationsschema. (Eigene Darstellung in Anlehnung an Toulmin 1997, S. 97)

Beispielsweise argumentierte der erste offene Brief, dass Waffenlieferungen in die Ukraine einen Dritten Weltkrieg provozieren, in der Annahme, dass Russland Deutschland als Kriegspartei wahrnehmen könnte, falls Waffen in die Ukraine geliefert würden. (Schwarzer, A. et al. Emma, offener Brief, 29.04.2022) Die Verantwortung für einen atomaren Krieg gehe nicht nur von Russland aus, sondern auch von Deutschland. Der Brief nutzte die Drohung von Russland als Stützung, dass Waffenlieferungen Konsequenzen hätten. Die Implikationen der Argumente waren, dass Russland weitere Länder angreifen könnte, falls schwere Waffen in die Ukraine geliefert würden und die Angst vor einem atomaren Angriff war immanent. Ausnahmebedingungen waren, dass Putin Gegenschläge der Nato befürchtete und deshalb keine weiteren Gebiete angreifen würde oder sich die Ukraine erfolgreich verteidigen würde.

3.2 Datenerhebung und Auswahl der Medien

Das kodierte Verfahren unterscheidet komplexe Bedeutungszusammenhänge zwischen Mikro- und Mesoebene. Die Herangehensweise besteht aus Markierung, Ordnung und Klassifizierung von Texten in einem qualitativ-hermeneutischen Verfahren. Diese qualitative Analysemethode beschreibt Verbindungen zwischen dem Diskurs und dem Kontext, aber auch überindividuelle Muster des Sprachgebrauches sowie den Wandel über die Zeit. Es geht darum, Regelmässigkeiten von Elementen in Bedeutungssystemen herauszuarbeiten und auf diskursive Regeln zu schliessen. Die Verbindung zwischen Text und Kontext ist zentral für die Untersuchung der Aussagen, um Konflikte, Brüche, Widersprüche und Deutungsmacht zu erkennen. Die Mikroebene der Diskursanalyse fokussiert einzelne Texte, die mehrfach gelesen werden und analysiert die sprachlichen Inhalte, stellt Verknüpfungen her und erklärt die dadurch entstandenen Bedeutung. Durch das Verknüpfen einzelner Aussagen auf der Mikroebene lassen sich grössere diskursive Zusammenhänge verdeutlichen. (Mattisek, A. et al. 2013) Argumentationsanalysen können gemeinsam mit Verfahren des Kodierens eingesetzt werden, um gängige Begründungsmuster herauszuarbeiten, die im gesamten Textkorpus kodiert werden, und eine Regelmässigkeit ihrer Verteilung sowie diskursive Machtwirkungen zu erkennen.

Die Zirkularität (Flick, U. 2020) und die Abhängigkeit der einzelnen Bestandteile sind bei qualitativer Forschung zu berücksichtigen. Die Wahl der methodischen Instrumente und des Vorgehens beeinflusst die Darstellung des Diskurses sowie die theoretischen Annahmen. Daher muss die qualitative Forschung anerkennen, dass der Forschungsprozess kritisch reflektiert und das induktive Vorgehen nicht von Anfang bis Schluss strikt verfolgt werden kann. Durch die Abhängigkeit und die Komplexität der Theorie, der Empirie, des Gegenstands und der Masstabebene musste das analytische Vorgehen fortlaufend angepasst werden. Das induktive Vorgehen im qualitativen

Forschungsprozess ist auch der vorliegenden Arbeit inhärent und die einzelnen Schritte werden dabei nicht unabhängig voneinander gemacht. Dieses Verfahren bedeutet, dass im Verlauf der Analyse die Codes mehrmals neu angepasst wurden.

Bereits im Vorfeld der Arbeit informierte ich mich über den Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine anhand von Zeitungen, sozialen Medien, im Radio und in öffentlichen, politischen Debatten. Um die sich überschlagenden Ereignisse und Diskurse zu verfolgen, erstellte ich einen Zeitstrahl und Mindmaps mit den relevanten Diskurssträngen. Zur Datenerhebung sowie zur Orientierung im Diskurs der Rüstungsexporte entschied ich mich, die Berichterstattung in jeweils zwei Tageszeitungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz während des Zeitraums zwischen Februar und August 2022 zu verfolgen. Diese Tageszeitungen spiegelten den Diskurs im deutschsprachigen Raum über die Rüstungspolitik und Waffenlieferungen wider. Als Grundlage für die Recherche dienten Inhalte renommierter Tageszeitungen. Ausschlaggebend für meine Auswahl waren eine tägliche Erscheinungsweise, die regelmässige Berichterstattung, fundierte Hintergrundinformationen sowie ausgewogene Kommentare zum Krieg. In Deutschland repräsentiert die Süddeutsche Zeitung (SZ) die linksliberale Medienlandschaft, die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) die konservativ-liberale Berichterstattung. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vertritt die konservativ-freisinnigen Leitmedien der Schweiz, der Tagesanzeiger (TA) gilt als linksliberale Zeitung. Die Wiener Zeitung (WZ) befindet sich im Besitz der Österreichischen Republik und ist die älteste Tageszeitung der Welt. Der Standard (STAND) repräsentiert die links-liberale Berichterstattung in Österreich.

Die Tageszeitungen berichteten täglich mit einer Live-Rubrik über die Entwicklung des Kriegs. Aussagen von Militärexpert:innen und Historiker:innen zur Ukraine und Russland sowie öffentliche und politische Figuren wurden stark repräsentiert. Selenskjy, Putin, die EU und Regierungen standen im Fokus des medialen Diskurses. Artikel, die über Waffenlieferungen in die Ukraine berichteten, exportierte und codierte ich in MAXQDA. Diese Software vereinfacht qualitative Forschung und Mixed-Methods-Forschung von Text-, Video- oder Bilddaten. Zur Feinanalyse der Artikel verwendete ich ein offenes Kodierverfahren, (Glasze et al. 2009, 296) wobei die Codes anhand des Textes erstellt und angepasst werden können. Für die Analyse codierte ich im Programm MAXQDA 2022 die Artikel nach den Themen Waffenlieferungen, Aufrüstung, Neutralität, Geopolitik, internationale Verantwortung, Kriegsgeschehen und Sanktionen und wies die Artikel den entsprechenden Ländern zu. Mit verschiedenen Farben können die Codes übersichtlicher gemacht, festgehalten sowie zugeteilt werden. Nach dem Codieren der Artikel aus den Tageszeitungen konnten bereits erste Haupt-Diskursstränge definiert werden, die sich im Codesystem niederschlugen. Mithilfe der Codes konnten Aussagen, die sich im Lauf der Zeit veränderten oder

gleichblieben, besser erkannt werden. Aus Gründen der Umsetzbarkeit setzte ich den Zeitraum auf ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn.

3.2.1 Forschungsprozess und Datenanalyse

Im ersten Schritt sammelte ich mehrere Vorstudien, Literatur und Zeitungsartikel, um erste diskursive Momente herauszuarbeiten. Dabei verfolgte ich das Kriegsgeschehen und notierte, worüber diskutiert wurde. Europas geeinte Verurteilung Russlands und die ausgerufene ›Zeitenwende‹ weckten mein Interesse daran, die Kontroverse über Aufrüstung und Waffenlieferungen sowie die Sicherheitspolitik genauer zu beobachten. Der Krieg veränderte zahlreiche alltägliche Praktiken, und das Forschungsfeld blieb dynamisch, vielfältig, bot zahlreiche Anknüpfungspunkte und offene Fragen. Da sich die Nachrichten sowie die Ereignisse täglich änderten, war es eine Herausforderung, objektive Berichterstattungen zu erhalten, es war aufwendig, die Neuigkeiten und die Geschehnisse zu verifizieren. Russische Drohgebärden gegenüber der EU und den Nato-Staaten, Falschinformationen und Propaganda erschwerten den Diskurs. Ich identifizierte verschiedene Kontroversen und sammelte entsprechende Mitteilungen in den Tageszeitungen zu Waffenlieferungen, Aufrüstung, Neutralität, Geopolitik, internationaler Verantwortung und Sanktionen. Die Entscheidung, mich auf die Rüstungspolitik und die Waffenlieferungen zu fokussieren, entstand während der Kontroverse um den offenen Brief und die Neutralitätsdebatte in der Schweiz. Um die historische Perspektive zu verstehen, setzte ich mich mit Studien zu den Friedensprotesten der 1980er-Jahren, der Auf- und Abrüstung im Kalten Krieg sowie der Geschichte der Ukraine auseinander. Die Wahl, mich auf diese Themen zu konzentrieren, wurde durch die Wiederaufnahme der Aufrüstungspolitik beeinflusst. Darüber hinaus analysierte ich die geführten Diskurse und Unterschiede in der Berichterstattung in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Beispielsweise kodierte ich die geopolitische Neutralitätsdebatte im deutschsprachigen Raum, um zu analysieren, welche Wertvorstellungen in den Medien behandelt wurden. Danach definierte ich den Zeitraum, in dem ich relevante Artikel, Beiträge und Meinungsäußerungen zusammentrug. Anhand der genealogischen Perspektive wurden politische Dominanzen und Schwankungen identifiziert, die den aktuellen Diskurs um die Rüstungspolitik beeinflussten. Die Debatte veränderte sich seit dem Februar 2022 deutlich und entwickelte sich kontinuierlich in Bezug auf die aktuelle Lage in der Ukraine. Ich sammelte über 300 Beiträge von verschiedenen Tageszeitungen aus dem deutschsprachigen Raum. Davon waren 83 aus Österreich (28 WZ, 55 STAND), 156 aus der Schweiz (37 TA, 119 NZZ) und 87 aus Deutschland (41 FAZ, 46 SZ). Die Codes Waffenlieferungen, Neutralität und Aufrüstung habe ich nach Ländern unterteilt. Dabei konnte ich erkennen, dass die Neutralität in der Schweiz das dominante Thema war. In Deutschland wurden die Waffenlieferungen und die Aufrüstung stark besprochen, in Österreich standen die Sanktionen im Fokus.

Schliesslich widmete ich mich der Datenauswertung und der Analyse der selektierten Artikel. Das Erstellen von Mindmaps und Zeitstrahlen verdeutlichte die Analyse und ermöglichte die Unterteilung in die Wendepunkte. Um die Diskursstränge zu erörtern, wurden ausgewählte Artikel und Zitate als Beleg hinzugezogen und interpretiert. Dieses Vorgehen machte verständlich, wie kommuniziert wurde und wie die Themen diskutiert wurden. Aussagen und Reden von Politiker:innen wurden ausführlich besprochen und dienten als Grundlage dafür, die Kritik und die Befürwortung für oder gegen die Sicherheits- und Rüstungspolitik auszumachen.

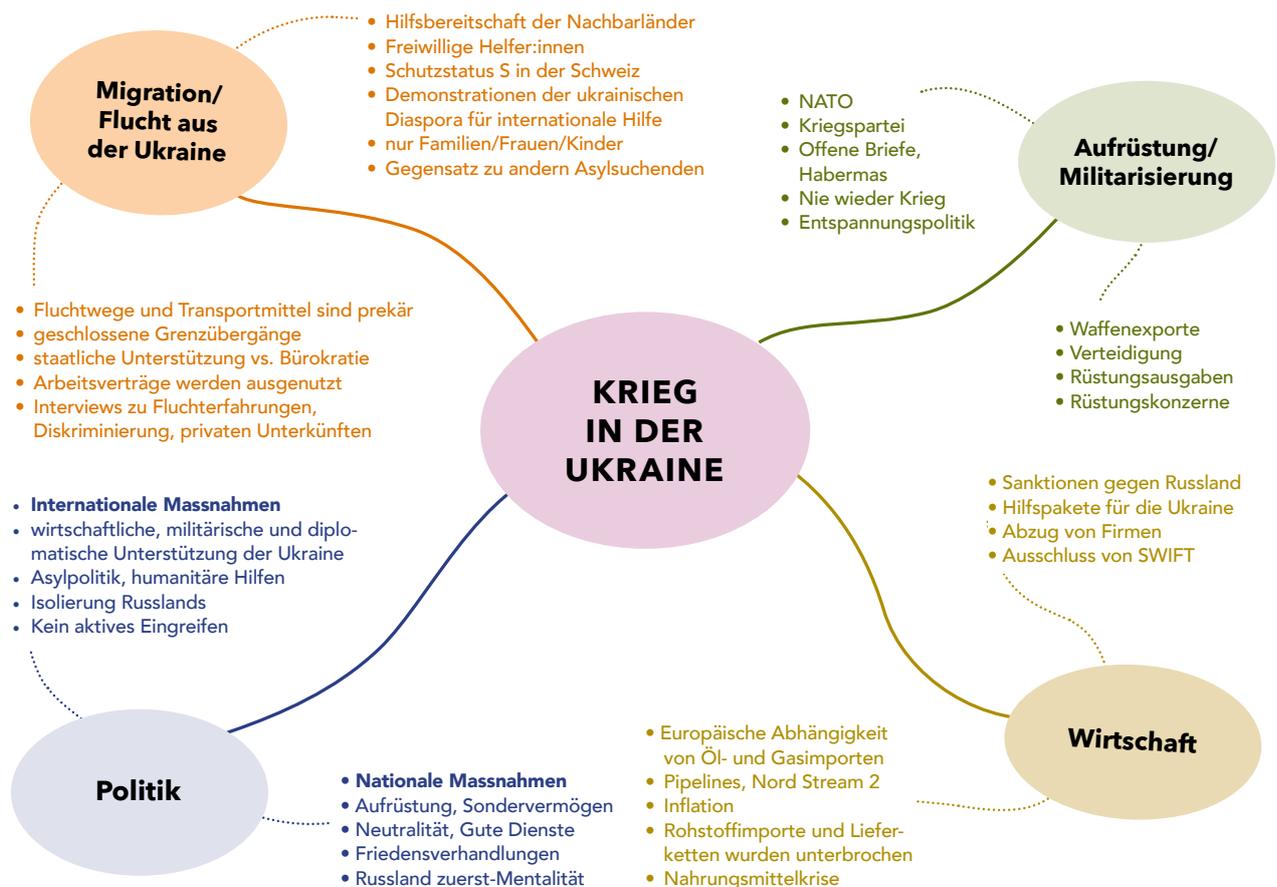


Abb. 3: Mindmap, Krieg in der Ukraine (Linus Joos, 2022)

3.2.2 Positionalität

Der Entscheid meine Forschungsarbeit über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zu verfassen, entstammt meinem persönlichen Kontext sowie meinen politischen und wissenschaftlichen Interessen als Forscher. Der Kriegsausbruch am 24. Februar 2022 war ein einschneidendes Ereignis, und dominierte den Diskurs in meinem gesamten Umfeld. Meine ersten Reaktionen auf den Krieg waren die Teilnahme an Demonstrationen und die Solidarität mit ukrainischen Flüchtenden. Bis zum Zeitpunkt dieser Eskalation lag es mir fern, Waffenlieferungen in ein Krisen- oder Kriegsgebiet zu befürworten – doch seit Kriegsausbruch frage ich mich Folgendes: Wie können

demokratische Staaten Autokraten wie Putin entgegentreten? Wie können demokratische Staaten die Ukraine unterstützen? Wie stark soll die internationale Verantwortung vorangetrieben werden? Was bewirken die harten Sanktionen? Sollen auch weitere Autokratien wirtschaftlich sanktioniert werden? Funktioniert Wandel durch Handel? Kann die internationale Sicherheitsordnung durch einzelne Länder bestimmt werden? Bedarf es einer unabhängigen globalen Instanz? Benötigt ein EU- oder Nato-Beitritts-gesuch die Zustimmung aller Mitgliedstaaten? Sollen sich die Schweiz und Österreich als neutrale Staaten an Sanktionen sowie Waffenlieferungen beteiligen? Meine persönliche Betroffenheit und die eigene Unwissenheit welche Haltung ich in diesem internationalen Konflikt mit unvorhersehbaren, gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen einnehmen sollte, bewogen mich dazu, über Rüstungspolitik und Waffenlieferungen zu forschen.

Die Motivation für diese Arbeit war es, die politischen Entscheidungsprozesse während des Kriegs zu reflektieren und die Produktion von neuen Diskursen sowie deren Bedeutung zu hinterfragen. Aufgrund meines wissenschaftlichen Hintergrunds in der politischen Geographie und meiner politischen Interessen ist die Auswahl der Daten von meiner Positionalität geprägt. Die generierten Resultate sind nicht neutral oder objektiv, sondern ein Ergebnis meiner Positionalität. Als regelmässiger Zeitungsleser werde auch ich vom Kriegsgeschehen beeinflusst. Daher habe ich mich zur Datenerhebung bewusst auf Tageszeitungen mit Qualitätsjournalismus gestützt, um an verifizierte Meldungen zu gelangen. Der Tagesanzeiger sowie die Neue Zürcher Zeitung sind mir vertraut. Die Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung sind mir bekannt, die österreichischen Tageszeitungen Der Standard und Wiener Zeitung lernte ich während der Recherche kennen. Mein Interesse an vorherrschenden Macht-Strukturen und grundlegenden Normen der Diskussion beeinflusste die Wahl der Diskursanalyse als Methodologie, insbesondere die Genealogie, anhand derer die Entwicklung des Diskurses und die Wandlung der bestehenden Normen untersucht werden konnten.

Die Auswahl der Ereignisse sowie der betrachtete Zeitraum ist nicht objektiv und kann kritisiert werden. Die unterschiedlichen Arten von Aussagen und Ereignissen, die miteinander verglichen werden, wurden in verschiedenen Kontexten getroffen und sind nur schwer gleichzustellen, weil der Konflikt noch andauert und der Diskurs sich ständig weiterentwickelt. Die Selektion der Tageszeitungen und der untersuchten Medien kann ebenfalls in Frage gestellt werden, weil die Berichterstattung aus renommierten Zeitungen oft ähnlich ausfiel. Rückblickend wäre es interessant gewesen, Zeitungen zu vergleichen, die aus ganz unterschiedlichen Milieus stammen. Mein Entschluss, den Diskurs im deutschsprachigen Raum zu verfolgen, schränkt die Forschungsarbeit ein und lässt internationale Kontroversen aussen vor. Interessant wäre die Untersuchung von diversen Perspektiven anderer Länder, um den Kontext der Rüstungspolitik nachvollziehen zu können.

4. Forschungsergebnisse

4.1 Chronologische Entwicklung des Kriegsverlaufs

In diesem Kapitel stelle ich die bedeutenden Ereignisse während des Kriegsverlaufs in der Ukraine dar und veranschauliche den Kontext, auf dem die genealogische Diskursanalyse beruht. Dazu kreierte ich eine Chronologie des Kriegsgeschehens über den beobachteten Zeitraum, um den Hintergrund der Forschungsarbeit aufzuzeigen. Der Zeitstrahl enthält die wichtigsten Eckdaten und stellt die Wendepunkte übersichtlich dar. Für eine übersichtliche Darstellung unterteilte ich die Kontroversen in drei Bereiche. Die relevanten Entwicklungen im Diskurs über die Rüstungspolitik sowie über die Sanktionen wurden mit Zitaten belegt. Auf den folgenden Seiten werden relevante Diskurse chronologisch aufgeführt und mit den aktuellen Ereignissen in Verbindung gebracht. Das Geschehen in der Ukraine veränderte sich fortwährend. Anhand der Karten der Ukraine wurden die aktuellen Kriegsfronten visualisiert und ermöglichten Einblicke in die undurchsichtige Lage.

RÜSTUNGSPOLITIK

DISKURS

SANKTIONEN

1995

Russland annektiert
Tschetschenien

1997

NATO - Russland Abkommen

2008

Russland annektiert
Gebiete in Georgien

2014

Russland annektiert die Krim

2015

Abschuss eines Passagier-
flugzeuges über der Ukraine

2022

Polen, Ungarn und Tschechien
treten der NATO bei.

Die Minsker-Abkommen für
einen Waffenstillstand zwischen
Russland und der Ukraine wer-
den verhandelt.

Die EU anerkennt die Annexion der Re-
publiken Südossetien und Abchasien nicht.

In Kiew starteten die Euromaidan-Pro-
teste gegen die prorussische Regierung.

Nach Abschuss des Pas-
sagierflugzeug ergreift die
EU Sanktionen gegenüber
Russland.

**«Diplomatie ist der einzige gangbare
Weg, um die derzeitige hochgefähr-
liche Situation zu entschärfen [...]»**
(Baerbock, A. 17.01.2022)

24.02. 1. WENDEPUNKT

Putins Angriffskrieg beginnt.
Die Ukraine ruft das Kriegs-
recht aus. Putin versetzt ato-
mare Raketen in alarmbereit-
schaft. Das AKW Tschernobyl
wird eingenommen.

In europäischen Staaten wird
massiv aufgerüstet. Das Sonder-
vermögen für die Bundeswehr
wird beschlossen. Eine Flugver-
botszone über der Ukraine wird
abgelehnt. Deutschland liefert
der Ukraine Helme und Schutz-
westen. Die Schweiz übernimmt
die EU-Sanktionen.

**«Angesichts der Zeitenwende, die
Putins Aggression bedeutet, lautet
unser Maßstab: Was für die Sicherung
des Friedens in Europa gebraucht
wird, das wird getan. [...] »**
(Scholz, O. 27.02.2022)

**«Wir werden das volle
Paket mit massivsten Sank-
tionen gegen Russland auf
den Weg bringen»**
(Baerbock, A. 24.02.2022)

1. Sanktionspaket (24.02.2022)
2. Sanktionspaket (25.02.2022)
3. Sanktionspaket (28.02.2022)

Anfang März
Russischer Angriff auf
Kiew abgewehrt.
Donezk und Luhansk
werden eingenommen.

Aufklärungsdaten, Drohnen und
Raketenwerfer werden an die
Ukraine geliefert.

Schutzsuchende aus der Ukraine
werden aufgenommen. Die Öl- und
Gasabhängigkeit der EU wird kritisiert.

Die ukrainischen Armee zeigt sich
widerstandsfähig gegenüber der Inva-
sion. Weitere und härtere Sanktionen
der EU werden gefordert. Die Frie-
densverhandlungen waren erfolglos.
Putin will die unabhängigen Regionen
Donezk und Luhansk besetzen.

Russland wird vom SWIFT-
System ausgeschlossen
(02.03.2022) und die EU
setzt gezielte Massnahmen
gegen Belarus in Kraft.

Ende März
Russischer Rückzug aus dem
Raum Kiew. Belagerung von
Charkiw und Mariupol.

Es beginnt ein Zermürbungs-
krieg mit vielen russischen Bom-
bardements. Der erste offene
Brief an Bundeskanzler Scholz
gegen Waffenlieferungen wird in
der Emma veröffentlicht.

Die humanitäre Lage in den belagerten
Städten Charkiw und Mariupol ist prekär.
Verhandlungen mit Russland zur Ein-
richtung humanitärer Korridore scheitern.
Im Schweizer Parlament wird über die
Neutralität debattiert.

Das 4. Sanktionspaket
(15.03.2022) führt ein Koh-
le-Embargo und Sanktionen
gegen einzelne Personen
und Organisationen in Russ-
land werden ein.

2. WENDEPUNKT

Anfang April
Nach Bekanntwerden der
Massaker von Butscha,
reisen Medienschaffende
und Politiker:innen zur Be-
gutachtung in die Ukraine.
Weiterer Kriegsverbrechen
in Borodjanka und Mariupol
werden publik.

Waffenlieferungen aus den
USA und Schützenpanzer aus
Deutschland treffen in der Ukrai-
ne ein. Die Lieferungen schwerer
Waffen sind kein Tabu mehr.

**«Was klar ist: Die Ukraine braucht
weiteres militärisches Material, vor
allem schwere Waffen»**
(Baerbock, A. 11.04.2022)

Scholz wird kritisiert, zu langsam und
zu wenige Waffen zu liefern. Finnland
und Schweden stellen ein NATO-Bei-
trittsgesuch. Die Ängste vor weite-
ren Eskalationen und einem 3. WW
steigen.

Das 5. Sanktionspaket
(08.04.2022) enthält weitere
Sanktionen als Reaktion auf
die Kriegsverbrechen. Ein
Energie-Embargo wird in
Betracht gezogen.

	RÜSTUNGSPOLITIK	DISKURS	SANKTIONEN
<p>Im Mai Die Ukraine startet kleinere Gegenoffensiven im Norden, während Russland im Donbass weiter vorrückt.</p> <p>Anfang Juni Odessa wird vermehrt bombardiert. In Mariupol kommen 1'000 Asow-Kämpfer in russische Gefangenschaft.</p> <p>Die Stadt Sjewerodonezk wird belagert, über 500 Zivilisten sind eingeschlossen. Lessetschansk ist ein weiteres bedrohtes Ziel.</p> <p>Odessa steht unter russischem Beschuss. Die Ukraine gewinnt die Schlangeninseln zurück.</p>	<p>Es entwickelt sich ein Stellungskrieg in der Region Donbass. Ein zweiter offener Brief an Olaf Scholz erscheint in Der Zeit und fordert schwere Waffenlieferungen für die Ukraine.</p> <p>Die USA liefern das Himars-Raketensystem an die Ukraine.</p> <p>Selenskyj veröffentlicht Wunschliste von Waffen.</p> <p>Es zeichnet sich zunehmend ein verhärteter Stellungskrieg ab, der länger dauern wird.</p>	<p>Zwei offene Briefe werden an Scholz gerichtet, einer fordert, auf schwere Waffenlieferungen zu verzichten der andere betont die Dringlichkeit für Waffen aus Deutschland. Die Belagerung von Mariupol und das Fehlen von humanitären Flucht-Korridoren stehen im Fokus der Berichterstattungen.</p> <p>Die hohe Reichweite des neuen Raketensystems verschafft der Ukraine Vorteile. Selenskyj versichert Biden nur Ziele innerhalb der Ukraine anzugreifen. Putin kritisiert die militärische Unterstützung aus dem Westen.</p> <p>Ursula von der Leyen spricht sich für ein EU-Beitrittsgesuch der Ukraine aus. Mit dem Appell «Waffenstillstand jetzt» richten sich einige Unterzeichnende des ersten offenen Briefes erneut an Olaf Scholz.</p> <p>Die Furcht vor einer anwachsenden Inflation und steigenden Spritpreisen stehen im Fokus. Robert Habeck lanciert eine Kampagne mit dem Aufruf zum Energiesparen.</p>	<p>Das Öl- und Gasembargo wird von Ungarn blockiert.</p> <p>Das 6. Sanktionspaket (30.05.2022) enthält ein Teil-Embargo auf russisches Öl.</p>
<h3>3. WENDEPUNKT</h3>			
<p>Anfang Juli Charkiw steht vor einer Grossoffensive. Die Brücken des Fluss Dnepr werden von der Ukraine strategisch bombardiert.</p> <p>Mitte Juli Agrarexporte aus der Ukraine werden blockiert und eine Nahrungsmittelkrise bahnt sich an. Odessa wird weiterhin bombardiert.</p> <p>August Die Belagerung des AKW Saporischschja dauert an, es kommt zu kritischen Zwischenfällen. Russische Flugzeuge und eine Brücke auf der Krim werden angegriffen.</p> <p>21.09. Putin kündigt mit sofortiger Wirkung die Teilmobilmachung an.</p>	<p>Heftige Rückschläge der russischen Streikräfte werden bekannt. Scholz bestätigte die Lieferung von Haubitzen an die Ukraine.</p> <p>Die ukrainischen Truppen erzielen einzelne Erfolge mit modernen Waffensystemen (Haubitzen, Himars Mehr ракетensystemen). Weitere Rückschläge der russischen Armee um die Region Cherson werden bekannt.</p> <p>Die IAEA ist bemüht sich Zutritt zum AKW Saporischschja zu verschaffen. Bachmut wird in Kämpfe verwickelt und steht unter massivem Beschuss.</p> <p>Die russische Teilmobilmachung soll 300'000 Reservisten einziehen und an die Front bringen. In der Folge verlassen tausende Russen ihr Heimatland.</p>	<p>«Die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit, unsere Friedensordnung. Und wir unterstützen sie finanziell und militärisch – und zwar so lange es nötig ist. Punkt.» (Baerbock, A. 28.08.2022)</p> <p>Die Debatten über einen Kriegseintritt des Westens werden lauter. Die Neutralität der Schweiz und Österreich werden kritisiert.</p> <p>Der Diskurs über internationale Verantwortung der NATO- und der EU-Staaten prägt die Geopolitik, auch im China-Taiwan Konflikt.</p> <p>An der Europarede von Scholz in Prag am 29.08.2022 plädiert er für eine EU-Osterweiterung, eine Kreislaufwirtschaft und die Verteidigung europäischer Staaten. Die Angst vor einer nuklearen Katastrophe wächst.</p> <p>Russland führt Referenden in Donezk und Luhansk durch. NATO-Generalsekretär Stoltenberg verurteilt die „illegalen“ Annexionen Russlands.</p>	<p>Am 07.04.2022 findet in Lugano die erste Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine statt.</p> <p>Verhandlungen der UN und der Türkei mit Russland in Istanbul für die Getreideexporte sind erfolgreich (18.07.2022).</p> <p>Das 7. Sanktionspaket tritt am 21.07.2022 in Kraft.</p> <p>Deutschland debattiert über eine «Übergewinnsteuer» für Energiekonzerne, die Krisengewinne erzielen.</p>

Abb. 4: Zeitstrahl (Darstellung: Linus Joos)

4.1.1 Vor Kriegsbeginn – Politik der offenen Tür

Die politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Nato-Staaten mit Russland waren seit der russischen Annexion von Tschetschenien (1995) und Georgien (2008) angespannt. (Kipiani, M. 26.08.2020) Als Folge dieser Angriffe wurde Russland von der internationalen Gemeinschaft (UN) sanktioniert. Georgien und die Ukraine drängten auf einen Nato-Beitritt, den Deutschland und Frankreich jedoch bis anhin ablehnten. (Fix, L. 04.05.2022) Die Politik der offenen Tür³⁰ stellte der Ukraine einen Nato-Beitritt in ferner Zukunft in Aussicht. Seit 2010 näherte sich das Land der Europäischen Union mit einem Assoziierungsabkommen an. Georgiens Aussenminister Waschadse, kritisierte die Erweiterungsmüdigkeit der Nato und der EU, weil vor allem Rücksicht auf Moskau genommen wurde. (apa, STAND, 06.06.2011)

Die Bundesregierungen unter Schröder und Merkel sprachen sich für eine Modernisierungspartnerschaft³¹ aus. Die deutsche Russlandpolitik sah Putin als zuverlässigen Energielieferanten. Auch Deutschland unterstützte die UN-Sanktionen gegen Russland, während Berlin an den Abkommen für die Nord-Stream-Pipelines³² zwischen Gazprom und westeuropäischen Energieunternehmen beteiligt war. Das grosse Bedürfnis Europas nach billigem Öl und Gas verstärkte die europäischen Energiekooperationen sowie die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland und begünstigten damit finanziell die Aufrüstung Moskaus. (Umland, A. 04.05.2022)

Die Euromaidan-Proteste von November 2013 bis Februar 2014 in Kiew setzten den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch unter Druck. Nach dessen Flucht in das Ausland übernahm eine prowestliche Übergangsregierung unter Petro Poroschenko. (dpa-infocom, SZ, 24.02.2014) Seitdem thematisierte Russland die Nato-Osterweiterung, deren Einflussphären und die Sicherheitspolitik. Im März 2014 besetzten Truppen ohne Hoheitsabzeichen die Halbinsel Krim, schliesslich folgte nach einem Referendum am 18. März 2014 die Annexion durch Russland. (dpa, WZ, 15.03.2014) Die Annexion der Krim und der Abschuss des Passagierflugzeugs MH-17 über der Ukraine wurden von der EU und den USA strikt verurteilt sowie sanktioniert. (RUB, TA, 04.09.2014) Sowohl das Minsker-Abkommen I im September 2014, für eine Waffenruhe und

³⁰ Die Politik der offenen Tür ist eine Form der Aussen- und Wirtschaftspolitik. Ursprünglich bezeichnete sie die Handelsbeziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten, mit ungehindertem Marktzugang und festigte den Grundgedanken, dass der Handel ein natürliches Recht ist. Die Nato griff diese Politik wieder auf, um der Ukraine ein beschleunigtes Verfahren für den Nato-Beitritt in Aussicht zu stellen. (apa, WZ, 01.10.2022)

³¹ Die Modernisierungspartnerschaft wurde durch die Russlandpolitik der Bundesregierung unter Frank-Walter Steinmeier 2008 geprägt. Die Zusammenarbeit von Deutschland und Russland wurde 2010 in einer gemeinsamen Erklärung gefestigt, um mithilfe europäischer Investitionen die russische Marktwirtschaft und Kooperation zu stärken. (Deutscher Bundestag, 23.03.2010)

³² Die Nord Stream Pipelines sind ein System von Gasleitungen von Russland nach Deutschland bestehend aus «Nord Stream 1» und «Nord Stream 2». Die russische Betreibergesellschaft Gazprom nahm die Pipeline «Nord Stream 1» im November 2011 in Betrieb, während «Nord Stream 2» für 2021 geplant war. (Nord Stream, 2022)

einen Sonderstatus für Donezk und Luhansk, als auch das Abkommen Minsk II im Februar 2015³³ wurden von Russland gebrochen und konnten keinen Waffenstillstand herbeiführen. (APA/Reuters, WZ, 02.02.2015) Infolgedessen bezeichnete die UN die Ukraine und Russland seit 2014 als Kriegsgebiete. Waffenexporte in Krisen- und Kriegsgebiete waren im deutschsprachigen Raum tabu. Die USA schlossen Waffenlieferungen zur Unterstützung Kiews nicht mehr aus, was von Berlin und der US-Sicherheitsberaterin Susan Rice kritisiert wurden. (APA/Reuters, WZ, 02.02.2015)

*«Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedjew sieht Russland und den Westen in einem neuen Kalten Krieg. «Wir sind in eine neue Ära des Kalten Krieges abgerutscht.»»
Medwedjew Dimitrij an der Münchner Sicherheitskonferenz 2016 (dpa/seg/ghe, SZ, 13.02.2016)*

An der Münchner Sicherheitskonferenz³⁴ von 2016, hinterliess der damalige russische Ministerpräsident Medwedjew mit seiner Rede über die Beziehungen zwischen Russland und der EU einen negativen Eindruck. Er vertrat die Meinung, dass der gemeinsame Dialog zusammengebrochen sei, und sprach von einer Doppelmoral in den internationalen Beziehungen. Die Lage in der Ukraine könne nur durch die Einhaltung der Minsker Vereinbarungen aller Parteien verbessert werden und der Friedensprozess dürfe nicht von der ukrainischen Regierung blockiert werden. Darauf reagierte der ukrainische Präsident Poroschenko empört, und warf Russland vor, die europäischen Staaten mit seinen Worten zu spalten, und protestierte: «Über die Grenze kommen jeden einzelnen Tag russische Truppen, russische Waffen, russische Munition in mein Land», diese Gewalt gehe direkt vom russischen Präsidenten aus. (dpa/seg/ghe, SZ, 13.02.16) Poroschenko stellte klar, dass der Krieg seit zwei Jahren im Gang war, was die EU nicht wahrhaben wollte. Die Annexion der Krim war bereits eine Kriegserklärung an die Ukraine, die dadurch getarnt wurde, dass russische Separatisten das Gebiet besetzten. Die EU stützte sich gerne auf die russische Erzählweise, damit weiterhin Geschäfte mit Russland geführt werden konnten. Die Minsker Abkommen sollten den Frieden mit einem Waffenstillstand sichern, jedoch verlor die Ukraine durch diese Scheinlösung die Krim. (Schuller, W. und Wehner, K. FAZ, 15.02.2015) Seit der Krise auf dieser Halbinsel wurde die Ukraine als Krisengebiet eingestuft. Während Russland weitere Rüstungsgüter aus

³³ Die Minsker Abkommen zielten auf ein Ende des seit 2014 in der Ost-Ukraine herrschenden Kriegs ab und vereinbarten eine Waffenruhe zwischen der Ukraine, Russland und der Milizenführer der selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk. Die Vereinbarung wurde am 12. Februar 2015 in Minsk unterzeichnet. (Schuller, W. und Wehner, K. FAZ, 15.02.2015)

³⁴ Die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) besteht seit 50 Jahren und bietet eine Plattform für internationalen Dialog. Das Forum fördert Debatten zur internationalen Sicherheitspolitik, Initiativen und Ansätze, zur friedlichen Beilegung von Konflikten. Die Konferenz wurde 1963 gegründet und hat transatlantische und europäische Wurzeln, deren Fokus die westliche Politik im Kalten Krieg war. (MSC, 2022)

Deutschland beziehen konnte, lehnte die deutsche Regierung Waffenlieferungen in «Krisengebiete» grundsätzlich ab. (Tkachenko, K. 26.07.2022)

«Sein [Putins] Vorgehen führt nun dazu, dass es in Europa zu einer Remilitarisierung kommt. Wenn die Nato einige Tausend Soldaten ins Baltikum, nach Polen oder Bulgarien schickt, ist das eine Reaktion auf den militärischen Aufmarsch russischer Truppen an den Grenzen der Ukraine.» (Meyer, T. STAND, 24.01.2022)

Seit April 2021 zog Russland über 100 000 Soldat:innen nahe der Ostukraine zusammen, und stationierte mehr als 30 000 Militärs in Belarus und Putin drohte mit militärischem Eingreifen. (Vu, V. Zeit Online, 19.02.2022) Der umfangreiche Aufmarsch russischer Streitkräfte entlang der ukrainischen Grenzen im Winter 2021/22 führte zur verstärkten Aufrüstung der Ukraine. Die Truppenbewegungen und die Aufrüstung Russlands versetzten die osteuropäischen sowie die baltischen Staaten in Alarmbereitschaft. In der Folge erhöhten zahlreiche europäische Länder und Nato-Staaten erstmals seit dem Kalten Krieg ihre Rüstungsausgaben. Russland forderte die Nato und die USA auf, auf eine Osterweiterung zu verzichten und die Ukraine sowie Georgien nicht aufzunehmen. Die Nato sollte die sicherheitspolitische Ordnung von 1997³⁵ wieder einnehmen. Die Nato-Russland-Grundakte³⁶ von 1997 besagt, dass alle ehemaligen Satelliten-Staaten souverän seien, und Russland habe kein Vetorecht auf deren Nato-Beitritt. Aufgrund der ernsthaften Bedrohung durch den aktuellen Truppenaufmarsch und die nach wie vor besetzte Krim bat die Ukraine die EU und die USA um militärische Unterstützung sowie um eine Erweiterung der Sanktionen gegenüber Russland. (lpb-bw, 2022)

*«Jetzt muss gehandelt werden, die Welt muss handeln, nicht die Ukraine»
Wolodymyr Selenskyi an der Münchner Sicherheitskonferenz 2022.
(dpa-infocom, Zeit Online, 20.02.2022)*

An der Münchner Sicherheitskonferenz von 2022 fehlte Wladimir Putin, denn Russland sagte die Teilnahme ab, führte jedoch zeitgleich zusammen mit dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko ein umfangreiches Militär-Manöver in Belarus durch. So besprachen Selenskyj, Olaf Scholz und die US-Vizepräsidentin Kamala Harris bei diesem Treffen, was zu tun wäre, wenn Russland die Ukraine angreifen würde. Die teilnehmenden Staaten setzten auf die

³⁵ 1997 wurden die Beitrittsgesuche von Polen, Tschechien und Ungarn auf dem Nato-Gipfel in Paris geführt. Die osteuropäischen Staaten drängten auf eine Nato-Mitgliedschaft, weil russische Militäraktionen in Tschetschenien, Transnistrien und Abchasien die Erinnerungen an sowjetische Offensiven wiederaufleben ließen und ihre Sicherheit gefährdeten. (Dornblüth, G. und Franke, T. Deutschlandfunk, 26.05.2022)

³⁶ Die Nato-Russland-Grundakte wurde 1997 in Paris unterzeichnet, um auf das Ende des Kalten Kriegs zu reagieren. Dadurch sollte die Abrüstung vorangetrieben und eine vertiefte Zusammenarbeit mit Russland in der OSZE gefördert werden. Die Demokratisierung Russlands wurde als Voraussetzung für die Abrüstung der Nato gesehen. Die Annexion der Krim galt als Verstoss gegen die Grundakte. (Nato, Grundakte, 27.05.1997)

Wirkung von Sanktionen und beteuerten die Bereitschaft Gespräche mit Russland fortzuführen – doch die Frage wie die Welt handeln sollte, konnte an der Münchner Sicherheitskonferenz von 2022 nicht geklärt werden. (dpa-infocom, Zeit Online, 20.02.2022) Putin anerkannte am 21. Februar 2022 Donezk und Luhansk als von der Ukraine unabhängige Volksrepubliken. Seinen militärischen Sondereinsatz rechtfertigte er damit, auf diese Weise die russische Bevölkerung in diesen Gebieten zu befreien, und sprach dem ukrainischen Staat die Souveränität ab. (Brössler D. und Fellmann, F. TA, 21.02.2022)

4.1.2 Erster Wendepunkt – 24. Februar bis Ende März 2022



Legende: → russische Truppenbewegung ■ Vormarschgebiete ▨ Separatistengebiete

Abb. 5: Karte der Ukraine am 1. März 2022 (Quelle: Tagesspiegel.de, Darstellung: Linus Joos)

Wladimir Putin kündigte den Beginn einer ‹Spezialoperation im Donbass› am 24. Februar 2022 in einer russischen Fernsehansprache an. (Ackeret, M. NZZ, 24.02.2022) Der russische Präsident rechtfertigte den Angriffskrieg damit, die Ukraine zu befreien und zu denazifizieren sowie die russische Bevölkerung zu retten, die unterdrückt wurde. Er rechtfertigte seine Spezialoperation auch mit der Kritik an früheren Militärinterventionen des Westens in Jugoslawien 1999, im Irak, in Libyen und in Syrien als Bruch des Völkerrechts. Russland übte Kritik an der Nato-Osterweiterung und sah sich in seiner Sicherheit bedroht. Der Westen habe die ‹rote Linie› überschritten und Putin drohte mit schrecklichen Konsequenzen. Russland versetzte die atomaren ‹Abschreckungskräfte› in Alarmbereitschaft. (Capellini, K. NZZ, 02.03.2022) Die nukleare Bedrohung

wurde bewusst unklar gehalten, um den Westen von weiteren Unterstützungsmassnahmen für Kiew abzuhalten. (Escher, M. STAND, 2022)

Der russische Angriffskrieg am 24. Februar 2022 überraschte die Weltgemeinschaft. Als Antwort auf die Invasion wurde Russland so stark sanktioniert wie noch kein Land zuvor. Seit Putins Anerkennung der Regionen Luhansk und Donezk als unabhängige Staaten stand Russland unter 5 581 Sanktionen der EU, USA und weiteren Ländern wie der Schweiz oder Japan. (Zandt, F. 2022)

Selenskyj rief das Kriegsrecht aus und bat die westlichen Staaten um Verteidigungshilfe. Alle Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren wurden einberufen und durften das Land nicht mehr verlassen. (Eckardt, L. Zeit Online, 2022) Vier Tage nach Kriegsbeginn, am 28. Februar 2022, stellte die Ukraine einen beschleunigten EU-Beitrittsantrag. Dieser wurde von der österreichischen FPÖ nicht gutgeheissen, weil die EU kein Interesse haben solle, diesen Konflikt zu importieren. (Vilimsky, H. Die Presse, 25.03.2022)

Die Zeitungen rechneten damit, dass die Ukraine diesen Krieg verlieren würde, aufgrund der überlegenen Truppenstärke, der Lufthoheit und der nuklearen Bedrohung durch Russland. Putin trieb in den vergangenen Jahren die Aufrüstung und die Modernisierung der russischen Streitkräfte stark voran. Die Verteidigungsausgaben der Ukraine lagen 2020 bei 4,3 Milliarden US-Dollar, was rund einem Zehntel des russischen Etats entsprach. (Rotenberg, O. und Popov, WZ, 24.02.2022) Mit über 900 000 aktiven Soldat:innen und grossem Arsenal war die russische Armee überlegen. Die 361 000 aktiven ukrainischen Soldatinnen und Soldaten verfügen über eine hohe Motivation, zusätzlich gibt es Reservisten sowie viele Freiwilligenverbände. (Rotenberg, O. und Popov, M. WZ, 24.02.2022)

Vergleich der Militärstärke von Russland und der Ukraine 2022

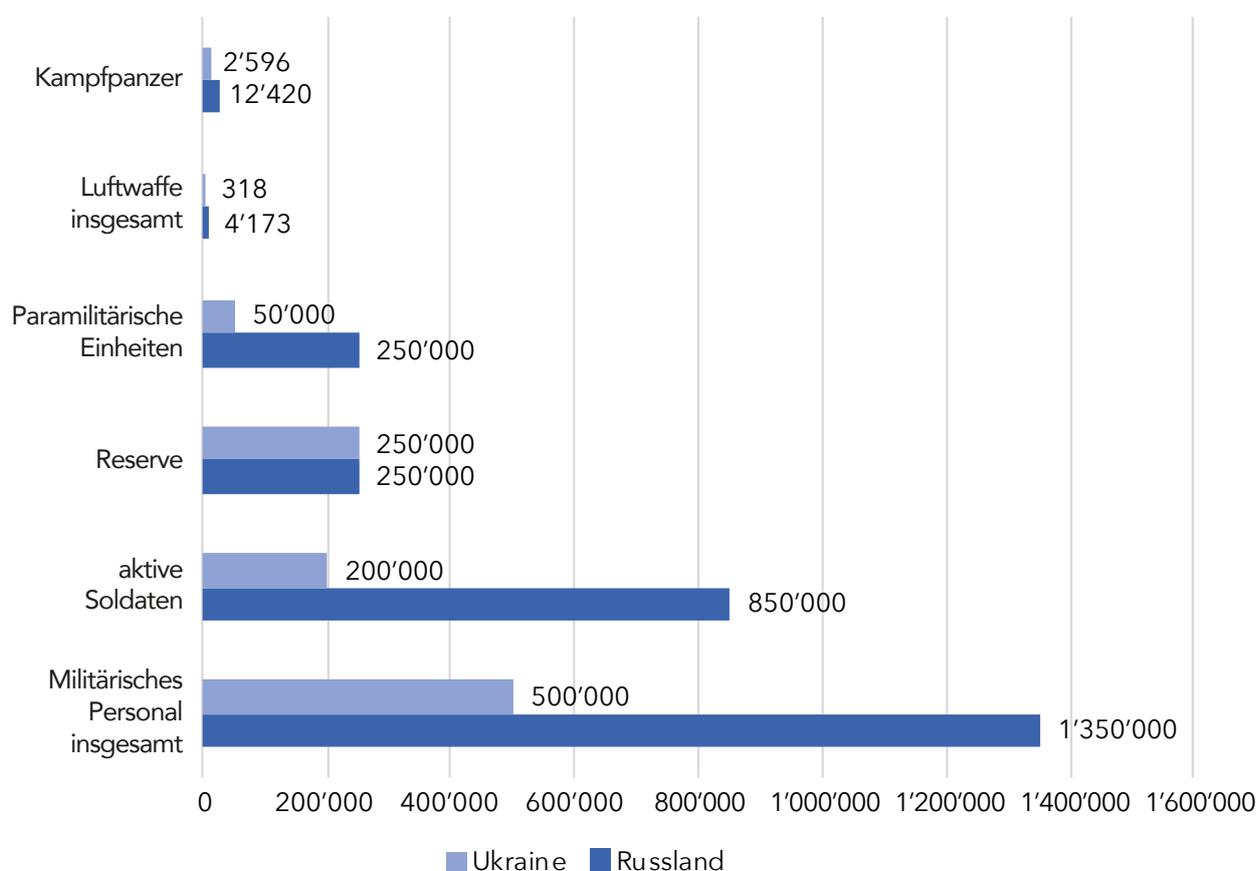


Abb. 6: Vergleich der Militärstärke zwischen der Ukraine und Russland bei Kriegsbeginn (Daten: Global Firepower, Grafik: Linus Joos)

Das erste Sanktionspaket gegen Russland trat als Reaktion auf die Entsendung der Truppen und die Anerkennung der Unabhängigkeit der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk in Kraft. Bereits im ersten Sanktionspaket vom 23. Februar 2022 wurden zahlreiche Vermögen von verantwortlichen Personen, die der Veruntreuung staatlicher Vermögenswerte der Ukraine bezichtigt wurden, eingefroren und Reiseverbote erteilt. Der EU-Sondergipfel am 24. Februar 2022 einigte sich auf harte Sanktionen gegen den Finanz-, Energie- und Verkehrssektor, die Visumpolitik und die Ausfuhr von Gütern. Das zweite Sanktionspaket erweiterte die Sanktionen auf Mitglieder des russischen Sicherheitsrates. Am 28. Februar 2022 wurde das dritte Sanktionspaket in Kraft gesetzt, das die russische Zentralbank sanktionierte und 500 Millionen Euro für die ukrainischen Streitkräfte bereitstellte. Sieben russische Banken wurden vom SWIFT-System³⁷ ausgeschlossen und deren Fähigkeit, weltweit tätig zu sein eingeschränkt. Zusätzlich wurde ein Verbot zum Überflug des Luftraumes der EU und deren Flughäfen für russische Fluggesellschaften erlassen.

³⁷ Die «Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication» (SWIFT) wurde 1973 gegründet und wird weltweit von mehr als 11 000 Banken und über 200 Ländern genutzt. (SWIFT, 2022)

(Europäischer Rat, Zeitleiste, 2022) Anfang März 2022 beschloss der Europäische Rat gezielte Massnahmen gegen den Finanzsektor in Belarus aufgrund der Beteiligung an der militärischen Aggression gegen die Ukraine. Das vierte Sanktionspaket am 15. März 2022 schränkte neue Investitionen in den russischen Energiesektor und Transaktionen mit russischen Unternehmen ein.

Anfang März begann die zweite Phase des Kriegs. Geplant war ein schneller Vorstoss von Russland auf Kiew und in die Ostukraine. In den Zeitungen wurde mit Sorge auf den 60 Kilometer langen Panzer-Konvoi geblickt, der auf Kiew zurollte. Unerwarteterweise stiessen die russischen Streitkräfte auf ukrainischen Widerstand und der Konvoi stoppte. Zu Schlagzeilen führten zunehmende Probleme bei der Versorgung, Treibstoffmangel sowie präzise Gegenschläge auf Tanklastwagen und Logistikfahrzeuge, welche den Vorstoss der Panzerkolonne verhinderten. (Monn, J. NZZ, 12.03.2022) Geheimdienstinformationen der USA verhalfen der Ukraine schnell dazu, auf die ersten russischen Angriffe zu reagieren. Vermutlich wollte Putin die ukrainische Regierung stürzen und setzte Mordkommandos auf Präsident Selenskyj an. (Weisflog, C. NZZ, 06.05.2022)

Die Ukraine zeigte sich widerstandsfähig und erzielte mit Unterstützung von Raketenwerfern, Drohnen, Aufklärungsdaten von Satellitenbildern, Geheimdienstinformationen der EU und der Nato einzelne militärische Erfolge. Die Panzerabwehrraketen «Javelin» sowie Drohnen aus der Türkei wurden als überraschend effektiv und als «Game-Changer» bezeichnet. (Schönhuber, R. WZ, 02.03.2022) Putin und der Angriffskrieg in der Ukraine wurden von den Vereinten Nationen scharf verurteilt, bis auf einige Ausnahmen wie China, Indonesien oder Venezuela. (UNO-Abstimmung, 02.03.2022)

Der russische Rückzug aus der Region um Kiew sowie die Fokussierung auf die Regionen Luhansk und Donezk verschoben das Kriegsgeschehen. Russland kam nur noch langsam mit zerstörenden Bombardements, Artilleriebeschuss und vermehrt zivilen Opfern voran. Die Stadt Mariupol stand unter heftigem Beschuss und war von russischen Truppen umstellt. Selenskyj verhandelte mit Russland über die Schaffung humanitärer Korridore zur Evakuierung der festsitzenden Zivilisten und der verbleibenden ukrainischen Militärs. (Pabst, V. NZZ, 04.03.2022) Die humanitäre Lage in den eingekesselten Metropolen spitzte sich zu, zahlreiche Menschen harrten ohne Heizung, Lebensmittel und Trinkwasser aus. Mitte März bombardierte die russische Armee die belagerten Städte Mariupol und Charkiw grossflächig, zerstörte die Infrastruktur und verhinderte humanitäre Korridore. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) teilte mit, dass die Menschen in Mariupol dringend Wasser, Nahrung und Unterkünfte benötigten und die Evakuierung durch russische Bombardements verunmöglicht wurde. (dpa-infocom, SZ, 05.03.2022) Das

AKW Saporischschja wurde von den russischen Truppen besetzt, die IAEA³⁸ forderte vergeblich Zugang zum Kraftwerk, um die Strahlung zu überprüfen. (Rüesch, A. NZZ 05.03.2022)

Ende März zogen sich die russischen Truppen endgültig aus dem Grossraum Kiew zurück und die Einnahme der Hauptstadt wurde aufgegeben. Russland scheute einen Häuserkampf in der Hauptstadt Kiew, änderte die Strategie und setzte auf die Belagerung der Stadt Mariupol. Putin verfolgte nun die Ziele, die autonomen Regionen Luhansk und Donezk mit einer Landverbindung von der Ostukraine zur Krim zu verbinden und einen Zugang zum Schwarzen Meer zu schaffen. (Seifert, T. WZ, 23.03.2022) Seit dem Rückzug der russischen Streitkräfte aus der Hauptstadt-Region erschien Putins Einnahme der gesamten Ukraine unwahrscheinlich. Die ukrainische Strategie bestand aus punktuellen Gegenoffensiven und Verzögerungstaktiken, die im Donbass den Vorstoss verlangsamen konnten. (Gierke, S. und Käppner, J. TA, 18.03.2022)

Die Ukraine startete einzelne Gegenoffensiven zur Befreiung des Donbass und der Krim. In Cherson wurden mehrere russische Helikopter zerstört und die Luftwaffenbasis wurde beschädigt. (Rüesch, A. NZZ, 17.03.2022) In der Ostukraine wurde heftig um die Stadt Charkiw und die Region vor Donezk gekämpft. Die ukrainische Armee hielt den russischen Streitkräften bis Ende April stand. Die Gebiete östlich von Charkiw wurden besetzt, Russland konzentrierte sich auf die Landverbindung zur Krim und die Stadt Mariupol am Asowschen Meer. Die Brutalität der unablässigen Bombardements wurde durch ein zerstörtes Kinderspital in Mariupol verdeutlicht. (Ernst, A. NZZ, 10.03.2022) In Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Istanbul wurde über einen möglichen Neutralitätsstatus der Ukraine diskutiert. Über diese Neuigkeit wurde in den deutschsprachigen Medien debattiert, denn mit einer «immerwährenden Neutralität», dürfte die Ukraine kein Nato-Mitglied werden. (Ernst, A. NZZ, 29.03.2022) Allerdings gab es Zurückhaltung für die Neutralität der Ukraine, denn es war unklar, wer für die Einhaltung des Vertrages garantieren würde.

Selenskyj kritisierte die deutsche Bundesregierung, die Sanktionen zu zögerlich durchzusetzen. (Maksan, O. NZZ, 17.03.2022) Um die Verhandlungsstärke der Ukraine zu erhöhen, sollte die EU die Verteidigung dieses Landes mit Waffen, Sanktionen und humanitärer Hilfe unterstützen. Auf der anderen Seite müssten die bereits besetzten Gebiete an Russland abgetreten werden, was von der Ukraine nicht akzeptiert wurde. Selenskyj verwies darauf, dass sein Volk darüber abstimmen müsste und niemand den Ukrainer:innenn einen Frieden aufzwingen dürfe. (Ràsonyi, P. NZZ, 30.03.2022)

³⁸ Die «International Atomic Energy Agency» (IAEA) wurde 1957 gegründet, um die nukleare Technologie zu kontrollieren. Die Vereinten Nationen wollten die Atomwaffen und Atomkraftwerke unabhängig überprüfen lassen. Das Institut spezialisierte sich auf die Sicherung und Entwicklung von nuklearen Projekten mit unabhängiger Forschung und Inspektionen. (IAEA, History, 2022)

4.1.3 Zweiter Wendepunkt – April bis Mitte Juli 2022



Legende: → russische Truppenbewegung ■ Vormarschgebiete ▨ Separatistengebiete
 → ukrainische Truppenbewegung ■ ukrainische Rückgewinne

Abb. 7: Karte der Ukraine 7. April 2022 (Quelle: Tagesspiegel.de, Darstellung: Linus Joos)

Anfang April, nach Abzug der russischen Truppen aus den Vororten von Kiew, wurde das gesamte Ausmass der Kriegsverbrechen im Grossraum Kiew deutlich. Ermordete Zivilisten lagen auf den Strassen und Massengräber wurden entdeckt. Die Ukraine forderte den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag auf, in Butscha Beweise zu sichern und gegen diese Kriegsverbrechen zu ermitteln. (Hassel, F. TA, 03.03.2022) Erst nachdem die russischen Kriegsverbrechen in Butscha und Mariupol Anfang März 2022 bekannt wurden, erkannten Europa und die Nato-Staaten, dass Verhandlungen erfolglos wären. (Lechner, G. WZ, 15.04.2022) Obwohl die Kriegsverbrechen dokumentiert und Beweise sichergestellt wurden, dementierte Russland diese allesamt. Selenskyj betonte die Bedeutung der Arbeit von Journalisten und Journalistinnen, damit diese die Gräueltaten dokumentierten und die ganze Wahrheit aufdeckten. Die ukrainische Justiz bereitete 40 Ermittlungsverfahren gegen Kriegsverbrechen vor. (Steinke, R. TA, 05.04.2022)

Ursula von der Leyen reiste als EU-Kommissionspräsidentin in die Ukraine und kündigte Hilfe bei der Aufklärung der Kriegsverbrechen und weitere Sanktionen gegen Russland an. Sie machte Kiew Hoffnung auf einen baldigen EU-Beitritt. Die EU startete eine Spendenaktion für die Ukraine mit 10 Milliarden Euro für Projekte der Vereinten Nationen und örtliche Hilfsorganisationen.

(Hassel, F. TA, 03.03.2022) Vergleiche zu historischen Ereignissen wie dem Zweiten Weltkrieg, der russischen Invasion in Tschetschenien und den Angriffen auf Aleppo in Syrien wurden im Westen diskutiert. Neue Sanktionen wurden eingesetzt und ein komplettes Energie-Embargo in Betracht gezogen. Allerdings reagierten Deutschland und Österreich vorsichtig auf ein künftiges Öl- und Gasembargo, um zu verhindern, dass die Sanktionen auf sie selbst zurückfallen würden. (Schmölzer, M. WZ, 04.04.2022)

Das fünfte Sanktionspaket verfügte Anfang April über das Einfuhrverbot für Kohle, Holz, Zement und Alkohol aus Russland. Zusätzlich verhängte die EU-Sanktionen gegenüber 217 Personen und 18 Organisationen. (Europäischer Rat, Zeitleiste, 2022)

In der Stadt Borodjanka wurden weitere Kriegsverbrechen bekannt. Es gab dort keine militärischen Einrichtungen und russische Truppen hätten gezielt auf Zivilisten geschossen. Ermittlungsverfahren anhand von Satellitenbildern, Befragungen von ukrainischen Flüchtlingen und die Suche nach Beweisen vor Ort waren in vollem Gange. Kiews Bürgermeister Vitali Klitschko drohte Moskau mit Strafprozessen für die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die russische Regierung sollte wegen Völkermordes zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Verurteilung von Putin durch den IStGH in Den Haag aufgrund der Kriegsverbrechen wurde durch Chefankläger Karim Khan angeführt. Allerdings ist der Internationale Strafgerichtshof ein Gericht ohne Polizei und die Umsetzung der Verurteilung daher schwierig. (Steinke, R. TA, 05.04.2022)

Die russischen Truppen gerieten aufgrund der geschwächten Luftwaffe und Infanterie ins Stocken. In Mariupol kamen vermutlich Chemiewaffen zum Einsatz. Diese Informationen wurden noch nicht von unabhängiger Seite bestätigt. Putin dementierte die Vorwürfe russischer Kriegsverbrechen in Butscha und weiteren Kiewer Vororten als Falschinformationen, die vermeidlichen Chemiewaffenangriffe seien ein Vorwand der USA für eine Invasion wie im Irak. (dpa-infocom, SZ, 11.04.2022)

Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Moldau und der Türkei endeten ohne Erfolg. Nachdem die Kriegsverbrechen an der ukrainischen Bevölkerung aufgedeckt wurden, war Selenskyj in noch geringerem Masse bereit, Regionen der Ukraine aufzugeben. (jop, STAND, 16.04.2022) Die Tragödie in Mariupol, wo keine humanitären Korridore eingerichtet werden konnten, wurde international kritisiert. Russland formulierte ein neues Kriegsziel und wollte mit dem Vorstoss auf Odessa eine Verbindung bis Transnistrien in Moldau schaffen. (Lechner, G. WZ, 23.04.2022) Die Gespräche zwischen Russland und der Ukraine wurden im Verlauf des Kriegs immer seltener sowie polarisierter. Eine besetzte Ostukraine würde der ukrainischen Bevölkerung

die Freiheit rauben und diese könnte unter russischer Besatzung nicht überleben – daher wollte Selenskyj keine Gebietsansprüche von Putin akzeptieren. (Poppe, M. NZZ, 11.04.2022)

Der Abzug russischer Truppen aus Tschernobyl und der Region Kiew nach sechs Wochen Krieg, liess die Hoffnung aufkommen, dass sich die Ukraine trotz der russischen Übermacht verteidigen könnte. Daraufhin konzentrierten sich die russischen Angriffe auf den Osten und den Süden der Ukraine. (dpa-infocom, SZ, 02.04.2022) Westliche Geheimdienste verkündeten, Putin umgebe sich mit «Jasagern» und sei falsch über die Lage des Kriegs informiert. Die Ukraine kämpfte mit modernen Artilleriewaffen aus dem Westen und allmählich zeichnete sich ein Zermübungskrieg ab. (Freidel, M. FAZ, 30.04.2022)

Der 9. Mai gilt als Jahrestag des russischen Siegs im Zweiten Weltkrieg. Es gab Mutmassungen, dass Putin an diesem Datum den Sieg über die Ukraine verkünden und mit der Niederlage von Nazideutschland in Verbindung bringen könnte. Der russische Präsident rechtfertigte die Militäroperation in der Ukraine als rein defensiven Akt, weil der Westen die Ukraine aufgerüstet habe, mit dem Ziel, die historisch russischen Territorien anzugreifen. (Ackeret, M. NZZ, 09.05.2022) Der Historiker Stephen Kotkin ging davon aus, dass der Kalte Krieg niemals zu Ende gegangen und der Konkurrenzkampf mit dem Westen um die Grossmachtstellung ein entscheidender Faktor in diesem Krieg sei. (Metzler, K. STAND, 20.04.2022)

Die Ukraine startete Anfang Mai erste Gegenoffensiven zur Rückeroberung besetzter Gebiete im Osten des Landes. Bei Charkiw wurden einige Dörfer zurückerobert, womit die Kontrolle des Flusses Donez an strategischer Bedeutung gewann. Gleichzeitig rückte die russische Armee im Donbass weiter vor. (Rüesch, A. NZZ, 13.05.2022)

«Nachdem die Ukrainer in ihrem Abwehrkampf spektakuläre Erfolge erzielt hatten, sind den Russen nun einige Vorstösse gelungen. Der Fluss Donez wird zur entscheidenden Trennlinie.» (Rüesch, A. NZZ, 13.05.2022)

Die Besetzung der Stadt Mariupol Ende Mai sowie die komplette Schliessung der Fluchtkorridore offenbarten die gesamte Grausamkeit des anhaltenden Stellungskriegs mit Raketen- und Artilleriebeschuss auf Krankenhäuser und zivile Einrichtungen. Nach langwierigen Verhandlungen konnten am 8. Mai 2022 die letzten Zivilisten das Stahlwerk endlich verlassen und gegen russische Kriegsgefangene ausgetauscht werden. (Schwerin, U. NZZ, 17.05.2022) Laut der UNO starben in der Ukraine bis Ende April mindestens 2 345 Zivilisten ums Leben, die Dunkelziffer war bedeutend höher. (Spalinger, A. NZZ, 09.05.2022) Es entwickelte sich zunehmend ein Zermübungskrieg. Verschiedene Politiker:innen forderten die Ukraine zu Verhandlungen mit Russland auf.

Allerdings stand die ukrainische Bevölkerung nach den aufgedeckten Kriegsverbrechen einer Verhandlungslösung mit Russland deutlich negativer gegenüber. (Sachs, J. STAND, 16.05.2022)

«Nach den Berichten aus Butscha über die russischen Gräueltaten brachen die Verhandlungen ab und der ukrainische Verhandlungsführer erklärte: <Die ukrainische Gesellschaft steht jedem Verhandlungskonzept, das die Russische Föderation betrifft, nun sehr viel negativer gegenüber.>» (Sachs, J. STAND, 16.05.2022)

Ende Mai einigte sich der Europäische Rat auf das sechste Sanktionspaket. Die Erd- und Rohölzeugnisse aus Russland – mit Ausnahme des über Pipelines gelieferten Öls – wurden eingeschränkt, die Energieunabhängigkeit der EU und die Sicherung der Energieversorgung sollten gestärkt werden. Ausserdem wurden die Sicherheit der Zivilbevölkerung, die Verfolgung von Kriegsverbrechen sowie humanitäre, militärische und finanzielle Hilfe für die Ukraine besprochen. (Europäischer Rat, Zeitleiste, 2022) Am EU-Sondergipfel herrschte ein Konsens für Waffenlieferungen, finanzielle Hilfen für die Ukraine und für weitere Sanktionen gegen Russland. (Mayer, T. STAND, 31.05.2022)

Finnland und Schweden stellten am 18. Mai Beitrittsanträge zur Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO). Umgehend drohte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats, Dmitri Medwedew, der Nato mit Konsequenzen, falls Finnland und Schweden Mitglieder des westlichen Verteidigungsbündnisses werden sollten. (til, dpa, Reuters, Spiegel, 14.04.2022) Die EU stand geeint gegen den Aggressor, dennoch gab es Stimmen gegen zahlreiche Parallelstrukturen in Mitgliedstaaten. Die Beitrittsgesuche wurden von 29 Regierungen unterstützt, nur die Türkei erhob im Nato-Rat das Veto gegen die Aufnahme. (Eppelsheim, P. FAZ, 19.05.2022) Der Nato-Beitritt von Finnland und Schweden verstärkte zwar das Transatlantische Militärbündnis, doch die Europäer seien bei internationalen Grosseinsätzen nach wie vor auf die USA angewiesen. (Czarnowska, M. WZ, 17.05.2022)

Mitten in Odessa wurde am 1. Juni ein Wohnhaus getroffen. Die deutsche Bundesregierung verurteilte diesen Angriff scharf. Selenskyj warf Russland vor, gezielt auf ukrainische Zivilisten zu schießen und forderte den UN-Sicherheitsrat auf, Russland als <Terrorstaat> zu bestrafen, einen Öl-Boykott einzuführen und dieses Land aus dem Sicherheitsrat auszuschließen. (dpa-infocom, SZ, 28.06.2022) Im Juni konzentrierten sich die russischen Angriffe auf Sjewjerodonezk, wo sich die humanitäre Lage zunehmend zuspitzte und zivile Ziele getroffen wurden. Mit der Einnahme der Stadt Sjewjerodonezk drohte dort ein weiteres Mariupol mit über 500 eingeschlossenen Zivilisten und Kämpfern. Wegen des ständigen Beschusses war die Evakuierung trotz mehrfacher Versuche des Roten Kreuzes unmöglich. Deshalb sahen sich die ukrainischen Truppen gezwungen,

sich zurückzuziehen. (dpa-infocom, SZ, 28.06.2022) Seit der Eroberung von Mariupol wurden über 1000 Asowstal-Kämpfer nach Russland gebracht, wo ihnen der Prozess drohte. Putin betitelte diese Soldaten als Nazi-Verbrecher. Die andauernden russischen Kriegsverbrechen erschwerten und verunmöglichten Friedensverhandlungen. Selenskyj erstellte ein «Buch der Henker», um die Kriegsverbrecher von Butscha, Mariupol und anderen Städten festzuhalten sowie zur Rechenschaft zu ziehen. (Balmetzhofer, M. STAND, 08.06.2022)

Anfang Juni wurde das sechste Sanktionspaket aufgrund der bekanntgewordenen Gräueltaten der russischen Streitkräfte beschlossen. Die Sanktionen betrafen Personen, die für die Kriegsverbrechen in Butscha und Mariupol verantwortlich waren, weitere russische und belarussische Banken wurden vom SWIFT-System ausgeschlossen und ein Verbot der Einfuhr von Rohöl aus Russland wurde ausgesprochen. (Europäischer Rat, Zeitleiste, 2022)

Die Ukraine befürchtete eine zweite Teilung wie 2014, als die Krim von Russland annektiert wurde und Europa auf ein Abkommen in Minsk drängte. Diese Scheinlösung zeigte, dass der Krieg nur aufgeschoben wurde, Putin bisher ungestraft davonkam und sich Russland nie an die Vertragsbedingungen hielt. Falls die Ukraine in einem Kompromissfrieden geteilt würde, hätte dies sehr negative Konsequenzen für die Ukraine. Eine russische Kontrolle über die Schwarzmeerküsten würde die Ukraine weiter abschneiden und das Land verkäme zu einem russischen Protektorat. (Gujer, E. NZZ, 03.06.2022) Die osteuropäischen Staaten fühlten sich von Deutschlands Russlandpolitik übergangen. Anstatt die Ukraine zu unterstützen, würde die EU an einer Verhandlungslösung mit Russland festhalten. Selenskyj argumentierte, dass sich die Grossmächte mit Russland arrangieren würden, ohne Rücksicht auf die kleineren Staaten. Als Gegenargument zur Schaffung einer neutralen Ukraine stand Russlands revisionistische Aussenpolitik mit der Wiederherstellung der Herrschaft über den gesamten postsowjetischen Raum. Es gab Mutmassungen, dass ein länger andauernder Konflikt besser für die Ukraine als für Russland sei und die Verhandlungskraft der Ukraine stärken könnte. Die Probleme der russischen Armee wurden offenkundig, denn militärisches Material und hochtechnologische Bauteile, wie Halbleiter, fehlten aufgrund der Sanktionen – und Russland verlor weitere Soldaten, je länger der Konflikt andauerte. (Ackeret, M. NZZ, 09.05.2022)

Die Ukraine drängte die russischen Invasoren in einigen Gebieten um Charkiw bis an die Landesgrenzen zurück. Die zweitgrösste Stadt der Ukraine hat einen hohen strategischen Wert, Russland verlor dadurch die Kontrolle über wichtige Eisenbahnlinien und Strassen. (Huwiler, S. NZZ, 06.05.2022) Obwohl die russische Armee zahlreiche veraltete Artilleriesysteme im Einsatz hatte, war die Situation im Donbass bedrückend, denn auf jede ukrainische Artillerie kamen 10 bis 15

russische. Der Munitionsnachschub in die Ukraine wurde zunehmend ein Problem, der Abnutzungskampf konnte nur durch stete Lieferungen aus dem Westen gehalten werden. (Pabst, V. NZZ, 13.06.2022)

Im Juni bat Selenskyj den Westen um Luftabwehrsysteme und veranlasste die Sprengung von Brücken im Donbass, um den russischen Vormarsch zu verlangsamen. In Kiew veröffentlichte ein Berater Selenskyjs eine Waffenwunschliste von 1000 Haubitzen, 300 Raketenwerfern, 1000 Drohnen. (Käppner, J. SZ, 15.06.2022) Die USA lieferten erste HIMARS-Raketensysteme mit einer Reichweite bis 80 Kilometer aus, unter der Bedingung, kein russisches Territorium anzugreifen. Bereits zuvor versprach Kiew, dass die modernen Mehrfachraketenwerfer nicht auf russisches Territorium abgefeuert würden. (Niederndorfer, F. STAND, 06.06.22) Putin drohte dem Westen mit schweren Angriffen, falls westliche Raketen mit hoher Reichweite geliefert würden. ER verglich sich dem russischen Zaren im 18. Jahrhundert, der die Krim als heilige Region eroberte. Er rechtfertigte die aktuellen Gebietseroberungen mit dem «Grossen Nordischen Krieg», als Peter der Grosse um 1700 das Gebiet in Schweden zurückeroberte. (Schmidt, F. FAZ, 10.06.22)

Friedensforscher:innen warnten vor einem erneuten atomaren Wettrüsten, da sowohl die USA als auch Russland die atomaren Gefechtsköpfe modernisierten. Das Risiko eines nuklearen Einsatzes sei in diesen Tagen grösser als auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs. Die Gefahr, dass sich der Konflikt zu einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der Nato ausweite, sei hoch. Die Nichtatomwaffenstaaten sollten sich daher stärker für die Nichtverbreitung von Atomwaffen einsetzen. (SDA/chk/aru, TA, 13.06.2022)

Das EU-Beitrittsge such der Ukraine wurde diskutiert, denn Georgien und die Balkanstaaten wollten ebenfalls beitreten und sahen die Ukraine als bevorzugt. Scholz, Macron und von der Leyen sprachen von einer historischen Entscheidung, dass ein Land Beitrittskandidat wird, während es sich im Krieg befindet. (Steinvorth, D. NZZ, 17.06.2022) Die Europäische Union müsse geschlossen hinter der Ukraine stehen, denn es wäre fast unmöglich, eine geteilte Ukraine in die EU aufzunehmen. (Mayer, T. STAND, 17.06.2022) Weiter wurde beanstandet, die EU würde unzureichend auf die aktuelle Lage reagieren. Der Krieg wurde immer noch als nationales Problem angeschaut und je weiter weg ein Staat sei, desto zögerlicher würden Sanktionen oder Waffenlieferungen vereinbart. Zusätzlich habe das Prinzip der Einstimmigkeit die EU handlungsunfähig und erpressbar gemacht, wie das Veto von Viktor Orban zum EU-Beitritt der Ukraine zeigte. (Kornelius, S. SZ, 04.06.2022) Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen äusserte sich positiv zum EU-Beitrittsge such der Ukraine. Allerdings würden die Verhandlungen und die Voraussetzungen,

wie Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Schutz von Minderheiten, Korruption oder Geldwäsche, noch lange Zeit benötigen, bis die Ukraine Mitglied werden könne. (Kolb, M. TA, 12.06.2022)

Die Nato verabschiedete ein neues Konzept, in dem Russland als die grösste Gefahr für die europäische Sicherheit und den Frieden dargestellt wurde. Die Nato suche keine Konfrontation mit Russland, allerdings sei eine Zusammenarbeit mit dem Land nicht mehr möglich. Die Nato-Eingreiftruppe wurde von 40 000 auf 300 000 Einsatzkräfte verstärkt und die Allianz verkündete, dass jeder Zentimeter des Bündnisgebietes verteidigt werde. Besorgt sah die Nato auch die Entwicklung zwischen China und Russland, da die Volksrepublik die Kontrolle über technologische und industrielle Schlüsselsektoren, Infrastrukturen und strategische Materialien anstrebe. (Steinvorth, D. NZZ, 30.06.2022)

In Lugano begann am 4. Juli die erste Ukraine-Wiederaufbaukonferenz mit Anreizen zum Aufbau der neuen Infrastruktur, Kapital aus dem Westen und zu Zwecken der Klimaneutralität. Allerdings waren die Folgen des Abnutzungskriegs noch nicht vorhersehbar. Im Donbass, in Luhansk und in Donezk flogen fortwährend Raketen und Granaten, diese Gebiete standen weitgehend unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte. (Fischer, P. NZZ, 06.07.2022) Der Donbass war das einstige industrielle Kerngebiet der Ukraine. Die umfangreichen Rüstungsausgaben, die stagnierende Wirtschaft und die eingebrochenen Exporte erschwerten die Aufrüstung und die Verteidigung der Ukraine. Die finanziellen Hilfeleistungen des Westens für die Ukraine beliefen sich mittlerweile auf 6 Milliarden Franken, wobei die EU und die USA Haushaltshilfen von über 25 Milliarden versprochen hatten. Zwischen den angekündigten Hilfsleistungen und der tatsächlichen Unterstützung klaffte eine grosse Lücke, was die prekäre humanitäre Lage zunehmend verschärfte. (Monn, J. NZZ, 10.07.2022)

Die europäischen Staaten waren abhängig von russischen Energielieferungen. Um Unabhängigkeit zu erlangen, wurde ein Erdöl- und Gas-Embargo diskutiert. Länder wie z. B. Österreich und Ungarn stellten sich gegen ein Energie-Embargo. Trotzdem sprach sich die EU für Sanktionen gegen Rohöl und raffinierte Erdölerzeugnisse aus. Geplant wurde ein schrittweiser Ausstieg mit Fristen von sechs bis acht Monaten und vorübergehenden Ausnahmen, falls keine tragfähige Alternative zur Verfügung stehe. Diese Regelung betraf besonders die russischen Nachbarstaaten, welche auch aufgrund der geografischen Lage auf Energie aus Russland angewiesen waren. (Europäischer Rat, Zeitleiste, 2022)

Deutschland stellte bis im März 2022 insgesamt 4 Milliarden Euro für die Ukraine und 17 Milliarden für billiges Tanken bereit. Laut dem Institut für Weltwirtschaft (IFW) ging ein Grossteil der deutschen Hilfsgelder in nationale Programme für Spritpreissenkung und Energiesubventionen

ein, während die Ukraine nur einen Bruchteil davon bekam. (Schweiger, G. SZ, 17.03.2022) Das Sondervermögen für die Bundeswehr wurde kritisiert, da die Regierung nicht genügend Mittel für Menschen in finanzieller Not bereitstelle. Alice Weidel, die AfD-Vorsitzende, argumentierte, dass die Regierung falsche Prioritäten habe, und kritisierte sowohl das 9-Euro-Ticket als auch den Tankrabatt und die russischen Sanktionen. (Krüger, P. et al. SZ, 01.06.2022)

Die Neutralität von Österreich und der Schweiz wurde bemängelt – die beiden Länder seien Trittbrettfahrer in diesem Krieg und abhängig von der Verteidigung der Nato. (Baumann, M. NZZ, 19.05.2022) Österreich verstärkte die Grenzkontrollen gegenüber der Slowakei und Ungarn, denn das Innenministerium befürchtete vermehrt organisierte Kriminalität und sekundäre Migration aufgrund des Kriegs. (APA, STAND, 11.05.2022) Aus den EU-Staaten wurde die Sonderbehandlung beanstandet und eine aktivere Neutralität gefordert.

Am World Economic Forum (WEF) stellte Bundespräsident Cassis eine ‹kooperative Neutralität› vor. (Carli, L. TA, 24.05.2022) Um die Neutralität zu wahren, sollten rasch die Verteidigungsbudgets für Luft-, Artillerie- und Cyberabwehr erhöht werden – daher beschleunigte die Schweiz den Kauf der F-35 Kampfflugzeuge. (Schellenberg, A. NZZ, 19.05.2022) Die Schweiz stand in der Kritik, weil sich der Bund dazu entschied, keine Munition für den deutschen Gepard-Panzer in die Ukraine zu liefern. Mit dem Verweis auf die schweizerische Kriegsmaterialgesetzgebung, welche die Weitergabe von Munition in Länder, die in einen internationalen Konflikt verwickelt seien, verbiete, wurden die Anfragen aus Deutschland mit Verweis auf die Neutralität abgelehnt. (Ritter, J. FAZ, 27.04.2022) Nach vier Monaten Krieg wuchs der Druck aus dem Ausland für die Weitergabe der Waffen in die Ukraine. Die Schweiz schien sich zögerlich anzupassen, verhinderte jedoch die Weitergabe von Leopard-Panzern nach Polen, und auch dänische und deutsche Gesuche für Panzermunition und Piranha-Panzer wurden abgelehnt. (Gafner, B. und Knellwolf, T. TA, 03.06.2022)

Total bilaterale Hilfe für die Ukraine

in Mio € – Zusagen Hilfspgelder 24.01. bis 07.06.2022

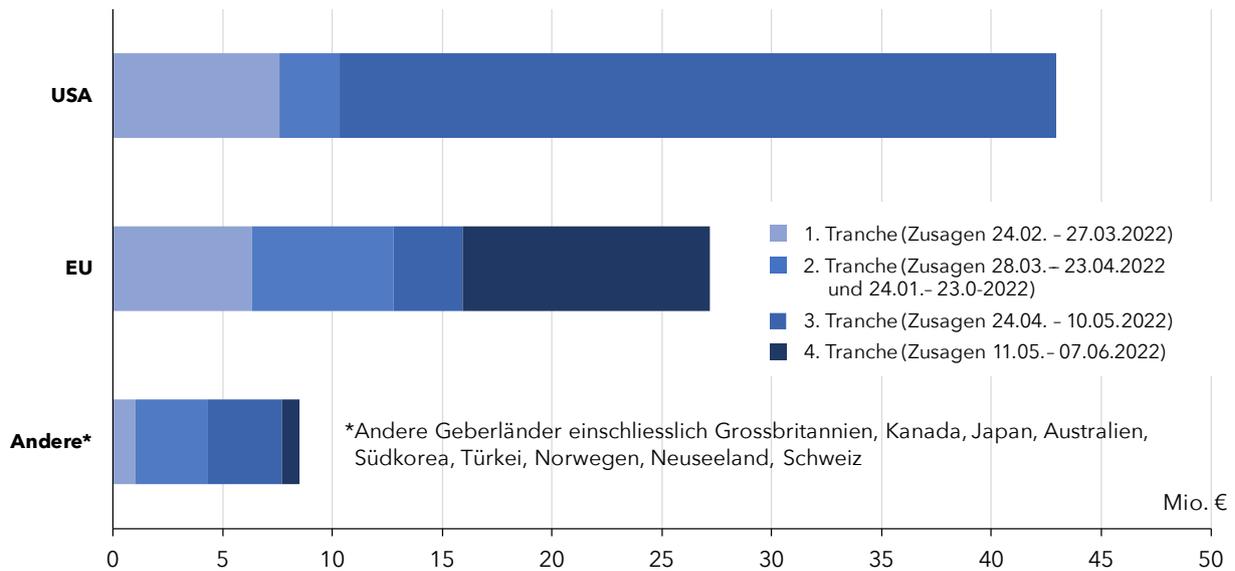


Abb. 8: Vergleich Hilfspgelder für Ukraine, (Quelle: Antezza et al. 2022, Grafik: Linus Joos)

In Odessa wurden erneut ein Wohngebäude und ein Freizeitgelände getroffen. Die russische Angriffstaktik bestand darin, Städte tage- oder wochenlang zu beschliessen, damit sich die Ukrainer zurückzogen. Anfangs Juli legten die russischen Streitkräfte eine operative Pause ein, um sich neu auszurüsten und umzugruppieren. Bis zum 15. Juli zählte die amerikanische Nichtregierungsorganisation ACLED³⁹ 5 393 russische Artillerie- und Raketenbeschüsse sowie 737 Luft- und Drohnenangriffe. (Monn, J. NZZ, 25.07.2022) Die ukrainische Armee konnte die Schlangeninsel zurückerobern und verkündete mehrere Treffer auf russische Munitionsdepots mit HIMARS-Mehrfachraketenwerfern in der Region um Cherson. Allerdings sei die Anzahl verfügbarer schwerer Waffen vor Ort gering, denn der Transport an die Front benötige eine Menge Zeit. (Marti, W. NZZ, 16.07.2022) Nachdem die russischen Truppen die Stadt Lyssytschansk belagerten, war Slowjansk tagelang unter Raketenbeschuss. Auch die nahe gelegene Stadt Charkiw stand vor einer russischen Grossoffensive, die sich langsam in Richtung Westen bewegte. Die ukrainischen Behörden berichteten, Streubomben seien über dicht besiedeltem Gebiet abgefeuert worden. (APA, STAND, 05.07.2022)

Im Juli reagierte die EU auf die Ernährungskrise, indem die Sanktionen nicht gegen Russlands Nahrungsmittel-, Getreide oder Düngemittelausfuhr gerichtet wurden. Die EU betonte, dass Russland für die weltweite Nahrungsmittelkrise verantwortlich sei und die EU-Sanktionen

³⁹ «The Armed Conflict Location & Event Data Project» (ACLED) sammelte und verarbeitete Daten zu politischer Gewalt in Krisengebieten. Die Nicht-Regierungsorganisation wurde 2005 gegründet und operiert seit 2014 mit verschiedenen Institutionen, wie dem «Institute for Security Studies» und vielen lokalen Organisationen auf der gesamten Welt. (ACLED, 2022)

Nahrungsmittel nicht betreffen, da die Ernährungssicherheit oberste Priorität für die EU habe. Die Sanktionen allein konnten Russland nicht zu einem Politikwechsel bewegen, stattdessen waren sie ein Druckmittel und ein Instrument, um Moskau an den Verhandlungstisch zu bringen. (Europäischer Rat, Zeitleiste, 2022)

4.1.4 Dritter Wendepunkt – Juli bis Ende August 2022



Legende: russische Truppenbewegung, Vormarschgebiete, Separatistengebiete
 ukrainische Truppenbewegung, ukrainische Rückgewinne

Abb. 9: Karte der Ukraine am 7. Juli 2022 (Quelle: Tagesspiegel.de, Darstellung: Linus Joos)

Die EU-Staaten zögerten, ein Embargo von Öl- und Gaslieferungen zu verabschieden. Russland drohte mit einem Lieferstopp und die Gaslieferungen wurden nach der Revision im Juli nur noch teilweise erfüllt. Der Betrieb der Gaspipeline Nord Stream 1 wurde aufgrund von Wartungsarbeiten bis zum 21. Juli 2022 stillgelegt. Olaf Scholz kritisierte Russland für die Verzögerungen zur Wiederinbetriebnahme, denn die Ersatz-Turbine könnte jederzeit transportiert werden. (dpa-infocom, SZ, 20.07.2022) Die Furcht vor steigenden Öl-Preisen und Inflation schürte den Unmut gegen die verhängten Sanktionen. Die Gaspipeline Nord Stream 1 lieferte aufgrund von Wartungsarbeiten längere Zeit kein Gas mehr und in der deutschen Industrie entstand Nervosität. (Ràsonyi, P. NZZ, 13.07.22) Habeck engagierte sich für die Energiespar-Politik in Deutschland und startete eine Kampagne für einen Energiewechsel. Moskau setzte die Gaslieferungen als Waffe ein, damit

die Energie knapper wurde sowie die Inflation in Europa anstieg und setzte damit westliche Demokratien unter Druck. (Gujer, E. NZZ, 08.07.2022)

Die Ukraine forderte erneut die rasche Lieferung schwerer Waffen mit grosser Reichweite, um die Verteidigung der ukrainischen Streitkräfte in der Donbass-Region zu unterstützen. Die Nato diskutierte, inwieweit sie der Ukraine Waffen liefern könne, um nicht selbst Kriegspartei zu werden. Kampfpanzer wurden als kritisch gesehen, während Haubitzen bereits im Einsatz waren. Berlin erteilte den Auftrag für den Bau von 100 Panzerhaubitzen für die langfristige Stärkung der ukrainischen Armee. (Leithäuser u. Friese, FAZ, 27.07.2022)

Die Verhandlungen in Istanbul über den Getreideexport kamen zu einem erfolgreichen Ergebnis. Prinzipiell gab sich Moskau gesprächsbereit, wenn es um den Austausch von Kriegsgefangenen und Gefallenen ging. Russland wollte, dass Kiew die Krim sowie Donezk und Luhansk als unabhängige Regionen anerkannte, was für Selenskyj inakzeptabel war. Putin wurde vom ukrainischen Präsidenten kritisiert, die Minsker Abkommen von 2014 nicht eingehalten zu haben und es gäbe keine Sicherheitsgarantien für die Ukraine, dass Russland jetzt einen Waffenstillstand einhalten würde. (Dworzak, et al. WZ, 02.07.2022) Allerdings wurde befürchtet, dass beide Seiten versuchten die Fronten auszudehnen, um damit eine möglichst gute Ausgangslage für Verhandlungen zu erreichen.

Die westlichen Waffenlieferungen verschafften der Ukraine einen technologischen Vorteil. Die Panzerabwehrraketen erschwerten den russischen Vormarsch nach Charkiw und in weitere Städte. Die Angriffe wurden von Artillerieduellen und Raketenbeschüssen dominiert. Die modernen amerikanischen Mehrfachraketenwerfer verfügten über eine überlegene Reichweite, womit die ukrainischen Truppen ihre Verluste eindämmen konnten. (Gutschker, T. FAZ, 27.07.2022) Die türkischen und neu auch amerikanischen Drohnen gaben der Ukraine Informationen über russische Stützpunkte. Satellitendaten sowie weitere Aufklärungstechnologien halfen ihr sich zu verteidigen. Die Artillerie, also die Haubitzen und die HIMARS-Mehrraketensysteme, drängte die russische Invasion zurück, da Brücken und strategische Ziele beschossen werden konnten. Ukrainische Truppen meldeten, dass sie ihre Gebiete erfolgreich verteidigen konnten, indem sie die Brücken über den Fluss Dnepr zerstörten, der eine Schlüsselfunktion für Kämpfe in der Region Cherson hatte. (Mory, F. et al. STAND, 19.07.2022)

August – durch russische Truppenbewegungen im Osten verzögerte sich die ukrainische Gegenoffensive in Cherson. Die Invasoren besetzten die Hauptstadt von Donezk vollständig und drängen die ukrainischen Streitkräfte schrittweise mit Artilleriebeschuss zurück. Russischen Truppen fokussierten sich vermehrt darauf ihre Position zu verteidigen, und errichteten Kommandostellen

entlang der Verkehrsknotenpunkte in Slowjansk und Bachmut im Norden des Donbass. (APA, STAND, 06.08.2022)

Die Geberkonferenz in Kopenhagen sprach sich für mehr Waffenlieferungen an die Ukraine aus, aber auch dafür, ukrainische Soldat:innen auszubilden und bei der Beseitigung von Landminen zu helfen. (Freund, N. TA 12.08.2022) Die IAEA versuchte bisher vergeblich Zugang zum AKW Saporischschja zu bekommen, denn die Region war unter heftigem Beschuss. Der UNO-Generalsekretär Antonio Guterres setzte sich für die Einrichtung einer demilitarisierten Zone um den Reaktor ein. Allerdings erteilte das russische Außenministerium diesem Vorschlag eine klare Absage. (Freund, N. TA, 12.08.2022)

Amnesty International kritisierte, dass die ukrainische Armee eigene Zivilisten gefährde, und bekam ihrerseits Kritik von Präsident Selenskyj, dass diese Vorwürfe nicht zu tolerieren seien. Die NGO argumentierte, dass das humanitäre Völkerrecht für beide Seiten gelte und sich die Ukraine diese Kritik gefallen lassen müsse. (Widmer, S. TA, 12.08.2022) Explosionen auf der Krim zerstörten mehrere russische Flieger und Munition. Russland verlegte daraufhin die eigenen Flugzeuge und warnte davor, auf der Halbinsel Urlaub zu machen. (Schlereth, P. FAZ, 11.08.2022)

Die Ernährungskrise in Afrika und der gestoppte Export von ukrainischen Getreidelieferungen aus Odessa wurden intensiv diskutiert. Russland gab zu, systematisch Getreide aus der Ukraine zu transportieren. Putin und Selenskyi verhandelten ein Exportabkommen, der Hafen von Odessa wurde jedoch sofort wieder bombardiert. (dpa-infocom, SZ, 18.07.2022). Der Beschluss sollte 120 Tage lang gelten und einen Seekorridor für Lebensmittelfrachter ermöglichen, ohne Angriffe auf Handelsschiffe, Häfen oder zivile Schiffe. Die Türkei und die Afrikanische Union begrüßten das Abkommen, da sich die Ernährungskrise weiter zuspitzte, denn die Ukraine war ein bedeutender Lebensmittellieferant. Insgesamt 20 Millionen Tonnen Getreide wurden seit Kriegsbeginn blockiert, gestohlen und nach Russland verschifft. (Gnauck, G. FAZ, 24.07.2022) Erstmals seit Kriegsbeginn verließ ein ukrainisches Schiff den Hafen von Odessa. Die Situation war sehr angespannt, denn die Schwarzmeerroute wurde stark vermint und Russland attackierte den Hafen von Odessa mit einem Raketenangriff. Das Getreideabkommen mit Russland sowie die Sicherheitslage im Schwarzen Meer wurden lange verhandelt. Der erste Frachter führte 26 000 Tonnen Mais in Richtung Libanon aus und es sollten weitere Transporte folgen. (Maier, T. STAND, 01.08.22)

Deutschland diskutierte eine Steuererhebung auf Übergewinne der Energiekonzerne, die in der Kritik standen, als Folge des Kriegs mehr Gewinne zu erwirtschaften. Die Bundesregierung forderte, dass die Gasspeicher bis zum November 2022 bis zu 95 Prozent gefüllt sein müssten. Um

eine Gasmangellage zu verhindern, sollte die EU eine Reduktion des Gasverbrauchs von 15 Prozent anstreben. Ein Notfallplan sah vor, die Laufzeit einiger AKWs zu verlängern und stillgelegte Kohlekraftwerke wieder zu aktivieren. Jedes zweite Haus in Deutschland werde mit einer Gasheizung beheizt, doch die Industrie sei der grösste Verbraucher. Die steigenden Strom- und Gaspreise wurden von der Bundesregierung und der Bevölkerung mit Sorge verfolgt. (Haas, S. NZZ, 17.08.2022)

4.2 Diskursanalyse zum Wandel der Rüstungspolitik

Seit dem Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine fand eine mehrfache Verschiebung der Diskurslogiken statt. Die genealogische Auswertung der Medienmitteilungen zwischen Februar 2022 und August 2022 zeigte drei Wendepunkte im Kriegsverlauf. Ich fokussierte mich auf Brüche in der europäischen Rüstungspolitik sowie den Diskurs um Waffenlieferungen an die Ukraine. Für die Analyse der Wendepunkte wurden die Widersprüche der Diskurslogiken, Gemeinsamkeiten und Abgrenzungen zu den anderen Wendepunkten betrachtet. Ich analysierte die dominanten Kontroversen der Wendepunkte mit Zitaten von Politikerinnen und Politikern sowie öffentlichen Persönlichkeiten und Zeitungsartikeln. Als Grundlage für die Recherche dienten Inhalte renommierter Tageszeitungen: Die Süddeutsche Zeitung (SZ) und die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) repräsentieren die deutsche Berichterstattung. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) und der Tagesanzeiger (TA) spiegeln die schweizerischen Nachrichten wider. Die Wiener Zeitung (WZ) und der Standard (STAND) repräsentieren die Medien aus Österreich. Um die Quellen in der vorliegenden Analyse eindeutig zuordnen zu können, wurden die Namen der Autor:innen, das Kürzel der Zeitung und das Publikationsdatum angegeben.

Aus über 300 ausgewählten Zeitungsartikeln der oben genannten Medien stellte ich die verschiedenen Diskurse heraus. Dafür klassifizierte ich die Nachrichten im Programm MAXQDA und codierte die Inhalte nach verschiedenen Themen: Waffenlieferungen, Aufrüstung, Militarisierung, Neutralität, Geopolitik, internationaler Verantwortung, Atomwaffen, Sanktionen und Zitaten. Die Codierung erlaubte es, die markierten Textabschnitte unkompliziert wiederzufinden, einzuordnen und in der Diskursanalyse zu verwenden. Im Verlauf der Arbeit fokussierte ich dann den Diskurs über Waffenlieferungen in die Ukraine. Die Gewichtung der Textstellen half mir dabei, die grosse Zahl der Artikel zu selektieren und die relevantesten Textstellen zu erkennen, die die rüstungspolitischen Aspekte als Schwerpunkt sichtbar machen.

Anhand der Publikationen liessen sich mehrere Diskursstränge und Brüche in der Aussenpolitik der deutschsprachigen Länder erkennen. Der Diskurs wurde in der Schweiz sowie in Österreich und Deutschland unterschiedlich aufgenommen. Deutschland hatte eine Sonderrolle in der

europäischen Politik und solidarisierte sich stark mit der Ukraine, während Österreich sowie die Schweiz ihre Neutralität nicht aufgeben wollten. Als Selbstschutz vor dem drohenden Krieg wurde als Erstes in die nationale Verteidigung investiert, statt die Ukraine mit Waffen zu unterstützen. Die ausgerufene ‚Zeitenwende‘ von Olaf Scholz stiess auf starke Kritik, wie das untenstehende Zitat zeigt:

«Es dauert lange, bis schlechte Gewohnheiten überwunden werden. Das Paket von 100 Milliarden Euro für die ‚Zeitenwende‘ sollte dazu dienen, die schlimmsten Missstände bei der Bundeswehr zu beseitigen, damit alles so bleiben kann, wie es war. Sich bloss nicht festlegen: mit Putin reden, mit Selenski auch, keine Waffen liefern – und vor allem nichts tun, was die Vorstellung von der moralischen Überlegenheit der deutschen Aussenpolitik gefährden könnte. Scholz übersah jedoch, wie grundlegend der durch den Krieg ausgelöste Wandel ist.» (Gujer, E. NZZ, 27.05.2022)

Gujer argumentierte in der NZZ, dass der Krieg in der Ukraine einen grundlegenden Wandel in der deutschen Aussenpolitik bedinge, anstatt nur die nationale Aufrüstung voranzutreiben. Stärker als in anderen internationalen Konflikten polarisierte seit Kriegsbeginn der Diskurs um Rüstungslieferungen, weil plötzlich ein offener Krieg an der Grenze zu Europa stattfand. Die Berichterstattung über die Angriffe auf die Ukraine waren aufgeladen mit tragischen Nachrichten von zivilen Opfern, abschreckenden Bildern und politischen Drohgebärden. Es herrschte eine aufgeregte Diskussionskultur, denn in den umkämpften Gebieten herrschte Not. Historische Argumente aus den Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg, als Deutschland versprach ‚nie wieder‘ Kriegspartei zu sein, und aussenpolitische Zurückhaltung vorlebte, begleiteten die Debatte. Expertinnen und Experten für Sicherheit und Militärwesen, Politikerinnen und Politiker sowie öffentliche Personen erklärten die Geschehnisse und argumentierten für oder gegen Waffenlieferung in die Ukraine. Kein Land wollte als Kriegspartei gelten, obwohl das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung bereits 1945 in der UN-Charta⁴⁰ festgehalten wurde, was nicht nur Waffenlieferungen in die Ukraine, sondern sogar militärische Kampfhandlungen rechtfertigen würde. (Werkner, I. 2022)

In den folgenden Kapiteln führe ich die genealogische Diskursanalyse aus. Der Konflikt in der Ukraine begann bereits vor dem 24. Februar 2022. Daher wird zur Einordnung der Geschehnisse zuerst der Zeitraum vor dem Kriegsbeginn beschrieben. Während des Forschungszeitraums ab 24. Februar 2022 bis Ende August 2022 zeigten sich anhand der aufgestellten Chronologie (siehe Kapitel 4.1) drei klare Wendepunkte im Kriegsverlauf, die den Diskurs prägten. Folglich wurde

⁴⁰ Die UN-Charta ist der Gründungsvertrag der Vereinten Nationen und wurde 1945 unterschrieben. Artikel 51 beschreibt das Selbstverteidigungsrecht gegen einen bewaffneten Angriff. (Fedlex, 2015)

die Diskursanalyse in diese drei Wendepunkte gegliedert und konzentriert sich auf die Aussen- sowie die Rüstungspolitik im deutschsprachigen Raum. Daran wird gezeigt, dass der Krieg in der Ukraine die rüstungspolitischen Maximen komplett veränderte. Die Kontroverse um Waffenlieferungen in die Ukraine polarisierte die Menschen, die militärische Bedrohung rückte erstmals seit dem Kalten Krieg die nationale Aufrüstung und den Ausbau der eigenen Sicherheit in das Bewusstsein.

4.2.1 Vor Kriegsbeginn – Restriktive Waffenlieferungen

Vor dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine stand eine diplomatische Lösung des Konfliktes im Vordergrund. Waffenlieferungen an die Ukraine wurden als Risiko gesehen, weil sich dadurch die Möglichkeit einer Eskalation mit Russland erhöhte, was die Bundesregierung vermeiden wollte. Die internationale Gemeinschaft berief sich auf bestehende Abkommen und Friedensverträge zwischen Russland und der Ukraine. Als Abschreckungsmassnahme gegenüber Russland wurden drastische Sanktionen angekündigt, um einen Krieg abzuwenden. Prägend für den Diskurs vor dem Krieg waren die Aussagen von Aussenministerin Annalena Baerbock. Sie erklärte, dass Deutschland in der Vergangenheit grosses Leid an Millionen von Menschen verursacht habe. Es stehe daher in der Pflicht, gegenüber den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, den Frieden zu erhalten. Dabei sei militärische Abschreckung nur ein Mittel unter zahlreichen. Sie argumentierte für eine Verhandlungslösung mit Russland und eine restriktive Politik der Waffenlieferungen für Kiew.

«Baerbock wiederholte in Kiew die ‹klare Haltung› der Bundesregierung, mit Waffenlieferungen äußerst restriktiv umzugehen. Das sei ‹bekannt und ist auch in unserer Geschichte begründet› [...] ‹Diplomatie ist der einzige gangbare Weg, um die derzeitige hochgefährliche Situation zu entschärfen› [...].» (Carsten, L. Zeit Online, 17.01.2022)

Baerbock sicherte der Ukraine deutsche Unterstützung zu, sprach sich aber gegen Waffenlieferungen aus, weil Waffenexporte aufgrund der deutschen Geschichte nicht denkbar seien. Die Ministerin zögerte, eine klare Haltung gegen Russland einzunehmen, weil die deutsche Wirtschaft stark abhängig von der russischen Gasindustrie war. Die Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 sollte unabhängig vom Konflikt betrachtet werden, da diese weitreichende geo- und energiepolitische Folgen haben könnte und mit Implikationen für die gesamte europäische Sicherheitspolitik verknüpft wäre. Die Forderungen der Ukraine nach deutschen Waffenlieferungen wurden nicht erhört, denn Waffenlieferungen würden den Konflikt weiter eskalieren lassen und die Umsetzung der Minsker Vereinbarung gefährden. Das Normandie-Format sollte für die Lösung des Konflikts

wiederaufgenommen werden, wobei Deutschland und Frankreich als Vermittler zwischen der Ukraine und Russland fungieren könnten. (Sohn, M. WZ, 17.01.2022)

Um die Sicherheitsinteressen aller Länder zu berücksichtigen, solle die EU eine langfristige Zusammenarbeit mit Russland anstreben. Der russische Truppenaufmarsch sei eine Reaktion auf die Nato-Manöver im Baltikum und Polen, meinte der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder. Er argumentierte, Russland würde nie in die Ukraine einmarschieren. Schröder betätigte sich nach seiner Amtszeit als Wirtschaftslobbyist für Gazprom und Rosneft sowie für die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2. (Zimmermann, K. Zeit Online, 28.01.2022)

Von der Regierung in Berlin wurde gefordert, weitere Sanktionen umzusetzen, die Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 zu schliessen oder mögliche Waffenlieferungen an Kiew zu erwägen. Der polnische Premier Morawiecki forderte einen deutlich schärferen Kurs gegen Moskau und kritisierte Deutschlands Passivität. Im Allgemeinen wurde bemängelt, die EU sei zu zögerlich und verhängte zu geringe Sanktionen. (Lechner, G. WZ, 07.02.2022) Angesichts des aktuellen Konflikts zwischen Russland und der Ukraine stoppte die deutsche Bundesregierung die Zertifizierung sowie die geplante Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2. Der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck kündigte Massnahmen zum Energiesparen an, um die Energie-Abhängigkeit von Russland bis Ende 2022 zu verringern. (Maksan, O. und Höltschi, R. NZZ, 22.02.2022) Die Sanktionen gegen Russland seien ein effektiveres Mittel als Waffenlieferungen in die Ukraine, wie die deutsche Aussenministerin betonte.

«Wir stehen allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion gegenüber in der Pflicht, weil wir in der Vergangenheit schlimmstes Leid über Millionen Menschen dort gebracht haben. Und deswegen ist es Raison deutscher Außenpolitik, alles für Frieden und Sicherheit in Europa zu tun. Im 21. Jahrhundert ist militärische Abschreckung dabei aber nur ein Mittel. In einer vernetzten Welt kann die Möglichkeit, ein Land von internationalen Lieferketten abzuschneiden oder den Zahlungsverkehr einzuschränken, viel größere Wirkung entfalten als Waffen zu liefern.» (Baerbock A. im Interview mit Brössler, D. und Krüger, P. SZ, 21.01.2022)

Die deutsche Aussenministerin reagierte auf die Forderungen nach Waffenlieferungen abwehrend. Die seit der Annexion der Krim eingeführten Sanktionen gegen Russland würden besser wirken als militaristische Abschreckung. Waffenlieferungen wurden kritisch gesehen, weil sie Russland provozieren und den Frieden gefährden könnten. Deutschland wollte als Vermittler zwischen Russland und der Ukraine auftreten. Daher wollte Baerbock keine Waffen liefern. Politikerinnen und Politiker, aus dem In- und Ausland kritisierten, Deutschland sei zu zögerlich und würde zu

langsam Waffen an die Ukraine liefern. (Kornelius, S. TA, 20.02.2022) In der Nachkriegszeit hat sich die Mentalität «nie wieder Krieg» etabliert, wodurch niemals wieder ein Krieg oder eine Aggression von deutschem Boden ausgehen sollte. Deshalb lieferte die Bundesregierung militärisches Equipment, anstatt der von der Ukraine geforderten Waffen. (leg, apa WZ, 26.02.2022) Die ersten deutschen Rüstungsexporte in die Ukraine waren 5000 Helme und Rucksäcke, die das Bundesheer nicht mehr benötigte. Die Ukraine bemängelte diese Lieferung, denn für die Verteidigung des Ostens und der Hauptstadt wurden Raketenwerfer und Haubitzen gebraucht. (Krüger, P. SZ, 27.02.2022)

4.2.2 Erster Wendepunkt – Kriegsbeginn und «Zeitenwende»

Der Fokus dieses Abschnitts der genealogischen Diskursanalyse liegt auf der Kontroverse rund um die «Zeitenwende» und die Rüstungspolitik. Die Recherchen zeigten einen deutlichen Bruch im Diskurs um Waffenlieferungen in die Ukraine seit Beginn des Kriegs. Vor dem 24. Februar waren Waffenexporte in die Ukraine tabu, wie die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock betonte. (Carsten, L. Zeit, 17.01.2022) Die SPD stützte den zurückhaltenden Kurs von Olaf Scholz, weil die Politik lange Zeit brauchte, um Waffenlieferungen zu regulieren und die Abrüstung voranzutreiben, was jetzt im Eiltempo wieder aufgebrochen wurde. Die Kontroverse der deutschen Außenpolitik bezog sich einerseits darauf, die Souveränität und die Freiheit der Ukraine zu verteidigen, ohne selbst Waffen gegen Russland einzusetzen. Andererseits wollte die Regierung angesichts der Erfahrungen im Kalten Kriegs eine Eskalation des Kriegs verhindern. Der Wandel des Diskurses wurde massgeblich durch alte Leitbilder des Kalten Kriegs und des Ost-West-Dualismus geprägt. (Werkner, I. 2022) Erst nach Kriegsausbruch wurde es international legitimiert, die Ukraine mit militärischen Gütern zu unterstützen. Die Missachtung des Völkerrechts von Russland und das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine waren die ausschlaggebenden Gründe für dieses Umdenken. Obwohl die Verteidigung der Ukraine an erster Stelle stand, gab es Diskussionen über eine mögliche Eskalation des Kriegs, falls Deutschland und die Nato als Kriegspartei wahrgenommen würden.

Frühmorgens am 24. Februar 2022 begann der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieses Datum stellte den ersten Wendepunkt dar. Olaf Scholz sprach von einer «Zeitenwende». (Scholz, O. 27.02.2022) Die Diskussionen um die «Zeitenwende» und das Sondervermögen für die Bundeswehr machten bewusst, dass die Zeit der Abrüstung in Europa zu Ende ging und damit die Nato-Staaten sowie die russischen Nachbarländer stark aufrüsten werden. Die atomare Bedrohung durch Russland wurde ernst genommen, weil Putin die Bereitschaft seiner in Kaliningrad stationierten nuklearen Raketen erhöhte. (Mory, F. STAND, 14.04.2022) Die deutschsprachigen Medien

berichteten in Online-Livetickern über die aktuelle Lage des Konflikts. Zu Beginn bezog sich der mediale Diskurs auf die internationale Solidarität, die Aufnahme von Flüchtenden, die Einführung von Sanktionen sowie die Unterstützung und die Verteidigung der Ukraine. Die EU sowie die USA verurteilten Russland scharf und verhängten strikte Sanktionen. (Zandt, F. 2022) Der Vormarsch auf Kiew, die Belagerung der Region um die Hauptstadt sowie der Vorstoss in der Ostukraine schockierte die Europäische Gemeinschaft. Dieser Angriff wurde auch als Angriff auf die westlichen Staaten und die Werte der Demokratie gedeutet. Der ukrainische Präsident Selenskyj bat die Nato, eine Flugverbotszone über der Ukraine einzurichten. (Stoltenberg, J. Zeit Online, 03.04.2022) Allerdings lehnte jene diese Bitte ab, denn diese Handlung hätte einen Kriegseintritt der Nato bedeutet und somit die drohende Gefahr des Dritten Weltkriegs erhöht, erklärte die deutsche Aussenministerin Baerbock. (DPA, Reuters, Zeit, 07.03.2022) Selenskyj richtete sich in täglichen Video-Ansprachen an die Weltöffentlichkeit und überzeugte damit zahlreiche Menschen. Der russische Angriff verunsicherte die Nachbarstaaten, denn diese befürchteten, Russland könnte weitere Staaten angreifen. (dpa-infocom, SZ, 02.03.2022)

«Wir werden das volle Paket mit massivsten Sanktionen gegen Russland auf den Weg bringen» (Baerbock, A. – APA, DPA, Reuters, WZ, 24.02.2022)

Dieses Zitat verdeutlichte den Sinneswandel der deutschen Aussenministerin im Vergleich zu den Wochen vor der Invasion und stand für den Beginn des ersten Wendepunktes im Diskurs über die Rüstungspolitik. Während vorher die Sanktionen einen schweren Stand hatten, wurden nun ohne Einwände restriktive Massnahmen eingeführt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde aufgegeben. Die EU-Staaten reagierten mit Sanktionen und Solidarität. Der völkerrechtswidrige Einmarsch von Putin in die Ukraine durfte nicht ohne Reaktionen der demokratischen Staaten bleiben. Daher wurden einschneidende Sanktionen gegen Russland erlassen und die Unterstützung der Ukraine wurde vorangetrieben. Nicht zu handeln war keine Option und wurde mit der Appeasement-Politik⁴¹ im Zweiten Weltkrieg verglichen. Die EU-Sanktionen waren international abgestimmt und wurden im gesamten deutschsprachigen Raum umgesetzt. (dpa-infocom, SZ, 04.03.2022) Der Angriffskrieg bewirkte geeinte Reaktionen in den europäischen und den westlichen Staaten. Die EU reagierte auf das Vorgehen mit einem ersten Sanktionspaket, verurteilte Russland für diesen Angriff und forderte Putin auf, die Kampfhandlungen sofort zu beenden. In Deutschland und Österreich sorgte die Erkenntnis der Abhängigkeit von Öl- und Gaslieferungen aus Russland für

⁴¹ Die «Appeasement-Politik» beschreibt die politische Zurückhaltung gegenüber Aggressionen zur Vermeidung eines Kriegs. Historisch wurde die britische Aussenpolitik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland so bezeichnet. Das ständige Nachgeben gegenüber Diktatoren und totalitären Staaten wurde in Bezug auf Russland ein politisches Schlagwort gegen die Sicherheitspolitik der EU und der Verharmlosung des Kriegs. (Adomeit, H. 2019)

Kritik. Die Tageszeitungen monierten, dass trotz Krieg weiterhin Öl und Gas aus Russland importiert würden. Die Doppelmoral, dass die Ukraine zwar unterstützt werde, doch durch die Energielieferungen Putins Krieg mitfinanziert würde, sei nicht zu akzeptieren. (Lessenich, S. SZ, 08.04.2022)

Der erste Wendepunkt war geprägt von den Nachrichten des russischen Einmarsches in der Ukraine. Es schien, als würde die russische Armee die Ostukraine und die Hauptstadt Kiew überrennen. Die Zeitungen verglichen die Truppenstärke von Russland mit derjenigen der Ukraine und verstärkten damit die Ansicht, dass sich letztere nicht genügend verteidigen könne. (Rotenberg, O. und Popov, M. WZ, 24.02.2022) Es wurde prognostiziert, Putin beabsichtige auch weitere osteuropäische Staaten wie Moldau oder Belarus, einzunehmen. (APA/AFP, WZ, 08.03.2022) Allgemein herrschte grosse Ungewissheit darüber, wie sich dieser Krieg mitten in Europa entwickeln würde, und die Angst bestand, dass Putin als Sieger daraus hervorgehen könnte. Die deutschsprachigen Länder nahmen die ukrainischen Schutzsuchenden schnell und grosszügig auf. Diese Willkommenspolitik wurde staatlich unterstützt und ein Sonderverfahren wurde eingeführt, um die Asylsuchenden möglichst schnell unterzubringen. Einige Flüchtende erhielten Arbeitsverträge, allerdings wurde vor Schwarzarbeit sowie prekären Arbeitsbedingungen gewarnt. In der Schweiz beherbergen private Gastfamilien ukrainische Geflüchtete mit Schutzstatus S. Zu Beginn existierten noch Probleme mit der Verteilung, der Koordination und der finanziellen Nothilfe. (Hubacher, C. SRF, 26.04.2022)

Der umfangreiche Truppenaufmarsch im Osten der Ukraine stellte die internationale Gemeinschaft vor grosse Probleme. Seitdem rüsteten sich die osteuropäischen und die baltischen Staaten gegen einen russischen Angriff. Die bisherige Sicherheitspolitik veränderte sich für immer, als die Invasoren am 24. Februar 2022 die ukrainischen Grenzen tatsächlich überschritten. Der offene Angriff stellte die europäischen Staaten vor rüstungspolitische Herausforderungen, die seit dem Ende des Kalten Krieg als überwunden galten. Die ausgerufene «Zeitenwende» veranlasste die deutschsprachigen Länder, über gemeinsame Sanktionen, Waffenlieferungen und die nationale Remilitarisierung zu debattieren. Nach jahrzehntelanger Abrüstung wurde die Aufrüstung der europäischen Länder erstmals wieder stark vorangetrieben. Neue Gesetze zur Erhöhung der Militärbudgets wurden rasch und mit grosser Zustimmung erlassen.

Verhandlungen oder Waffenlieferungen

Olaf Scholz rechtfertigte die Entscheidung, deutsche Waffen an die Ukraine zu liefern, als Reaktion auf Putins Aggression. Die russische Führung sollte spüren, dass sie einen hohen Preis zahlen müsse. Die Kehrtwende der deutschen Bundesregierung ermöglichte es, dass Estland und die Niederlande der ukrainischen Armee mehrere Haubitzen und Panzerfäuste aus DDR-Produktion übergaben. (DPA, SZ, 27.02.2022) Bereits seit Kriegsbeginn sprachen sich Polen, die baltischen Staaten und die Mehrheit der EU-Staaten für Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Polens Regierungschef Morawiecki setzte sich für die Abgabe von MiG-29 Flugzeugen ein. Die deutsche Außenministerin Baerbock betonte jedoch, dass Entscheidungen über Lieferungen von Offensivwaffen von der gesamten Nato getroffen werden müssten und Polen keine eigenständigen Schritte unternehmen solle, weil es nicht am Krieg beteiligt sei. (APA, WZ, 08.03.2022) Der deutsche Bundeskanzler tat sich schwer klare Aussagen zur europäischen ‚Zeitenwende‘ zu treffen, dafür stellte er die Bedeutung der nationalen Aufrüstung in das Zentrum der Diskussion. Der Krieg in der Ukraine bedeute für Deutschland mehr in die nationale Sicherheit zu investieren, denn die Sicherung des Friedens in Europa sei durch den russischen Angriff auf die Ukraine zerstört worden. Dies zeigt sich exemplarisch im nachfolgenden Ausschnitt aus der Rede des Bundeskanzlers vor dem deutschen Bundestag:

«Angesichts der Zeitenwende, die Putins Aggression bedeutet, lautet unser Maßstab: Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, das wird getan. Deutschland wird dazu einen Solidarischen Beitrag leisten. [...] Klar ist: Wir müssen deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu Schützen.» (Scholz, O. 27.02.2022)

Scholz sprach von einer ‚Zeitenwende‘ in Europa, denn seit dem Überfall auf die Ukraine habe Präsident Putin einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen und die europäische Sicherheitsordnung zertrümmert. Deutschland brauche mehr Investitionen für die nationale Sicherheit, weil der russische Angriff auf die Ukraine die Sicherheit in Europa bedrohe. Der Krieg könnte sich ausweiten und eskalieren, falls Putin Deutschland als Kriegspartei wahrnehmen würde. Wenn Russland die Nato angreifen würde, dann müsse man sich verteidigen können. Scholz forderte die Staaten auf, sich für den internationalen Frieden einzusetzen. Die historischen Einflussphären dürften nicht wieder geltend gemacht werden, denn als demokratisches und souveränes Land stehe die Ukraine für europäische Werte. Scholz setzte sich für die Waffenlieferungen der EU an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland ein und pointierte, dass es eine Antwort auf Putins Aggression geben müsse. Dabei betonte er, dass sich die Sanktionen nicht gegen die russische

Bevölkerung richteten, die sich tapfer gegen das Regime stellte. Der deutsche Bundeskanzler forderte ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, um bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät und mehr Personal aufzutreiben. Zusätzlich sollten zwei Prozent des nationalen BIP künftig für das Militär ausgegeben werden, um den Anforderungen der Nato und der aktuellen Lage gerecht zu werden. (Scholz, O. 27.02.2022) Scholz appellierte an die europäischen Staaten, sich der ‹Zeitenwende› anzuschliessen, die Sanktionen gegen Russland durchzusetzen und die Europäische Union nachhaltig zu stärken. Die ‹Zeitenwende› bedeutete, dass sich die Weltordnung veränderte und die europäische Identität neu erwachte. Die nationale Aufrüstung erstarkte, autokratische Regimes wurden sanktioniert und das historische Blockdenken dominierte erneut den Diskurs. Der Krieg in Europa stellte die deutsche Regierung vor grosse Herausforderungen, da die Sicherheitsordnung, wie sie seit der Schlussakte von Helsinki 1975⁴² bestand, zerstört wurde. Der Bundeskanzler reagierte auf den russischen Angriffskrieg in der Sondersitzung zum Krieg gegen die Ukraine im Deutschen Bundestag. Scholz stellte sich als grosser Unterstützer der Ukraine dar, liess jedoch die Forderung der Ukraine nach Waffenlieferungen noch unbeantwortet. Friedrich Merz opponierte, Scholz weiche die ‹Zeitenwende› auf, verzögere Waffenlieferungen und Deutschland müsse mehr Verantwortung übernehmen. Scholz entgegnete darauf, die Geheimhaltung der Rüstungsexporte habe grosse militärische Bedeutung, um Russland im Unklaren zu lassen. Die Bundesregierung werde keine Alleingänge machen und sich nicht als Kriegspartei exponieren, woraufhin die deutsche Regierung bestätigte, die Ukraine mit Waffen zur Verteidigung zu versorgen. (Scholz, O. 27.02.2022) Zahlreiche Menschen befürchteten, dass die Aufrüstung der Ukraine und der Nato als Reaktion auf den Angriff ein Wettrüsten auslösen würde. Exemplarisch für diese Angst vor der ‹Zeitenwende› sprach der schweizerische Aussenminister im folgenden Auszug aus dem Interview mit der NZZ:

«Ich rechne mit einer Zeitenwende für die Sicherheitspolitik, das Zugehörigkeitsgefühl und Identität Europas. Die Situation ist dementsprechend mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 vergleichbar. Wahrscheinlich ist die gesamte friedliche Epoche nach dem Fall der Berliner Mauer beendet. Wir müssen damit rechnen, dass es wieder zu einer militärischen Aufrüstung kommt und die bestehende Ordnung noch stärker infrage gestellt wird. Das bereitet mir Sorgen.»

(Cassis, I. - Gafafer, T. und Forster, C. NZZ, 03.03.2022)

⁴² Die Schlussakte von Helsinki wurde 1975 von der Sowjetunion, der USA und fast allen europäischen Staaten unterschrieben. Sie betonte die Unversehrbarkeit der Grenzen, die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die KSZE als Vorläufer der OSZE versuchte zwischen Ost- und Westblock zu verhandeln und eine Zusammenarbeit zu fördern. (OSZE, Schlussakte von Helsinki, 01.08.1975)

Der Bundespräsident Ignazio Cassis äusserte sich besorgt über die angekündigte ‹Zeitenwende›. Die nationale Aufrüstung in Europa stieg seit Kriegsbeginn rasch an. Die bestehende Ordnung etablierte sich seit der Nato-Grundakte in Paris⁴³ und festigte die europäische Sicherheitspolitik. Durch den Angriffskrieg zerbrach der Glaube an ein stabiles Europa und dessen Sicherheitsgarantien. Deshalb rüsteten sich die osteuropäischen Staaten gegen einen bevorstehenden Angriff aus Russland. Vor allem im Osten wurden die europäischen Rüstungsausgaben stark erhöht und eine unabhängige Energiestrategie wurde gefordert. Auch die Schweiz beschloss ihr Militär mit F-35 Kampffjets auszurüsten, um besser mit den Nato-Truppen zusammenzuarbeiten. Im Schweizer Parlament warnten die Grünen, die Sozialdemokraten und die Grünliberalen vor einem ‹blinden Aufrüstungsreflex›. (Pfaff, I. SZ, 02.06.2022) Zusätzlich war die Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland ein Novum in der Schweizer Politik. Im Vergleich zu Olaf Scholz argumentierte Bundespräsident Ignazio Cassis mit dem wachsenden Zugehörigkeitsgefühl zu Europa, obwohl sich die Schweiz weiterhin als neutralen Staat innerhalb Europas sah. Cassis stellte die ‹Zeitenwende› mit den Auswirkungen nach dem Fall der Berliner Mauer und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gleich, weil sich durch diese einschneidenden Ereignisse die Geschichte und die Grenzen in Europa sowie die Sicherheitspolitik für immer veränderten. Diese Schock-Momente prägten die internationale Geopolitik massgeblich, z. B. Grenzüberwachung, Checks am Flughafen, Einreiseverbote, Videoüberwachungen in Innenstädten. Vergleichbar wäre die Situation betreffend Grenzschiessungen, Sanktionen und Überwachung, doch der aktuelle Konflikt sei ein offener Krieg zwischen zwei Ländern und in einem anderen Kontext zu verstehen. Das Wett-rüsten nach dem Kalten Krieg und die Angst vor der atomaren Bedrohung lösten weitreichende Proteste aus, die Friedensbewegung kritisierte die grenzenlose Aufrüstung scharf. Die pazifistische Politik Deutschlands hatte sich nach dem Krieg durchgesetzt und wurde durch den offenen Krieg Russlands in Frage gestellt. Der untenstehende Ausschnitt aus einem Artikel des Standards verdeutlicht, dass die Aufrüstung in Deutschland und Waffenlieferungen an die Ukraine durch den Krieg enttabuisiert und bestehende Normen aufgebrochen wurden.

«Im Land der Friedensbewegung, in dem grüne Pazifisten regieren, rüstet man nun massiv auf. 100 Milliarden Euro soll die Bundeswehr bekommen, die Ukraine erhält Waffen. Bis vor einigen Tagen Undenkbares ist plötzlich möglich.» (Baumann, B. STAND, 28.02.2022)

⁴³ Nato-Russland-Grundakte wurde 1997 in Paris unterzeichnet, um auf das Ende des Kalten Kriegs zu reagieren. Dadurch sollte die Abrüstung vorangetrieben und eine vertiefte Zusammenarbeit mit Russland in der OSZE gefördert werden. Die Demokratisierung Russlands wurde als Voraussetzung für die Abrüstung der Nato gesehen. Die Annexion der Krim galt als Verstoss gegen die Grundakte. (Nato, Grundakte, 27.05.97)

Der harte Kurs gegenüber Putin, die Waffenlieferungen und das Sondervermögen für die Bundeswehr wurden von den Grünen unterstützt, weil sie die demokratischen Werte sowie das Völkerrecht verteidigten. Das pazifistische Argument der Partei wurde im Angesicht der russischen Aggression und der Verletzung des Völkerrechts entkräftet. Das Bündnis 90 und Die Grünen entstanden aus der Umwelt-, Anti-Atomkraft-, Friedens- und Frauenbewegung der 1970er- und 1980er-Jahre. Eines ihrer Hauptanliegen war es, die Abrüstung voranzutreiben und die Rüstungsausgaben in Umwelt-, Sozial- und Entwicklungsprojekte zu investieren. Allerdings waren die Grünen keine militärskeptische Partei. So wurde beispielsweise auch die Intervention der Nato im Kosovo von den Grünen unterstützt. *«Die Grünen sind bei Waffenlieferungen an die Ukraine eine treibende Kraft.»* (Reinecke, S. Deutschlandfunk, 26.04.2022) Scholz führte Sondervermögen über 100 Milliarden Euro ein und erhöhte den Bundeswehr-Etat. Die Schweiz und Österreich erhöhten ihre Armeeausgaben ebenfalls. Das Militärbudget wurde mit Sondervermögen sowie weiteren Investitionen für die Luftverteidigung, die Truppenstärke und die Cyberabwehr ausgebaut. (Carstens, P. FAZ, 27.04.2022) Mit dem Ziel die Nato-Vorgabe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), für die nationalen Rüstungsausgaben aufzuwenden, wurden die Rüstungsbudgets stark erhöht. (Schönhuber, R. WZ, 30.05.2022) Um gemeinsam gegen den Angreifer vorzugehen, intensivierten die Bündnispartner ihre Zusammenarbeit. Koordinierte Rüstungsinvestitionen sollten einen Wettlauf innerhalb Europas verhindern, die Rüstungsexporte in die Ukraine wurden von der EU unterstützt und sollten durch Ringtausch refinanziert werden. Diese Abkommen verstärkten die Solidarität der europäischen Nachbarländer für schnelle Waffenlieferungen an die Ukraine. (gna., frs., niz, FAZ, 21.04.2022) Deutschland dachte über eine neue und umfängliche Raketenabwehr gegen russische Luftanschläge nach. Ein System aus Israel könnte als Schutzschild dienen, die Versäumnisse der Vergangenheit wettmachen und die Mittelstreckenraketen aus Kaliningrad abfangen. (Maksan, O. NZZ, 30.03.2022) Schliesslich bestätigte die Regierung in Berlin die Waffenlieferung von 500 Luftabwehrraketen, welche bisher aus Sicherheitsaspekten geheim gehalten wurde. (DPA, SZ, 20.03.2022) Die Reaktionen auf die ausgerufene *«Zeitenwende»* waren unterschiedlich. Die Tendenz für die Aufrüstung wurde als problematisch wahrgenommen, denn die Bevölkerung in den deutschsprachigen Ländern befürchtete einen erneuten Rüstungswettlauf wie im Kalten Krieg. (Schweiger, G. WZ, 17.03.2022) Es gab Argumente gegen die Aufrüstung der Nato-Staaten, denn die Nato investierte ein Mehrfaches in die eigene Rüstung und wäre in der Lage Russland Einhalt gebieten. Ein Beispiel dazu ist die folgende Textpassage aus der Süddeutschen Zeitung:

«Vor dem Krieg lagen die Rüstungskosten der Nato bei 1 '100 Milliarden Dollar, die Russlands bei 61 Milliarden Dollar. [...] Westliche «Unterrüstung» war also nicht der Auslöser

dieses Kriegs. [...] Der Impuls, jetzt noch viel mehr Geld ins Militär zu stecken, geht an den Ursachen des Krieges vorbei. Er entspringt einer uralten, nur stammesgeschichtlich erklärbaren Kriegslogik.» (Mayer, A. SZ, 30.03.2022)

Im Vergleich zu Scholz argumentierte Mayer, dass die Aufrüstung der Nato nicht nötig sei und die Ressourcen besser in andere Projekte investiert werden sollten. Die nationale Aufrüstung ging an den Ursachen des Kriegs vorbei, denn die Rüstungsausgaben der Nato waren deutlich höher als die von Russland. Der Aufrüstungsreflex kam aus dem Kalten Krieg, als das militärische Gleichgewicht der Supermächte den Frieden in Europa sichern sollte. Die Kritik am Aufrüstungsreflex in Deutschland und der Schweiz wurde von der Abrüstungsdebatte begleitet, die seit dem Kalten Krieg erneut geführt wurde. Damals argumentierten die Friedens- und Jugendbewegungen, dass die Aufrüstung Nachteile mit sich bringe. Zum einen wäre das Geld in sozialen Projekten besser investiert, zum anderen würde die Welt durch finanzielle Anreize demokratischer. Die Abschreckung durch militärische Gewalt wurde seither als aussenpolitisches Mittel nicht mehr akzeptiert. Diese Kontroverse wurde nun wieder aufgenommen. Das Sondervermögen sollte nicht nur für die Aufrüstung verwendet werden, weil die Nato ohnehin deutlich stärker sei als Russland und gegenwärtig eine nationale Rüstungspolitik allein kaum etwas bringe. Die Gelder könnten besser in Hilfsprojekten sowie sozialen Hilfen für Flüchtende und arme Menschen eingesetzt werden, denn dieser Krieg würde die Kosten für Lebensmittel und Energie deutlich erhöhen. (Pfaff, I. SZ, 02.06.2022)

Vergleich militärisches Personal Nato und Russland 2022

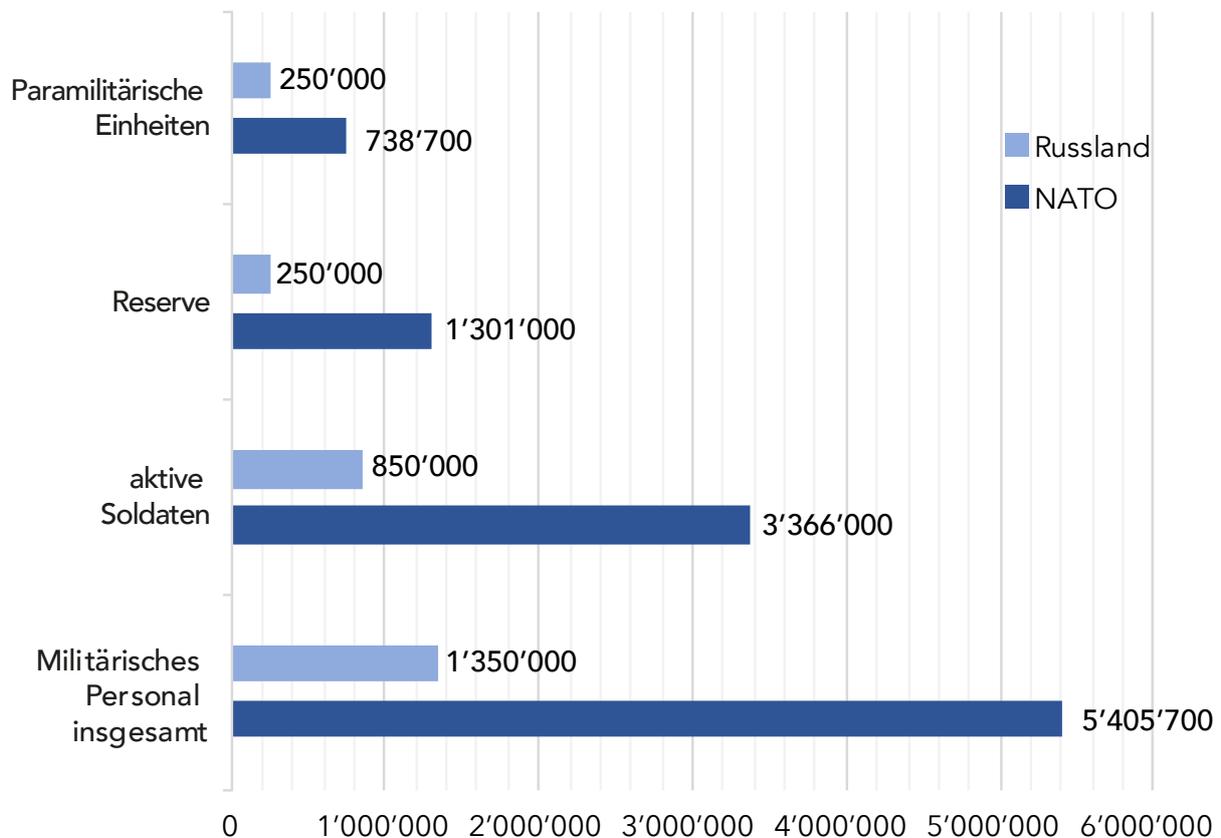


Abb. 10: Vergleich Militärstärke Nato – Russland, (Quelle: Global Firepower, SIPRI, Darstellung: Linus Joos)

*«Unter Olaf Scholz droht sich Deutschland zum unsicheren Kantonisten der internationalen Beziehungen zu entwickeln, zum Land, das im Zweifel lieber mit sich selbst ringt als mit einem Aggressor. Sollte die Generaldebatte im Bundestag der vor drei Monaten an derselben Stelle verkündeten *«Zeitenwende»* praktische Konsequenzen folgen lassen, also jenseits des sogenannten Sondervermögens für die Bundeswehr, würde die Wende ihren Namen verdienen.» (Kessler, A. NZZ, 02.06.2022)*

Dieses Zitat zeigt die Kritik an der deutschen Politik, die, anstatt sich entschlossen gegen den Aggressor zu stellen, die Bundeswehr aufrüstete. Scholz tat sich schwer, die *«Zeitenwende»* zu definieren, denn neben der nationalen Aufrüstung, den Sanktionen und der Lieferung von nicht-tödlichen Waffen an die Ukraine blieb der russische Angriff folgenlos. Die Einhegung der russischen Aggressionen durch Aufrüstung und Abschreckung erinnerte an die Politik des Kalten Kriegs. Der Umgang mit Autokratien polarisierte die deutsche Aussenpolitik schon lange und wurde kontrovers diskutiert. Das Argument der Friedensbewegung gegen Aufrüstung war, dass ein Krieg gegen eine Atommacht nicht gewonnen werden könne. Sanktionen und Hilfgelder seien

deutlich effektiver, denn eine nachhaltige Veränderung im Staatsapparat könne nur von innen kommen. Eine Stärkung der demokratischen Werte sei einer sinnlosen Aufrüstung vorzuziehen. (Kessler, A. NZZ, 02.06.2022) Die Sonderrolle von Deutschland stand im Fokus in der europäischen Aussenpolitik, was deutlich wurde, als Olaf Scholz die *«Zeitenwende»* ausrief. Nach Jahren der Abrüstung wollte Deutschland die Nato-Auflagen erfüllen und die eigene Landesverteidigung wieder stärken. Als viertstärkste Wirtschaftsmacht der Welt, mit der deutschen Vergangenheit und trotz der wirtschaftlichen Nähe zu Russland wurde Deutschland neben den USA zum bedeutendsten Unterstützer der Ukraine. Nach längerem Zögern entschied sich die Bundesrepublik, bis Ende 2022 Panzer und Abwehrsysteme in die Ukraine zu liefern. Insgesamt sicherte Deutschland der Ukraine 3.5 Milliarden Euro zu, 1.2 Milliarden davon waren für Panzer und schwere Waffen vorgesehen. (Friederichs, H. Zeit Online, 02.05.22) Allerdings meldeten sich kritische Akteure, die finanzielle Unterstützung der Ukraine sei nicht so dringend wie schnelle Waffenlieferungen – denn die Ukraine benötigte in erster Linie Luftabwehrsysteme und Artillerie für die Verteidigung von Kiew und des Donbass. Sie erhoben Forderungen an die Bundesregierung, die Bundeswehr zu verpflichten, die Ukraine aktiv mit Waffen zu unterstützen. Exemplarisch dazu ist der folgende Auszug aus der Süddeutschen Zeitung zu nennen.

*«Auch aus den Parteien der Ampelkoalition gab es Kritik. Der frühere Grünen-Vorsitzende und heutige Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer beklagte, in Brüssel würde niemand *«den Kurs der Zögerlichkeit, den Olaf Scholz gegenüber der notwendigen Waffenhilfe für die Ukraine fährt»*, verstehen. Statt das Bundesverteidigungsministerium und die Bundeswehr zu verpflichten, der Ukraine aktiv zu helfen, stelle der Kanzler der Ukraine Geld zur Verfügung, *«damit sie bilateral bei deutschen Rüstungsunternehmen einkaufen kann»*. Das dauere *«aber länger und wird teurer»*.» (Rossmann, R. SZ, 20.04.2022)*

Lange reagierte die deutsche Regierung nicht auf die Forderungen der Ukraine nach schweren Waffen. Die SPD war gespalten und es gab starke Widerstände gegen Waffenlieferungen aus der Bundeswehr. Konkrete Aussagen zu Waffenlieferungen wurden vermieden, denn die Angst vor Widerstand aus der eigenen Fraktion brachte die Regierung in Erklärungsnot. Das zurückhaltende Vorgehen von Scholz wurde stark kritisiert, weil die Geschwindigkeit der Waffenlieferungen entscheidend für den Ausgang des Kriegs sein würde. Baerbock rechtfertigte den umsichtigen Kurs damit, dass die Bundeswehr nichts Weiteres entbehren könne. Stattdessen unterstütze die Bundesregierung die Ukraine mit finanziellen Mitteln. (Rossmann, R. SZ, 20.04.2022)

Restriktive Sanktionen und solidarische Hilfsmassnahmen

«Mit der Härte, die wir zur Verfügung haben, wird Russland isoliert. Politisch, wirtschaftlich, finanziell.» (Lindner, C. – dpa-infocom, SZ, 05.03.2022)

Der Bundesfinanzminister Christian Lindner betonte die Wichtigkeit von harten Sanktionen gegen Russland. Er gab zu, dass in der Vergangenheit Fehler begangen wurden, indem Russland als Opfer angesehen und das autokratische System wirtschaftlich unterstützt wurde. Annalena Baerbock bestätigte den Beschluss von drei Sanktionspaketen gegen Russland am Sondertreffen der Nato-Staaten in Brüssel. Diese umfassten schwere Wirtschafts- und Finanzsanktionen sowie restriktive Massnahmen gegen individuelle Personen, die mit dem Angriff auf die Ukraine in Verbindung gebracht wurden. Ausserdem wurden die Vermögen blockiert und die Reisefreiheit von Oligarchen aus dem Umfeld des russischen Präsidenten wurde eingeschränkt. Baerbock warf der russischen Armee vor, gezielt gegen die ukrainische Zivilbevölkerung vorzugehen. Die EU müsse nun die humanitäre Unterstützung erheblich ausbauen, um die Bevölkerung zu versorgen. (dpa-infocom, SZ, 04.03.22) Die EU lancierte ein umfassendes Hilfspaket mit finanziellen Mitteln für die humanitären Projekte in der Ukraine, wovon das meiste Geld für ukrainische Waffenkäufe bestimmt war. Deutschland stellte den Grossteil mit 800 Millionen Euro und zusätzlich 38 Millionen Euro für Hilfslieferungen zu Verfügung und die Schweiz setzte 88 Millionen Franken für humanitäre Hilfe ein. (Monn, J. NZZ, 28.04.2022)

Im deutschsprachigen Raum herrschte grosse Betroffenheit über das ukrainische Leid, die sich in Form von Solidarität mit den einreisenden Flüchtlingen, Unterstützung und humanitärer Hilfe in der Ukraine zeigte. Seit Kriegsbeginn fanden mehrere Friedensdemonstrationen für einen Importstopp von russischem Erdgas mit Spendenaktionen für medizinische Güter, Lebensmittel und Kleider für die Ukraine statt. (Vögeli, D. und Häsler, G. NZZ, 19.03.2022) Es existierte ein breiter Konsens für Hilfslieferungen, die Aufnahme von Flüchtenden und die finanzielle Unterstützung der Ukraine. Vereint verurteilten die Nato-Staaten den Angriffskrieg von Russland. Die EU-Sanktionen gegenüber Russland wurden als bedeutsam erachtet und gemeinsam umgesetzt. Flüchtende aus der Ukraine erfuhren eine grosse Solidarität und die Zusammenarbeit der europäischen Länder ermöglichte eine unkomplizierte Aufnahme. Präsident Selenskyj bedankte sich für Waffen, Medikamente, Lebensmittel, Treibstoff und Geld der internationalen Anti-Kriegs-Koalition, bestehend aus den USA, Deutschland, Frankreich und weiteren Verbündeten. (Baum, et al. Zeit Online, 28.02.2022) Zu Beginn wurden Hilfspakete geschaffen, um einer humanitären Katastrophe entgegenzutreten und die militärische Verteidigung der Ukraine zu unterstützen. Notunterkünfte

für Flüchtende sowie medizinische Güter wurden in Polen bereitgestellt. Mithilfe der Caritas konnten die Hilfsgüter in der Ukraine dann weiter transportiert werden. (Mijnssen, I. NZZ, 04.03.2022)

«Österreichische und deutsche Unternehmen haben in den vergangenen Jahrzehnten gute Geschäfte mit Russland gemacht – und Generationen von Politikern dieser Länder haben sich eingeredet, die wirtschaftlichen Verflechtungen würden Putin schon einfrieden.»

(Stuiber, P. STAND, 28.02.2022)

Dieser Ausschnitt eines Artikels aus dem Standard kritisierte die wirtschaftsorientierte Politik mit Russland, anstatt dieses Land zu demokratisieren. Die Kontroverse um Waffenlieferungen betonte, dass die industrie- und handelspolitischen Interessen nicht im Einklang mit militärischer Zurückhaltung standen, gegenüber der Sicherung von humanitären und demokratischen Werten. Wirtschaftspolitisch würden sich die deutschsprachigen Länder auf die Illusion stützen, dass durch ökonomische Anreize die Demokratisierung Russlands gefördert werde. Aktiv wurde die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas ausgebaut, als der ehemalige Kanzler Schröder und Merkel die Nord-Stream-2-Pipeline bauten. Bis zu diesem Zeitpunkt hielten Deutschland, die Niederlande, Österreich und Ungarn russisches Gas für unersetzlich. Ungarn bekräftigte ein Veto, falls die EU einen Importstopp durchsetzen würde. (Steinvorth, D. NZZ, 24.03.2022) Zusätzlich wurde befürchtet, dass ein Erdgas-Embargo umgangen werden könnte, da Indien und China keinen Importstopp für russische Energieträger verfügten. (Eisenring C. und Hosp, G. NZZ, 24.03.2022) Die Zeitungen und einige Politiker:innen prangerten an, dass die EU weiterhin Gas und Öl aus Russland importierten und damit Putins Kriegskasse füllten. Deutschland sprach sich dennoch gegen ein russisches Erdölembargo aus. (Hosp, G. NZZ, 07.03.2022) Europa müsse konsequent einen anderen Weg gehen und die Energieabhängigkeit von Russland reduzieren. Die Schweizer Banken UBS und CS warnten, bei einem Importstopp von russischem Erdöl oder Gas drohe eine «Stagflation», also eine Inflation mit tiefem Wirtschaftswachstum. (Müller, A. NZZ, 07.03.2022)

Umfrage zu Sanktionen gegen Russland Österreich 03.2022

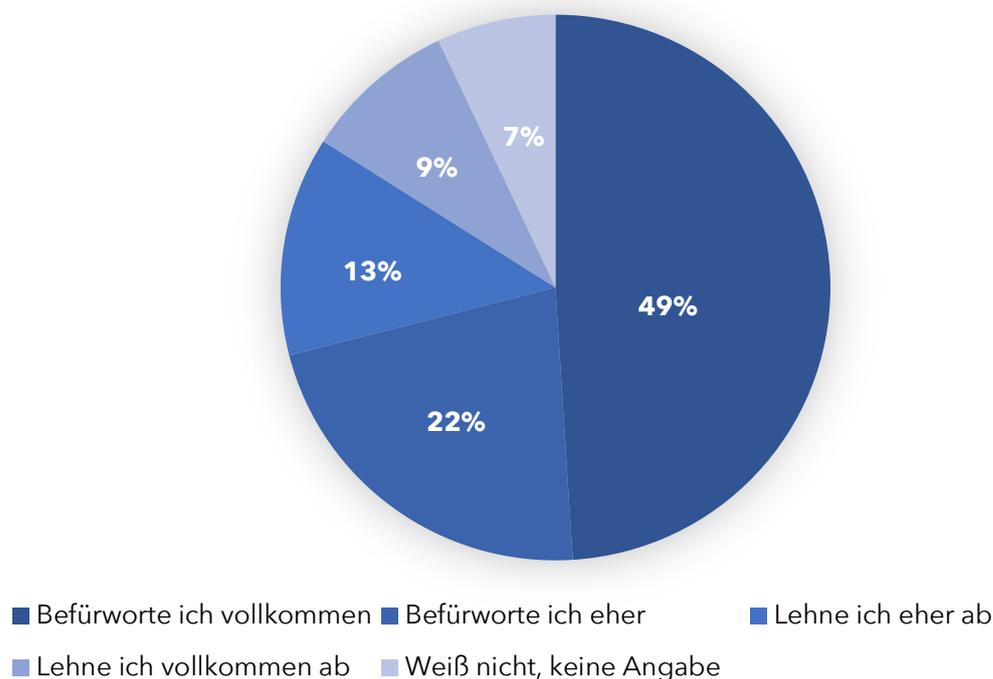


Abb. 11: Umfrage zu Sanktionen gegen Russland, (Quelle: Das österreichische Gallup-Institut, Grafik: Linus Joos)

Neutralität und die guten Dienste

Die Neutralität der deutschsprachigen Länder, der Schweiz und von Österreich, wurde vermehrt infrage gestellt. Waffenlieferungen wurden als Eingriff in das Kriegsgeschehen gesehen und es wurde befürchtet, die russische Aggression noch zu verstärken. Teilweise wurden auch die Sanktionen gegen russische Unternehmen und Oligarchen kritisiert, da die russische Zivilbevölkerung darunter leide. Legitimiert wurde die Übernahme der EU-Sanktionen damit, weil sie nur der Verteidigung der Ukraine galten. In der Schweiz wurde die Neutralität als bedeutendste ausenpolitische Doktrin debattiert. Um im Kriegsfall kooperieren zu können, müsse vorgängig die Zusammenarbeit geplant werden. Deshalb schlug FDP-Parteipräsident Thierry Burkart eine Annäherung der Schweiz an die Nato vor. (Häsler, G. NZZ, 19.04.2022) Die Waffen- und Munitionslieferungen in die Ukraine standen im Fokus der Neutralitätsfrage, doch das Kriegsmaterialgesetz schliesst den Export von Waffen in Kriegsgebiete aus. In bestimmten Konfliktfällen soll die passive Neutralität aufgehoben werden können, um die Solidaritätspflichten der Schweiz zu ermöglichen. Beispielsweise sollen humanitäre Einsätze oder bewaffnete Interventionen zum Schutz der Menschenrechte möglich sein. Das Spannungsfeld zwischen Neutralität und Verantwortung ist schon lange vorhanden, die Neuinterpretation des Begriffes muss an die Entwicklung des Weltgeschehens angepasst werden. Die Neutralität wurde erst zu einem internationalen Rechtsstatus, als sie von anderen

Staaten anerkannt wurde. In den Jahren 1815 und 1920 war die Neutralität der Schweiz hilfreich, weil sie anderen Interessen diene und europäische Friedensinteressen und Prinzipien der internationalen Rechtsordnung schützte, um den Frieden in Europa zu stabilisieren. 2003 bekräftigte der Bundesrat, dass die schweizerische Neutralität zusätzlich dazu dienen solle, die Solidaritätsverpflichtungen gegenüber dem demokratischen Europa wahrzunehmen. (Besson, S. 2007)

Umfrage zur Vereinbarkeit der Russland-Sanktionen mit der Neutralität der Schweiz 2022

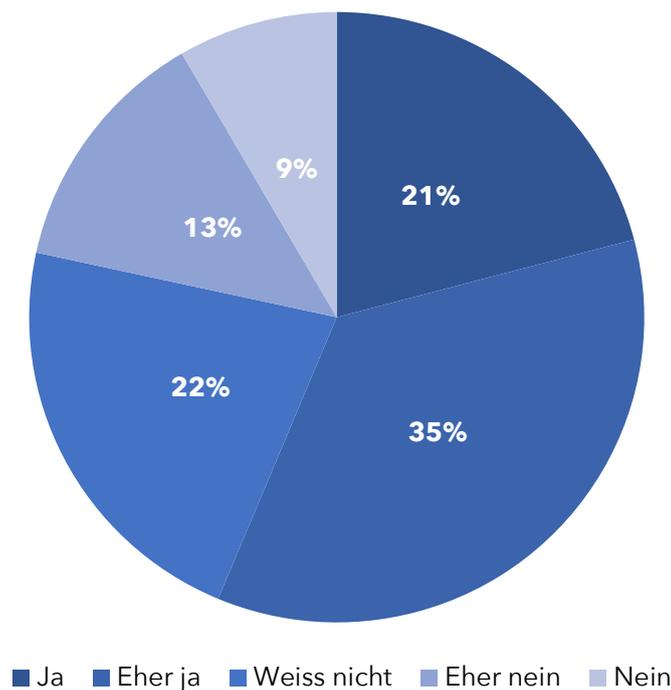


Abb. 12: Vereinbarkeit der Russland-Sanktionen mit der Neutralität der Schweiz (Quelle: LINK Institut, Blick, Grafik: Linus Joos)

Eine Anpassung der neutralitätspolitischen Richtlinien sei bedeutsam und Sanktionen gegen den Bruch des Völkerrechts auch ausserhalb der UNO seien essenziell, wenn sie eine friedensdienende Funktion hätten. Die Neutralität schütze nur begrenzt gegen Cyberangriffe und Abstandswaffen wie Marschflugkörper, ausserdem bestehe keine politische Pflicht zur ideologischen oder wirtschaftlichen Neutralität. Dies kritisierte der Autor stark, denn genau in jenen Bereichen werden Konflikte immer stärker ausgetragen. Deswegen kann die Neutralität in der Aussenpolitik nur ein Mittel unter vielen sein. (Elhardt, C. 2022)

«Alle Parteien ausser der SVP hatten diesen [den Bundesrat] aufgefordert die Sanktionen der EU gegen Russland zu übernehmen. [...] Mit der Argumentation, man müsse sich

zurückhalten, um vielleicht irgendwann vermitteln zu können, machte sich Bern lächerlich.» (Gafafer, T. NZZ, 28.02.2022)

Nach anfänglichem Zögern übernahm auch die Schweiz die EU-Sanktionen. Einige Politiker:innen beanstandeten die Auslegung der Neutralität, denn durch die Annahme der Sanktionen würde sich die Schweiz explizit auf die Seite des Westens stellen. Die Kritik an den Sanktionen beruhte auf der Bedeutung der ‹guten Dienste› für künftige Friedensverhandlungen mit Russland und möglicherweise könnten die Sanktionen dem Westen mehr schaden als Putin. (red, TA, 28.02.2022) Der öffentliche und der internationale Druck auf den Bundesrat waren hoch, doch es war unrealistisch, dass die Schweiz eine Vermittlerrolle einnehmen könnte. Bundesrat Cassis beteuerte, dass die Übernahme der EU-Sanktionen kein Widerspruch zur Schweizer Neutralität darstelle. Die Schweiz entscheide von Fall zu Fall, ob die Sanktionen umgesetzt würden. Der Bundespräsident rechnete zudem mit einem Umdenken in der europäischen Sicherheitspolitik sowie der militärischen Aufrüstung, welche die bestehende Ordnung infrage stelle, was ihm Sorgen bereitete. (Gafafer, T. und Forster, C. NZZ, 03.03.2022) Das Schweizer Parlament beschloss die Armee trotz Kritik und ‹Stopp-F-35-Initiative› mit neuen F-35 Kampffjets aufzurüsten. (Aschwanden, E. NZZ, 25.03.2022) Die schweizerische Aussenpolitik verhinderte den Überflug eines kanadischen Waffentransports für die Ukraine. (Brandt, H. TA, 31.03.2022) Daraufhin entbrannte in den Zeitungen eine Neutralitätsdebatte – mit dem Argument, Kanada sei keine Kriegspartei und dürfe die Schweiz überfliegen. Dennoch sah der Bundesrat die Souveränität der Schweiz gefährdet und entschied sich dagegen.

«Denn die Neutralität ist nicht mit Feigheit gleichzusetzen. Sie ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um die Schweiz möglichst schadlos durch die Weltgeschichte zu steuern.» (Gafafer, T. NZZ, 28.02.2022)

Die Schweiz berief sich auf die historisch begründete Neutralität und ihre besondere Rolle in der internationalen Diplomatie. Österreich, das am Ende des Kalten Kriegs mit Russland einen Vertrag über eine ‹immerwährende Neutralität› unterzeichnet hatte, beschloss sich auf friedensstiftende Massnahmen zu beschränken. Die Interpretation sowie das Verständnis von Neutralität wurden in den Regierungen und den Medien in Frage gestellt. Die Frage bestand, ob ein neutrales Land die Sanktionen gegenüber Russland übernehmen darf und ob Waffenlieferungen an Nato-Staaten möglich sind. (Gafafer, T. NZZ, 28.02.2022)

4.2.3 Zweiter Wendepunkt – Rückzug aus Kiew

Nach dem Rückzug der russischen Streitkräfte aus dem Grossraum Kiew Anfang April entdeckten ukrainische Truppen in den Vororten Massengräber und zahlreiche Leichen von Zivilisten auf offener Strasse. Zahlreiche Journalist:innen, hochrangige Politiker:innen wie Ursula von der Leyen, Präsidentin des EU-Sicherheitsrats, berichteten von den schockierenden Zuständen in der Ukraine. Die Bilder gingen um die Welt und Russland wurde für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht. Daraufhin reagierte die EU mit dem fünften Sanktionspaket gegen Russland. (Bachstein, A. und Kelnberger, J. SZ, 05.04.22)

«Wochenlang hatte Deutschland sich geziert, bei Energiebezügen aus Russland und Waffenslieferungen an die Ukraine eine klare Position einzunehmen. In der vergangenen Woche ist aber ein Umdenken erfolgt. Der Bundestag stimmte der Lieferung schwerer Waffen zur Verteidigung der Ukraine zu.» (Ràsonyi, P. NZZ, 02.05.2022)

Der Autor bemerkte, dass die zögerliche Haltung der deutschen Regierung bei Sanktionen und Rüstungsexporten seit dem Bekanntwerden der Kriegsverbrechen nicht mehr fortgeführt werden konnte. Infolge der Gräueltaten wurden in Deutschland die Forderungen nach der Lieferung von schweren Waffen laut. Politiker:innen der CDU vertraten die Meinung, dass Scholz die Ukraine und das Völkerrecht schützen müsse und der atomaren Drohung von Putin nicht nachgegeben dürfe. Diese Kriegsverbrechen könnten nicht unbeantwortet bleiben, sonst würden sich die demokratischen westlichen Staaten mitschuldig machen. Vermehrt berichteten Tageszeitungen, es zeichne sich ein länger andauernder Zermübungskrieg ab. Russland bombardierte ukrainische Städte und Dörfer aus der Ferne mit Artillerie und Langstreckenraketen. Etliche Kriegsexpert:innen sprachen von der Bedeutung, schwere Waffen wie Haubitzen, HIMARS und Luftabwehr mit grösserer Reichweite zu liefern, welche der Ukraine entscheidende Vorteile bringen könnten. Die Slowakei bot der Ukraine an, sowjetische Kampffjets abzutreten, wodurch Diskussionen in der Nato ausgelöst wurden, ob dies unbedenklich sei. (Kolb, M. SZ, 13.04.2022)

Die Verteidigungsministerin Christine Lambrecht erliess das neue «Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz» und rüstete die Bundeswehr mit nuklearfähigen F-35-Kampfflugzeugen aus. (Lohse, E. und Leithäuser, J. FAZ, 22.06.2022) Die deutsche «Zeitenwende» wurde mit einem Verteidigungsetat von über 50 Milliarden Euro vorangetrieben und die Aufrüstung in ganz Europa ging weiter. (Schäfers, M. FAZ, 30.05.2022) Die vermehrten Bestellungen führten zu Engpässen. Deswegen schlug die EU-Kommission vor, Anreize für gemeinsame Rüstungsinvestitionen zu schaffen. Mit koordinierten Rüstungsinvestitionen und mittels eines Ringtauschs könnte die Ukraine schnellstmöglich mit schweren Waffen aus dem aktuellen Bestand der Armeen beliefert

werden. Die EU-Staaten sollten als Entschädigung für Waffenlieferungen in die Ukraine refinanziert werden. (Gutschker, T. FAZ, 18.05.2022)

Der zweite Wendepunkt im Diskurs um Waffenlieferungen in die Ukraine zeigte sich anhand der Recherchen. Der Wandel in der Gesinnung, schweren Waffen zu liefern, geschah nach dem Rückzug der russischen Einsatzkräfte aus Kiew. Seitdem bekannt wurde, dass in den Vororten dieser Stadt zahlreiche Kriegsverbrechen von den russischen Truppen begangen wurden, bekräftigten mehrere europäische Regierungen der Ukraine ihre volle Unterstützung. Die gezielten Angriffe auf die ukrainische Zivilbevölkerung wurden evident und wurden international verurteilt. Zum ersten Mal schien die Verteidigung der Ukraine erfolgsversprechend.

Schwere Waffen für die Ukraine

Die Europäische Union veränderte ihre Haltung zur Lieferung von schweren Waffen und legitimierte den Export von Artillerie, Panzern und Raketen mit der Bedingung, dass diese nur auf ukrainischem Gebiet eingesetzt werden dürfen. Nach dem Massaker von Butscha stieg der politische Druck, der Ukraine zu helfen und künftige Gräueltaten zu verhindern. (Gutschker, T. FAZ, 07.04.2022) Scholz sagte, dass solche Verbrechen nicht unbeantwortet bleiben könnten, und kündigte härtere Sanktionen an. Deutschland wurde kritisiert, zu langsam und in zu geringem Masse Waffen in die Ukraine zu liefern. (LPB, 03.04.2022) Deshalb äusserte sich Baerbock zu schweren Waffenlieferungen gegenüber der Presse:

«Was klar ist: Die Ukraine braucht weiteres militärisches Material, vor allem schwere Waffen» (Baerbock, A. – dpa, Reuters, msk, Zeit Online, 11.04.2022)

Die deutsche Aussenministerin sprach sich erstmals für die Lieferung schwerer Waffen und weiterer militärischer Ausrüstung aus. Finanziert wurden diese Waffenexporte von der EU. Zeitgleich war auch die Nato bereit, die Ukraine mit schweren Waffenlieferungen zu unterstützen, da dies kein Tabu mehr darstellte. (Wehner, M. FAZ, 20.04.2022) Dieser Kurswechsel wurde als Reaktion auf die russischen Kriegsverbrechen gedeutet. Der deutsche CDU-Chef Friedrich Merz äusserte sich zugunsten der Lieferung schwerer Waffen und argumentierte, dass eine Mehrheit aus Union, FDP und Grünen hinter ihm stehe. Daraufhin bestätigte der FDP-Chef Lindner die Unterstützung seiner Partei für schwere Waffenlieferungen. (dpa-infocom, SZ, 24.04.2022) Die deutsche Bundesregierung sprach sich für die Lieferung von Luftabwehrpanzer vom Typ Gepard aus. Ukrainische Einheiten erhielten Ausbildungshilfe, um die westlichen Waffensysteme zu bedienen. Zu diesem Zeitpunkt bestand ein breiter Konsens, dass Frieden nur mit dem Rückzug der russischen Truppen möglich sei. Die Regierung in Berlin ging davon aus, die Eroberung der Ostukraine sei Putins Minimalziel. Sergej Lawrow, der russische Aussenminister, drohte erneut mit einem

Atomkrieg und nutzte die Drohkulisse, um vor eigenen Misserfolgen abzulenken. (Dworzak, A. WZ, 29.04.2022)

Die Relevanz von schweren Waffenlieferungen wurde im Westen anerkannt und ukrainische Soldaten wurden in Deutschland und Polen an westlichem Kriegsgerät ausgebildet. Ringtausch zwischen EU-Staaten machten es möglich, schwere Waffen an die Ukraine abzugeben. Scholz argumentierte, dass Deutschland in enger Abstimmung mit den internationalen Partnern zusammenarbeiten müsse und ein deutscher Alleingang falsch wäre. Schliesslich genehmigte der Bundestag die Lieferung schwerer Waffen (Freidel, M. FAZ, 30.04.2022) und ordnete die Lieferung von 58 Schützenpanzern an. Die CDU und die CSU rechtfertigten ihre Entscheidung damit, dass Deutschland keinen Alleingang bei Waffenlieferungen machen werde. Jetzt habe sich herausgestellt, dass die Ukraine in längere Kampfhandlungen verstrickt werde und Waffen zur Verteidigung benötige. Die Fehleinschätzung, dass die Ukraine innerhalb einiger Wochen eingenommen werden würde, habe sich als schwerwiegender Fehler erwiesen. (Lohse, E. und Wehner, M. FAZ, 27.04.2022)

Einige Politiker:innen zweifelten die Wirkungen von Waffenlieferungen und Sanktionen an. Der Inflationsschock werde die europäische Wirtschaft hart treffen, zudem seien Lieferkettenprobleme die Folge, Energie- und Nahrungsmittelpreise würden stark betroffen sein. (Frey, E. STAND, 03.06.2022) Die Ukraine wurde kritisiert, Männer nicht ausreisen zu lassen, mit der Begründung, es solle allen Menschen erlaubt sein, zu fliehen. An Ostermärschen in Deutschland wurde gegen die nationale Aufrüstung und die Waffenexporte in die Ukraine protestiert. Demonstrierende warnen vor einer Eskalation des Kriegs und erinnerten daran, dass Waffen allein keinen Frieden schaffen. (dpa-infocom, SZ, 13.04.2022) Die AfD stellte sich gegen Waffenlieferungen und behauptete, sie sei die einzige Friedenspartei in Deutschland. Björn Höcke inszenierte sich mit Friedenstaube auf Facebook und schrieb «Frieden schaffen ohne Waffen». (Hulliger, S. SRF, 30.05.2022) Tino Chrupalla, Bundesprecher der AfD, kritisierte Olaf Scholz für die Lieferung von Waffen an die Ukraine. Die Formulierung, dass der Ukraine Steuergelder geschenkt würden, obwohl sie kein Bündnispartner sei, implizierte, dass nur Nato und EU-Staaten ein Recht auf Unterstützung hätten. Politiker:innen aus dem rechten Lager sympathisierten mit Putin und bezogen Stellung für Russland. Die rechten Strömungen in Europa wurden von Russland gezielt gefördert und es gab Hoffnungen, dass Putin als Garant für ein konservativ nationales Europa fungieren könnte. (Hulliger, S. SRF, 30.05.2022) Russland wurde bereits im 19. Jahrhundert als Hüter einer konservativen Ordnung gesehen, worauf sich zahlreiche antiliberalen und antiwestlichen Gesinnungen beziehen. In der ehemaligen DDR kam diese Haltung positiv an, weil es immer noch traditionelle prorussische Bindungen gab. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden diese in eine antiwestliche

Denkweise übertragen. Putin profitierte von einer schwachen europäischen Ordnung und förderte antieuropäische Kräfte. (Hulliger, S. SRF, 30.05.2022)

Die linken Parteien der Schweiz gehörten zu den schärfsten Kritiker:innen des Regimes in Moskau. Die Fürsprecher:innen von Putin in der rechtspopulistischen SVP, vor allem Nationalrat Roger Köppel, kritisierten den Bundesrat, weil dieser die Sanktionen der EU gegen Russland übernommen hatte. Die Mehrheit der linken Wähler:innen unterstütze eine engere Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit der Nato. Allerdings hatte die militärische Neutralität weiterhin Bestand und Waffenlieferungen wurden nur vereinzelt gefordert. Die Schweiz habe ein grosses Faible, sich bei Sicherheitsfragen in technischen Kleinigkeiten zu verheddern. (Schlieben, M. et al. Zeit Online, 30.05.2022)

Baerbock und weitere Abgeordnete drängten Scholz die Forderungen der Ukraine nach Haubitzen und Luftabwehrsystemen zu erfüllen. Der Entscheid der Bundesregierung, die Ukraine mit Waffen zu unterstützen veranlasste besorgte Bürger:innen sich in einem offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz zu wenden – mit der dringenden Bitte, auf Exporte von schweren Waffen zu verzichten. Jürgen Habermas⁴⁴, sprach sich dezidiert für Verhandlungen mit Russland aus und verteidigte die zurückhaltende Politik der Bundesregierung gegenüber vorschnellen Zusagen an die Ukraine, weil ein Krieg gegen eine Atommacht nicht gewonnen werden könne. Der deutsche Bundeskanzler äusserte sich besorgt über die atomare Drohung Russlands, erwiderte jedoch, dass Deutschland die Verteidigung demokratischer Werte nicht fallen lassen dürfe. Daraufhin bekräftigten die Befürworter:innen der Rüstungsexporte in einem zweiten offenen Brief die Bundesregierung die Ukraine umfassend zu unterstützen. Scholz erklärte die Entscheidung damit, dass es nicht klar definiert sei, was als ein Überschreiten der Grenzlinien zum Kriegseintritt gelte.

Offene Briefe an Olaf Scholz

Der erste offene Brief der «Emma»-Redaktion und von 28 erstunterzeichnenden Intellektuellen, Prominenten und Künstler:innen an Olaf Scholz forderte auf Waffenlieferungen und Aufrüstung der Ukraine zu verzichten, weil das Leid der Zivilbevölkerung auf diese Weise zusätzlich vergrößert würde. Der Brief wurde als Reaktion auf den Entscheid der Bundesregierung, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, geschrieben, um möglichst schnell einen Waffenstillstand herbeizuführen. (Berg, O. WZ, 29.04.22) Darin wurde gefordert, dass die Bundesregierung sich aktiv um einen Waffenstillstand in der Ukraine bemühen sollte. Der Krieg müsse schnell beendet werden, um möglichst viele Menschenleben zu retten, denn der Raketenbeschuss und Artillerieduelle würden

⁴⁴ Jürgen Habermas, geboren 1929, ist Soziologe und Professor für Philosophie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt. Im Jahre 2001 wurde ihm der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und 2004 der Kyoto-Preis verliehen. (Universität Graz, 2022)

die Ukraine Stück für Stück zerstörten und die überlegene russische Armee könne nicht besiegt werden. Deutschland solle seine diplomatische Rolle einsetzen und mit einem Vorschlag zu einem tragfähigen Kompromiss sowie einem baldigen Waffenstillstand beitragen. Im ersten offenen Brief wurde die Annahme vertreten, dass es zwischen Russland und der Ukraine zu einem für beide Seiten akzeptierbaren Kompromiss kommen könnte. Der Diskurs um schwere Waffenlieferungen zeigte, dass die zugrundeliegenden Annahmen auf Rationalitäten aus dem Kalten Krieg beruhen. Die Ukraine werde immer noch als Satellitenstaat von Russland angesehen, wo der Westen besser nicht eingreife. Während Putin der EU mit Atombomben drohte, falls die Ukraine unterstützt werde. Deshalb werde lieber mit einem Autokraten verhandelt, als die Ukraine zu unterstützen. Dies zeige, dass die geopolitischen Leitbilder aus Zeiten des Kalten Kriegs immer noch bestehen und die deutsche Politik mit den osteuropäischen Staaten beeinflusse. Das Narrativ vom Westen als freier Welt, im Gegensatz zu Russland als unfreiem Staat sei eine alte geopolitische Denkfigur, die seit dem Ausbruch des Krieges den internationalen Diskurs präge. (Creutzer, C. und Reuber, P. 2021) Die Vorstellung der russischen Einflussphäre sei noch immer präsent und dominiere den Diskurs um Waffenlieferungen. Ein Aufrüstungswettkampf wie zu Zeiten des Kalten Kriegs müsse verhindert werden. Die ökonomischen Faktoren spielten eine grosse Rolle, weil die Sanktionen gegen Russland, die Unterstützung der Ukraine und die nationale Aufrüstung durch Sondergelder und Budgeterhöhungen vorangetrieben wurden. Die deutsche Aussenpolitik beschränkte sich nach dem Kalten Krieg auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland und übergang die postsowjetischen Regionen, weil diese zu Russlands Einflusszone zählten. (Meister, S. 2015) Die auf Russland fixierte Mentalität der europäischen Politik sei auch im Diskurs um Waffenlieferungen sichtbar, weil der Export von militärischen Gütern in Nachbarstaaten Russlands als Grenzüberschreitung der russischen Einflussphäre gesehen wurde. Anstatt den angegriffenen Staat zu unterstützen, verlangte der offene Brief, sich für Friedensverhandlungen mit Russland einzusetzen. Diese Forderung berief sich auf die Maxime der 1990er Jahren, als die deutsche Regierung beschloss, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. (Bald, D. et al. 2013)

Das Argument wurde stark diskutiert, denn falls die Ukraine nicht unterstützt würde, könne sie sich schlecht gegen die Angreifer verteidigen und die nukleare Bedrohung wäre ein Freifahrtschein für die russische Invasion in weitere Nicht-Nato-Staaten. Die Reaktionen auf diese Forderungen fielen harsch aus, weil deutsche Intellektuelle der Ukraine vorschrieben einen Waffenstillstand zu akzeptieren, den die Ukraine nicht unterzeichnen wollte. Selenskyj bestand darauf, den Donbass sowie die Krim zu verteidigen, und die Friedensverhandlungen mit Putin waren nicht erfolgreich. Das folgende Zitat aus dem offenen Brief verlangte einen Waffenstillstand und eine restriktive Waffenausfuhr:

«[...] das Risiko der Ausbreitung des Krieges innerhalb der Ukraine; das Risiko einer Ausweitung auf ganz Europa; ja, das Risiko eines 3. Weltkrieges. Wir hoffen darum, dass Sie sich auf ihre ursprüngliche Position besinnen und nicht, weder direkt noch indirekt, weitere schwere Waffen an die Ukraine liefern. Wir bitten Sie im Gegenteil dringlich, alles dazu beizutragen, dass es so schnell wie möglich zu einem Waffenstillstand kommen kann; zu einem Kompromiss, den beide Seiten akzeptieren können.» (Schwarzer, A. et al. Emma, 29.04.2022)⁴⁵

Die Autorin Alice Schwarzer und weitere Unterzeichnende des offenen Briefs forderten, dass die deutsche Regierung den Ausbruch des Dritten Weltkriegs verhindern müsse, indem sie keine schweren Waffen liefere und einen Waffenstillstand fördern solle. (Schwarzer, A. et al. Emma, 29.04.2022) Sie vertraten im Brief die Meinung, dass mehr Waffen zu mehr Gewalt und Leid führen. Frieden sei immer besser als Krieg. Aufgrund der Ideologie «nie wieder Krieg», die in den 1950er-Jahren entstand und ein Bestandteil der deutschen Entspannungspolitik sei, solle Deutschland nie wieder Kriegspartei werden. Der offene Brief forderte einen Waffenstillstand, auch wenn das Völkerrecht verletzt wurde, weil das Leid der zivilen Opfer und die atomare Bedrohung stärker zu gewichten seien als das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine. Deutschland dürfe nicht als Kriegspartei auftreten und sich nicht angreifbar machen – denn falls Russland Deutschland als Kriegspartei wahrnehmen würde, könnte dies einen russischen Gegenschlag provozieren und eine atomare Eskalation zur Folge haben. Die Gefahr eines Weltkriegs werde durch den Beistandsfall nach dem Nato-Vertrag bei einem Angriff auf Mitgliedsländer verstärkt und die Unterzeichnenden fürchteten sich vor einem weltweiten Aufrüstungswettkampf, wie im Kalten Krieg. Weiter sei der Widerstand der ukrainischen Bevölkerung gegen den russischen Aggressor in einem Missverhältnis zum Mass der Zerstörung und zum menschlichen Leid. Die Verantwortung liege nicht allein beim ursprünglichen Aggressor, sondern auch bei denjenigen, die ihm ein Motiv zu verbrecherischem Handeln böten. Zum Schluss kritisierte der Brief die Rüstungsspirale sowie deren Konsequenzen für die globale Gesundheit und den Klimawandel. (Schwarzer, A. et al. Emma, 29.04.2022) Exemplarisch für die Argumentation der Unterzeichnenden ist der untenstehende Ausschnitt, der sich auf Grenzlinien der internationalen Unterstützung berief, aufgrund des Risikos der Eskalation zu einem grösseren Konflikt zwischen Russland und Nato und des Leids der ukrainischen Zivilbevölkerung.

⁴⁵ 28 Intellektuelle und Künstler:innen unterzeichneten in der Zeitschrift Emma den Offenen Brief an den Bundeskanzler Scholz, warnten vor Waffenlieferungen, der Aufrüstung in der Ukraine und der Eskalation des Krieges zum 3. Weltkrieg. (Schwarzer, A. et al. Emma, 29.04.2022)

«Zwei solcher Grenzlinien sind nach unserer Überzeugung jetzt erreicht: Erstens das kategorische Verbot, ein manifestes Risiko der Eskalation dieses Krieges zu einem atomaren Konflikt in Kauf zu nehmen. Die Lieferung grosser Mengen schwerer Waffen allerdings könnte Deutschland selbst zur Kriegspartei machen. Und ein russischer Gegenschlag könnte so dann den Beistandsfall nach dem Nato-Vertrag und damit die unmittelbare Gefahr eines Weltkrieges auslösen. Die zweite Grenzlinie ist das Maß an Zerstörung und menschlichem Leid unter der ukrainischen Zivilbevölkerung. Selbst der berechtigte Widerstand gegen einen Aggressor steht dazu irgendwann in einem unerträglichen Missverhältnis.» (Schwarzer, A. et al. Emma, offener Brief, 29.04.2022)

Der offene Brief wurde von zahlreichen Politiker:innen und Zeitungen kritisiert und polarisierte die Debatte, weil der Ukraine das Widerstandsrecht abgesprochen wurde und damit die Verantwortung der Menschenleben auf die Ukraine abschob, die Aufforderung zur Kapitulation beinhaltete und implizierte, dass Kriegsverbrechen geduldet würden. (Hanfeld, M. FAZ, 29.04.2022) Gegen eine Atommacht wie Russland könne kein Krieg gewonnen werden und ein schnelles Kriegsende würde Menschenleben retten. Das Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung werde steigen, sollte der Krieg noch lange weitergeführt werden. Der Brief wurde geschrieben, als sich die russischen Invasoren vor Kiew zurückzogen und ihre Angriffe im Donbass verstärkten. Die ukrainischen Chancen in diesem Konflikt wirkten gering, da die russische Übermacht erdrückend schien. Die russischen Raketen- und Artilleriebeschüsse trafen vermehrt zivile Ziele und zerstörten ukrainische Grenzstädte. Der Ausgang des Kriegs war ungewiss und eine Ausweitung des Krieges schien wahrscheinlich. Schwarzer wurde als russlandfreundlich verurteilt und musste ihre Meinung öffentlich verteidigen. Mehrere Unterzeichnende distanzieren sich später von dem offenen Brief, da der Diskurs unter Intellektuellen aus Deutschland geführt würde, die besser als die Ukraine wussten, was gut für das Land sei. (Lange-Müller, K. SZ, 04.05.2022)

Antwort von Jürgen Habermas

Habermas bezog Stellung zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands und kritisierte den geschürten Meinungskampf in Deutschland über die militärische Hilfe für die Ukraine. Seiner Meinung nach agierte der deutsche Bundeskanzler reflektiert und zurückhaltend, um eine unkontrollierbare Eskalation zu vermeiden und dennoch mit allen Mitteln dem Leid, das Russland in der Ukraine anrichtete, entgegenzutreten. Die Angriffe auf Scholz seien ungerechtfertigt. (Habermas, J. SZ, 28.04.2022)

«Die einen können sich einen Krieg nur unter der Alternative von Sieg oder Niederlage vorstellen, die anderen wissen, dass Kriege gegen eine Atommacht nicht mehr im herkömmlichen Sinne <gewonnen> werden können.» (Habermas, J. SZ, 28.04.2022)

Erstmals seit Ende des Kalten Krieges wurde wieder das Argument thematisiert, dass die atomare Supermacht Russland wegen der nuklearen Absicherung nicht besiegt werden könne, ohne die gesamte Welt zu vernichten. Das Argument basierte auf der Annahme, dass Russland die atomaren Waffen einsetzen würde, um den Krieg zu gewinnen. Habermas sah die Dilemmata des Westens, nicht Kriegspartei zu werden und eine Niederlage der Ukraine zu verhindern, trotz der Drohung des Einsatzes von Atomwaffen. Dadurch waren die europäischen Länder in ihrem Handeln eingeschränkt. Die Lehre aus dem Kalten Krieg, dass gegen eine Atommacht nicht gewonnen werden könne, ohne unermessliche Zerstörung herbeizuführen, wurde nun wieder bewusst. Stattdessen sollte dieser Konflikt im besten Fall mit einem für beide Seiten gesichtswahrenden Kompromiss beendet werden. Die Nato wolle aufgrund des apokalyptischen Ausmasses eines neuen Weltkriegs nicht zur Kriegspartei werden und Putin könne nun darüber entscheiden, wann der Westen die völkerrechtlich definierte Schwelle übertreten würde. Habermas schrieb, dass der Westen mit den Sanktionen faktisch kriegsteilnehmend sei, es sei die Frage zu stellen, wann die von Putin definierte Grenze des formalen Kriegsbeitritts überschritten würde. Habermas betonte, dass Putin nicht in die Ecke gedrängt werden sollte und der <Politik der Furcht> dem Gegner freie Hand liesse, die Eskalation des Konflikts voranzutreiben. Die militärische Unterstützung der Ukraine müsse abgewogen werden, um nicht als eine weitere Partei in den Krieg einzutreten. (Habermas, J. SZ, 28.04.2022)

«Nachdem sich der Westen entschlossen hat, in diesen Konflikt nicht als Kriegspartei einzugreifen, gibt es eine Risikoschwelle, die ein ungebremstes Engagement für die Aufrüstung der Ukraine ausschliesst.» (Habermas, J. SZ, 28.04.2022)

Habermas argumentierte, dass Deutschland als Kriegspartei gelten könnte, falls der Ukraine schwere Waffen geliefert würden. Waffenlieferungen in Kriegsgebiete waren ein Tabubruch mit der deutschen Aussenpolitik und wurden als riskant aufgefasst. Die Debatten einer <neuen deutschen Identitätskrise> und der <Zeitenwende> des Verteidigungshaushalts haben zu einem Umdenken der Sicherheitspolitik in Deutschland bewogen. Europa wurde durch die neue Realität des Krieges aus seiner pazifistischen Nachkriegsmentalität gerissen. Der Konflikt zwischen den Befürwortenden militärischer Unterstützung, die die Perspektive der Ukraine, als um ihre Freiheit und ihr Leben kämpfende Nation einnahmen, und denjenigen, die aus den Erfahrungen des Kalten Krieges eine andere Lehre zogen, sei gross. Habermas unterschied zwischen national und

postnational geprägten Mentalitäten, die die Einstellung zum Krieg beeinflussten. Während west-europäische Staaten auf Berufsheere setzten, seien die ukrainischen Soldat:innen oft militant und siegesgewiss gegenüber dem weit überlegenen Feind. Die Überzeugung, dass internationale Konflikte grundsätzlich nur durch Diplomatie und Sanktionen gelöst werden könnten, bedeute nicht einen grundsätzlichen Pazifismus, sondern die schnellstmögliche Beendigung von menschlichen Opfern und Destruktion. Dies sei nicht gleichbedeutend mit der Forderung, eine politisch freie Existenz für das bloße Überleben aufzuopfern. Habermas betonte die Bedeutung, dass Verbündete die unterschiedlichen politischen Einstellungen anerkennen sollten und in der Kooperation berücksichtigen. Die Europäische Union müsse handlungsfähig werden und militärisch auf eigenen Beinen stehen. Dafür müsse ein Ausweg aus unserem Dilemma gefunden werden, beispielsweise mit der Formulierung «Die Ukraine darf diesen Krieg nicht verlieren.» (Habermas, J. SZ, 28.04.2022)

Habermas wurde kritisiert, er führe Deutschland an den Rand des moralischen Zusammenbruchs und den Diskurs weg von den Realitäten sowie den Pflichten der Gegenwart. (Snyder, T. FAZ, 27.06.2022) Die Angst in Deutschland sei spekulativer Natur, während die russische Propaganda und die Gefahr eines Atomkriegs den aussenpolitischen Diskurs lähmten würden. Deutschland höre der Ukraine nicht zu und übergehe die Fehler der deutschen Russlandpolitik. Habermas würde nur am Rande erwähnen, dass die Fortsetzung der Entspannungspolitik gegenüber Russland ein grosser Fehler war. Dass die Ukraine diesen Krieg nicht gewinnen könne, sei falsch, denn historisch gesehen hätten Atomarmächte einige Kriege verloren und keine Atombomben gezündet. Auch dass die russische Armee oder Putin in die Ecke gedrängt würden, sei nicht korrekt, denn die russischen Streitkräfte könnten sich nach Russland zurückziehen. (Snyder, T. FAZ, 27.06.2022)

«Während die Älteren im Kalten Krieg gelernt hätten, dass man Kriege gegen eine Atom-macht nicht gewinnen könne, und sich deswegen rational und zurückhaltend verhielten, dominiere bei Jüngeren die Emotion und die moralische Empörung über das ukrainische Leid. Als ‹Ikone› dieser Generation sieht Habermas die grüne Aussenministerin Annalena Baerbock, als Verkörperung der reflektierten, zurückhaltenderen Vernunft Kanzler Scholz.» (Eigenmann, D. TA, 02.05.2022)

Der Autor dieses Zitats bemerkte, dass es Unterschiede im Verhalten und im Diskurs um Waffenlieferungen zwischen der deutschen Aussenministerin und dem Kanzler gab. Habermas sah einen Generationenkonflikt zwischen der älteren Generation, die Zurückhaltung fordert, weil sich Kriege gegen Atommächte nicht gewinnen lassen würden und der jüngeren Generation, die Waffenlieferungen für die Ukraine befürworte. Die klaren Worte der Aussenministerin Annalena Baerbock

und ihre Besuche in der Ukraine wurden häufig gelobt. Olaf Scholz als Vertreter der zurückhaltenden Politik der SPD wurde nachgesagt, die Generation ‹Kriegsangst› zu vertreten, die in den 1980er-Jahren im Widerstand gegen die atomare Nachrüstung politisiert wurde. Habermas wurde kritisiert nur um die Neutralität Deutschlands besorgt zu sein, die SPD zu beschützen und die Grünen für den Aufrüstungsreflex verantwortlich zu machen. Anstatt Russland für die Kriegsverbrechen zu bestrafen, die Entspannungspolitik der SPD zu reflektieren und den Sicherheitsbegriff der aktuellen Situation anzupassen, würde die Solidarität mit der Ukraine infrage gestellt und Putin mit einem Kompromiss belohnt. (Eigenmann, D. TA, 02.05.2022)

«Es bedarf keiner besonderen Militärexpertise, um zu erkennen, dass der Unterschied zwischen ‹defensiven› und ‹offensiven› Rüstungsgütern keine Frage des Materials ist: In den Händen der Angegriffenen sind auch Panzer und Haubitzen Defensivwaffen, weil sie der Selbstverteidigung dienen.» (Fücks, R. et al. Zeit Online, 04.05.2022)

Der zweite offene Brief an Olaf Scholz in ‹Die Zeit› (04.05.22) von Herta Müller, Ralf Fücks und weiteren Autor:innen mit der Aufforderung, kontinuierlich Waffen an die Ukraine zu liefern, polarisierte die Meinungen der deutschsprachigen Öffentlichkeit. Sie bekräftigten den Entscheid des Bundeskanzlers für Waffenlieferungen an die Ukraine und betonten die Wichtigkeit, die Ausfuhren schnell in die Tat umzusetzen. Im Brief wurde argumentiert, dass der Unterschied zwischen defensiven und offensiven Rüstungsgütern keine Frage sei, weil sie der Selbstverteidigung der Ukraine dienen und somit defensiv genutzt werden. Ein Verhandlungsfrieden müsse aus einer Position der Stärke geschlossen werden, damit die Ukraine sich nicht den russischen Forderungen unterwerfen muss. Kontinuierliche Rüstungsexporte und ökonomische Sanktionen gegen Russland würden das Kräfteverhältnis zugunsten der Ukraine beeinflussen. Zuletzt betonten die Autor:innen die Verantwortung Deutschlands die europäische Friedensordnung und das Völkerrecht zu schützen sowie Kriegsverbrechen Russlands zu verhindern – auch weil Deutschland mit dem Ausdruck ‹Nie wieder› erneute Vertreibungs- und Vernichtungskriege verhindern wollte. Der russischen Drohung mit dem Atomkrieg dürfe nicht nachgegeben werden, sondern ihr müsse durch eine glaubwürdige Abschreckung begegnet werden. Die Rhetorik Putins dürfe nicht im Fokus der europäischen Aussenpolitik stehen und die Ukraine verdiene eine verbindliche Beitrittsperspektive zur Europäischen Union. Es dürfe keine deutschen Sonderwege geben, weil die Geschlossenheit Europas entscheidend sei, um weiteren Aggressionen des Kremls entschlossen zu begegnen. Zwar gebe es gute Gründe die militärische Konfrontation mit Russland zu vermeiden, aber das dürfe nicht auf dem Rücken der Ukraine ausgetragen werden. (Fücks, R. et al. Zeit Online, 04.05.2022)

Die Schlussfolgerungen des zweiten offenen Briefs, dass ein Verhandlungsfrieden nur durch die Aufrüstung der Ukraine erreicht werden kann, basieren auf verschiedenen Annahmen. Zum einen sollten die Waffenlieferungen die Ukraine stärken, um sich erfolgreich verteidigen zu können. Andererseits sollte die Aufrüstung dazu führen, aus einer Position der Stärke mit Putin zu verhandeln. Die zugrundeliegende Logik dieser Argumentation beruht auf dem Gedankengut des Kalten Kriegs, dass das gegenseitige Wettrüsten einen Krieg verhindern werde. Wie damals rüstete die Nato die Nachbarstaaten massiv auf und isolierte Russland. Die geopolitischen Ost-West-Gegensätze wurden wiederaufgenommen, als sich Russland und der Westen gegenseitig verurteilten. Allerdings ist dieser Konflikt ein offener Krieg und ist nicht vergleichbar mit dem Kalten Krieg.

«Scholz sagt selbst, es stehe in keinem Lehrbuch, ab wann man von Russland als Kriegspartei wahrgenommen werden könnte.» (Dworzak, A. WZ, 26.04.2022)

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte, dass die Grenzlinien, die im ersten offenen Brief gefordert wurden, in der Realität nicht existieren. Putin würde seine Grenzlinien selbst definieren und es lasse sich nicht voraussehen, wann die Nato als Kriegspartei wahrgenommen würde. Erkennen liesse sich die rote Linie erst im Nachhinein. Militärexpert:innen versicherten, dass Waffenlieferungen ein Land nicht zur Kriegspartei machen würden. (Dworzak, A. WZ, 26.04.2022) Die atomare Bedrohung durch Russland dürfe Europa nicht davon abhalten, die völkerrechtswidrige Annexion der Ukraine zu verurteilen. Das Beispiel von Polen und Tschechien, die bereits Panzer geliefert hatten, zeige, dass sie dadurch nicht zum Kriegsziel der Russen wurden. Auf die Kritik, in zu geringem Umfang Waffen an die Ukraine zu liefern, entgegnete Scholz, dass er Deutschland nicht unbedacht in einen Krieg schlitern liesse, wie einst Kaiser Wilhelm. (Schönhuber, R. WZ, 30.05.2022)

«Scholz zeigte sich am Montag weiterhin zurückhaltend. Er schätzt das Eskalationspotenzial durch die Lieferung schwerer Waffen offenbar als hoch ein. Ausdrücklich hat er ausgeschlossen, dass Deutschland und die Nato Kriegspartei würden.» (Maksan, O. NZZ, 13.04.2022)

Keine Regierung wollte als Kriegspartei gelten und schwere Waffen liefern, die Flugverbotszone einführen oder Truppen stellen. Dies würde ein aktives Eingreifen in den Konflikt darstellen und wahrscheinlich als ein Überschreiten der letzten Grenze ausgelegt werden. Putin könnte die Exportländer als Kriegspartei einstufen, dadurch würde das Risiko einer Ausweitung des Kriegs auf weitere Länder höher werden. Die Nato habe die Beistandspflicht, falls ein Mitgliedstaat angegriffen würde, und dann drohe eine nukleare Auseinandersetzung mit der Nato, insbesondere der USA. (Maksan, O. NZZ, 13.04.2022) Scholz stand unter Druck, schnelle Entscheidungen treffen zu

müssen und trotzdem nicht unbedacht zu handeln. Die Regierung wurde kritisiert, einerseits in zu geringem Masse Waffen zu liefern und andererseits den Konflikt zu verlängern, indem die Ukraine unterstützt wurde. Die Verteidigung von Kiew war erfolgreich und Selenskyj forderte mehr Artillerie, um dem russischen Vorstoss im Osten des Landes standzuhalten.

«Wenn Deutschland jetzt schwere Waffen liefere, würde das Land seine eigene Einsatzfähigkeit innerhalb der Nato-Verpflichtungen nicht mehr gewährleisten können, [...]»

(Kreutzmann, S. NZZ, 20.04.2022)

Dieses Zitat zeigt, dass Scholz keinen deutschen Alleingang bezüglich Waffenlieferungen wollte und fürchtete, dass Putin einen Vergeltungsschlag gegen die Nato veranlassen könnte. Waffenlieferungen standen in der Kritik, da zuerst die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands gestärkt werden müsse. Die Bundeswehr erklärte, dass sie selbst nicht über genügend schwere Waffen verfüge, um einen Teil davon abzugeben. Deshalb solle die Ukraine militärisches Gerät direkt von den Herstellern kaufen. Folglich stellte das Kanzleramt zusätzliche finanzielle Hilfe bereit. Die deutsche Armee stand vor dem Dilemma, aufrüsten zu müssen, um das eigene Land zu schützen und gleichzeitig schwere Waffen in der Ukraine gebraucht wurden. Die Christlich Demokratische Union (CDU) kritisierte diese Haltung, weil der Eindruck entstand, dass Deutschland sich von den Waffenlieferungen freikaufen wolle und es zu lange dauern würde, bis neue Geräte produziert werden. (Kreutzmann, S. NZZ, 20.04.2022)

«Ausserdem argumentiert man, dass die Ukraine mit westlichen Systemen nicht vertraut sei. Vor allem weist man darauf hin, dass es stabile Logistikketten brauche, ehe man schweres Gerät senden könne. Schliesslich würden die anfälligen Systeme gerade im Kriegseinsatz schnell verschleissen.» (Maksan, O. NZZ, 13.04.2022)

Die Kritik an der Lieferung schwerer Waffen zielte auch auf die Durchführung und die Effektivität der Rüstungsexporte ab. Wenn das militärische Gerät nicht bedient werden könne, seien die Lieferungen vergeblich. Die ukrainische Armee besass hauptsächlich ältere sowjetische Waffen und benutzte andere Munition als die Waffensysteme der Nato. Der sowjetische Bestand aus den Nachbarländern deckte den Bedarf nicht lange. Daher entschieden sich Polen und Deutschland, ukrainische Soldat:innen schnell auszubilden, um die moderne Artillerie aus den USA und Europa einsetzen zu können. Die Lieferung der Systeme erfolgte meistens über Zugverbindungen von Polen oder aus der Slowakei. Es wurde befürchtet, dass Russland diese Grenzregionen konzentrieren würde. (Maksan, O. NZZ, 13.04.2022)

«Merz machte deutlich, dass einem Aggressor wie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nur mit Ultima Ratio, also mit Militärgewalt, begegnet werden könnte.» (Kreutzmann, S. NZZ, 28.04.2022)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion argumentierte, dass die Waffenlieferungen keine Eskalation zum Dritten Weltkrieg oder zum atomaren Gegenschlag von Russland zur Folge hätten. Er betonte, dass die Gegner:innen der Waffenlieferungen unverantwortlich und irreführend argumentierten würden, indem sie Deutschland mitverantwortlich für den Kriegsverlauf machen würden. Weiter würden Verhandlungen mit Russland keine verbindlichen Sicherheitsgarantien für die Ukraine schaffen, weil Putin in der Vergangenheit schon öfter Verträge gebrochen habe. Merz betonte, dass die Gegner:innen der schweren Waffen auch aus der politischen Mitte stammen. Erbst kritisierte Scholz die Stellungnahme von Merz, weil die CDU unter Merkel eine russlandfreundliche Politik verfolgen würde und die Angriffe der Partei auf die Regierung den aktuellen Sachverhalt unzureichend darstellen würden. (Kreutzmann, S. NZZ, 28.04.2022) Scholz bekräftigte, er wolle, das Land nicht unbedacht in einen Krieg zu verwickeln, um von der Nuklearmacht Russland nicht als Kriegspartei angesehen zu werden. Sollte die ukrainische Armee die russischen Streitkräfte mithilfe deutscher Waffen zurückschlagen, könnte Putin auf Nuklearwaffen zurückzugreifen. Einen Angriffskrieg mit nuklearen Drohgebärden abzusichern, wie dies die russische Regierung in diesem Krieg tat, war gänzlich neu. Die CIA warnte vor einem möglichen Einsatz von kleineren taktischen Nuklearwaffen⁴⁶ in der Ukraine, um damit einen Vergeltungsschlag zu umgehen (Busse, N. FAZ, 04.05.2022) – doch die Debatte reflektierte nicht, dass die Gegenseite ebenfalls über nukleare Abschreckung verfüge und Putin mit einem Angriff die totale Zerstörung Russlands riskiere. (Busse, N. FAZ 04.05.2022) Das Argument basierte auf der Logik, dass es keine absolute Sicherheit gegen eine Atommacht gebe und die nukleare Schwelle deswegen so hoch wie möglich sein müsse. Für den Fall, dass die Nato angegriffen würde, würden die USA, Frankreich und Grossbritannien zur Abschreckung oder für Vergeltungsschläge ebenfalls über Atomwaffen verfügen. Deutschland zeigte sich offen für eine nukleare Teilhabe und rüstete nuklearfähige F-35-Kampfflugzeuge auf. (Gutschker, T. FAZ, 26.05.2022)

«Bei einer drohenden kriegerischen Auseinandersetzung definiert sich die eigene Verhandlungsposition jedoch über die Wehrhaftigkeit, die man dem Aggressor entgegensetzen kann.» (Feuerstein, J. und Schwaben, M. SZ, 30.03.2022)

⁴⁶ Im Kalten Krieg wurden taktische Atomwaffen definiert, die eine kleinere Reichweite als 5 500 Kilometern hatten. Der Begriff «taktischen» Nuklearwaffen unterscheidet sich von «strategischen» Atomwaffen, weil diese eine kleinere Sprengkraft hatten und nicht zwangsläufig einen globalen Schlagabtausch mit der UdSSR zu provozieren. (bpb_1, 2022)

Scholz argumentierte, dass die Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland nur aus einer Position der Stärke erfolgreich sein könnten. Russland wurde als faschistisches System dargestellt, mit dem kein Interessenausgleich möglich sei. (Varwick, J. FAZ, 18.06.2022) Österreichs ehemaliger Kanzler Sebastian Kurz erwähnte, dass noch jeder Krieg mit Verhandlungen ein Ende gefunden hätte, und erhielt für diese Aussage umfangreiche Kritik. (faso, ag, APA, STAND, 04.06.2022) Nur die Ukraine könnte entscheiden, ob und wie Friedensgespräche stattfinden könnten, entgegnete Scholz. (Lohse, E. und Leithäuser J. FAZ, 22.06.22) Dennoch sprachen sich die Gegner:innen der Waffenlieferungen für eine Verhandlungslösung aus, allerdings war die Frage zu stellen, ob Putin vertrauenswürdig sei, da er schon mehrmals eine Waffenruhe gebrochen hatte. (Hemiker, L. FAZ, 08.05.2022) Henry Kissinger⁴⁷ sprach sich für eine neutrale Ukraine zur Beilegung des Konflikts aus. (Kornelius, S. TA, 27.05.2022) Anstelle eines endlos langen Abnutzungskriegs mit enorm hohen Kosten, Kollateralschäden und weiteren Eskalationen sollte eine Verhandlungslösung auf der Grundlage des «ukrainischen Modells» der Neutralität das Kriegsende herbeiführen. Es wurde spekuliert, dass ein Ermüdungskrieg eine dauerhafte Spaltung der Ukraine entlang der Waffenstillstandslinie im Osten mit permanenten Spannungen erwirken könnte. Um möglichst schnell einen Waffenstillstand herbeizuführen, müsse Putin eine Möglichkeit haben, aus diesem Krieg herauszukommen, ohne als Verlierer dazustehen. Die Vorstellung, dass sich die russischen Invasoren wieder vertreiben lassen würden, sei eine Illusion. Für einen Waffenstillstand müsste die Ukraine den Osten des Landes und die Krim unter russischer Führung akzeptieren. (Bahners, P. und Kilb, A. FAZ, 04.05.2022)

«Allein in Sachsen sind mehr als zwei Drittel der Bürger gegen die Lieferung deutscher Panzer, Haubitzen und anderen Angriffgeräts an die Ukraine. [...] Ostdeutsche Ministerpräsidenten schlagen deswegen oft einen zurückhaltenderen Ton an als ihre westdeutschen Kollegen. Besonders tut sich Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hervor.»

(Maksan, O. NZZ, 14.05.2022)

In Sachsen bemühte sich Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) um eine zurückhaltendere Russlandpolitik. Er bemängelte die Waffenlieferungen und Sanktionen besonders heftig und argumentierte, der Westen führe einen Stellvertreterkrieg auf dem Rücken der Ukraine. Rund zwei Drittel der Deutschen seien gegen den Export schwerer Waffenlieferungen in die Ukraine und Sanktionen gegen Russland. (Maksan, O. NZZ, 14.05.2022) Vor dem Angriff auf die Ukraine waren 70 Prozent der deutschen Bevölkerung gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Seit

⁴⁷ Henry Kissinger war Außenminister der Vereinigten Staaten bis 1977 und spielte eine Schlüsselrolle in den Verhandlungen im Kalten Krieg. 1973 wurde er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, weil er das Waffenstillstands- und Abzugsabkommen mit Nordvietnam ermöglichte. (NobelPrize.org, 2022)

Kriegsbeginn waren es 70 Prozent, die hinter den Massnahmen des Bundeskanzlers standen, schwere Waffen in die Ukraine zu liefern. (Lohse, E. und Wehner, M. FAZ, 21.06.2022)

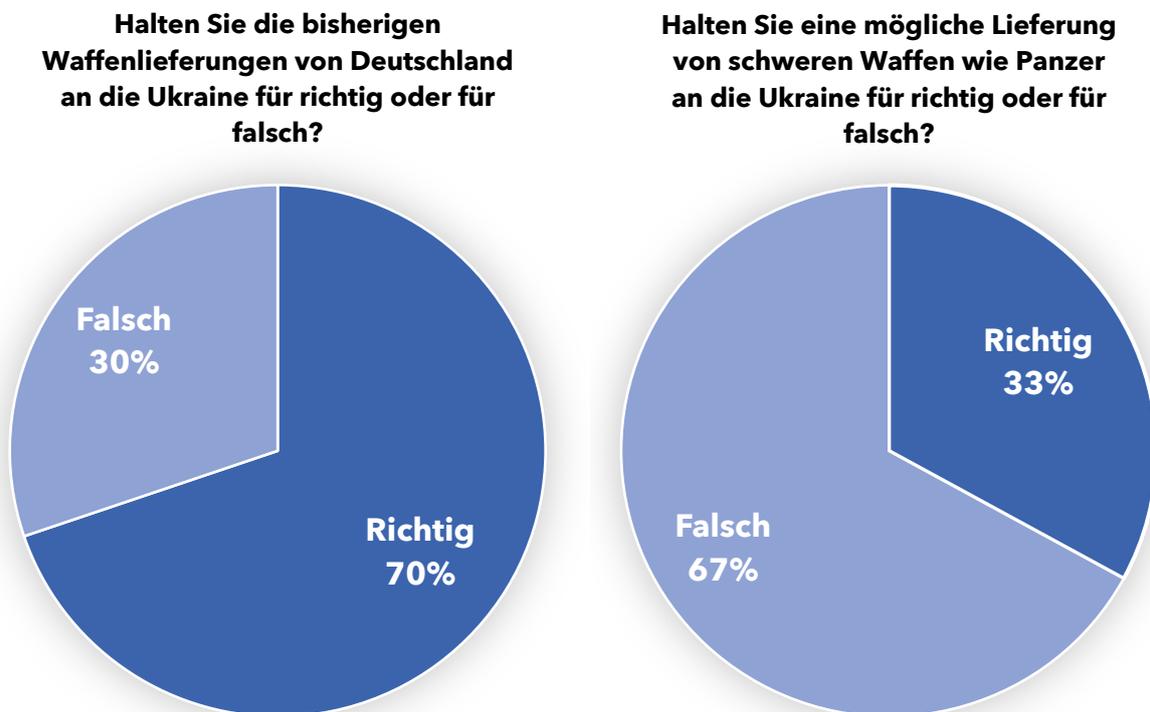


Abb. 13: Umfragen zu Waffenlieferungen im März 2022 (Quelle: ZDF-Politbarometer, Grafik: Linus Joos)

Das ZDF befragte nach der russischen Invasion das Publikum im Politbarometer im März 2022, ob sie die bisherigen Waffenlieferungen von Deutschland an die Ukraine für richtig oder für falsch halten. Die Mehrheit sprach sich für Waffenlieferungen aus, um die Ukraine zu unterstützen. Zudem fragte der Politbarometer, ob sie eine mögliche Lieferung von schweren Waffen wie Panzer an die Ukraine für richtig oder für falsch halten. Zwei Drittel der Befragten waren gegen die Lieferung schwerer Waffen. Diese Gegenüberstellung zeigt, wie stark der Diskurs über die Ausfuhr militärischer Güter die deutsche Bevölkerung polarisierte.

4.2.4 Dritter Wendepunkt – Zermübungskrieg im Osten

Im Osten der Ukraine zeichnete sich ein länger andauernder Zermübungskrieg ab, der russische Vormarsch wurde verlangsamt. Im Kriegsverlauf und in der Analyse der Diskurse wurde der dritte Wendepunkt ersichtlich. Dieser wurde dominiert durch Artillerieduelle in der Ostukraine sowie umfangreiche russische Raketenangriffe auf zivile Gebäude und Einrichtungen. Die Städte Mariupol, Charkiw und Lyssytschansk wurden stark bombardiert, sodass auch soziale Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser und Wohnblöcke getroffen wurden. Die Grausamkeit des Stellungskriegs wurde in den deutschsprachigen Medien stark thematisiert. In Mariupol wollte die Ukraine über Fluchtkorridore für die eingesperrten Truppen und Zivilisten im Stahlwerk Asow verhandeln, doch die russische Armee transportierte die Gefangenen nach Russland. (dpa-infocom, SZ, 04.07.2022) Die Fronten verhärteten sich zunehmend, die russischen Armeen bauten Verteidigungsanlagen, um stabile Transportrouten einzurichten. Die Ukraine meldete kleinere Erfolge auf der Krim und im Norden des Landes. Selenskyj forderte mehr Munition und schwere Waffen, da der Verschleiss an Material sehr hoch sei. (Mory, F. et al. STAND, 19.07.2022)

Der Diskurs um Waffenlieferungen wurde einschneidend davon beeinflusst, dass die ukrainischen Streitkräfte seit Kriegsbeginn entschieden gegen die russischen Invasoren kämpften und einzelne Erfolge vermelden konnte. Der EU-Sicherheitsrat war sich einig, die Ukraine weiterhin mit humanitären und finanziellen Hilfen, Waffenlieferungen sowie härteren Sanktionen im Kampf gegen Russland zu unterstützen. In einer Wunschliste bat der ukrainische Präsident Deutschland darum, weitere schwere Waffen zu senden. Die Tageszeitungen erklärten die strategische Bedeutung der Artillerie, die strategisch wichtige Brücken über den Fluss Depner zerstörten, um den russischen Vorstoss zu verlangsamen. (Kahlweit, C. SZ, 23.07.2022)

Die drohende Nahrungsmittelkrise in Afrika wurde in Verbindung mit dem blockierten Export von Weizen aus der Ukraine gebracht. Putin und Selenskyj einigten sich in Friedensgesprächen in Ankara auf die Ermöglichung von Getreide-Ausfuhren, am folgenden Tag wurde die Hafenstadt Odessa wiederholt von russischen Raketen getroffen. (Avenarius, T. TA, 27.07.2022) Der Angst vor steigenden Spritpreisen und einer Inflation begegnete Robert Habeck mit einer Kampagne zum Energiesparen sowie einer Energiespar-Politik. Es wurden Alternativen zu den russischen Gaslieferungen gesucht, die Öl- und Gasimporte sollten mit benachbarten Staaten abgesprochen werden. Weiter sollen bis 2030 insgesamt 80 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien stammen und die Windkraft soll stark ausgebaut werden. (Eigenmann, D. TA, 18.07.2022)

Finanzielle und militärische Unterstützung

Der nächste Bruch in der Kontroverse um Waffenlieferungen in die Ukraine zeichnete sich ab, als Russland die Strategie änderte, auf einen langsamen Vorstoss setzte und grossflächige Gebiete heftig bombardierte. Der Krieg entwickelte sich zu einem Zermübungskrieg mit Artillerieduellen und intensiven Bombardements durch russische Raketen. Der Diskurs zum dritten Wendepunkt wurde weiterhin durch die Lieferungen schwerer Waffen und strategische Argumenten dafür, welche Waffen dringend nötig seien, geprägt. Deutschland unterstützte die Ukraine nun auch mit Artilleriegeschützen und Panzern. Der Verschleiss der Artilleriesysteme und der Munition wurde zunehmend grösser. Um wehrfähig zu bleiben, entschieden Deutschland, Polen und weitere Länder, ukrainische Soldat:innen an westlichen Waffensystemen auszubilden. Der erschöpfende Krieg sowie die zivilen Opfer beschäftigten die Welt nach wie vor, die Forderung nach Friedensverhandlungen und einem Waffenstillstand wurden stärker.

«Von der Bereitschaft im Westen, der Ukraine bei der Umstellung auf Nato-Waffensysteme zu helfen und sie mit Munition zu versorgen, wird der weitere Kriegsverlauf entscheidend abhängen.» (Rüesch, A. NZZ, 16.06.2022)

Rüesch argumentierte, dass der Westen durch Waffenlieferungen über den Kriegsverlauf entscheidet, weil die modernen Waffensysteme der Nato die Ukraine verteidigen könnten. Mit westlichen Luftabwehrsystemen und Waffen hoher Reichweite erzielte die Ukraine grosse Erfolge gegen die russische Armee. Wenn der Westen kontinuierlich Munition und Waffen liefern würde, könnte sich die Ukraine besser verteidigen. Die Ukraine benutzte Munition sowjetischen Kalibers für ihre Geschütze und Panzer, Nachschub war schwierig zu bekommen. Daher war eine rasche Umstellung auf Waffen mit Nato-Standard-Munition notwendig. Die Umstellung der ukrainischen Armee auf westliche Waffensysteme wurde durch die schnelle Ausbildung in Polen oder Deutschland vorangetrieben. Eine Kontroverse um die hochpräzisen Computer der Artillerie entstand, weil die Technologie den russischen Invasoren zufallen könnte. Die kontinuierliche Versorgung der Ukraine wurde von der deutschen Regierung versprochen, jedoch traten Probleme bei der Nachbestellung von Munition auf. (Rüesch, A. NZZ, 16.06.2022)

«Der Krieg ist fünf Monate nach seinem Beginn an den meisten Frontabschnitten zu einem Artillerieduell geworden. Mit der modernen Rohr- und Raketenartillerie aus dem Westen könnten die ukrainischen Streitkräfte nicht nur effektiv die zahlenmässig überlegenen russischen Geschützeinheiten bekämpfen, sondern auch weit hinter der Hauptkampflinie Nachschubwege, Munitionsdepots und Kommandozentralen.» (Kohler, B. FAZ, 29.07.2022)

Die Wirkung der westlichen Waffen und die Fortschritte der ukrainischen Armee wurden in den Medien hervorgehoben. Zahlreiche Waffensysteme wurden vorgestellt und ihre strategische Bedeutung wurde erklärt. Haubitzen und HIMARS-Mehrfachraketen-systeme waren die prominentesten Waffenlieferungen. Der heftige Beschuss durch russische Raketen und Artillerie beschäftigte die EU, viele zivile Einrichtungen wurden zerstört und ganze Städte vernichtet. Um die Ukraine resilienter zu machen, benötigten sie moderne Luftabwehrsysteme und Artillerie aus dem Westen. Allerdings wurde bereits das nächste Problem, die stetige Versorgung der Waffensysteme, evident. (Kohler, B. FAZ, 29.07.2022)

«Die Fortführung des Krieges mit dem Ziel eines vollständigen Sieges der Ukraine über Russland bedeutet Tausende weitere Kriegsoffer, die für ein Ziel sterben, das nicht realistisch zu sein scheint.» (Precht, R. D. et al. Zeit Online, 29.06.2022)

Der Appell ‹Waffenstillstand jetzt!› in ‹Der Zeit› am 29.06.2022 forderte den Westen auf, den Ukraine-Krieg durch Verhandlungen zu beenden. Die Verfasser:innen argumentierten, dass die Ukraine die besetzten Gebiete nicht mehr zurückerobern könne und die westlichen Waffenlieferungen nur noch mehr Leid bringen würden. Falls der Westen die Ukraine weiter unterstütze, würde die Übernahme nur herausgezögert. Im Vergleich zu Befürworter:innen von Waffenlieferungen implizierten Richard D. Precht et al., dass der Krieg bereits durch das Kräfteverhältnis zwischen Russland und der Ukraine entschieden sei. Precht, Harald Welzer, Juli Zeh u. a. m. forderten Europa deshalb dazu auf, schnellstmöglich eine Strategie zur Beendigung des Kriegs zu entwickeln. Der Appell warf dem Westen vor, auf dem Rücken der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Russland zu führen, anstatt sich dafür einzusetzen, dass ein Waffenstillstand erreicht werden kann. Nur durch eine diplomatische Grossoffensive könne ein Verhandlungsfrieden herbeigeführt werden. Im Vergleich zum ersten offenen Brief drohte nun nicht mehr die vollständige Eroberung der Ukraine sondern der Krieg konzentrierte sich auf den Osten des Landes. Obwohl die russische Invasion zurückgedrängt werden konnte, schien ein vollständiger Sieg unrealistisch. Der starke Beschuss durch russische Raketen löste Entsetzen über das Andauern des Kriegs aus. Ursula Schröder, Chefin des Hamburger Friedensforschungsinstitutes, entgegnete, dass es unabwendbar sei, die Ukraine von westlicher Seite mit Waffen zu versorgen. (Leithäuser, J. FAZ, 21.06.2022) Durch Sanktionen, Militärhilfe und diplomatischen Druck sollte eine Situation hergestellt werden, in der die Ukraine aus einer Position der Stärke heraus Friedensverhandlungen mit Russland führen könne. Die russische Führung müsse erst erkennen, dass sie ihre Kriegsziele nicht länger erreichen könne. Selenskyj sollte aus einer Position der Stärke verhandeln können,

ansonsten würden die Invasoren Zeit gewinnen, um sich zu ordnen und erneut anzugreifen. (Hanfeld, M. FAZ, 30.06.2022)

Militärexpert:innen missbilligten Scholz' Aussagen bezüglich seiner Angst vor dem Dritten Weltkrieg, denn er habe damit Putins Rhetorik übernommen. Die atomare Drohung sei für viele Menschen abschreckend und spiele der Eskalationsrhetorik des Kremls in die Hände. (Georgi, O. FAZ, 02.07.2022) Russland beabsichtigte mit Kriegsberichten in Staatsmedien und öffentlichen Diskussionen, den Westen kriegsmüde zu machen und damit Waffenlieferungen zu verhindern. Die Ernährungskrise, die Migration sowie die Energieknappheit als narrative Waffe von Putin lenkten von der Unterstützung der Ukraine ab. Ebenso geriet Scholz in Kritik, der russischen Drohung nachzukommen, weil er deutsche Panzerlieferungen in die Ukraine mit einer nuklearen Eskalation verknüpfte. Scharf verurteilt wurde die Absicht, mit einem Kriegsverbrecher zu verhandeln, denn ein Waffenstillstand würde bedeuten, dass Russland seine Kräfte auffrischen und weitere Kriegsverbrechen vertuschen könnte. (Freidel, M. und Schuller, K. FAZ, 09.07.2022) Weiterhin hielt Russland die Drohung Atomwaffen einzusetzen, mit der erhöhten Alarmbereitschaft aufrecht. Seit dem Ende des Kalten Kriegs waren die Risiken einer nuklearen Bedrohung nie mehr so gross wie gegenwärtig. Trotzdem lehnte der UNO-Sicherheitsrat den Atomwaffensperrvertrag ab, auch das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bezweifelte den Nutzen des Vertrags, da dieser ohne die Atommächte aufgesetzt worden sei. (Reichen, P. TA, 04.08.2022)

«Mehr Waffen in einem Kriegsgebiet bedeuten aber nicht automatisch mehr Tod, Leid und Zerstörung. In den richtigen Händen können sie helfen, genau das zu verhindern.»

(Freund, N. TA, 12.08.2022)

Waffenlieferungen könnten der Ukraine dabei helfen, Tod und Zerstörung zu verringern, denn die ukrainische Armee werde durch die schweren Waffen befähigt, sich zu verteidigen und zu beschützen, erklärte Freund im Tagesanzeiger. Die Artillerie verhinderte, dass die russische Armee weiter vorsties und zusätzliche Kriegsverbrechen verübte. Die Luftabwehr half dabei, den starken Beschuss durch russische Raketen abzuschwächen, und schützte die Bevölkerung vor einer flächendeckenden Zerstörung. Freund kritisierte die Forderungen des Appells, es sollten keine Waffen geliefert werden, denn die Ukraine habe gegen das überlegene Russland ohne westliche Hilfe keine Chance und sie habe kein Interesse an einer Eskalation. Ausserdem hätten die Länder einen unterschiedlichen Einfluss auf den Kriegsverlauf. Die Aggression gehe ausschliesslich von Russland aus und Moskau könnte den Krieg sofort beenden, während Kiew keine andere Möglichkeit habe als sich zu verteidigen. Die EU verabschiedete einen Beschluss, wonach in Polen ein internationales Trainingskommando errichtet werden sollte. In Kopenhagen wurde entschieden, dass

die EU die Ukraine im Kampf gegen die russischen Invasoren mit Waffen beliefern, Soldat:innen ausbilden und bei der Beseitigung von Landminen unterstützen werde. Deutschland bot Ausbildungseinheiten für die Minenräumung und Taktikschulung an, um die Verteidigung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine zu sichern. (AFP, DPA, FAZ, 22.08.2022)

*«Der Verzicht auf Waffenlieferungen ist im Prinzip eine Begünstigung des Aggressors.»
(Joachim Gauck im Interview – Oertli, S. TA, 15.07.2022)*

Der ehemalige deutsche Bundespräsident kritisierte die Unterzeichner:innen des Appells, die einen Waffenstillstand von der Ukraine forderten. Um entschlossen gegen Russland vorzugehen, müsse die Ukraine mit Waffen unterstützt werden, denn die Verteidigung der Ukraine sei bedeutender als Restriktionen von Waffenlieferungen. Deutschland dürfe sich nicht anmassen der Ukraine zu sagen, was sie zu tun hätte, und auf Friedensverhandlungen pochen, welche die Ukraine weiter schwächen und denen die Zukunftsaussichten fehlen würde. Gauck warnte vor falschem Pazifismus, der die Dominanz Russlands festigte, es solle stattdessen die Ukraine mit Waffen unterstützt werden. (Oertli, S. TA, 15.07.2022) Deutsche Rüstungslieferanten forderten die Politik auf, rascher zu bestellen, um zu gewährleisten, dass die Waffen rechtzeitig geliefert werden könnten. (Theile, G. FAZ, 01.08.2022) Polen wartete auf Ersatz der 300 Panzer, die in die Ukraine geliefert wurden, und kritisierte das Ringtauschabkommen mit Deutschland, weil entsprechende Zusagen nicht eingehalten würden. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht verteidigte den abgesprochenen Panzer-Ringtausch und betonte, dass dieses Abkommen Geduld benötige. Die Bundesregierung vereinbarte neben Polen mit der Slowakei, Tschechien, Slowenien und Griechenland Waffenlieferungen, jedoch verfügte Deutschland selbst nicht über genügend Panzer vom Typ «Leopard», um die Bestände nach den Waffenlieferungen wieder aufzufüllen. (Carstens P. et al. FAZ, 25.07.2022) Um die Aufrüstung voranzutreiben, verabschiedete der Bundestag ein neues Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz. Dieses machte es möglich, während der kommenden dreieinhalb Jahre Aufrüstungsaufträge schneller zu erteilen. Zur Ausrüstung der Ukraine und zur Aufrüstung der Bundeswehr erhöhten die Rüstungskonzerne die Produktion von Kriegsmaterial. Das neue Gesetz zielte darauf ab, die Aufrüstung schneller voranzutreiben, auch wenn damit die Geschäfte der Rüstungsindustrie schwieriger zu kontrollieren sind. (Lohse, E. und Leithäuser J. FAZ, 22.06.2022)

Die Politikerin Sahra Wagenknecht (Die Linke) argumentierte in einem Tweet, dass die Grünen Diplomatie und Verhandlungen als Konfliktlösung ablehnen würden, und kritisierte die Wiederinbetriebnahme der Kohlekraftwerke. Die Grünen würden den Krieg als Toppriorität sehen und dabei den Klimawandel hintenanstellen. Es sei «irre & gefährlich zu glauben, dass dieser durch

«Waffenlieferungen & Wirtschaftskrieg» beizulegen wäre.» (DPA, lie, Zeit Online, 02.08.2022) Wagenknecht vertrat die Meinung, dass die Ukraine die russische Übermacht nicht zurückschlagen könne und Waffenlieferungen den Krieg nicht beenden werden. Die Waffenexporte werden nie ausreichen, um die Ukraine zu erfolgreich verteidigen, weil sie in niedrigem Umfang Truppen, sowie in geringerer Masse Kriegsmaterial haben und keine Atomwaffen besitzen. Medien und öffentliche Personen plädierten für eine Verhandlungslösung und sprachen sich für die Kapitulation der Ukraine aus. Als Grund galt die Angst vor einer Eskalation und einem atomaren Konflikt mit Russland. Der Sender RTL führte in Deutschland eine Umfrage durch, ob die Ukraine ihre Territorien im Osten abgeben soll – 47 Prozent stimmten dafür. (Britsko, S. TA, 10.07.2022) Der Schweizer Nationalrat Martin Bäumle forderte, dass Selenskyj realistische Optionen für Verhandlungen mit Russland offenlassen solle. Der Donbass und die Krim seien nicht mehr zurückzuintegrieren, denn einen vollständigen russischen Rückzug gäbe es voraussichtlich nicht mehr. (Schuler, E. TA, 07.07.2022) In Deutschland waren zwei Drittel der Grünen für die Lieferung von schweren Waffen in die Ukraine, unterstützten die Aufrüstung der Bundeswehr und den Ausbau der Nato. International nahmen die Grünen aber sehr unterschiedliche Haltungen ein und verurteilten den Export von Panzern an die Ukraine. Deswegen wurde die Partei kritisiert und es wurde vor der Aufrüstung der Nato sowie einer weiteren Eskalation gewarnt. (Schlieben, M. et al. Zeit Online, 30.05.2022)

Die Kritik an der weltweiten Einflussnahme der USA, unter dem Deckmantel, demokratische Werte zu verteidigen, war weit verbreitet. Schon in der Nachkriegszeit bemängelte die Linke in Deutschland die amerikanische Aussenpolitik, weil sie den Kapitalismus und demokratische Werte mit dem Militär verbreite. Seit dem Rückzug der amerikanischen Truppen in Afghanistan und dem Ausbruch der Corona-Pandemie stieg die Skepsis gegenüber der Grossmacht rasant an. (Kammer, A. Zeit Online, 18.05.2020) In der Vergangenheit war innerhalb rechts orientierter Parteien, zum Beispiel der «Neuen Rechten»⁴⁸, die Debatte um ein Russland als Alternative zum Westen bedeutsam und eine Hinneigung zu Russland sichtbar. Die Debatte ging so weit, Selenskyj als Kriegstreiber zu beschuldigen, der den Krieg absichtlich verlängere und eine Marionette des amerikanischen Präsidenten sei. Antimoderne Haltung und Ressentiments gegenüber den USA äusseren sich in der Kritik an den Sanktionen und den Waffenlieferungen sowie dem konservativen Gegenpol zum liberalen Westen. (Lechner, G. WZ, 30.07.2022)

⁴⁸ Die «Neue Rechte» ist eine politische Strömung zur intellektuellen Erneuerung des Rechtsextremismus, inspiriert von den «Alten Rechten» im Nationalsozialismus. Seit Januar 1972 stellt sich die Gruppierung als Gegenmodell zur linken Studentenbewegung in Deutschland dar. (bpb_3, 2022)

«Die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit, unsere Friedensordnung. Und wir unterstützen sie finanziell und militärisch - und zwar so lange es nötig ist. Punkt.» (Baerbock, A. – dpa-infocom, Zeit Online, 28.08.2022)

Baerbock verdeutlichte, dass die Ukrainer:innen auch die westliche Freiheit verteidigen und sich dem völkerrechtswidrigen Angriff widersetzen. Mit der russischen Invasion auf die Ukraine wurden ebenfalls die demokratischen Werte und die Friedensordnung des Westens zerstört. Angesichts dieser Bedrohung stehe die demokratische Welt in der Pflicht, die Ukraine humanitär, finanziell und militärisch zu unterstützen. Baerbock betonte, Deutschland müsse die Ukraine so lange wie nötig unterstützen, denn nur mit kontinuierlichen Waffenlieferungen könne sich das Land selbst verteidigen und den russischen Angriffen standhalten – denn es bestehe Gefahr, dass die Kriegsmüdigkeit in westlichen Demokratien zu Passivität führe und die internationale Hilfe abflaue. Die deutsche Außenministerin warnte, dass ein «Moment der Fatigue erreicht» (Reuters, WZ, 25.05.2022) wurde, aber die Sanktionen und Hilfen für die Ukraine aufrechterhalten werden müssen.

Scholz richtete sich in seiner Prager Rede an alle Staaten in Europa, um zusammen gegen die neoimperiale Autokratie von Russland einzustehen. Er plädierte für eine wesentlich stärkere Verteidigungszusammenarbeit, forderte ein voll funktionsfähiges EU-Hauptquartier und bot eine zentrale deutsche Rolle bei der Organisation der Luftverteidigung in Nord- und Osteuropa an. Der deutsche Bundeskanzler rief die europäische Gemeinschaft dazu auf, geeint auf den brutalen Überfall auf die Ukraine zu antworten. Er betonte die Relevanz der transatlantischen Partnerschaft, aber insbesondere auch der EU, sich aktiv für internationale Gerechtigkeit einzusetzen. Nie wieder Krieg zwischen den Mitgliedstaaten des vereinten Europas sei das Ziel. Die Ukraine, Moldau, die Balkanstaaten und Georgien sollen in die EU aufgenommen werden, um die Grenzlinien des freien Europas zu erweitern. Im folgenden Ausschnitt aus der Rede wird die offene Frage gestellt, wo in Zukunft die Grenzen zwischen Ost und West verlaufen.

«In diesen Tagen stellt sich erneut die Frage, wo künftig die Trennlinie verläuft zwischen diesem freien Europa und einer neoimperialen Autokratie.»

(Scholz, O. 29.08.2022)

Die Darstellung Europas als freiheitlicher und demokratischer Staatenbund gegenüber dem autokratischen Russland bezog sich auf historische Leitbilder und althergebrachte Gegensätzen zwischen Ost und West. Scholz suggerierte mit seiner Formulierung, dass «sich erneut die Frage» stelle, dass dieser neue Konflikt mit dem Kalten Krieg sei vergleichbar. Der Westen als geopolitische Selbstbezeichnung erstarkte in deutschsprachigen Medien und diene der Abgrenzung

gegenüber Russland. Der Westen wurde als eine moralische Idee verstanden, der ideologische Werte wie Pressefreiheit, Demokratie, Wissenschaft oder sexuelle Selbstbestimmung vertritt. (Creutziger, C. und Reuber, P. 2021) Scholz argumentierte für eine gemeinsame Beschaffung und Herstellung von Rüstungsgütern. Die Vielzahl an unterschiedlichen Waffensystemen in europäischen Nationen sei ineffizient und das unkoordinierte Auf- oder Abrüsten sei problematisch. Durch eine koordinierte Unterstützung sollten die Waffenlieferungen problemlos auf die Nachfrage der Ukraine reagieren können. Daher müsse die europäische Sicherheitspolitik besser zusammenarbeiten. Der Wiederaufbau des Landes erfordere eine Kraftanstrengung über Generationen sowie eine klare internationale Strategie. Die Ukraine solle neue, hochmoderne Waffen, Luftverteidigungs- und Radarsysteme und Drohnen erhalten, um mit modernen Streitkräften die Verteidigung des Landes zu verstärken. Die Streitkräfte sollten schnell bereit sein, zu reagieren und Waffenlieferungen durch nationale Vorbehalte und Regularien erneuert werden, um der aktuellen Situation angemessen reagieren zu können. (Scholz, O. 29.08.2022) Die Rede des deutschen Bundeskanzlers zeigte auf, dass die EU mehr internationale Verantwortung übernehmen solle. Aufgrund der aktuellen Kriegslage müsste die EU reformiert werden, um handlungsfähiger zu sein. Die gesamte Europäische Union sollte sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzen und die geopolitische ›Zeitenwende‹ vorantreiben. Das bestehende Wirtschaftsbündnis könne nicht existieren, solange autokratische Strukturen deren Integrität untergraben würden.

5. Diskussion

Der Ukraine-Krieg veränderte nicht nur die in dieser Arbeit thematisierte Rüstungspolitik, sondern auch die Migration, Energiepolitik, internationale Lieferketten, Lebensmittelsicherheit und weitere Bereiche. Alle Diskursstränge in dieser Forschungsarbeit zu verfolgen, hätte den Umfang überstiegen, daher fokussierte ich die Rüstungspolitik und Waffenlieferungen. Ausschlaggebend für die Entscheidung, eine Diskursanalyse über Rüstungspolitik und Waffenlieferungen zu verfassen, waren die dringlichen Aufrufe des ukrainischen Präsidenten an die EU. Auf Basis von sechs ausgewählten deutschsprachigen Tageszeitungen wurden Berichte untersucht und codiert, um Brüche sowie Wendepunkte im Diskurs zu erkennen. Die Datenanalyse verdeutlichte, dass Putins Krieg und die von Scholz bezeichnete ‹Zeitenwende› andauernde, weitreichende Folgen haben werden.

Allgemein dominierten zwei Lager den Diskurs um die Rüstungspolitik im deutschsprachigen Raum. Einerseits wurde die Verantwortung der demokratischen Staaten hervorgehoben, die Ukraine zu unterstützen und gegen Russland vorzugehen. Andererseits wurden die atomare Bedrohung und die Ausweitung des Kriegs befürchtet, falls die Nato oder einzelne Staaten als kriegsführende Parteien wahrgenommen würden. Eine direkte militärische Intervention der Nato wurde ausgeschlossen, weil die Ukraine kein Mitglied der Nato war. Die Kontroverse um schwere Waffenlieferungen erfuhr mehrere Wendungen, seitdem russische Kriegsverbrechen nachgewiesen wurden und sich ein Stellungskrieg abzeichnete. Es war von einem langwierigen Konflikt auszugehen, wodurch der Erfolg der Ukraine auf der militärischen Unterstützung der Länder beruhte, die schwere Waffen versprochen hatten. Deswegen waren Diskussionen über die europäische Sicherheitsordnung und die Nato essenziell. Die Nato musste sich auf eine konfrontative europäische Sicherheitsordnung einstellen, die sich auf die Abschreckung Russlands und die Verteidigung der Ostflanke konzentrierte. Der Krieg zeigte ausserdem, wie abhängig das Verteidigungsbündnis von der Beteiligung der USA war. Der Politik wurde auferlegt, ein neues Verständnis darüber herauszuarbeiten, was Verteidigung bedeutet, denn Angriffe über grosse Distanzen durch Raketen oder im Cyberspace seien wahrscheinlicher als klassische Panzervorstösse. (Elhardt, C. 2022)

Deutschland haderte mit seiner Rolle auf internationaler Ebene und zögerte lange, konkrete Zusagen zu machen, obwohl nach internationalem Recht der Vereinten Nationen auch schwere Waffenlieferungen legitim wären. (Fedlex, 2015) Diskurse über die fehlende europäische Rüstungspolitik überraschten, weil innerhalb Europas keine klare Strategie gegen einen offenen Krieg bestand. Seit Kriegsausbruch war die Verantwortung der europäischen Staaten gefordert, um das Völkerrecht, die demokratischen Werte sowie die Menschenrechte zu bewahren. Auf die

Bedrohung und die Folgen des russischen Angriffskriegs musste die europäische Gemeinschaft geeint reagieren.

Meines Erachtens braucht die Europäische Union eine wirksamere und souveräne Geopolitik, weil Nationalstaaten für sich genommen zu klein sind, um globale Interessen und Werte durchzusetzen. In einer multipolaren Welt muss das Gewicht des geeinten Europas stärker zur Geltung kommen, denn autokratische Staaten nutzen jede Uneinigkeit der EU aus, um die Bestrebungen der demokratischen Länder zu sabotieren. Brüssel diskutiert schon länger über eine Reform der EU, denn die Einstimmigkeit verhindert, dass dringende Beschlüsse gefasst werden. Die Sanktionen der EU funktionieren nur, solange alle Mitglieder die Öl- und Gasembargos unterstützen und die restriktiven Massnahmen mittragen. Ein politisches Forum aller europäischen Staaten wäre notwendig, um die Herausforderungen des ganzen Kontinents, wie Sicherheit, Energie, Klima oder Konnektivität zu besprechen.

5.1 Länderspezifische Unterschiede im Diskurs

Die Tageszeitungen berichteten unterschiedlich über den Diskurs der Rüstungspolitik in Bezug auf den Krieg in der Ukraine. Zu Beginn beherrschten die harten Sanktionen die Berichterstattung in Deutschland, Österreich und der Schweiz gleichermassen. Danach wurden Deutschlands Waffenlieferungen in allen deutschsprachigen Ländern ausführlich thematisiert. Die konkreten Diskussionen waren durch die politischen Voraussetzungen gänzlich verschieden, da Deutschland als EU- und Nato-Mitglied stärker in der Verpflichtung stand als das neutrale Österreich und die Schweiz. Konsens bestand darüber, dass kein EU-Staat im Alleingang Waffen in das Kriegsgebiet liefern sollte. Allgemein wurde erkannt, dass nur gemeinsame Aktionen eine Hilfe für die Ukraine seien. Die einzelnen Länder waren unterschiedlich stark von russischen Energieträgern abhängig. Deshalb wurden die Sanktionen in den Medien anders dargestellt. Die Diskrepanz in der Berichterstattung bestand bereits seit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014. Als Deutschland und die USA Sanktionen gegenüber Russland erhoben, zauderten Österreich und die Schweiz. (Mackow, J. 2016) Seit dem russischen Truppenaufmarsch tat sich Deutschland schwer, weitere Sanktionen umzusetzen, denn die neue Gaspipeline «Nord Stream 2» befand sich kurz vor der Vollendung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland stand für Jahrzehnte im Voraus fest. Mit Kriegsbeginn, bei Inkraftsetzung der strikten Sanktionen, besprachen die deutschsprachigen Zeitungen deren mögliche Auswirkungen auf Russland. Diese EU-Sanktionen wurden von der Schweiz übernommen und unterstützt. Im Gegensatz zu Deutschland und Österreich thematisierten die schweizerischen Zeitungen die Aussage der Schweizerischen Volkspartei, die Schweiz sei mit der Umsetzung der Sanktionen bereits zur Kriegspartei geworden. Die Abhängigkeit von

russischem Gas und Öl dominierten den Diskurs in deutschen und österreichischen Zeitungen, es herrschte die Befürchtung vor, ein Ende der russischen Gaslieferungen hätte starke Auswirkungen auf die europäische Industrie. Österreich erwartete bei einem Gasembargo einen Produktionsstopp der bedeutendsten Industrien innerhalb einiger Monate und betonte die Relevanz einer gemeinsamen europäischen Lösung, um die Gasengpässe auszugleichen. (Karl, L. WZ, 29.04.2022) Kritik gegen das geplante EU-Ölembargo wurde in mehreren europäischen Ländern erhoben, solange die EU die Energiesicherheit nicht durch gemeinsame Einkäufe und die Verteilung von Energieträgern gewährleisten könne. (Kögel, L. Zeit Online, 04.05.2022) Die Diskurse befassten sich mit innenpolitischen Eigenheiten sowie Ängste um einen drohenden Energiemangel und Preissteigerungen. Mit Ausbruch des Kriegs stand in den drei deutschsprachigen Ländern die eigene Wehrfähigkeit im Fokus der Tageszeitungen. Plötzlich bestand grosses Einvernehmen darüber, die Rüstungsausgaben zu erhöhen und nach Jahren der Abrüstung wieder vermehrt in die Aufrüstung der nationalen Armee zu investieren. Die Medien informierten einheitlich über die Entscheidungen und die neuen Gesetze zur Remilitarisierung. In der Parteienlandschaft von Deutschland, Österreich und der Schweiz waren unterschiedliche Auffassungen erkennbar – dies zeigte sich an folgendem Beispiel: Die Partei Bündnis 90/Die Grünen unterstützen klar die Aufrüstung Deutschlands und engagierten sich für Waffenlieferungen in die Ukraine. Demgegenüber wehrten sich die Grünen in der Schweiz und Österreich gegen einen kritiklosen Aufrüstungsreflex (Pfaff, I. SZ, 02.06.2022). Der Wandel von Bündnis 90/Die Grünen verdeutlichte den Zwiespalt innerhalb der ursprünglichen Friedenspartei, sich anlässlich des russischen Angriffs für Aufrüstung und Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet einzusetzen. Gemeinsam verurteilten die rechtskonservativen Parteien die Sanktionen und das Vorgehen der Nato. Interessanterweise bezeichnete sich die AfD als einzige pazifistische Partei Deutschlands, die sich gegen die Sanktionen und die Waffenlieferungen stellte. Ähnlich sahen dies Teile der SVP in der Schweiz und argumentierten, dass die Sanktionen die Neutralität in Frage stellen würden und folglich aufgehoben werden müssten. Relevant wäre es, diese Entwicklungen in einer nachfolgenden Arbeit ausführlich zu erforschen.

Kritisch berichteten die Medien über das Bestreben der Schweiz und dasjenige Österreichs, ihre Neutralität und die «Guten Dienste» weiterhin aufrecht zu erhalten. Grundsätzlich war die Frage zu stellen, ob die die Neutralität der unparteiischen Staaten den Herausforderungen einer postmodernen Welt noch gerecht werde. Die Neutralität wurde als problematisch gesehen, weil sie militärischen Kooperationen Grenzen setzt. Gegenwärtig ist jedes Land in Europa auf Partnerstaaten angewiesen und eine autonome Landesverteidigung ist utopisch. Seit Kriegsausbruch erhöhte sich der Druck von aussen auf das Schweizer Parlament, da EU-Staaten von der Schweiz eine Liefererlaubnis für Munition an die Ukraine verlangten. Auf einmal stand die schweizerische

Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen und sollte Fragen hinsichtlich der Bedeutung internationaler Kooperation und Verteidigung beantworten. Am 9. Juni 2022 vollzog der Nationalrat zwei historische Entscheide. Erstens kann die Schweiz in Zukunft bei Verstössen gegen das Völkerrecht eigenständige Sanktionen gegenüber fehlbaren Staaten ergreifen, sofern die restriktiven Massnahmen von der UNO oder wichtigen Handelspartnern verabschiedet wurden. Zweitens wurde die Schweiz am gleichen Tag in den UNO-Sicherheitsrat gewählt. (Renz, F. TA, 11.06.2022) Die Kollaboration von Nato und EU intensivierte sich rasch und die meisten europäischen Regierungen beteiligten sich an der Sicherung des Friedens. (Elhardt, C. 2022) Österreich überdachte seine neutrale Einstellung zum Krieg und alte Gewissheiten wurden erneut infrage gestellt. Trotz des Kriegs zog Österreich eine Aufhebung der Neutralität nicht in Betracht. Deswegen vermissten zahlreiche Expert:innen in diesem Land eine offene Diskussion über die Neutralität und die Nato. (Schlieben, M. et al. Zeit Online, 30.05.2022) Daum und Jäggi argumentieren in einem Artikel der Zeit Online, dass die Neutralität dort ansetzen sollte, wo tatsächlich etwas bewirkt werden könne, das heisst, den Rohstoff- und Agrarhandel stärker zu reglementieren. Dies hätte einen bedeutend grösseren Einfluss auf das Kriegsgeschehen und die imperiale Neigung Russlands als Waffenlieferungen. (Daum, M. und Jäggi, S. Zeit Online, 28.05.2022)

6. Fazit

Schliesslich komme ich auf die Forschungsfragen zurück und fasse dazu meine Erkenntnisse sowie die bedeutendsten Ergebnisse zusammen. Zudem werden offene Fragen diskutiert und ein Ausblick auf mögliche Ansatzpunkte gegeben. Die genealogische Diskursanalyse der Tageszeitungen im deutschsprachigen Raum zwischen Februar 2022 und August 2022 zeigte mehrere Wendepunkte, die auf Veränderung der Diskurslogiken schliessen lassen. Sie verdeutlichte, dass die Grenzen der Unterstützung der Ukraine diskursiv konstruiert wurden, und demonstrierte, welche Argumente dabei eine Rolle spielten. Die Untersuchung des Diskurses half dabei, die Rhetorik zu überblicken, und verdeutlichte die diskursive Position der Tageszeitungen und der politischen Entscheidungsträger. In dieser Arbeit verfolgte ich das Ziel, überindividuelle Muster im Diskurs herauszuarbeiten und die zugrundeliegenden Annahmen der Argumente zu erforschen.

Weiterführende wissenschaftliche Betrachtungen der Entwicklung der Debatte um Waffenlieferungen in die Ukraine wären notwendig, um die aktuelle Lage auch ein Jahr nach Kriegsbeginn zu reflektieren. Lokale ethnografische Untersuchungen über die Kontroverse zum Wandel der Rüstungspolitik wären für die Sicherheitspolitik interessant. Verschiedene Perspektiven des internationalen Diskurses über Waffenlieferungen und Aufrüstungen würden die Debatte unterstützen, dominant waren die Argumente der Ukraine, die der USA oder die Frankreichs. Auch die russische Perspektive wäre relevant, aber zum Zeitpunkt der Arbeit war diese nur schwer zugänglich. Der theoretische Rahmen sowie die Veränderung der Diskurslogiken und ihr erkenntnistheoretisches Potential wurden gegenübergestellt.

6.1 Die Rüstungspolitik im Wandel

Wie oben eingeführt, machte die genealogische Diskursanalyse drei Wendepunkte sichtbar, die sich auf einschneidende Ereignisse innerhalb des betrachteten Zeitraums beziehen. Diese Wendepunkte beeinflussten sowohl den Diskurs als auch die daraus erfolgten Handlungen. Um meine Forschungsfragen zu beantworten, stütze ich mich auf Aussagen von Aussenministerin Baerbock, denn im Verlauf der Recherchen und der Forschungsarbeit erkannte ich, dass ihre Aussagen die Entwicklungen treffend beschreiben und Antworten auf die Forschungsfragen geben.

Wie veränderte sich der Diskurs in deutschsprachigen Tageszeitungen zur Rüstungspolitik seit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine?

Inwiefern veränderte sich der Diskurs in Tageszeitungen im deutschsprachigen Raum zu den Waffenlieferungen in die Ukraine seit Kriegsbeginn?

Einige Wochen vor Kriegsausbruch stellte die deutsche Außenministerin klar, Verhandlungen und Diplomatie seien «der einzig gangbare Weg» (Baerbock, A. – Carsten, L. Zeit Online, 17.01.2022), weil die derzeitige Situation hochgefährlich sei. In der Annahme, die EU könnte so den drohenden Konflikt zwischen Russland und der Ukraine entschärfen, wollte Baerbock keine weiteren Massnahmen ergreifen. Sanktionen oder die Aufrüstung der Ukraine wurden kritisch betrachtet, weil Russland dadurch provoziert werden könne. Obwohl Russland seit 2014 die Krim annektierte und Truppen vor den Grenzen der Ukraine stationierte, konnten sich zahlreiche Politiker:innen nicht vorstellen, dass Putin in die Ukraine einmarschieren würde. Der Diskurs um die Rüstungspolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz wandelte sich drastisch seit dem 24.02.2022.

Der Kriegsausbruch in der Ukraine rüttelte die europäischen Länder wach und stellt den ersten Wendepunkt im Diskurs über die Rüstungspolitik dar. In der Folge sah sich die Außenministerin veranlasst, «mit massivsten Sanktionen gegen Russland» (Baerbock, A. – APA, DPA, Reuters, WZ, 24.02.22) vorzugehen. Der Diskurs des ersten Wendepunktes zeichnete sich dadurch aus, dass die europäische Gemeinschaft geeint die Ukraine unterstützte und Sanktionen ergriff. Scholz rief eine «Zeitenwende» für die europäische Sicherheitspolitik aus und erklärte die Modernisierung sowie die Aufrüstung der Bundeswehr für notwendig. Die atomare Bedrohung durch Russland war erstmals seit dem Kalten Krieg wieder ein ernstzunehmendes Problem. Österreich und die Schweiz strebten ebenfalls eine Erhöhung der Armeeausgaben an. Die Verurteilung Russlands erhielt durch mehrere Sanktionspakete der EU Nachdruck. Die Schweiz und Österreich beharrten auf ihre Neutralität, unterstützen dennoch die Sanktionen gegen Russland. Die finanziellen, die humanitären und die militärischen Hilfen für die Ukraine wurden rasch erhöht.

Die Kontroverse des zweiten Wendepunktes bezog sich auf die Kriegsverbrechen in der Ukraine und die Lieferung schwerer Waffen. Schwere Waffenlieferungen aus Deutschland wurden lange verzögert, die Regierung wurde deswegen heftig kritisiert. Diese Lieferungen galten in der Bundesrepublik als problematisch, weil sie einen Vergeltungsschlag von Russland provozieren könnten und die Bundesregierung keinen Alleingang riskieren wollte. Nachdem Kriegsverbrechen in den Vororten von Kiew nachgewiesen worden waren, gab es für die Bundesregierung keine Ausreden mehr und sie versprach schwere Waffen zu liefern sowie weitere Sanktionen zu verhängen. Erstmals seit Kriegsausbruch äusserte die grüne Ministerin für äussere Angelegenheiten, dass die Ukraine «weiteres militärisches Material, vor allem schwere Waffen» (Baerbock, A. – dpa, Reuters, msk, Zeit Online, 11.04.2022) brauchen würde. Den deutschsprachigen Ländern wurde klar, dass der Krieg in der Ukraine mit aller Härte geführt wurde und die Widerstandskraft in der Bevölkerung stark war. Dennoch kritisierten mehrere Intellektuelle im offenen Brief die

Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffenlieferungen und forderten Friedensverhandlungen mit Russland. Die Angst vor der Aufrüstung, einer Ausweitung des Kriegs und der atomaren Bedrohung führte zu Kritik an der Solidarität mit der Ukraine sowie der ausgerufenen ‚Zeitenwende‘.

Den dritten Wendepunkt erkannte ich Anfang Juni, als sich der Krieg immer mehr zu einem Zermüblings- und Stellungskrieg entwickelte. Artillerieduelle führten zu hohem Verschleiss an Waffensystemen und Munition. Das Ende des Kriegs rückte in weite Ferne und die Ukraine benötigte nachhaltige Unterstützung. Wiederum richtete die deutsche Aussenministerin klare Worte an die Bevölkerung, dass die Ukraine «auch unsere Freiheit, unsere Friedensordnung» verteidige – deshalb werde «sie finanziell und militärisch – und zwar so lange es nötig ist» (Baerbock, A. – dpa-infocom, Zeit Online, 28.08.2022), unterstützt. Die kontinuierliche Versorgung der ukrainischen Armee wurde zur Aufgabe der demokratischen Staaten. Durch Ringtauschabkommen und die Ausbildung ukrainischer Soldat:innen sollte die Verteidigung des Landes auf längere Zeit gesichert werden. Allerdings verlief die Zusammenarbeit nicht reibungslos und Schuldzuweisungen erschwerten den Diskurs.

6.2 Europäische Rüstungspolitik der Zukunft

Diese Masterarbeit bildet eine Grundlage für das Verständnis der diskursiven Konstruktion der Rüstungspolitik infolge des Kriegs in der Ukraine und dessen Argumentationslogiken im deutschsprachigen Raum. Aufbauend darauf könnten weitere Analysen durchgeführt werden, um verschiedene Diskurse aus mehreren Perspektiven darzustellen. Die Dauer der Analyse über sechs Monate stellt lediglich einen Ausschnitt des Konflikts dar. Aus heutiger Sicht wäre eine Ausweitung des Untersuchungszeitraums interessant. Eine multiperspektivische Herangehensweise könnte polarisierende Diskurse zusammenführen und erläutern. Themen wie Geopolitik, Aufrüstung, Neutralität sowie Sicherheits- und Rüstungspolitik würden deutlich mehr Aufmerksamkeit erhalten und das Forschungsinteresse daran ist nicht nur wissenschaftlich, sondern auch gesellschaftlich relevant.

Die zukünftige Entwicklung der ausgerufenen ‚Zeitenwende‘ wird die europäische Sicherheitspolitik nicht nur in Bezug auf Russland noch lange beschäftigen. Wie kann einer atomaren Bedrohung begegnet werden? Welche Massnahmen müssen gegen kriegsführende Länder getroffen werden? Die Bedeutung der Nato und die Frage nach militärischen Interventionen bei kriegerischen Auseinandersetzungen erstarkten erneut. Obwohl die deutsche Regierung schwere Waffen in die Ukraine geliefert hat, bleibt die Debatte über die Wirksamkeit dieser Lieferungen zur Friedenssicherung hochinteressant. Die Rolle der EU in der internationalen Sicherheitspolitik und Friedenssicherung wird steigen, eine Debatte über die Verantwortung der europäischen Staaten ist längst

überfällig. Meiner Meinung nach wäre eine unabhängige Instanz der EU, wie sie Scholz in seiner Prager Rede erwähnte, ratsam, um schnell auf zukünftige Krisen zu reagieren. Der Diskurs um ein reformiertes, souveränes Europa befindet sich im Wandel und ist notwendig, um den geopolitischen Herausforderungen der Zukunft zu begegnen – oder wie es Scholz in der Prager Rede schlagwortartig beschrieb: «Europa ist unsere Zukunft – und diese Zukunft liegt in unseren Händen.» (Scholz, O. 29.08.2022)

7. Literaturverzeichnis

- AFP, FAZ, 30.06.2022, Putin wirft NATO "imperiale Ambitionen" vor, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wladimir-putin-wirft-Nato-imperiale-ambitionen-vor-18139004.html> [Zugriff: 25.07.22]
- APA, AFP, WZ, 28.10.2022, Teilmobilmachung: Russland hat 300.000 Reservisten einberufen, <https://www.wien-erzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2166399-Teilmobilmachung-Russland-hat-300.000-Reservisten-einberufen.html> [Zugriff: 28.10.2022]
- Bald, D. et al. 2013, Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Position und Opposition. Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS), DSS-Arbeitspapiere, Heft 107 – 2013, <https://slub.qucosa.de/api/qucosa%3A32466/attachment/ATT-0/> [Zugriff: 12.08.2022]
- Belina, B. 2008, Geographische Ideologieproduktion – Kritik der Geographie als Geographie Bernd Belina. ACME: An International Journal for Critical Geographies, 7(3), 510-537.
- Besson, S. 2007, Souveränität, Verantwortung und Neutralität. Damit aus der aktiven Neutralität kein Prokrustesbett wird. In Die Schweizer Neutralität: Beibehalten, umgestalten oder doch abschaffen? (pp. 95-110). Zurich: Werd.
- Bieri, T. 2013, Genealogie bei Nietzsche und Foucault, Dissertation, University of Zurich, Faculty of Arts
- Blumer, C. 20 Minuten, 2022, Putin-Versteher melden sich zu Wort, <https://www.20min.ch/story/putin-versteher-melden-sich-zu-wort-749977338014> [Zugriff: 11.04.2022]
- Bönker, K. 2022, Den Kalten Krieg neu denken? Neue Studien zum Kalten Krieg. Neue Polit. Lit. 67, 168–204 (2022). <https://doi.org/10.1007/s42520-022-00441-y>
- bpb, 2019, Vor 40 Jahren: SALT-II-Vertrag zur Rüstungsbegrenzung, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/292612/vor-40-jahren-salt-ii-vertrag-zur-ruestungsbegrenzung/> [Zugriff: 24.11.2022]
- bpb_1, 2022, Bonn, Massenvernichtungswaffen, Trägersysteme, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://sicherheitspolitik.bpb.de/de/m6/articles/delivery-systems> [Zugriff: 23.05.2022]
- bpb_2, 2022, Vor 75 Jahren: Der „Marshallplan“ wird präsentiert“, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/508993/vor-75-jahren-der-marshallplan-wird-praesentiert/> [Zugriff: 12.06.2022]
- Bundesministerium der Verteidigung, 2019, <https://www.bmvg.de/resource/blob/61338/83c5f00fd7761bad810c6b7be7cad6ba/b-02-03-ertuechtigungsinitiative-data.pdf> [Zugriff: 12.10.2022]
- Butzer, H. 2003, Das „Dritte Reich“ im Dritten Reich. Der Topos „Drittes Reich“ in der nationalsozialistischen Ideologie und Staatslehre. In: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches Öffentliches Recht. 42. Bd., Hannover 2003, S. 600–627
- Brunner, S. Zeit Online, 27.05.2022, Wie es die Anderen machen, <https://www.zeit.de/2022/22/neutralitaet-schweiz-finnland-schweden-oesterreich#oesterreich> [Zugriff: 12.10.2022]
- Carstens, P. FAZ, 27.04.2022, Berlin kauft lieber Rucksäcke als Waffen, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-sondervermoeagen-von-zeitenwende-ist-nichts-zu-sehen-17979839.html> [Zugriff: 21.06.2022]
- Creutziger, C. und Reuber, P. 2021, Diskurse von Geopolitik und ‚Neuem Kaltem Krieg‘ – Zur Veränderung medialer Repräsentationen von Russland und ‚dem Osten‘. Geographica Helvetica, 76(1), 1-16
- Daum, M. und Jäggi, S. 28.05.2022, Zeit Online, Was es bringt, neutral zu sein, <https://www.zeit.de/2022/22/neutralitaet-schweiz-ukraine-krieg-geschichte> [Zugriff: 04.06.2022]
- dpa, AFP, AP, ale, mp, Zeit Online, 28.01.2022, Joe Biden warnt vor möglichem russischen Einmarsch im Februar, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-01/ukraine-konflikt-russland-truppenaufmarsch-usa> [Zugriff: 04.05.2022]
- Dworzak, A. WZ, 29.04.2022, Pseudo-Staaten auf Geheiss Moskaus, <https://www.wien-erzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2145646-Pseudo-Staaten-auf-Geheiss-Moskaus.html> [Zugriff: 04.05.2022]
- Dörfler-Dierken, A. und Kümmel, G. 2016, Am Puls der Bundeswehr. Militärsoziologie in Deutschland zwischen Wissenschaft, Politik, Bundeswehr und Gesellschaft. Wiesbaden, Militärgeschichtliche Zeitschrift, 78(1), 325-329

- Elhardt, C. 2022, Die Neutralität ist nur ein Mittel unter vielen, Interview mit Andreas Wagner, ETH Zürich, <https://ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2022/05/die-neutralitaet-ist-nur-ein-mittel-unter-vielen.html> [Zugriff: 30. 05.2022]
- EDA, 2022, Neutralität, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/voelkerrecht/neutralitaet.html> [Zugriff: 01.09.2022]
- Europäischer Rat, Zeitleiste, 2022 – restriktive Massnahmen der EU gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine, <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/history-restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/> [Zugriff: 11.08.2022]
- Fleck, D. 1979, UN-Friedenstruppen: Erfolgswang und Bewährung. Vereinte Nationen: German Review on the United Nations, 27(3), 99-102. <http://www.jstor.org/stable/45228877> [Zugriff: 10.10.2022]
- Flick, U. 2020, Gütekriterien qualitativer Forschung. Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Springer, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26887-9_30
- Fotiadis, A. und Bhriain, N. N. 2022, Smoking Guns Wie europäische Waffenexporte Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertreiben. https://www.tni.org/en/publication/smoking-guns?content_language=de [Zugriff: 01.07.2022]
- Friederichs, H. Zeit Online, 17.04.2022, Deutsche Waffen für Russland, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-04/deutschland-waffenexport-russland> [Zugriff: 22.04.2022]
- Fücks, R. et al. Zeit Online, 04.05.2022, Offener Brief, Waffenlieferungen an die Ukraine, <https://www.zeit.de/2022/19/waffenlieferung-ukraine-offener-brief-olaf-scholz> [Zugriff: 04.05.2022]
- Fukuyama, F. 1989, The end of history?, The national interest, (16), 3-18
- Glasze, G. und Mattissek, A. 2021, Handbuch Diskurs und Raum: Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial-und kulturwissenschaftliche Raumforschung (Vol. 11). transcript Verlag.
- Habermas, J. SZ, 28.04.2022, Krieg und Empörung, <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/das-dilemma-des-westens-juergen-habermas-zum-krieg-in-der-ukraine-e068321/> [Zugriff: 30.04.2022]
- Hansen, J. 2016, Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977-1987), Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 112
- Hasenclever, A. und Weiffen, B. 2007, „Rivalitätsmanagement zwischen Demokratien–Eine institutionalistische Analyse des Demokratischen Friedens“. Macht und Ohnmacht internationaler Institutionen, Frankfurt/New York: Campus, 283-313.
- Heinegg, W. H. 2001, Der Rücktritt der USA vom ABM-Vertrag: Völkerrechtliche Würdigung unter besonderer Berücksichtigung einer alternativen Anpassung an die Erfordernisse einer multipolaren Welt. Die Friedens-Warte, 76(4). 417-434.
- Heisbourg, F. 2005, Von der atlantischen Allianz zur europäischen-amerikanischen Partnerschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, Transatlantische Politik, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/28820/von-der-atlantischen-allianz-zur-europaeisch-amerikanischen-partnerschaft/>[Zugriff: 11.06.2022]
- Hinz, J. 2017, Friendly fire: Die Handelsauswirkungen der Russlandsanktionen, IfW-Box, No. 2017.17, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel
- Holik, J. 2020, Der INF-Vertrag im Epochenwandel, Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen, 4(1), 81-84
- Hubacher, C. SRF, 26.04.2022, Ukraine-Flüchtlinge: Behörden am Limit?, <https://www.srf.ch/radio-srf-1/dieschweiz-hilft-ukraine-fluechtlinge-behoerden-am-limit> [Zugriff: 04.05.2022]
- Hulliger, S. SRF, 30.05.2022, Interview mit Volker Weiss, Dieser rechte Pazifismus ist eine reine Parteinahme, https://www.srf.ch/news/international/afd-gegen-waffenlieferungen-dieser-rechte-pazifismus-ist-eine-reine-parteinahme?wt_mc_o=srf.share.app.srf-app.email [Zugriff: 23.06.2022]
- Huntington, S. P. 1993, The Clash of Civilizations? Foreign Affairs, 72(3), 22–49. <https://doi.org/10.2307/20045621>
- Karl, L. WZ, 29.04.2022, Österreich bangt um Russlands Gas, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2145779-Oesterreich-bangt-um-Russlands-Gas.html> [Zugriff: 04.05.2022]
- Kaim, M. 2011, Internationale Sicherheitspolitik nach dem 11. September, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/33227/internationale-sicherheitspolitik-nach-dem-11-september/?p=all> [Zugriff: 21.10.2022]

- Klasen, R. und Hoffmann, C. 2016, Rüstungsexporteur Deutschland, Agenda 2030, https://www.2030report.de/sites/default/files/bericht2030/Kapitel_2-19_Klasen-Hoffmann-Rüstungsexporte_0.pdf [Zugriff: 04.05.2022]
- Klein, E. und Burkhardt, F. 2022, Chronik der Ukraine-Analysen, <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&d1=2019-01-12&d2=2022-02-28&t=&o=100&l=100&x=0#eintraege> [Zugriff: 10.10.2022]
- Klein, E. 2022, Orange Revolution Ukraine 2004, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, <https://osteuropa.lpb-bw.de/orange-revolution-ukraine>, [Zugriff: 20.12.2022]
- Knelangen, W. 12.09.2005, Transatlantische Politik, Eine neue deutsche Europapolitik für eine andere EU? Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/28826/eine-neue-deutsche-europapolitik-fuer-eine-andere-eu/> [Zugriff: 20. 04.2022]
- Kögel, L. Zeit Online, 04.05.2022, Ungarn erwartet Sicherheitsgarantien für Ölembargo gegen Russland, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-05/oel-embargo-eu-russland-folgen-experten> [Zugriff: 04.05.2022]
- Lutz, J. 2019, Waffenproduktion und Waffenexport: Rüstungsindustrie in Österreich – Eine Analyse betriebswirtschaftlicher und unternehmenshistorischer Aspekte der Waffenproduzenten Steyr-Mannlicher und Glock, <https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/content/titleinfo/3758534/full.pdf> [Zugriff: 30.03.2022]
- Mackow, J. 2016, Die Ukraine Krise ist eine Krise Europas, (Flugschrift, S 120) Berlin: Edition fotoTAPETA, ISBN: 978-3-940524-49-2
- Major, C. et al. 2014, Bewaffnen + Befähigen = Befrieden?, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2014A74_mjr_mlg_vrr.pdf [Zugriff: 24.10.2022]
- Mason, D. S. 1988, Glasnost, Perestroika and Eastern Europe. *International Affairs* (Royal Institute of International Affairs 1944, 64(3), 431–448
- Mattisek, A. et al. 2013, Methoden der empirischen Humangeographie, 2. Auflage Neuerscheinung, S. 316, Braunschweig: Westermann
- Meister, S. 2015. DGAPkompakt, Thesen für eine neue deutsche Russlandpolitik, <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/thesen-fuer-eine-neue-deutsche-russlandpolitik> [Zugriff: 02.04.2022]
- Meingast, S. 2003, Die Zukunft der österreichischen Neutralität. GRIN Verlag. <https://www.grin.com/document/11829> [Zugriff: 21.04.2022]
- Misik, R. 2022, Das grosse Beginnergefühl: Moderne, Zeitgeist, Revolution. Suhrkamp Verlag, 1. Auflage, Wien 2022; S. 284, ISBN 9783518127889
- Mühlbauer, T. 2021, Reagan und Gorbatschow: Missverstanden und dennoch erfolgreich? – Eine historische Diskursanalyse zu den Abrüstungsverhandlungen von USA und Sowjetunion am Ende des Kalten Krieges. Masterarbeit Uni Salzburg ISO 690, <https://digital.obvsg.at/obvusbhs/download/pdf/7328676?originalFilename=true> [Zugriff: 04.04.2022]
- Pleines, H. 2022, Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen: Was ist möglich? <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/261/die-umsetzung-der-minsker-vereinbarungen-was-ist-moeglich/> [Zugriff: 02.10.2022]
- Riklin, A. 2006, Neutralität am Ende? 500 Jahre Neutralität der Schweiz. *Zeitschrift für schweizerisches Recht*, 125(1), 583-598.
- Rudolf, P. 2006, Sanktionen in der internationalen Politik: zum Stand der Forschung, (SWP-Studie, S 30). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-245211> [Zugriff: 30.05.2022]
- Sasse, G. 2018, Kommentar: Zwischen Realität und Mythenbildung: Der Maidan vor fünf Jahren, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/281640/kommentar-zwischen-realitaet-und-mythenbildung-der-maidan-vor-fuenf-jahren/> [Zugriff: 10.03.2022]
- Schlieben, M. et al. Zeit Online, 30.05.2022, Wie hält es Europas Linke mit dem Krieg?, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-05/europa-linke-gruene-krieg-ukraine-Nato> [Zugriff: 30. 05.2022]
- Schmid, U. 2018, Russland und Europa, Köber Stiftung, https://www.alexandria.unisg.ch/254477/1/Schmid_RusslandEuropa2018.pdf [Zugriff: 11. 06.2022]
- Schmidl, E. 1998, Von Dünkirchen nach Brüssel – Die Entstehung von NATO und EU, https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/01_oun_01_dbe.pdf [Zugriff: 20.04.2022]

- Schneider, G. und Toyka-Seid, C. 2022, Eisener Vorhang, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320192/eiserner-vorhang/> [Zugriff: 03.10.2022]
- Scholz, O. 27.02.2022, Rede des Bundeskanzlers am 27.02.22, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> [Zugriff: 09.03.2022]
- Schubert, K. und Klein, M. 2020, Das Politlexikon, 7. Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18464/warschauer-pakt/> [Zugriff: 09.10.2022]
- Schwarzer, A. et al. Emma, 29.04.2022, Offener Brief an Bundeskanzler Scholz, Emma Redaktion, <https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463> [Zugriff: 30.05.2022]
- SECO, 2022, Ausfuhr von Kriegsmaterial im Jahr 2021, <https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/seco/nsb-news/medienmitteilungen-2022.msg-id-87704.html>, [Zugriff: 06.01.2023]
- Solkina, M. 2020, Kann man die Wege zusammenführen? <https://ukraineverstehen.de/solkina-trilaterale-kontakt-gruppe-neues-format/> [Zugriff: 30.05.2022]
- Stahl, B. 2017, Verantwortung - welche Verantwortung? Der deutsche Verantwortungsdiskurs und die Waffenlieferungen an die Peschmerga. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 27(4), 437-471, <https://doi.org/10.1007/s41358-017-0113-0> [Zugriff: 30.05.2022]
- Szvircev, T. et al. 2021, Sicherheit 2021 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im trend. Militärakademie (MILAK) and der ETH Zürich und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich
- Thielicke, H. 2021. Nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung – eine Sicht aus Deutschland. https://repozytorium.ka.edu.pl/bitstream/handle/11315/29854/THIELICKE_Nukleare_Nichtverbreitung_und_Abruestung_2021.pdf?sequence=1&isAllowed=y [Zugriff: 02.05.2022]
- Toyka-Seid, C. und Schneider, G. 2023, Zweiter Weltkrieg, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321505/zweiter-weltkrieg/> [Zugriff: 24.09.2022]
- Udris, L. et al. 2022, fög, Die Qualität der Berichterstattung über den Ukrainekrieg, Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft/ Universität Zürich, Jahrbuch Qualität der Medien Studie 1/2022, <https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/224736/> [Zugriff: 22.10.2022]
- UN, 2014, Arms Trade Treaty, <https://www.un.org/disarmament/att/> [Zugriff: 22.10.2022]
- Woyke_1, W. 2016, Ost-West-Konflikt. Weltpolitik im Wandel, 143-160. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94262-9_12
- Woyke_2, W. 2016 Truman-Doktrin und Marshall-Plan. In: Weltpolitik im Wandel. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94262-9_11
- Wörner, J. 2013, Ökonomische Aspekte der Rüstungspolitik in Europa, Universität der Bundeswehr Hamburg, Doctoral dissertation, Universitätsbibliothek der HSU/UniBwH, openHSU_488.pdf
- Friederichs, H. Zeit Online, 02.05.2022, Welche Hilfe die Ukraine von anderen Staaten bekommt, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-04/ukraine-waffenlieferung-finanzhilfen-laender-vergleich> [Zugriff: 02.05.2022]
- Ostaptschuk, M. Deutsche Welle, 24.01.2019, Ukraine: 13 Jahre Haft für Janukowitsch, Deutsche Welle, <https://www.dw.com/de/ukraine-13-jahre-haft-für-janukowitsch/a-47218784> [Zugriff: 30.03.2022]

7.1 Quellenverzeichnis der Tageszeitungen

Vor Kriegsbeginn

- Ackeret, M. NZZ, 24.02.2022, Russland hat mit der Invasion in der Ukraine begonnen, und Putin droht dem Westen mit «schrecklichen» Konsequenzen, <https://www.nzz.ch/international/russland-ukraine-putin-kuendigt-militaereinsatz-im-donbass-an-ld.1671485> [Zugriff: 05.04.2022]
- AFP, Zeit Online, 29.12.2014, Das Normandie-Format soll in der Ukraine-Krise helfen, <https://web.archive.org/web/20161115033326/http://www.zeit.de/news/2014-12/29/deutschland-das-normandie-format-soll-in-der-ukraine-krise-helfen-29152807> [Zugriff: 02.10.2022]
- apa, STAND, 06.06.2011, Georgiens Aussenminister: «Nationaler Konsens» zu EU und NATO, <https://www.derstandard.at/story/1304553803158/georgiens-aussenminister-nationaler-konsens-zu-eu-und-nato> [Zugriff: 23.08.2022]
- apa, WZ, 01.10.2022, Stoltenberg betont «Politik der offenen Tür», <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2163473-Stoltenberg-betont-Politik-der-offenen-Tuer.html> [Zugriff: 09.10.2022]
- Baum et al. Zeit Online, 28.02.2022, Wie kann ich helfen? <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2022-02/ukraine-hilfespenden#beistand-leisten-und-kontakt-halten> [Zugriff: 09.10.2022]
- Brössler, D. und Fellmann, F. TA, 21.02.2022, Der Kreml treibt die Eskalation voran, <https://www.tagesanzeiger.ch/der-kreml-treibt-die-eskalation-voran-557455846742> [Zugriff: 10.03.2022]
- Carsten, L. Zeit Online, 17.01.2022, Warme Worte, aber wenig in der Hand, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-01/annalena-baerbock-ukraine-konflikt-aussenpolitik-russland> [Zugriff: 21.08.2022]
- Deutscher Bundestag, 23.03.2010, Antrag der Fraktion der SPD, Modernisierungspartnerschaft mit Russland – Gemeinsame Sicherheit in Europa durch stärkere Kooperation und Verflechtung, <https://dserver.bundestag.de/btd/17/011/1701153.pdf> [Zugriff: 02.06.2022]
- Dornblüth, G. und Franke, T. Deutschlandfunk, 26.05.2022, Die NATO-Russland-Grundakte, Aus einer sicheren Zeit, <https://www.deutschlandfunk.de/Nato-russland-grundakte-100.html> [Zugriff: 10.03.2022]
- dpa-infocom, Zeit Online, 20.02.2022, Sicherheitskonferenz: Sorge vor Krieg in Europa, https://www.zeit.de/news/2022-02/19/scholz-und-harris-sprechen-bei-muenchner-sicherheitskonferenz?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F [Zugriff: 10.03.2022]
- dpa-infocom, SZ, 24.02.2014, Hintergrund: Janukowitschs Flucht, <https://www.sueddeutsche.de/politik/innenpolitik-hintergrund-janukowitschs-flucht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140224-99-03138> [Zugriff: 10.06.2022]
- dpa, WZ, 15.03.2014, Countdown für die Krim-Abspaltung, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/615337-Countdown-fuer-die-Krim-Abspaltung.html> [Zugriff: 05.04.2022]
- dpa/segighe, SZ, 13.02.2016, Medwedew spricht von «neuer Ära des Kalten Kriegs», <https://www.sueddeutsche.de/politik/muenchner-sicherheitskonferenz-medwedjew-spricht-von-neuer-periode-des-kalten-krieges-1.2862350> [Zugriff: 25.06.2022]
- Eckardt, L. Zeit Online, 24.02.2022, Wolodymyr Selenskyj ruft Ukrainer zu den Waffen, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/wolodymyr-selenskyj-ukraine-buerger-waffen> [Zugriff: 05.04.2022]
- Escher, M. STAND, 27.02.2022, Wie Waffenlieferungen, Atomdrohungen und Rückschläge zusammenhängen, <https://www.derstandard.at/story/2000133701031/wie-waffenlieferungen-atomdrohungen-und-rueckschlaege-zusammenhaengen> [Zugriff: 27.06.2022]
- Europäischer Rat, Zeitleiste, 2022, restriktive Massnahmen der EU gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine, <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/history-restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/> [Zugriff: 05.04.2022]
- Fix, L. 04.05.2022, Russland-Analysen, Kommentar: Es war nicht alles falsch! Oder doch? Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-419/508281/kommentar-es-war-nicht-alles-falsch-oder-doch/> [Zugriff: 05.04.2022]
- Kipiani, M. 26.08.2020, Kriege und Konflikte, Georgien, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54599/georgien/> [Zugriff: 05.04.2022]
- Kornelius, S. TA, 20.02.2022, Die Welt muss handeln, nicht die Ukraine, <https://www.tagesanzeiger.ch/die-welt-muss-handeln-nicht-die-ukraine-148142349632> [Zugriff: 22.04.2022]

- lpb-bw, 2022, Chronologie des Ukraine-Konflikts, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, <https://www.lpb-bw.de/chronik-ukraine-konflikt> [Zugriff: 05.08.2022]
- leg, apa WZ, 26.02.2022, Deutschland liefert nun doch Waffen, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2139172-Deutschland-liefert-nun-doch-Waffen.html> [Zugriff: 03.05.2022]
- Lechner, G. WZ, 07.02.2022, Diplomatisches Kräftespiel um die Ukraine, <https://www.wienerzeitung.at/dossiers/russlands-krieg-in-der-ukraine/2137080-Diplomatisches-Kraeftespiel-um-die-Ukraine.html> [Zugriff: 05.03.2022]
- Krüger, P. SZ, 27.02.2022, Erbitterter Widerstand, <https://www.sueddeutsche.de/politik/russland-ukraine-krieg-militaer-1.5537931> [Zugriff: 10.09.2022]
- Maksan, O. und Höltschi, R. NZZ, 22.02.2022, Deutschland stoppt Nord Stream 2 – doch beerdigt ist das Projekt noch nicht, <https://www.nzz.ch/international/nord-stream-2-kanzler-scholz-stoppt-zertifizierungsverfahren-ld.1671116?reduced=true> Nord Stream, Die Pipeline, nord-stream.com [Zugriff: 23.09.2022]
- MSC, 2022, Über die Münchner Sicherheitskonferenz, <https://securityconference.org/ueber-uns/ueber-die-msc/> [Zugriff: 11.10.2022]
- RUB, TA, 04.09.2014, Waffenstillstand könnte EU-Sanktionen verhindern, <https://www.tagesanzeiger.ch/waffenstillstand-koennte-eu-sanktionen-verhindern-961862667384> [Zugriff: 25.10.2022]
- Rotenberg, O. und Popov, M. WZ, 24.02.2022, Russlands Armee: Modern, zahlenstark, kampferprobt, <https://www.wienerzeitung.at/dossiers/russlands-krieg-in-der-ukraine/2138866-Russlands-Armee-Modern-zahlenstark-kampferprobt.html> [Zugriff: 05.04.2022]
- Schuller, K. und Wehner, K. FAZ, 15.02.2015, Ein russisches Spiel, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/die-verhandlungen-von-minsk-ein-russisches-spiel-13428669.html> [Zugriff: 12.07.2022]
- Sohn, M. WZ, 17.01.2022, Baerbock fordert in Kiew friedliche Lösung, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2134444-Baerbock-fordert-in-Kiew-friedliche-Loesung.html> [Zugriff: 02.10.2022]
- Vu, V. Zeit Online, 19.02.2022, Ukrainische Armee meldet weitere Verstöße gegen Waffenruhe, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/ukraine-rebellenchef-generalmobilmachung-osze-joe-biden> [Zugriff: 12.05.2022]
- Weisflog, C. NZZ, 06.05.2022, Die amerikanische Spionage ist Kiews unsichtbare Wunderwaffe, <https://www.nzz.ch/international/ukraine-geheimdienstinformationen-der-usa-als-wichtigste-waffe-ld.1682722?reduced=true> [Zugriff: 12.07.2022]
- Umland, A. 04.05.2022, Kommentar: Abschied vom Wolkenkuckucksheim. Deutschlands langsamer Wiedereintritt in die Weltpolitik, Russland-Analysen Nr. 419, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-419/508280/kommentar-abschied-vom-wolkenkuckucksheim-deutschlands-langsamer-wiedereintritt-in-die-weltpolitik/> [Zugriff: 05.04.2022]
- Werkner, I. 2022, Universität Heidelberg, Schwere Waffen für die Ukraine – die richtige Antwort auf Putins Krieg? <https://books.ub.uni-heidelberg.de/heibooks/reader/download/1060/1060-4-99093-1-10-20220629.pdf> [Zugriff: 12.06.2022]
- APA/Reuters, WZ, 02.02.2015, Wiener Zeitung, Berlin warnt vor US-Waffenlieferungen an Kiew, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/732205-Berlin-warnt-vor-US-Waffenlieferungen-an-Kiew.html> [Zugriff: 01.08.2022]
- Zandt, F. 2022, statista, Die meistsanktionierten Länder der Welt, Statista, <https://de.statista.com/infografik/27021/anzahl-der-derzeit-aktiven-sanktionen-nach-zielland/> [Zugriff: 13.04.2022]
- Zimmermann, K. Zeit Online, 28.01.2022, Gerhard Schröder wirft Ukraine «Säbelrasseln» vor, <https://www.zeit.de/politik/2022-01/gerhard-schroeder-ukraine-saebelrasseln-osteuropa-russland> [Zugriff: 15.10.2022]

Erster Wendepunkt

- Baerbock, A. – Brössler, D. und Krüger, P. SZ, 21.01.2022, Auswärtiges Amt, „Wir werden um jeden Millimeter mehr Sicherheit ringen müssen, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-sz/2507780>, im Interview mit der Süddeutschen Zeitung [Zugriff: 02.03.2022]
- Baerbock, A. – APA, DPA, Reuters, WZ, 24.02.2022, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2138918-EU-will-neue-Sanktionen-gegen-Russland.html> [Zugriff: 25.02.2022]
- Adomeit, H. 2019, Bundesakademie für Sicherheit, «Russland verstehen»: Kreml-Apologien als Basis für Appeasement-Politik, https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2019_17.pdf [Zugriff: 15.07.2022]
- APA/AFP, WZ, 08.03.2022, Polen zu Lieferung von Mig-29-Jets an USA bereit, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2140184-Polen-zu-Lieferung-von-Mig-29-Jets-an-USA-bereit.html> [Zugriff: 03.04.2022]
- Baumann, B. STAND, 28.02.2022, Deutschland rüstet auf: Ende der Zurückhaltung, <https://www.derstandard.at/story/2000133720521/deutschland-ruestet-auf-ende-der-zurueckhaltung> [Zugriff: 15.03.2022]
- Capellini, K. NZZ, 02.03.2022, Putin versetzt seine Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft – was bedeutet dies und über wie viele Atomwaffen verfügt Russland? <https://www.nzz.ch/international/putin-versetzt-atomstreitkraefte-in-bereitschaft-was-bedeutet-dies-und-ueber-wie-viele-atomwaffen-verfuegt-russland-ld.1672133?reduced=true> [Zugriff: 12.05.2022]
- DPA, SZ, 27.02.2022, Scholz erklärt sich nach Kurswechsel in der Ukraine-Krise, <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-scholz-erklaert-sich-nach-kurswechsel-in-der-ukraine-krise-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220226-99-300593> [Zugriff: 12.05.2022]
- DPA, SZ, 20.03.2022, Ukraine erhält von Deutschland 500 Strela-Raketen, <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-ukraine-erhaelt-von-deutschland-500-strela-luftabwehrraketen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220320-99-600402> [Zugriff: 14.04.2022]
- dpa-infocom, SZ, 04.03.2022, dpa:220304-99-381273/7, Baerbock kündigt weitere Russland-Sanktionen an, <https://www.nzz.ch/international/wir-sind-heute-in-einer-anderen-welt-aufgewacht-aussenministerin-baerbock-kuendigt-massivste-sanktionen-gegen-russland-an-ld.1671518?reduced=true> [Zugriff: 01.04.2022]
- dpa-infocom, SZ, 05.03.2022, dpa:220305-99-399142/10, Hoffen auf humanitären Korridor: Und was kommt danach? <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-hoffen-auf-humanitaeren-korridor-und-was-kommt-danach-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220305-99-399142> [Zugriff: 13.05.2022]
- Dworzak, A. WZ, 26.04.2022, Scholz gibt dem Druck nach, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2145386-Scholz-gibt-dem-Druck-nach.html> [Zugriff: 12.06.2022]
- Eisenring, C. und Hosp, G. NZZ, 24.03.2022, Verpuffen die Sanktionen gegen russisches Erdöl und Erdgas? <https://www.nzz.ch/wirtschaft/sanktionen-gegen-russland-china-und-indien-als-lachende-dritte-ld.1675822?reduced=true> [Zugriff: 03.07.2022]
- Ernst, A. NZZ, 10.03.2022, Das bombardierte Kinderspital in Mariupol im Strudel des Informationskriegs, <https://www.nzz.ch/international/krieg-in-der-ukraine-humanitaere-katastrophe-in-mariupol-ld.1673942?reduced=true> [Zugriff: 07.05.2022]
- Ernst, A. NZZ, 29.03.2022, Die Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine kommen voran – Moskau verspricht weniger Kampfhandlungen, <https://www.nzz.ch/international/russland-und-die-ukraine-fortschritte-bei-friedensverhandlungen-ld.1677001?reduced=true> [Zugriff: 07.05.2022]
- Eppelsheim, P. FAZ, 19.05.2022, Scheitert die NATO-Norderweiterung an der Türkei? <https://www.faz.net/aktuell/newsletter-fruehdenker/scheitert-die-Nato-norderweiterung-an-der-tuerkei-18042386.html> [Zugriff: 12.06.2022]
- Fedlex, 2015, Charta der Vereinten Nationen, <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2003/160/de> [Zugriff: 11.10.2022]
- Frey, E. STAND, 03.06.2022, Der Preis für den Krieg, <https://www.derstandard.at/story/2000133849142/der-preis-fuer-den-krieg> [Zugriff: 18.06.2022]
- Gafafer, T. NZZ, 28.02.2022, Der Bundesrat hat bei den Sanktionen gegen Russland gerade noch die Kurve gekriegt, <https://www.nzz.ch/meinung/die-schweiz-kriegt-bei-den-sanktionen-gegen-russland-die-kurve-ld.1672130?reduced=true> [Zugriff: 05.04.2022]

- Gafafer, T. und Forster, C. NZZ, 03.03.2022, Cassis zum Krieg in der Ukraine: Wir rechnen mit dem Schlimmsten», sagt der Bundespräsident Cassis zum Krieg in der Ukraine, <https://www.nzz.ch/schweiz/wir-muessen-mit-dem-schlimmsten-rechnen-sagt-bundespraesident-cassis-zum-krieg-in-der-ukraine-ld.1672539?reduced=true> [Zugriff: 18.06.2022]
- Gierke, S. und Käppner, J. TA, 18.03.2022, <https://www.tagesanzeiger.ch/die-ukrainer-muessen-nicht-gewinnen-sie-duerfen-nur-nicht-verlieren-932896045493> [Zugriff: 05.04.2022]
- Gutschker, T. FAZ, 07.04.2022, Auch Panzer werden jetzt als defensive Waffen gesehen, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ukraine-krieg-hofreiter-attackiert-scholz-wegen-waffen-lieferungen-17970659.html?premium> [Zugriff: 25.04.2022]
- Hassel, F. TA, 03.03.2022, Putins blutige Spur in Butscha, <https://www.tagesanzeiger.ch/putins-blutige-spur-in-butscha-449719909127> [Zugriff: 05.04.2022]
- Hosp, G. NZZ, 07.03.2022, Der Konflikt mit Russland läutet endgültig das Ende des Erdölzeitalters ein – und auch das Ende einer naiven Energiewende, <https://www.nzz.ch/meinung/der-russland-konflikt-laeuet-endgueltig-das-ende-des-erdoelzeitalters-ein-und-auch-das-ende-einer-naiven-energiewende-ld.1673298?reduced=true> [Zugriff: 25.04.2022]
- IAEA, History, 2022, Vienna International Centre, <https://www.iaea.org/about/overview/history> [Zugriff: 25.08.2022]
- Kreutzmann, S. NZZ, 20.04.2022, Geld statt Waffen für die Ukraine? Es wird einsam um den deutschen Bundeskanzler, <https://www.nzz.ch/international/krieg-in-der-ukraine-um-olaf-scholz-wird-es-einsam-ld.1680210?reduced=true> [Zugriff: 28.04.2022]
- Kreutzmann, S. NZZ, 28.04.2022, Deutscher Bundestag stimmt für Panzerlieferungen an die Ukraine, <https://www.nzz.ch/international/zaudern-zoegern-aengstlichkeit-ld.1681490?reduced=true> [Zugriff: 03.05.2022]
- Lindner, C. – dpa-infocom, SZ, 05.03.2022, dpa:220305-99-391852/2, Lindners Appell: “Kein Appeasement“ gegenüber Putin, <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-lindners-appell-kein-appeasement-gegenueber-putin-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220305-99-391852> [Zugriff: 23.04.2022]
- Maksan, O. NZZ, 30.03.2022, Raketenschild aus Israel: Wäre Deutschland sicher darunter? <https://www.nzz.ch/international/putins-raketen-wuerde-ein-abwehrschild-deutschland-schuetzen-ld.1676938?reduced=true> [Zugriff: 01.04.2022]
- Mayer, A. SZ, 30.03.2022, Sind die 100 Milliarden Euro gut investiert? <https://www.sueddeutsche.de/kolumne/bundeswehr-sind-die-100-milliarden-euro-gut-investiert-1.5557517> [Zugriff: 21.04.2022]
- Meyer, T. STAND, 24.01.2022, Putin militarisiert Europa, <https://www.derstandard.at/story/2000132800865/putin-militarisiert-europa> [Zugriff: 21.04.2022]
- Mijnssen, I. 04.03.2022, NZZ, Die erste Schweizer Hilfslieferung gelangt in die Ukraine – auf abenteuerlichen Wegen, <https://www.nzz.ch/international/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-krieg-die-schweiz-liefert-hilfsgueter-fuer-fluechtlinge-ld.1672968?reduced=true> [Zugriff: 01.04.2022]
- Müller, A. 07.03.2022, NZZ, Die Schweizer Banken fürchten sich mehr vor einer Rezession als vor weiteren Sanktionen gegen reiche Russen, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/russland-sanktionen-banken-mit-mehr-angst-vor-rezession-ld.1673273?reduced=true> [Zugriff: 13.05.2022]
- Monn, J., 12.03.2022, NZZ, Wo ist der Konvoi? Russland hat logistische Probleme im Krieg, <https://www.nzz.ch/international/wo-ist-der-konvoi-russland-hat-logistische-probleme-im-krieg-ld.1673654> [Zugriff: 05.04.2022]
- Monn, J. NZZ, 28.04.2022, Waffen Nahrungsmittel und Kredite – welche Länder die Ukraine im Krieg am meisten Unterstützen, <https://www.nzz.ch/international/welche-laender-die-ukraine-im-krieg-am-meisten-unterstuetzen-ld.1680850?reduced=true> [Zugriff: 10.06.2022]
- Nato, Grundakte, 27.05.1997, https://www.Nato.int/cps/en/Natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de [Zugriff: 15.11.2022]
- OSZE, Schlussakte von Helsinki, 01.08.1975, <https://www.osce.org/de/mc/39503> [Zugriff: 15.11.2022]
- Pabst, V. NZZ, 04.03.2022, Die Entrüstung über Russlands Kriegsführung wird immer grösser, <https://www.nzz.ch/international/russland-will-kiew-umzingeln-die-groessten-gelaendegewinne-gelingen-den-angreifern-aber-bisher-im-sueden-ld.1673020?reduced=true> [Zugriff: 01.04.2022]

- Pfaff, I. SZ, 02.06.2022, Die Schweiz rüstet auf, <https://www.sueddeutsche.de/politik/schweiz-armee-ukraine-auf-ruestung-1.5596374> [Zugriff: 01.08.2022]
- Ràsonyi, P. NZZ, 30.03.2022, Die Welt kann noch nicht auf einen raschen Frieden in der Ukraine hoffen, <https://www.nzz.ch/meinung/ukraine-krieg-der-frieden-ist-noch-weit-entfernt-ld.1677158?reduced=true> [Zugriff: 05.04.2022]
- red, TA, 28.02.2022, Einmaliger Schritt der Schweiz: Bundesrat ändert Sanktionspraxis und übernimmt EU-Massnahmen? <https://www.tagesanzeiger.ch/zieht-die-schweiz-mit-den-sanktionen-der-eu-mit-755303975627> [Zugriff: 21.04.2022]
- Reinecke, S. Deutschlandfunk, 26.04.2022, Das Ende der Grünen, wie wir sie kennen? <https://www.deutschlandfunkkultur.de/friedenspolitik-gruene-waffenlieferungen-ukraine-100.html> [Zugriff: 21.04.2022]
- gna., frs., niz FAZ, 21.04.2022, Deutschland bereitet Ringtausch für Waffenlieferungen vor, <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundesregierung-bereitet-ringtausch-fuer-waffenlieferungen-vor-17973742.html> [Zugriff: 05.09.2022]
- Rüesch, A. NZZ, 17.03.2022, Russlands Luftwaffe erleidet ihre bisher schwersten Verluste, <https://www.nzz.ch/international/ukraine-russlands-luftwaffe-erleidet-bisher-schwerste-verluste-ld.1674908?reduced=true> [Zugriff: 18.03.2022]
- Scholz, O. 27.02.2022, Rede des Bundeskanzlers am 27.02.22, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> [Zugriff: 12.05.2022]
- Schönhuber, R. WZ, 02.03.2022, Klein, mobil, tödlich: Mit welchen Waffen die Ukraine ausbremst, <https://www.wienerzeitung.at/dossiers/russlands-krieg-in-der-ukraine/2139600-Klein-mobil-toedlich-Mit-welchen-Waffen-die-Ukraine-Russland-ausbremst.html> [Zugriff: 05.04.2022]
- Seifert, T. WZ, 23.03.2022, «Realistischerweise bleibt nur eine Verhandlungslösung», <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2141660-Realistischerweise-bleibt-nur-eine-Verhandlungsloesung.html> [Zugriff: 12.05.2022]
- Steinvorth, D. NZZ, 24.03.2022, Die Nato denkt zuerst an sich selbst, <https://www.nzz.ch/international/die-Nato-denkt-zuerst-an-sich-selbst-ld.1676159?reduced=true> [Zugriff: 27.03.2022]
- Schweiger, G. WZ, 17.03.2022, Nahrung für die Welt statt Waffen für Europa, <https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2141045-Nahrung-fuer-die-Welt-statt-Waffen-fuer-Europa.html> [Zugriff: 18.03.2022]
- Stoltenberg, J. Zeit Online, 04.03.2022, Nato lehnt von der Ukraine geforderte Flugverbotszone ab, Die Zeit, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/ukraine-flugverbotszone-jens-stoltenberg-Nato> [Zugriff: 05.04.2022]
- Stuiber, P. STAND, 28.02.2022, Wird werden verzichten müssen, <https://www.derstandard.at/story/2000133700177/wir-werden-verzichten-muessen> [Zugriff: 12.05.2022]
- Tkachenko, K. 26.07.2022, Ziel und Mittel: Schwere Waffen für die Ukraine, Ukraine verstehen, <https://ukraineverstehen.de/tkachenko-schwere-waffen-fuer-die-ukraine/> [Zugriff: 15.08.2022]
- Vögeli, D. und Häslar, G. NZZ, 19.03.2022, Kundgebung gegen den Ukraine-Krieg in Bern: Selenskij kritisiert in Videobotschaft Nestlé und fordert Banken zum Handeln auf, <https://www.nzz.ch/schweiz/kundgebung-gegen-den-ukraine-krieg-in-bern-selenski-tritt-auf-ld.1675432?reduced=true> [Zugriff: 14.04.2022]
- Vilimsky, H. Die Presse, 25.03.2022, FPÖ gegen «falsche Hoffnungen» für die Ukraine und Co. <https://www.diepresse.com/6116700/fpoe-gegen-falsche-hoffnungen-fuer-ukraine-und-co> [Zugriff: 22.10.2022]

Zweiter Wendepunkt

- Ackeret, M. NZZ, 09.05.2022, Putin zieht am «Tag des Sieges» eine Linie vom Kampf gegen Nazideutschland zum Krieg in der Ukraine – aber er enttäuscht die Scharfmacher, <https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-putin-verzichtet-am-tag-des-sieges-auf-neues-ld.1683122?reduced=true> [Zugriff: 13.05.2022]
- ACLED, 2022, <https://acleddata.com/about-acledd/> [Zugriff: 12.08.2022]
- APA, STAND, 11.05.2022, Österreich verlängert Kontrollen an den Grenzen zu Ungarn und Slowenien, <https://www.derstandard.at/story/2000135630651/oesterreich-verlaengert-grenzkontrollen-zu-ungarn-und-slo-wenien> [Zugriff: 13.05.2022]
- Berg, O. WZ, 29.04.2022, Prominente warnen in offenem Brief vor Drittem Weltkrieg, <https://www.wienerzeitung.at/dossiers/russlands-krieg-in-der-ukraine/2145702-Prominente-warnen-in-offenem-Brief-vor-Drittem-Weltkrieg.html> [Zugriff: 07.05.2022]
- Bachstein, A. und Kelnberger, J. SZ, 05.04.2022, EU boykottiert russische Kohle, <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-sanktionen-kohleboykott-1.5561465> [Zugriff: 05.04.2022]
- Bahners, P. und Kilb, A. FAZ, 04.05.2022, Die Pflichten der Ukraine, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukraine-krieg-reinhard-merkel-im-interview-ueber-offenen-brief-18005242.html> [Zugriff: 19.05.2022]
- Balmetzhofer, M. STAND, 08.06.2022, «Buch der Henker»: Selenskyj will mutmassliche Kriegsverbrechen erfassen, <https://www.derstandard.at/jetzt/livebericht/2000136372287/redcontent/1000270662?responsive=false> [Zugriff: 25.10.2022]
- Baumann, M. NZZ, 19.05.2022, Österreich setzt auf Durchwursteln statt einer Zeitenwende, <https://www.nzz.ch/meinung/ukraine-krieg-oesterreich-will-keine-zeitenwende-ld.1684633?reduced=true> [Zugriff: 19.05.2022]
- Busse, N. FAZ, 04.05.2022, Auch der Westen hat Atomwaffen, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/putins-atomkrieg-drohung-es-gibt-auch-nukleare-waffen-im-westen-18003004.html> [Zugriff: 13.05.2022]
- Carli, L. TA, 24.05.2022, Die Schweiz braucht keine neuen Adjektive, <https://www.tagesanzeiger.ch/die-schweiz-braucht-keine-neuen-adjektive-503714376214> [Zugriff: 04.06.2022]
- Czarnowska, M. WZ, 17.05.2022, Gestärkte Nato, geschwächte EU, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2147671-Gestaerkte-Nato-geschwaechte-EU.html> [Zugriff: 19.05.2022]
- dpa-infocom, SZ, 02.04.2022, dpa:220402-99-766544/14, Krieg gegen die Ukraine: So ist die Lage, <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-krieg-gegen-die-ukraine-so-ist-die-lage-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220401-99-753398> [Zugriff: 05.04.2022]
- dpa-infocom, SZ, 11.04.2022, dpa:220411-99-885732/2, Asow-Regiment spricht von Giftgas-Angriff in Mariupol, <https://www.sueddeutsche.de/politik/international-asow-regiment-spricht-von-giftgas-angriff-in-mariupol-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220411-99-885732> [Zugriff: 14.04.2022]
- dpa-infocom, SZ, 24.04.2022, dpa:220424-99-28163/6, Merz: Gemeinsamer Antrag zu Waffenlieferungen, <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-merz-gemeinsamer-antrag-zu-waffenlieferungen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220424-99-28163> [Zugriff: 02.05.2022]
- dpa-infocom, SZ, 13.04.2022, dpa:220413-99-900705/2, Ostermärsche in Bayern: Gegen Krieg und „massive Aufrüstung“, <https://www.sueddeutsche.de/bayern/demonstrationen-muenchen-ostermaersche-in-bayern-gegen-krieg-und-massive-aufruestung-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220413-99-900705> [Zugriff: 14.04.2022]
- dpa-infocom, SZ, 28.06.2022, dpa:220601-99-502249/6, Krieg gegen die Ukraine: So ist die Lage, <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-krieg-gegen-die-ukraine-so-ist-die-lage-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220628-99-825703> [Zugriff: 03.07.2022]
- til, dpa, Reuters, Spiegel, 14.04.2022, Medwedew droht Nato im Fall von Aufnahme Schwedens und Finnlands, <https://www.spiegel.de/ausland/dmitrij-medwedew-droht-Nato-im-falle-von-aufnahme-schwedens-und-finnlands-a-1495e71a-6cba-42cd-867e-027c74dd456c> [Zugriff: 21.04.2022]
- Baerbock, A. – dpa, Reuters, msk, Zeit Online, 11.04.2022, Annalena Baerbock dringt auf Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-04/ukraine-russland-eu-aussenminister-treffen> [Zugriff: 19.04.2022]
- Baerbock, A. – dpa-infocom, Zeit Online, 28.08.2022, dpa:220828-99-540254/3, Baerbock: Wenn nötig jahrelange Unterstützung für Ukraine, <https://www.zeit.de/news/2022-08/28/baerbock-notfalls-jahrelange-unterstuetzung-fuer-ukraine> [Zugriff: 10.10.2022]

- Eigenmann, D. TA, 02.05.2022, Aufruf zur Kapitulation, <https://www.tagesanzeiger.ch/aufruf-zur-kapitulation-197339274136> [Zugriff: 19.08.2022]
- faso, ag, APA, STAND, 04.06.2022, Ex-Kanzler Kurz erntet für Aussage zu Ukraine Krieg Kritik, <https://www.derstandard.at/story/2000136309558/ex-kanzler-kurz-noch-jeder-krieg-hat-mit-verhandlungen-ein> [Zugriff: 23.06.2022]
- Feuerstein, J. und Schwaben, M. SZ, 30.03.2022, Sind die 100 Milliarden Euro gut investiert? <https://www.sueddeutsche.de/kolumne/bundeswehr-sind-die-100-milliarden-euro-gut-investiert-1.5557517> [Zugriff: 20.04.2022]
- Fücks, R. et al. Zeit Online, 04.05.2022, Offener Brief, Waffenlieferungen an die Ukraine, <https://www.zeit.de/2022/19/waffenlieferung-ukraine-offener-brief-olaf-scholz> [Zugriff: 04.05.2022]
- Freidel, M. FAZ, 30.04.2022, Deutschland zögert bei Ringtausch mit Polen, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/panzer-fuer-ukraine-deutschland-zoegert-ringtausch-polen-17993873.html> [Zugriff: 02.05.2022]
- Gafner, B. und Knellwolf, T. TA, 03.06.2022, Nach Druck aus dem Ausland ermöglicht der Bundesrat Waffenlieferungen, <https://www.tagesanzeiger.ch/nach-druck-aus-dem-ausland-ermoeeglicht-der-bundesrat-waffen-lieferungen-961882214063> [Zugriff: 04.06.2022]
- Gujer, E. NZZ, 03.06.2022, Scholz und Macron werden zu unfreiwilligen Helfern Putins. Die Ukrainer fürchten daher, erneut von den Grossmächten geopfert zu werden, <https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/ist-deutschland-schuld-wenn-russland-den-ukrainekrieg-gewinnt-ld.1686958?reduced=true> [Zugriff: 04.06.2022]
- Gutschker, T. FAZ, 18.05.2022, Wie Brüssel Rüstungskooperation in der EU durchsetzen will, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-eu-kommission-will-ruestungskooperation-staerken-18038499.html> [Zugriff: 19.05.2022]
- Gutschker, T. FAZ, 26.05.2022, Atomwaffen an die Ostflanke? <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/strategisches-konzept-der-Nato-atomwaffen-in-den-osten-18055962.html> [Zugriff: 04.06.2022]
- Habermas, J. SZ, 28.04.2022, Das Dilemma des Westens – Jürgen Habermas zum Krieg in der Ukraine, <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/das-dilemma-des-westens-juergen-habermas-zum-krieg-in-der-ukraine-e068321/?reduced=true> [Zugriff: 02.05.2022]
- Häsler, G. NZZ, 19.04.2022, Die Schweiz und die Nato – wie viel Kooperation ist möglich?, <https://www.nzz.ch/schweiz/die-schweiz-und-die-Nato-wie-viel-kooperation-ist-moeglich-ld.1679697> [Zugriff: 23.05.2022]
- Hanfeld, M. FAZ, 29.04.2022, So sieht Kapitulation aus, Offener Brief in der «Emma», <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/offener-brief-in-der-emma-28-prominente-staerken-scholz-den-ruecken-17993855.html> [Zugriff: 02.05.2022]
- Hanfeld, M. FAZ, 30.06.2022, Frieden schaffen ohne Ahnung, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/offener-brief-in-der-zeit-waffenstillstand-in-der-ukraine-gefordert-18140764.html> [Zugriff: 31.10.2022]
- Hemiker, L. FAZ, 08.05.2022, Putin wird den Krieg nicht gewinnen, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/olaf-scholz-zum-8-mai-putin-wird-den-krieg-nicht-gewinnen-18015479.html> [Zugriff: 13.05.2022]
- jop, STAND, 16.04.2022, Ukrainer laut Russland aus Mariupol vertrieben, <https://www.derstandard.at/story/2000134987458/ukrainer-laut-russland-aus-mariupol-vertrieben> [Zugriff: 21.04.2022]
- Kolb, M. SZ, 13.04.2022, Waffenlieferungen an die Ukraine nehmen deutlich zu, <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-waffenlieferungen-Nato-1.5565700> [Zugriff: 21.04.2022]
- Kolb, M. TA, 12.06.2022, Auf von der Leyens Lob folgt das schnelle Aber, <https://www.tagesanzeiger.ch/kiewsbearbeitungsplaene-spalten-europa-749655017814> [Zugriff: 15.06.2022]
- Kornelius, S. TA, 27.05.2022, Donbass aufgeben? Warum Kissinger diese Idee aufs Parkett bring, <https://www.tagesanzeiger.ch/die-paar-quadratkilometer-im-donbass-545379355494> [Zugriff: 12.06.2022]
- Kornelius, S. SZ, 04.06.2022, Die EU steht vor einem Schicksalsmoment, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/eu-reform-einstimmigkeit-eu-erweiterung-ukraine-macron-1.5597382?reduced=true> [Zugriff: 21.06.2022]
- Krüger, P. et al. SZ, 01.06.2022, Waffenlieferungen von einer neuen Qualität, <https://www.sueddeutsche.de/politik/scholz-bundestag-ukraine-waffen-inflation-1.5595450> [Zugriff: 03.06.2022]
- Käppner, J. SZ, 15.06.2022, Was Deutschland den Ukrainern bisher gegeben hat, ist zu wenig, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/ukraine-krieg-waffen-deutschland-wladimir-putin-1.5602601?reduced=true> [Zugriff: 15.06.2022]

- Lange-Müller, K. SZ, 04.05.2022, Es war ein Fehler, <https://www.sueddeutsche.de/kultur/offener-brief-scholz-ukraine-lange-mueller-bereut-1.5577906?reduced=true> [Zugriff: 14.07.2022]
- Lechner, G. WZ, 15.04.2022, Wenn die Waffen sprechen, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2144192-Wenn-die-Waffen-sprechen.html> [Zugriff: 28.04.2022]
- Lechner, G. WZ, 23.04.2022, Wer hält länger durch im Abnutzungskrieg? <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2145054-Wer-haelt-laenger-durch-im-Abnutzungskrieg.html> [Zugriff: 28.04.2022]
- Lessenich, S. SZ, 08.04.2022, So geht Doppelmoral heute, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/putins-krieg-bundeswehr-gasembargo-politik-doppelmoral-1.5561824?reduced=true> [Zugriff: 14.04.2022]
- Lohse, E. und Wehner, M. FAZ, 21.06.2022, Deutschland muss Führungsmacht sein, <https://www.faz.net/aktuell/politik/lars-klingsbeil-deutschland-muss-fuehrungsmacht-sein-18117118.html> [Zugriff: 23.05.2022]
- Lohse, E. und Leithäuser J. FAZ, 22.06.2022, Scholz beruhigt, Lambrecht gibt Gas, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundestag-zum-ukraine-krieg-scholz-beruhigt-lambrecht-gibt-gas-18120957.html> [Zugriff: 23.05.2022]
- Maksan, O. NZZ, 13.04.2022, Waffen an die Ukraine: Was Deutschland tut – und was nicht, <https://www.nzz.ch/international/waffen-fuer-die-ukraine-was-liefert-deutschland-ld.1679026?reduced=true> [Zugriff: 08.05.2022]
- Maksan, O. NZZ, 14.05.2022, Die Ostdeutschen und Putin: «Wieso sollen immer nur die Russen die Bösen sein?» <https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-russland-und-die-ostdeutschen-verbindet-hassliebe-ld.1683542?reduced=true> [Zugriff: 05.07.2022]
- Mayer, T. STAND, 31.05.2022, EU-Sondergipfel: Jenseits von Waffen und Sanktionen gibt es «kolossale Hilfen» für die Ukraine, <https://www.derstandard.at/story/2000136197687/eu-sondergipfel-jenseits-von-waffen-und-sanktionen-gibt-es-kolossale> [Zugriff: 12.06.2022]
- Mayer, T. STAND, 17.06.2022, Die Ukraine, ein EU-Kandidat als Risikofaktor, <https://www.derstandard.at/story/2000136647844/die-ukraine-ein-eu-kandidat-als-risikofaktor>, [Zugriff: 21.06.2022]
- Mory, F. STAND, 14.04.2022, Russland droht bei Nato-Erweiterung mit Atomwaffen im Baltikum, <https://www.derstandard.at/story/2000134945889/russland-droht-bei-Natoerweiterung-mit-atomwaffen-im-baltikum> [Zugriff: 14.04.2022]
- Niederndorfer, F. STAND, 06.06.2022, London schickt Kiew moderne Artillerie, <https://www.derstandard.at/story/2000136337150/london-schickt-kiew-moderne-artillerie> [Zugriff: 21.06.2022]
- NobelPrize.org, 2022, The Nobel Peace Prize 1973, Henry Alfred Kissinger, Le Duc Tho, Nobel Prize Outreach, <https://www.nobelprize.org/prizes/peace/1973/summary/> [Zugriff: 05.07.2022]
- Pabst, V. NZZ, 13.06.2022, Materialschlacht ohne Material: Geht der ukrainischen Armee im Donbass die Munition aus? <https://www.nzz.ch/international/kampf-im-donbass-geht-der-ukrainischen-armee-die-munition-aus-ld.1688267?reduced=true> [Zugriff: 15.06.2022]
- Pfaff, I. SZ, 02.06.2022, Die Schweiz rüstet auf, <https://www.sueddeutsche.de/politik/schweiz-armee-ukraine-auf-ruestung-1.5596374?reduced=true> [Zugriff: 02.06.2022]
- Poppe, M. NZZ, 11.04.2022, Von „Ja-Sagern“, Abnickern und „Mappenträgern“ umgeben: Putin hat sich längst in eine Traumwelt verabschiedet – sein Land bleibt in Geiselhaft zurück, <https://www.nzz.ch/international/von-ja-sagern-abnickern-und-mappentraegern-umgeben-putin-hat-sich-laengst-in-eine-traumwelt-verabschiedet-sein-land-bleibt-in-geiselhaft-zurueck-ld.1677368?reduced=true> [Zugriff: 28.04.2022]
- Ràsonyi, P. NZZ, 02.05.2022, Ein europäisches Embargo für russisches Erdöl ist in Sicht – jetzt sind Pragmatismus und Solidarität der EU gefragt, <https://www.nzz.ch/meinung/ukraine-krieg-europaeischer-erdoelboykott-ist-ein-starkes-signal-ld.1682149?reduced=true> [Zugriff: 05.07.2022]
- Renz, F. TA, 11.06.2022, Die Zeit arbeitet für Blocher, <https://www.tagesanzeiger.ch/die-zeit-arbeitet-fuer-blocher-495018088195> [Zugriff: 10.07.2022]
- Ritter, J. FAZ, 27.04.2022, Schweiz blockiert Munitionslieferung, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/panzer-gepard-fuer-ukraine-schweiz-blockiert-munitionslieferung-17987759.html> [Zugriff: 02.05.2022]
- Rossmann, R. SZ, 20.04.2022, Die Kritik an Scholz reisst nicht ab, <https://www.sueddeutsche.de/politik/olaf-scholz-waffenlieferungen-kritik-1.5569691> [Zugriff: 02.05.2022]
- Rüesch, A. NZZ, 13.05.2022, Die Ukrainer nutzen den Fluss Donez geschickt zur Verteidigung gegen die Russen, <https://www.nzz.ch/international/ukraine-und-russland-am-fluss-donez-wird-erbittert-gekaempft-ld.1683731?reduced=true> [Zugriff: 05.07.2022]

- Sachs, J. STAND, 16.05.2022, Es droht ein Zermürbungskrieg – Kommentare der anderen, <https://www.derstandard.at/story/2000135747337/es-droht-ein-zermuerbungskrieg> [Zugriff: 23.05.2022]
- Schellenberg, A. NZZ, 19.05.2022, Schluss mit dem Dornröschenschlaf: Die Armee muss wieder verteidigungsfähig werden, <https://www.nzz.ch/meinung/der-sicherheitspolitische-dornroeschenschlaf-muss-ein-ende-finden-ld.1683667?reduced=true> [Zugriff: 19.05.2022]
- Schmölzer, M. WZ, 04.04.2022, Dürfen das nicht durchgehen lassen, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2142950-Duerfen-das-nicht-durchgehen-lassen.html> [Zugriff: 04.04.2022]
- Schmidt, F. FAZ, 10.06.2022, In der Tradition Peters des Grossen, <https://www.faz.net/aktuell/politik/putin-peter-und-der-fatale-drang-nach-expansion-18095412.html> [Zugriff: 21.06.2022]
- Schwarzer, A. et al. Emma, 29.04.2022, Offener Brief an Bundeskanzler Scholz, Emma Redaktion, <https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463> [Zugriff: 30.05.2022]
- Schwerin, U. NZZ, 17.05.2022, Die letzten Kämpfer in Mariupol legen ihre Waffen nieder, <https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-die-letzten-verteidiger-von-mariupol-kapitulieren-ld.1684417?reduced=true> [Zugriff: 19.05.2022]
- Schäfers, M. FAZ, 30.05.2022, Warum zu den Bundeswehr-Sonderschulden längst nicht alles geklärt ist, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/sondervermoegen-fuer-die-bundeswehr-was-bedeutet-das-ergebnis-18068308.html> [Zugriff: 02.06.2022]
- Schönhuber, R. WZ, 30.05.2022, Berliner Verzögerungsgefechte, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2149049-Berliner-Verzoegerungsgefechte.html> [Zugriff: 04.06.2022]
- SDA/chk/aru, TA, 13.06.2022, Friedensforscher warnen vor atomarem Wettrüsten, <https://www.tagesanzeiger.ch/atomwaffenarsenale-duerften-bald-wieder-wachsen-888268453343> [Zugriff: 15.06.2022]
- Snyder, T. FAZ, 27.06.2022, Deutsche Verantwortung, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/snyders-antwort-auf-habermas-ukraine-thesen-deutsche-verantwortung-18126108.html> [Zugriff: 29.06.2022]
- Spalinger, A. NZZ, 09.05.2022, Die Russen nehmen zivile Opfer nicht nur in Kauf, sondern bewusst ins Visier – bei einem Angriff auf eine Schule im Osten der Ukraine wurden 60 Zivilisten getötet, <https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-russischer-angriff-auf-schule-fordert-60-tote-ld.1683214?reduced=true> [Zugriff: 13.05.2022]
- Steinke, R. TA, 05.04.2022, Was es braucht, um Russland in Den Haag vor Gericht zu stellen, <https://www.tagesanzeiger.ch/was-es-braucht-um-russland-in-den-haag-vor-gericht-zu-stellen-983141588797> [Zugriff: 02.05.2022]
- Steinvorth, D. NZZ, 30.06.2022, Die NATO kehrt zurück zum Kalten Krieg, <https://www.nzz.ch/international/neue-nato-strategie-der-feind-heisst-wieder-russland-ld.1691171?reduced=true> [Zugriff: 03.07.2022]
- Steinvorth, D. NZZ, 17.06.2022, Unterstützung für den «europäischen Traum»: Die Kommission gibt grünes Licht für den Kandidatenstatus der Ukraine, <https://www.nzz.ch/international/unterstuetzung-fuer-den-europaeischen-traum-die-kommission-gibt-gruenes-licht-fuer-den-kandidatenstatus-der-ukraine-ld.1689397> [Zugriff: 30.07.2022]
- SWIFT, 2022, Media centre, <https://www.swift.com/de/node/4216> [Zugriff: 26.10.2022]
- Universität Graz, 2022, Biografie Jürgen Habermas, <https://agso.uni-graz.at/archive/lexikon/klassiker/habermas/21bio.htm> [Zugriff: 05.07.2022]
- Varwick, J. FAZ, 18.06.2022, Eine rationale Diskussion ist unmöglich, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ukraine-krieg-eine-rationale-diskussion-ist-unmoeglich-18109989.html> [Zugriff: 23.06.2022]
- Wehner, M. FAZ, 20.04.2022, Immer heftigere Vorwürfe gegen Scholz, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ukraine-krieg-hofreiter-attackiert-scholz-wegen-waffen-lieferungen-17970659.html?premium> [Zugriff: 05.07.2022]

Dritter Wendepunkt

- APA, STAND, 05.07.2022, Tote bei „massivem“ russischem Beschuss in Slowjansk, <https://www.derstandard.at/story/2000137192007/tote-bei-massivem-russischen-beschuss-in-slowjansk> [Zugriff: 11.07.2022]
- APA, STAND, 06.08.2022, Russland hat nach eigenen Angaben 600 ukrainische Streitkräfte in Cherson getötet, <https://www.derstandard.de/story/2000138095993/russland-hat-nach-eigenen-angaben-600-ukrainische-streitkraefte-in-cherson> [Zugriff: 12.08.2022]
- Avenarius, T. TA, 27.07.2022, Wie Getreide aus der Ukraine gebracht werden soll, <https://www.tagesanzeiger.ch/wie-das-getreide-aus-der-ukraine-gebracht-werden-soll-342654231882> [Zugriff: 06.08.2022]
- bpb_3, 2022, Neue Rechte, Rechtsextremismus, Glossar, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500801/neue-rechte/> [Zugriff: 17.09.2022]
- Britsko, S. TA, 10.07.2022, Sind Sie noch ganz bei Trost?, <https://www.tagesanzeiger.ch/sind-sie-noch-ganz-bei-trost-341549674759> [Zugriff: 11.07.2022]
- Carstens P. et al. FAZ, 25.07.2022, Woran es beim Panzer-Ringtausch hakt, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/panzer-ringtausch-fuer-die-ukraine-probleme-sorgen-fuer-unmut-18198504.html> [Zugriff: 29.08.2022]
- dpa-infocom, SZ, 04.07.2022, dpa:220704-99-905496/2., Lyssytschansk: Moskau feiert, Kiew gibt sich kämpferisch, <https://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-lyssytschansk-moskau-feiert-kiew-gibt-sich-kaempferisch-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220704-99-905496> [Zugriff: 11.07.2022]
- dpa-infocom, SZ, 18.07.2022, dpa:220731-99-219510/10., Süddeutsche Zeitung, Krieg gegen die Ukraine: So ist die Lage, <https://www.sueddeutsche.de/politik/international-krieg-gegen-die-ukraine-so-ist-die-lage-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220718-99-59757> [Zugriff: 23.07.2022]
- dpa-infocom, SZ, 20.07.2022, dpa:220720-99-89711/4, Gas durch Nord Stream 1: Die Turbine, auf die alle warten, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-gas-durch-nord-stream-1-die-turbine-auf-die-alle-warten-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220720-99-89711> [Zugriff: 23.07.2022]
- DPA, lie, Zeit Online, 02.08.2022, Linke geht auf Distanz zu Wagenknecht wegen Russland-Tweet, <https://www.zeit.de/politik/2022-08/sahra-wagenknecht-linke-krieg-ukraine-russland-tweet> [Zugriff: 19.08.2022]
- AFP, DPA, FAZ, 22.08.2022, Seit Kriegsbeginn fast 9000 Soldaten gefallen, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-seit-kriegsbeginn-fast-9000-soldaten-gefallen-18261142.html> [Zugriff: 06.10.2022]
- Dworzak, et al. WZ, 02.07.2022, Warum nur die Waffen sprechen, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2153278-Warum-nur-die-Waffen-sprechen.html> [Zugriff: 11.07.2022]
- Eigenmann, D. TA, 18.07.2022, Jetzt dreht Habeck das grosse Windrad, <https://www.tagesanzeiger.ch/jetzt-dreht-habeck-das-grosse-windrad-584691679182> [Zugriff: 23.07.2022]
- Fischer, P. NZZ, 06.07.2022, Ukrainischer Infrastrukturminister: Wir sind noch im Überlebensmodus, <https://www.nzz.ch/schweiz/wir-sind-noch-im-survival-modus-ld.1692170?reduced=true> [Zugriff: 23.07.2022]
- Freidel, M. und Schuller, K. FAZ, 09.07.2022, Wir können 100 Marder liefern, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kiesewetter-zu-ukraine-krieg-koennen-100-marder-liefern-18159226.html> [Zugriff: 11.07.2022]
- Freund, N. TA, 12.08.2022, Waffenlieferungen sind ein notwendiger Ausgleich, <https://www.tagesanzeiger.ch/waffenlieferungen-ein-notwendiger-ausgleich-258768707603> [Zugriff: 12.08.2022]
- Georgi, O. FAZ, 02.07.2022, FAZ, Die Deutschen haben ein Problem mit ihrer Armee, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-die-deutschen-haben-kein-problem-mit-ihrer-armee-18143256.html> [Zugriff: 11.07.2022]
- Gutschker, T. FAZ, 27.07.2022, Welche Panzer die Ukraine braucht – und welche nicht, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/panzer-fuer-die-ukraine-welche-modelle-gebraucht-werden-18200860.html> [Zugriff: 06.08.2022]
- Gujer, E. NZZ, 08.07.2022, Erst das Fressen dann die Moral: Soll man mit Putin Frieden schliessen, um im Winter nicht frieren zu müssen? <https://www.nzz.ch/meinung/soll-man-mit-putin-frieden-schliessen-um-genuegend-gas-zu-haben-ld.1692404?reduced=true> [Zugriff: 11.07.2022]
- Haas, S. NZZ, 17.08.2022, So wirkt sich die Energiekrise auf Storm- und Gaspreise aus, <https://www.nzz.ch/visuals/so-wirkt-sich-die-energiekrise-auf-die-gas-und-strompreise-aus-ld.1683901?reduced=true> [Zugriff: 17.08.2022]

- Kahlweit, C. SZ, 23.07.2022, Der militärische Druck der Ukraine wächst, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/ukraine-krieg-offensive-russland-1.5626209?reduced=true> [Zugriff: 23.07.2022]
- Kammer, A. Zeit Online, 18.05.2020, „Die Skepsis der Deutschen der USA gegenüber wächst“, <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-05/usa-coronavirus-umfrage-deutschland-pandemie-ansehen-klimawandel> [Zugriff: 12.08.2022]
- Kohler, B. FAZ, 29.07.2022, Heißgeschossene Haubitzen, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-soldaten-brauchen-dringend-ersatz-fuer-panzerhaubitzen-18209229.html> [Zugriff: 12.08.2022]
- Lechner, G. WZ, 30.07.2022, Die seltsame deutsche Russland-Liebe, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2156479-Die-seltsame-deutsche-Russland-Liebe.html> [Zugriff: 06.08.2022]
- Leithäuser, J. FAZ, 21.06.2022, Friedensforscher plädieren für Waffenlieferungen und Diplomatie, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ukraine-friedensgutachten-warnt-vor-nuklearer-eskalation-18118354.html> [Zugriff: 16.07.2022]
- Maier, T. STAND, 01.08.2022, Schiff verlässt Hafen von Odessa: Unterwegs in gefährlichen Gewässern, <https://www.derstandard.de/story/2000137950514/schiff-verlaesst-hafen-von-odessa-unterwegs-in-gefahrlchen-gewaessern> [Zugriff: 06.08.2022]
- Marti, W. NZZ, 16.07.2022, Weshalb die Ukraine dringend mehr weitreichende Artillerie braucht, <https://www.nzz.ch/international/himars-angriffe-ukraine-braucht-weitreichende-artillerie-ld.1693146?reduced=true> [Zugriff: 23.07.2022]
- Monn, J. NZZ, 25.07.2022, Wie Russlands Feuerwalze trotz westlichen Waffen weiter rollt, <https://www.nzz.ch/international/ukraine-trotz-himars-aus-den-usa-rollt-putins-feuerwalze-weiter-ld.1693449?reduced=true> [Zugriff: 06.08.2022]
- Mory, F. et al. STAND, 19.07.2022, Selenskyj greift im Sicherheitsapparat durch – nach Ärger mit Überläufern, <https://www.derstandard.de/story/2000137555013/selenskyj-greift-im-sicherheitsapparat-durch-nach-aerger-mit-ueberlaeufern> [Zugriff: 23.07.2022]
- Oertli, S. TA, 15.07.2022, Joachim Gauck warnt vor falschem Pazifismus im Ukraine-Konflikt, <https://www.tagesanzeiger.ch/joachim-gauck-warnt-vor-falschem-pazifismus-im-ukraine-konflikt-614170098309> [Zugriff: 22.10.2022]
- Precht, R. D. et al. Zeit Online, 29.06.2022, Waffenstillstand jetzt! <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand> [Zugriff: 23.07.2022]
- Ràsonyi, P. NZZ, 13.07.2022, Alle wollen Ruhe an der Front und Gas in der Pipeline – aber Putin braucht gar kein Frieden in der Ukraine, <https://www.nzz.ch/meinung/ukraine-der-westen-will-frieden-aber-putin-braucht-ihn-nicht-ld.1693452?reduced=true> [Zugriff: 21.09.2022]
- Reuters, WZ, 25.05.2022, Truppen im Donbass unter schwerem Beschuss, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2148606-Raketen-auf-die-ukrainische-Stadt-Saporischschja-abgefeuert.html> [Zugriff: 06.08.2022]
- Reichen, P. TA, 04.08.2022, Schweiz weigert sich, Atomwaffen zu verbieten, <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz-weigert-sich-atomwaffen-zu-verbieten-545311270178> [Zugriff: 06.08.2022]
- Rüesch, A. NZZ, 16.06.2022, Wir wollen nicht sterben: Im Abnutzungskrieg Russlands gegen die Ukraine sind einzelne Gebietsgewinne nicht entscheidend, <https://www.nzz.ch/international/ukraine-im-abnutzungskrieg-wir-wollen-nicht-sterben-ld.1688935?reduced=true> [Zugriff: 30.07.2022]
- Schlereth, P. FAZ, 11.08.2022, Geht der Ukrainekrieg in eine neue Phase? <https://www.faz.net/aktuell/newsletter-fruehdenker/faz-fruehdenker-geht-der-ukrainekrieg-in-eine-neue-phase-18235781.html> [Zugriff: 12.08.2022]
- Scholz, O. 29.08.2022, Rede des Bundeskanzlers an der Universität in Prag am 29.08.22, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundeskanzler-scholz-an-der-karls-universitaet-am-29-august-2022-in-prag-2079534> [Zugriff: 30.08.2022]
- Schuler, E. TA, 07.07.2022, Es braucht eine Verhandlungslösung mit Putin, <https://www.tagesanzeiger.ch/es-braucht-eine-verhandlungsloesung-mit-putin-289046717621> [Zugriff: 11.07.2022]
- Theile, G. FAZ, 01.08.2022, Rüstungslieferanten fordert: Politik soll schneller Bestellen, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/ruestungslieferant-fordert-politik-soll-schneller-bestellen-18214184.html> [Zugriff: 06.08.2022]
- Widmer, S. TA, 12.08.2022, Es muss möglich sein, auch die Ukraine zu kritisieren, <https://www.tagesanzeiger.ch/auch-die-ukraine-muss-sich-kritik-gefallen-lassen-771057228106> [Zugriff: 12.08.2022]

7.2 Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: SIPRI, 2022, Military Expenditure Database, Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI-Milex-data-1989-2021 Austria, Germany, Switzerland, <https://milex.sipri.org/sipri> [Zugriff: 31.09.2022]
- Abb. 2: Toulmin, S. 1996, Der Gebrauch von Argumenten, Weinheim: Belz
- Abb. 5: Tagesspiegel.de_Karte der Ukraine am 01. März 2022, Kartendaten: Institute for the Study of War, MapTiler und OpenStreetMap contributors, <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/wie-weit-sind-die-soldaten-aktuelle-karte-der-russischen-invasion-in-der-ukraine/> [Zugriff: 01.11.2022]
- Abb. 6: Global Firepower, 2022, Vergleich Militärstärke von Russland und der Ukraine 2022 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/292788/umfrage/vergleich-der-militaerstaerke-von-russland-und-der-ukraine/> [Zugriff: 20.08.2022]
- Abb. 7: Tagesspiegel.de_Karte der Ukraine 07. April 2022, Kartendaten: Institute for the Study of War, MapTiler und OpenStreetMap contributors, <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/wie-weit-sind-die-soldaten-aktuelle-karte-der-russischen-invasion-in-der-ukraine/> [Zugriff: 01.11.2022]
- Abb. 8: Antezza et al. 2022, "The Ukraine Support Tracker: Which countries help Ukraine and how?". Kiel Working Paper, No. 2218, (ukrainetracker@ifw-kiel.de) [Zugriff: 15.11.2022]
- Abb. 9: Tagesspiegel.de_Karte der Ukraine am 07. Juli 2022, Kartendaten: Institute for the Study of War, MapTiler und OpenStreetMap contributors <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/wie-weit-sind-die-soldaten-aktuelle-karte-der-russischen-invasion-in-der-ukraine/> [Zugriff: 01.11.2022]
- Abb. 10: Global Firepower, SIPRI, Daten wurden am 24.03.2022 abgerufen, [globalfirepower.com](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/379080/umfrage/vergleich-des-militaers-der-Nato-und-russlands/), <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/379080/umfrage/vergleich-des-militaers-der-Nato-und-russlands/> [Zugriff: 15.11.2022]
- Abb. 11: Das Österreichische Gallup-Institut, Erhebungszeitraum 28.02. bis 01.03.2022, 1'000 Computergestützte Webinterviews (CAWI) ab 16 Jahre, Große Angst vor globalen Folgen des Ukraine-Krieges, Seite 4, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1294004/umfrage/meinung-zu-massnahmen-wegen-des-russland-ukraine-krieges-in-oesterreich/> [Zugriff: 17.10.2022]
- Abb. 12: LINK Institut, Blick, Erhebungszeitraum Ende Februar 2022, Anzahl der Befragten 1'009, Online-Umfrage, Schweizer Bevölkerung, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1294771/umfrage/umfrage-zur-vereinbarkeit-der-russland-sanktionen-mit-neutralitaet-der-schweiz/> [Zugriff: 15.11.2022]
- Abb. 13: ZDF-Politbarometer 11.03.2022, Erhebungszeitraum 08.03.2022 bis 10.03.2022, Telefonische Befragung, 1'345 Wahlberechtigte, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1295816/umfrage/waffenlieferung-an-die-ukraine/> [Zugriff: 15.11.2022]

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und die den verwendeten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Zürich, 31. Januar 2023

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Linus Joos', written in a cursive style.

Linus Joos